



Österreichisches Institut für Familienforschung  
*Austrian Institute for Family Studies*

10 Jahre ÖIF



Brigitte Cizek (Hrsg.)

## Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven

Heft 12 | 2004

SCHRIFFTEN



Österreichisches Institut für Familienforschung  
*Austrian Institute for Family Studies*

Brigitte Cizek (Hrsg.)

# **Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven**

ÖIF Schriften Heft 12 | 2004  
ISBN 3-901668-36-5

Brigitte Cizek (Hrsg.)  
Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven  
Schriftenreihe des ÖIF Nr. 12, Wien, 2004  
ISBN 3-901668-36-5

**Eigentümer:**

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen  
Medieninhaber und Verleger:  
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)  
Geschäftsführerin: Dr. Brigitte Cizek  
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien  
Gestaltung, Layout und Grafik: Edith Vosta, 1050 Wien  
Druck: Rötzerdruck, 7100 Eisenstadt

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familialer Lebenswelten aus Sicht von Kindern, Frauen und Männern.

**Zu beziehen bei:**

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF),  
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Tel.: +43-1-535 14 54-19, Fax: +43-1-535 14 55  
e-mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

**Diese Publikation wurde im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Konsumentenschutz und Generationen erstellt.**



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT  
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

**Weitere Sponsoren waren die Bundesländer Burgenland, Kärnten,  
Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark,  
Tirol, Vorarlberg und Wien.**

# Vorwort

Das Internationale Jahr der Familie 1994 hat den endgültigen Anstoß gegeben, auch für Österreich ein familienwissenschaftliches Institut zu gründen. Zehn Jahre sind somit vergangen, seit das Österreichische Institut für Familienforschung aus der Taufe gehoben wurde. Durch diese Gründung wurde die Familienforschung in Österreich institutionell verankert. Das Ergebnis einer Umfrage unter ExpertInnen im Rahmen der Gründung war ein Katalog von 160 Defiziten in der Familienforschung. Dabei zeigte sich, dass die Ansätze und Zugangsweisen im Forschungsfeld Familie ebenso vielfältig sind wie die Fragestellungen.

Familienforschung wird in Österreich an vielen Orten und in unterschiedlichen Einrichtungen betrieben: an Universitätsinstituten, freien Forschungseinrichtungen und auch von freiberuflichen ForscherInnen. Dabei gibt es keine Standardmethoden in der Analyse und Darstellung familialer Strukturen und Abläufe. Für die Analyse der für Staat, Gesellschaft und Individuen gleichermaßen bedeutsamen Sozialform Familie sind Beiträge aus allen „klassischen“ – und im weitesten Sinne – sozialwissenschaftlichen Disziplinen wichtig.

Diese Vielfalt ist auch der Grund dafür, dass das ÖIF seit seiner Gründung in seiner Arbeit der Interdisziplinarität verpflichtet ist. Das lose Netzwerk der Familienwissenschaft in Österreich bekam mit dem ÖIF im Jahre 1994 einen fixen Knotenpunkt, der neben interdisziplinärer Forschung als weitere wesentliche Ziele die Vernetzung der für und mit Familien arbeitenden Personen und die wissenschaftlich fundierte Informationsarbeit definierte.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des ÖIF soll nun mit diesem Band der Schriftenreihe diese Vielfalt in der Familienforschung in Österreich anhand unterschiedlicher Markierungen, Ergebnisse und Perspektiven dargestellt werden.

Die Beiträge zeigen nicht nur inhaltlich die Breite der Familienwissenschaft in Österreich, sondern auch bei den AutorInnen und den von ihnen vertretenen Disziplinen und Institutionen wird die Weite des Themas Familie sichtbar.

Am Anfang steht ein Rückblick über die Leistungen des ÖIF in den Jahren von 1994 bis 2004. Grundsätzlichen Überlegungen zu Partnerschaft und Sexualität von Kurt Loewit folgen Beiträge über die Lebensqualität von Müttern von Doris Klepp (ÖIF) und den Wandel der Vaterschaft von Irene Tazi-Preve. Sabine Buchebner-Ferstl (ÖIF) beschäftigt sich mit der Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung in Partnerschaften und Barbara Haas beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit bezahlten Hausarbeiterinnen. Rudolf Richter thematisiert die notwendige Politik für die moderne Mehrgenerationenfamilie, während sich Helmuth Schattovits mit dem Konzept des Kinderbetreuungsschecks auseinandersetzt. Sonja Dörfler (ÖIF) stellt die österreichischen Elternurlaubsregelungen im internationalen Vergleich dar

und Peter Cuyvers – quasi als externer Beobachter – analysiert das Potential der österreichischen Familienpolitik.

Das Österreichische Institut für Familienforschung hätte das zehnjährige Bestehen nicht ohne jene engagierten Menschen feiern können, die wesentlich zur Gründung beigetragen haben. Am Anfang der Geschichte des ÖIF steht der Name von Prof. Dr. Helmuth Schattovits, der schon vor der Gründung 1994 von einem Familienforschungsinstitut geträumt und dann als Mitbegründer des ÖIF im Internationalen Jahr der Familie seine Idee zielstrebig umgesetzt hat. Mit besonderer Hingabe leitete er bis zu seiner Pensionierung 2001 das Institut. Ihm gebührt der besondere Dank des gesamten ÖIF-Teams. Bei der im Gründungsjahr des ÖIF zuständigen Familienministerin Maria Rauch-Kallat bedanke ich mich im Besonderen, da durch sie die Institutionalisierung der Familienforschung in Österreich überhaupt ermöglicht wurde. Den langen Weg bis zu diesem Ereignis ebnete der damalige Sektionschef Mag. Ronald Rosenmayr durch seine engagierte Aufbereitung, wofür ich ihm hiermit herzlich danke.

Auf Initiative der FamilienreferentInnen der Bundesländer wurde die Empfehlung ausgesprochen, im Internationalen Jahr der Familie 1994 ein solches Institut zu errichten. Für dieses Engagement der Landesregierungen aller Bundesländer sei stellvertretend dem Sprecher der FamilienreferentInnen und Mitbegründer des ÖIF, Herrn Hofrat Dkfm. Werner Höffinger, herzlichst gedankt.

Am 17. Mai 1994 fand dann im damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie die konstituierende Sitzung statt. Die österreichische Bundesregierung berichtete an die UNO die Gründung des ÖIF als ein nachhaltiges Ergebnis des Internationalen Jahres der Familie 1994. Ich danke den bisherigen Präsidenten und der Präsidentin, den Mitgliedern des Kuratoriums sowie allen ÖIF-Mitgliedern für die stets gute Zusammenarbeit.

Den MitarbeiterInnen des Instituts ist es gelungen, eine moderne Familienforschung in Österreich aufzubauen und auch international zu verankern. Mein persönlicher Dank gilt diesem großartigen Team, das die eingangs erwähnten Defizite in der Familienforschung vom psychosozialen sowie sozioökonomischen Zugang über zehn Jahre kontinuierlich abgebaut hat. Das ÖIF-Team hat mit hohem Einsatz die Idee einer vernetzenden Familienforschung verfolgt und ist auch in manch ungewisser Stunde über die Zukunft des Instituts dem ÖIF immer treu geblieben.

Ich hoffe, dass auch in Zukunft die Politik der Familienforschung in Österreich den Stellenwert zuschreibt, der ihr gebührt. Diese Hoffnung deckt sich mit einer Forderung des Arbeitskreises „Familienpolitik“ zum Internationalen Jahr der Familie+10 (2004), dass „die Familienpolitik als eine Querschnittspolitik unter anderem das Ziel verfolgt, Familienforschung langfristig abzusichern“.

*Brigitte Cizek*

# Inhalt

<i>Brigitte Cizek und Christine Geserick</i> Zehn Jahre interdisziplinäre Familienforschung am Österreichischen Institut für Familienforschung – Bestandsaufnahme und Rückblick	7
<i>Kurt Loewit</i> Das Konzept der „Syndyastik“ als Fundament von Zweierbeziehung, Partnerschaft und Sexualität: Grundzüge und Folgerungen	55
<i>Doris Klepp</i> Lebenssituation und subjektive Lebensqualität von Frauen mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren: Eine empirische psychologische Studie zur Mutterschaft	81
<i>Irene M. Tazi-Preve</i> Vaterschaft im Wandel? Eine Bestandsaufnahme von Verhalten und Einstellung von Vätern	109
<i>Sabine Buchebner-Ferstl</i> Warum ‚Halbe-Halbe‘ nicht funktionieren kann Über die Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung in Partnerschaften	131
<i>Barbara Haas</i> Hausarbeiterin – ein "Beruf" wie jeder andere? Aus den Perspektiven der ArbeitgeberInnen von bezahlten Hausarbeiterinnen in Privathaushalten	165
<i>Rudolf Richter</i> Die neue Mehrgenerationenfamilie. Zur Notwendigkeit einer lebenslaforientierten Mehrgenerationenpolitik	181
<i>Helmuth Schattovits</i> Das Konzept Kinderbetreuungsscheck: Eine familienpolitische Innovation im Rahmen des Leistungsausgleichs für Kinder – eine Notwendigkeit zur Verwirklichung von Generationen- und Geschlechtersolidarität	203
<i>Sonja Dörfler</i> Elternurlaub im Vergleich – eine Gegenüberstellung der Regelungen in Frankreich, Norwegen, Österreich und Schweden	229

<i>Peter Cuyvers</i>	
The Means of the Middle: Potential of Austrian Family Policy	247
Autorinnen und Autoren	279

# Zehn Jahre interdisziplinäre Familienforschung am Österreichischen Institut für Familienforschung – Bestandsaufnahme und Rückblick

## 1 Geschichte und Überblick über das ÖIF

In Mai 2004 feierte das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) sein 10-jähriges Bestehen. Seither widmet sich das ÖIF kontinuierlich der interdisziplinären Familienforschung und leistet damit einen wichtigen Beitrag in der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Die Institutionalisierung einer solchen familienwissenschaftlich orientierten Einrichtung findet im europäischen Raum wenig Vergleichbares. Umso mehr bewegten sich die InitiatorInnen, UnterstützerInnen und GründerInnen des ÖIF auf neuem Terrain, als bereits Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre eine Institutionalisierung der wissenschaftlichen Familienforschung in Österreich angedacht wurde.

Im 1989 erschienenen Familienbericht „Lebenswelt Familie“ forderte eine zentrale These die Errichtung eines österreichischen Familienforschungsinstituts. Diese Forderung wurde vom Herausgeber des Familienberichts, dem damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF), weiter getragen, in persona von der damaligen Ministerin Marilies Flemming. Bald nach der Herausgabe dieses Familienberichts setzte der damalige Sektionsleiter Leopold Wohlmann, im Auftrag der zuständigen Bundesministerin Ruth Feldgrill-Zankel, Initiativen zur Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Errichtung eines Österreichischen Instituts für Familienforschung. Eine Einigung mit dem Bundesministerium für Finanzen konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht erzielt werden.

Nachdem sich diese ersten Verhandlungen Ende der 1980er Jahre als nicht zielführend erwiesen hatten, wurde die Idee erneut aufgegriffen, als die UNO das Jahr 1994 zum Internationalen Jahr der Familie (IJF) erklärte. Das Österreichische Nationalkomitee zur Vorbereitung und Durchführung des IJF griff die Forderung nach der Errichtung eines Österreichischen Instituts für Familienforschung auf und formulierte eine entsprechende Empfehlung zur Implementierung. Auf Initiative der FamilienreferentInnen der Bundesländer unter der Koordination von Werner Höffinger (OÖ) wurde die Empfehlung ausgesprochen, ein solches Institut zu errichten. Im Auftrag von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und im Einver-

nehmen mit dem Wissenschaftsminister, Erhard Busek, nahm Ronald Rosenmayr, zuständiger Sektionsleiter, die Vorbereitungen zur Umsetzung dieser Empfehlung auf. Am 17. Mai 1994 schließlich wurde die Gründung des ÖIF als gemeinnütziger Verein vollzogen. Diese Gründung wurde von der Bundesregierung als ein nachhaltiges Ergebnis des IJF 1994 in Österreich an die UNO berichtet.

*Damals wie heute versteht sich das ÖIF laut Mission-Statement (2004) als „ein wissenschaftliches, überparteiliches Institut zur anwendungsorientierten, disziplinenübergreifenden Erforschung und Darstellung der Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften“.*

Das ÖIF ist ein wissenschaftliches Forschungsinstitut mit dem Ziel, qualitativ hochstehende sozialwissenschaftliche und empirische Forschung in verschiedenen Fachbereichen und auch interdisziplinär durchzuführen. Der fachübergreifende Zugang, der eine breite und differenzierte Erfassung familialer Aspekte aus den verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven ermöglicht, stellt eine besondere Herausforderung der Forschungsrichtung des ÖIF dar.

Die Institutionalisierung einer familienwissenschaftlichen Einrichtung fand und findet ihre Berechtigung in vielerlei Hinsicht. So gilt es vor allem, gesellschaftliche Veränderungen sozialwissenschaftlich systematisch zu erforschen. Neben Pluralisierung der Lebens- und Familienformen spielt besonders der Geburtenrückgang eine entscheidende Rolle und stellt damit neue Anforderungen an politische Handlungsträger. Diese gesellschaftlichen Veränderungen transparent zu machen, sie empirisch zu erfassen und zu erklären und in einem weiteren Schritt mögliche Handlungsempfehlungen für die Politik abzugeben, ist das Anliegen unseres Instituts. Es zeigte sich damals wie heute die Notwendigkeit eines Instituts, das familienwissenschaftliche Forschung kontinuierlich betreibt und Vernetzungsarbeit mit anderen WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Institutionen durchführt, indem Veranstaltungsreihen geschaffen und Datenbanken eingerichtet sowie kontinuierlich aktualisiert werden. Im Bereich der Wirtschaftsforschung gibt es entsprechende Institute bereits seit längerem, der Familienforschung hatte es bis 1994 an einschlägigen Instituten in Österreich gemangelt. Dabei umfasst gerade der Bereich der Familienbeziehungen, mit Fragestellungen zu Generationenbeziehungen, Liebe und Partnerschaft, Kinderwunsch und reproduktivem Verhalten, kritischen Lebensereignissen im Familienverbund etc., Themengebiete, die ihre Aktualität nie verlieren bzw. gerade in der heutigen individualisierten Gesellschaft erst recht ihren prominenten Platz in der individuellen Lebensführung beanspruchen werden, wie der von Beck und Beck-Gernsheim bekannt gewordene Begriff der „neuen Privatheit“ (1990) veranschaulicht. Die eigene Familie gewinnt vor allem im Vergleich zum Arbeitssektor wieder an Relevanz. Sie dient als Rückzugsrefugium für den individualisierten Menschen, das „private Glück“ ist ebenso wichtig wie beruflicher Erfolg. Zusammenhänge im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und

Erwerb werden immer stärker erkannt, und auch die Kulturindustrie „vermarktet“ familienpolitische Inhalte, gibt in populärwissenschaftlichen Medien ihr Wissen über Liebe und Partnerschaft weiter und erweitert sie zu medialen Klischees bzw. verwendet die Themen in Film- und Musikindustrie. Dass dieses gesellschaftliche Interesse auch wissenschaftlich fundiert genährt werden sollte, erscheint als eine logische Konsequenz.

Im Team des ÖIF sind unter anderem WissenschaftlerInnen aus den Disziplinen Psychologie, Soziologie, Sozialpädagogik, Demografie, Geschichte, Ökonomie und Statistik vertreten. Die Abteilung für Kommunikation und Information sorgt für den medialen Kontakt zu Personen aus Wissenschaft, Medien und generell zu allen Interessierten. Die Abteilung für Organisation und Administration ist mit dem Day-to-Day-Management beschäftigt.

## **2 Wirkungsbereiche**

Im folgenden Kapitel werden die Wirkungsbereiche des ÖIF in einem geschichtlichen Rückblick näher betrachtet und wichtige Meilensteine im Forschungszusammenhang sowie weitere Aufgabenbereiche des Instituts dargestellt. Es wird dabei um die Bereiche der Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse gehen, ebenso wie um die Methoden- und Modellentwicklung und das Monitoring auf nationaler und internationaler Ebene. Hier werden jeweils einige Projekte mit ihren Besonderheiten und ggf. Hauptergebnissen herausgegriffen, die die Tätigkeiten des ÖIF repräsentieren. Weiters wird das ÖIF in seiner Funktion als politikberatendes Institut sowie als Informationsknotenpunkt für die Öffentlichkeit allgemein vorgestellt.

### **2.1 Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse**

Orientiert an den drei Forschungsschwerpunkten Familien- und Partnerschaftsbeziehungen, psychosoziale Gesundheit und Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, steht die Gewinnung neuer Daten und deren Analyse im Mittelpunkt unserer wissenschaftlichen Tätigkeiten, von wo aus weitere Schritte, wie die Verbreitung der Ergebnisse für die interessierte Allgemeinheit oder im Sinne einer politischen Politikberatung, erst möglich werden. Geordnet nach Themenbereichen sollen nachfolgend einige Projekte mit ihren jeweiligen Schwerpunkten exemplarisch vorgestellt werden, wobei zu beachten ist, dass die Themenkreise nicht absolut voneinander abzugrenzen sind.

## 2.1.1 Themenkreis „Familienbeziehungen“

Der Themenkreis der Familien- und Partnerschaftsbeziehungen ist ein weites Feld, hierunter fallen sämtliche Studien, die sich mit vor allem mikro- und makrosoziologischen Fragestellungen zum Thema Partnerschaft, Heirat und Scheidung, Familienbildung, aber auch beispielsweise der speziellen Situation von MigrantInnenfamilien auseinandersetzen.

### 2.1.1.1 Migration

Die wissenschaftliche Betrachtung der Lebensbedingungen von Zuwandererfamilien in Österreich war eines der ersten Schwerpunktthemen, mit denen sich das ÖIF befasste. Eine Pilotstudie (Pflegerl 1996) hatte zum Ziel, die Lebensbedingungen von Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei, die in Österreich eine neue Heimat gefunden haben, zu erheben. Gerade im Hinblick auf die aktuelle EU-Osterweiterung und die Tatsache, dass Staatsbürger aus der Türkei, Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Bosnien und Herzegowina mittlerweile die größten Bevölkerungsgruppen aus dem Ausland stellen, erscheint die wissenschaftliche wie schließlich auch praktische Integration dieser Familien äußerst wichtig. Als Zahlen seien genannt, dass beinahe zwei Drittel aller in Österreich lebenden MigrantInnen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei kommen; im Vergleich dazu haben 14,9% die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes (vor der Ost-Erweiterung).<sup>1</sup> Für die Studie von 1996 wurde als Methode das ExpertInneninterview gewählt; RichterInnen, die beruflich einschlägige Erfahrungen mit Zuwandererfamilien hatten sammeln können, wurden zu ihren Erlebnissen und Einschätzungen befragt. Es zeigte sich, dass es beim Zusammentreffen zwischen MigrantInnen und Judikative häufig zu Konflikten kam, die sich mehrheitlich auf den kulturellen Unterschied zwischen österreichischer Rechtslage und dem soziokulturellen Hintergrund der Immigrierten aus Jugoslawien und der Türkei zurückführen ließen.

- Berichtet wurde beispielsweise davon, dass die österreichische Obsorge-  
regelung für einige MigrantInnenfamilien nur schwer nachzuvollziehen ist und  
sich hier etwa Probleme ergeben, weil Söhne traditionsgemäß beim Vater  
leben und Väter dem traditionellen Rechtsempfinden nach generell ein ver-  
stärktes Recht auf die Kinder, also auch die Töchter, haben. Füllen Familien-  
richterInnen eine Entscheidung, die von diesen Auffassungen abweicht, kann  
dies zu Problemen führen (vgl. Pflegerl 1996:67).
- Als zweites großes Problem nannten RichterInnen die Sprachbarriere, selbst  
wenn DolmetscherInnen in den Verhandlungen anwesend seien, ginge  
manchmal der Sinn der Aussagen verloren. Eine Kommunikation sei in jedem

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch 2004, S. 53; die Zahlen gelten für das Jahr 2001.

Fall erschwert, wenn die MigrantInnen der deutschen Sprache nicht mächtig bzw. die RichterInnen der Sprache der MigrantInnen nicht mächtig seien.

- Weiters wurde auch bemängelt, dass Entscheidungen oft getroffen würden, obwohl die tatsächliche Familiensituation und vor allem der kulturelle Hintergrund nicht genügend bekannt seien. So äußerte sich ein Interviewpartner dahingehend, dass er sich eine unterstützende Beratung vorstellen könnte:

*„Ich glaube, dass es Dinge gibt, die uns nicht gesagt werden. Dies muss man respektieren. Wir als Richter können das jedoch nicht abschätzen, wodurch es sein kann, dass wir oftmals Entscheidungen fällen, die dem Fall nicht entsprechen. Insofern wäre es wichtig, dass es jemanden gäbe, der besser über den jeweiligen Kulturkreis Bescheid weiß und an den man sich in der Folge auch wenden kann.“ (ebd.:80)*

Die Arbeit der Pilotstudie wurde 1997 in einem Projekt im Rahmen des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ausgeschriebenen Forschungsschwerpunktes Fremdenfeindlichkeit fortgesetzt. Ziel des Nachfolgeprojekts „Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Österreich“ war es, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, FamilienberaterInnen, FamilientherapeutInnen und MitarbeiterInnen aus dem Gesundheitswesen, die bei ihrer Arbeit mit Zuwandererfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei in Kontakt kommen, Hintergrundwissen über die Familiensituation und Familienkultur von Zuwanderern zu vermitteln. Diese Vermittlung erfolgte anhand von konkreten Erfahrungen aus der Praxis der ExpertInnen im Umgang mit Zuwandererfamilien, um für sie auf dieser Basis Handlungs- und Denkweisen der beteiligten Familienmitglieder verstehbar und nachvollziehbar zu machen. Durch eine Zusammenarbeit zwischen SozialwissenschaftlerInnen und ExpertInnen sollte es gelingen, Orientierungen für die Praxis zu vermitteln.

Ein Bestandteil der Studie war die zusätzliche Befragung von ExpertInnen aus dem Gesundheitswesen, um Hinweise darauf zu bekommen, welche Erfahrungen MigrantInnenfamilien und medizinisches Personal in Wiener Spitälern miteinander gemacht hatten. Diskutiert wurde in einem 1999 stattgefundenen Workshop, dessen Ergebnisse am ÖIF publiziert wurden (Fernández de la Hoz & Pfliegerl 2001). Damals hatte sich gezeigt, dass vor allem zwei größere Themenkreise die Erfahrungen charakterisieren:

- Im medizinischen Zusammenhang Im medizinischen Zusammenhang zeigten die Fallbeispiele, dass MigrantInnen scheinbar vermehrt spezifischen krankheitsfördernden Lebensbedingungen ausgesetzt sind. Besonders Kinder weisen Symptome auf, die sich mit vergleichsweise schlechten Wohnbedingungen und einer nicht ausgewogenen Ernährung in Verbindung bringen lassen (z.B. vermehrte Asthma- und Pilzkrankungen bei feuchten Wohnverhältnissen; vgl. Fernández de la Hoz & Pfliegerl 2001:17f.).

- Der zweite Themenkreis bezog sich auf Beobachtungen im Zusammenhang mit Schwierigkeiten der interkulturellen Kommunikation. Hier stellten die ExpertInnen vielfältige Fallbeispiele vor, die z.B. Angehörigenbesuche außerhalb der Besuchszeit betrafen, die deshalb zum Problem werden können, da sich strenge Spitals-Statuten hinsichtlich Besuchszeit nicht mit der kulturell verankerten familiären Beistandspflicht im Krankheitsfall vereinbaren lassen (ebd.:24).

Abschließend wurden im Schlussplenum dieses Workshops vielfältige Anliegen und Empfehlungen zu einer Verbesserung der Situation für MigrantInnen in Spitälern gesammelt und mit dem Ziel dokumentiert (ebd.:29), dass sie von den jeweiligen ExpertInnen in die eigene Arbeitspraxis „mitgenommen“ werden.

In der Folge wurde entschieden, das Thema um die Erforschung der „Bedeutung des Wohnens für MigrantInnenfamilien in Österreich“ zu erweitern (Pflegerl & Fernández de la Hoz 2001). Anhand von konkreten Fällen wurde untersucht, wie MigrantInnenfamilien die Wohnung als Ort der Lebensgemeinschaft, als Raum für Eltern-Kind-Beziehungen und Verwandtschaftsbeziehungen erleben. Dabei wurde erstens in Fallstudien beleuchtet, wie die interviewten Familien in ihrem Heimatland wohnen und leben, zweitens wurde das Thema „Wohnen in Österreich“ teils statistisch-deskriptiv, teils aus Sicht der MigrantInnenfamilien und SozialarbeiterInnen auf verschiedenen Ebenen (z.B. im Hinblick auf Wohnungsmarkt und Wohnsituation) beleuchtet, und es wurden in einem dritten Teil speziell die Zukunftsperspektiven der in Österreich wohnenden MigrantInnenfamilien vorgestellt. Hier wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse vier prinzipielle innere Haltungen im Hinblick auf das Wohnen herausgearbeitet, die für sehr unterschiedliche Bedürfnisse, Erwartungen, Probleme oder Integrationsformen sprechen. Diese Ergebnisse seien exemplarisch aus der Studie herausgegriffen und kurz erläutert: Pflegerl und Fernández de la Hoz unterscheiden hinsichtlich der Zukunftsperspektiven von MigrantInnenfamilien (vgl. Pflegerl & Fernández de la Hoz, 2001:76ff.):

- *Das Leben im Hinblick auf die Rückkehr:* Einige der befragten Familien führen ihr Leben in Österreich als unerwünschtes Provisorium, sie sehnen sich nach ihrer Heimat, eine Rückkehr ist aber z.B. aus politischen Gründen momentan nicht möglich.
- *Die Entscheidung für einen Verbleib in Österreich:* Andere Familien haben sich für einen längerfristigen Verbleib im Aufnahmeland entschieden.
- *Die Pendlermentalität:* Einige Familien zeigen sich gleichsam mit dem Herkunftsland wie auch mit dem Aufnahmeland verbunden, die Rollen jedes Lebensorts sind klar definiert, z.B. indem man im Heimatland den Urlaub verbringt, in Österreich aber das dafür notwendige Geld verdient. Neue Transportmittel

und Kommunikationsformen (Billigreisen und Satellitenanlagen etc.) machen diese Form der komplexen Integrationsform möglich.

- *Die Zukunftslosen*: Die Gruppe der so genannten „Zukunftslosen“ beschreibt Personen, die quasi von einem Tag auf den anderen leben und ständig Energie aufbringen müssen, um ihr Überleben zu sichern. Oft leben sie in mangelhaften Wohnverhältnissen, wobei diese oft „Begleiterscheinungen einer extremen Deprivierung, die zu einer Verringerung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen führen“ sind (ebd.:82).

Faktoren, die für das Herausbilden dieser Zukunftswünsche eine Rolle spielen, sind vor allem die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen im Aufnahme-land, die Situation der MigrantInnenfamilien im Herkunftsland sowie die Situation und Dynamik innerhalb der Familie. Für diesen dritten Faktor wurde entsprechend der empirischen Analyse abschließend die Hypothese formuliert, dass die Bedeutung der Familie z.B. für das Phänomen der Kettenmigration eine wichtige Rolle spielt: „Einige Verwandte ebnen den Weg für nachziehende Angehörige, und so entstehen Unterstützungsnetze, aus denen sich stabile Gemeinden bilden können. [... die Familie] erweist sich als zuverlässige Instanz, die besonders geschätzt wird, wenn das soziale Umfeld unbekannt oder sogar bedrohlich erscheint“ (ebd.:84).

Diese Ergebnisse zeigen insgesamt, dass die Bedeutung der Familie für Zuwandererfamilien eine prominente Rolle spielt und deshalb empirisch-familienwissenschaftliche Ergebnisse im Bereich der Migrationsforschung wichtige Beiträge liefern.

### **2.1.1.2 Elterliche Scheidung und eigener Lebensentwurf**

Ein ebenfalls wichtiges und gesellschaftlich viel diskutiertes Thema im Bezug auf Familienbeziehungen ist die große Zahl von Paaren, die sich alljährlich scheiden lässt. Zwar ist die Gesamtscheidungsrate in Österreich seit 2002 geringfügig rückläufig und lag im Jahr 2003 bei 43,2% (im Vergleich zur bislang höchsten Rate von 46% im Jahr 2001)<sup>2</sup>, sie liegt dabei aber im historischen Vergleich immer noch auf einem hohen Niveau, da sie sich in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt hat.

Da durch die steigenden Scheidungsraten der letzten Jahre auch immer mehr Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen waren, sollte eine 1998 am ÖIF durchgeführte Datenanalyse Aufschluss darüber geben, welche Auswirkungen eine als Kind erlebte Scheidung auf die eigene biografische Lebensführung in punkto

---

<sup>2</sup> Vgl. Statistische Jahrbücher 2003 und 2004; Pressemitteilung Statistik Austria vom Juni 2004.

Partnerschaft, besonders auf die erste Ehe bzw. Lebensgemeinschaft, hat. Bis zu diesem Zeitpunkt waren noch keine Studien mit dieser konkreten Fragestellung durchgeführt worden.

An die Fragestellung wurde quantitativ mittels einer Sekundäranalyse der Daten des Family & Fertility Survey 1996 (FFS '96)<sup>3</sup> herangegangen.

Konkret konnte dabei erstmals festgestellt werden, dass Personen mit Scheidungserlebnis im Elternhaus seltener eine Lebensgemeinschaft eingehen als Personen, die aus einer so genannten „intakten“ Familie kommen: „Frauen, die keine Scheidung erlebt haben, gehen zu 86% eine Lebensgemeinschaft ein, hingegen Frauen mit erlebter Scheidung zu nur 82%. Bei Männern liegen die Vergleichswerte noch weiter auseinander, nämlich bei 76% bzw. 67%“ (vgl. Gössweiner & Nowak 1998:18). Entscheiden sich diese Männer und Frauen aber für eine Ehe bzw. auf Dauer angelegte Partnerschaft, dann tun sie dies bei weitem früher als die Kontrollgruppe: 40% der damals oder heute 20-jährigen Frauen mit elterlicher Scheidung waren/sind zu diesem Zeitpunkt bereits verheiratet oder „ernsthaft“ liiert (gegenüber 31% der weiblichen Kontrollgruppe) und 20% der männlichen „Scheidungskinder“ leben mit 20 Jahren in einer Partnerschaft (gegenüber 11% der Kontrollgruppe). Ebenfalls wird die Stabilität der ersten Lebensgemeinschaft von einer Scheidung im Elternhaus beeinflusst, denn statistisch gesehen lösen Personen mit erlebter Scheidung um 22% häufiger ihre erste Lebensgemeinschaft wieder auf als Frauen und Männer von nicht-geschiedenen Eltern (vgl. ebd.:24). Mit dem Begriff des „vererbten Scheidungsrisikos“ oder anderen Formen von intergenerationaler Transmission muss allerdings vorsichtig umgegangen werden; da die Ursachen für Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Scheidungserlebnis der Eltern noch nicht abschließend erforscht sind, eine umfassende „Scheidungstheorie“ bislang nicht existiert, vielmehr sich verschiedene Einzelhypothesen (für einen Überblick: ebd.:12f.; im Einzelnen: Heekerens 1987; McLanahan & Bumpass 1988; Schulz & Norden 1990; White 1990; Diekmann 1994; Diekmann & Engelhardt 1995; Rosenkranz & Rost 1996) überschneiden und widersprechen.

---

<sup>3</sup> Der FFS '96 wurde in 20 Ländern Ost- und West-Europas sowie in den USA, Kanada und Neuseeland durchgeführt. Er wird von der Economic Commission for Europe (UN/ECE – Population Activities Unit (PAU)) koordiniert. Es handelt sich hierbei um eine empirische Datenerhebung zu den Themenbereichen Partnerschaft, Familienbildung, Ausbildung, Wohnbiografie, Fertilität und anderen biografischen Fragekomplexen. Die Betrachtung kritischer Ereignisse in einer Längsschnittbetrachtung des Lebenslaufes ermöglicht es, spezielle Auswirkungen von Ereignissen auf den weiteren Lebensverlauf zu beobachten. In Österreich wurden 4581 Frauen und 1539 Männer zwischen 20 und 54 Jahren repräsentativ befragt. Das ÖIF hatte als Träger des österreichischen FFS '96 die Aufgabe der Koordination der Auswertungen und der wissenschaftlichen Analysen.

### 2.1.1.3 Wie Paare den Übergang in den Ruhestand bewältigen

Partnerschaft und Familie haben für Menschen jeden Alters eine große Relevanz im Biografieentwurf bzw. im biografischen Rückblick. Dabei entwickeln sich diese Beziehungen ständig weiter; auch die Liebespartnerschaften älterer Menschen müssen sich bestimmten Entwicklungsaufgaben stellen. So bedeutet etwa der Übertritt in den Ruhestand für beide Partner den Beginn einer neuen Lebensphase. Die Veränderungen, die mit dem Wegfall der Erwerbstätigkeit einher gehen, bergen in sich neben Schwierigkeiten auch neue Chancen.

Dazu zeigen die Daten aus dem Mikrozensus 2001, dass ein Großteil der in den Ruhestand tretenden Menschen in einer Partnerschaft lebt: In der Gruppe der 60-64-jährigen Männer sind rund 84% verheiratet, bei den Frauen beträgt dieser Prozentsatz 71%.

Im Rahmen einer qualitativen Untersuchung auf der Basis der Grounded Theory nach Glaser und Strauss (1998) widmete sich seit dem Jahr 2002 (vgl. Buchebner-Ferstl 2002) eine zweijährige Studie am ÖIF der Erforschung der Situation von Paaren nach dem Übertritt in den Ruhestand. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden 2004 publiziert (Buechbner-Ferstl 2004).

Erarbeitet wurde ein theoretisches Erklärungsmodell des Übergangs. Es basiert auf einem rollentheoretischen Konzept und sieht die wesentliche Aufgabe zur Bewältigung des Übergangs in den Ruhestand darin, dass Männer und Frauen ihre Rollen neu organisieren, nämlich auf individueller Ebene, auf Partner- sowie auf Paarebene. Mit diesen unterschiedlichen Rollengefügen sind jeweils Aufgaben und Ziele verknüpft, für die verschiedene Strategien zum Einsatz kommen.

Folgende Strategien konnten „herausgefiltert“ werden:

Hinsichtlich der *individuellen Rollen* sehen sich Frauen und Männer mit der Aufgabe konfrontiert, ihre nun frei gewordene Zeit möglichst befriedigend zu nutzen, sie müssen also eine zufrieden stellende Art und Weise der Zeitgestaltung finden. Die Antworten der interviewten Frauen und Männer lassen schließen, dass hier vor allem drei mögliche Strategien zum Einsatz kommen: Erstens werden *bereits bestehende Rollen erweitert*, indem Prioritäten verschoben werden. Individuelle Interessen und Hobbys werden weitergeführt bzw. ausgebaut. Diese Strategie wird von den meisten in irgendeiner Form praktiziert und weist auf die Bedeutung von Kontinuität hin. Zweitens werden neue Rollen übernommen, man engagiert sich z.B. im Familiengefüge nun mehr als Großmutter oder Großvater und füllt damit freie Zeitressourcen. Werden diese neuen Rollen allerdings nicht als befriedigend und erfüllend erlebt, so zeigt sich, dass sie von den Befragten als Belastung erlebt und deshalb nicht ins Rollengefüge eingebunden werden. Das bedeutet, dass sie keine Stabilisierung des Rollengefüges bewirken, sondern es gegenteilig noch mehr aus dem Gleichgewicht bringen. Eine dritte Strategie zur

individuellen Rollengestaltung ist die *Aufrechterhaltung von Aspekten der Erwerbstätigkeit*. Bei dieser Form der Bewältigung werden berufsbezogene Tätigkeiten, oft auch im Sinne von Nachbarschaftshilfe und Freundschaftsdiensten, weitergeführt. Aber auch auf rein gedanklicher Ebene können Elemente der Erwerbstätigkeit fortbestehen, etwa wenn die Pensionszahlung des Arbeitgebers als fortgeführte Entlohnung verstanden wird: „Da hat sich in dem Sinn überhaupt nichts geändert. Ob das jetzt Pensionskonto heißt oder Gehaltskonto heißt, ist wurscht. Das Geld kommt über mich herein“, äußert sich ein Interviewpartner.

Was die *PartnerInnenrollen* betrifft, sieht das Erklärungsmodell vor, dass jede Veränderung der Rollen unweigerlich das Rollengefüge der PartnerInnen beeinflusst. Für jede Rolle kann damit eine Entsprechung auf der PartnerInnenseite angenommen werden, die Rolle des Pensionärs kann z.B. seine Entsprechung dahingehend finden, dass sich seine Frau (teilweise) über die Rolle „Frau des Pensionärs“ definiert. Die Aufgabe auf dieser Ebene ist es damit, diese Rollen in das eigene Rollengefüge einzubinden bzw. gegebenenfalls mit der Partnerin bzw. dem Partner auszuverhandeln.

Auch eine Reihe von *Paarrollen* muss mit dem Übergang in den Ruhestand neu definiert werden. Neu definiert werden muss z.B. die Paarrolle der *Arbeits(teilungs)gemeinschaft*. Besonders die Aufteilung der Hausarbeit muss hier unter den PartnerInnen ausgehandelt werden, wobei des Öfteren das Problem auftritt, dass die Beteiligung des Mannes im Haushalt an der Bereitschaft der Frau scheitert, seine Beteiligung auch zuzulassen. Häufig wird beobachtet, dass sie ihren „angestammten“ Kompetenzbereich nicht „teilen“ will. Diesbezügliche Bemühungen des Mannes können leicht zu einem Konflikt in der Partnerschaft führen. Eine weitere auszuhandelnde Paarrolle ist die der *Lebensgemeinschaft*: Hier geht es im Sinne einer Wohngemeinschaft um das Verhältnis von Nähe und Distanz sowie um die Organisation des Alltags. Durch den Ruhestand eines Partners bzw. einer Partnerin verbringt das Paar ungewohnt viel Zeit im selben Umfeld. Besonders der gewohnte Ablauf des Alltags von Hausfrauen wird durch die Pensionierung des Mannes durcheinander gebracht. Eine Neuorganisation des Alltags, auch im Sinne einer Neuverteilung der Haushaltsaufgaben, ist notwendig. Eine dritte Paarrolle verlangt ebenfalls neue Aushandlungen nach der durch Ruhestand veränderten Situation, nämlich die der *Wirtschaftsgemeinschaft*: Die mit der Pensionierung einhergehende veränderte finanzielle Situation – meist steht weniger Geld zur Verfügung als vorher – bedeutet Anforderungen an das Paar als „Wirtschaftsgemeinschaft“. Es müssen Entscheidungen über mögliche Ausgaben und Einsparungen getroffen werden.

Generell konnte beobachtet werden, dass sich die Neukonstruktion des Rollengefüges eher schwieriger und aufwändiger gestaltet, wenn Personen in einer Partnerschaft und nicht allein leben. Neben der individuellen Ebene spielen hier auch die oben erwähnten Partner- und Paarebenen eine wichtige Rolle. Gleich-

zeitig ist in Partnerschaften aber eine größere Stabilität und Kontinuität in vielen Bereichen anzutreffen als bei allein stehenden Personen. Auch kann bei einem mit der Pensionierung zusammenhängenden krisenhaften Übergang der Partner bzw. die Partnerin eine Stütze sein. Bei allein stehenden Personen ist die Definition der individuellen Rolle dafür umso dringlicher und aufwändiger, insbesondere wenn für die jetzt pensionierte Person der Arbeitsplatz die „Hauptquelle“ für soziale Kontakte war.

Die Bewältigung des Übertritts in den Ruhestand wird auch von einer Reihe anderer Faktoren mitbestimmt, wie z.B. Gesundheit, Finanzen, Umstände der Pensionierung, vorangegangene Erwerbstätigkeit, soziale Kontakte, Persönlichkeit des Partners bzw. der Partnerin etc.

Die Erkenntnisse, die aus der Studie gewonnen wurden, könnten in weiterer Folge für Maßnahmen der Pensionsvorbereitung genutzt werden und einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Partnerschaftskonflikten im Zusammenhang mit kritischen Lebensereignissen (im Speziellen mit dem Übergang in den Ruhestand) leisten.

## **2.1.2 Themenkreis „Vereinbarkeit von Familie und Erwerb“**

Als sich ab den 1980er Jahren die Sozialwissenschaften vermehrt mit den Auflösungstendenzen sozialer Strukturen beschäftigten und die Zeitdiagnose vor allem mit dem durch Ulrich Beck (1983; 1986) beschriebenen Konzept der (zweiten) Individualisierung vorgenommen wurde, rückte auch die weibliche Emanzipation in ein neues Licht: Für den weiblichen Lebensentwurf bedeutete das Wegbrechen von alten Rollenschemata zwar die Möglichkeit der Freisetzung aus der häuslichen Sphäre, gleichzeitig bedeutete Individualisierung aber auch den Zwang des Sich-Entscheiden-Müssens für die beste Strategie, wie Erwerb und Familie am besten zu vereinbaren wären. Diskutiert wurde dies vor allem in den 1990er Jahren unter den Begriffen wie „Doppelbelastung“ bzw. „Doppelorientierung des weiblichen Lebenslaufs“ (vgl. Keddi & Seidenspinner 1990), die sozialwissenschaftliche Anwendungsforschung und die Politik selbst machten sich infolgedessen auf die Suche nach Lösungsansätzen zur besseren „Vereinbarkeit von Familie und Erwerb“.

Innerhalb dieses Themenkreises hat das ÖIF in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt gelegt und Studien durchgeführt. Ein Fokus richtete sich auf die Thematik der Kinderbetreuung und den damit verbundenen sozialpolitischen Maßnahmen. Schon im Sommer 1994, also wenige Monate nach der offiziellen Gründung des ÖIF, hat das damalige Bundesministerium für Jugend und Familie eine Pilotstudie und danach eine weiterführende Studie zur „Kinderbetreuung in Österreich“ beim ÖIF in Auftrag gegeben. Bereits ein Jahr später wurde das erste

für die Politik relevante Ergebnis aus der Arbeit des ÖIF publiziert, nämlich die besagte Studie zur „Teilzeitbetreuung von Kindern in Österreich“. Darin wurde einerseits eine zunehmende Vielfalt an praktizierten Lösungswegen in der Kinderbetreuung mit Schwerpunkten in Abhängigkeit vom Alter der Kinder aufgezeigt. Andererseits konnte nachgewiesen werden, dass die Unterstützung der öffentlichen Hand für Kinder zwischen zwei und unter vier Jahren am geringsten war. Grundsätzlich war es den Autoren wichtig, den Aspekt des Kindeswohles stärker und explizit bewusst zu machen, da Kinder im Interessenausgleich Gefahr laufen, zu kurz zu kommen. Mit dieser Studie war der Grundstein für den ÖIF-Arbeitsschwerpunkt Kinderbetreuung gelegt, der in weiterer Folge zur Entwicklung des Modells „Kinderbetreuungsscheck“ führte.

Auf der Basis einer einstimmigen Empfehlung des Familienpolitischen Beirats, in dem insbesondere die Sozialpartner und die Familienverbände vertreten sind, wurde das ÖIF im Mai 1997 vom damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beauftragt, Modelle von Transferleistungen für Kinderbetreuung zu entwickeln, die unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern und der Form des Zusammenlebens sind, sowie mögliche Auswirkungen umfassend zu evaluieren und die finanziellen Aspekte abzuschätzen.

Diese vom ÖIF daraufhin erstellte Machbarkeitsstudie „Kinderbetreuungsscheck“ ist die wissenschaftliche Grundlage für das am 1. Jänner 2001 in Österreich eingeführte Kinderbetreuungsgeld.

Begleitet wurde das Vorhaben der Implementierung im Rahmen einer Evaluierungsstudie des ÖIF, bei der soziale Rahmenbedingungen vor Einführung des KBG erfasst wurden sowie die Effektivität des neuen Instruments nach seiner Einführung empirisch erschlossen wurde. Auf methodisch breiter Basis wurden hierzu zu mehreren Untersuchungszeitpunkten ab 2001 Erhebungen durchgeführt:

- Repräsentative Fragebogenerhebung innerhalb der Bevölkerung
- Repräsentative Fragebogenerhebung mit BezieherInnen des KBG
- Qualitative Leitfadeninterviews mit BezieherInnen des KBG, Schwangeren und UnternehmensvertreterInnen
- ExpertInneninterviews bzgl. der Implementierung
- Analyse der Daten aller AntragstellerInnen für das KBG
- Inhaltsanalyse bzgl. Darstellung des KBG in den Medien

Nach eineinhalb Jahren Laufzeit bezogen insgesamt 90.076 Väter und Mütter das neue Kinderbetreuungsgeld (Stichtag 2. Juni 2003). Zu diesem Zeitpunkt wurde dem BMSG auch die erste Zwischenbilanz in Form eines Statusberichts vorgelegt. Unter anderem wurde innerhalb einer Nutzen- und Qualitätsprüfung erhoben, welche Vor- und Nachteile für die BezieherInnen nach eigener Ansicht entstehen, vor allem im Vergleich zur vorherigen Karenzgeld-Regelung.

Es zeigte sich, dass das KBG für die Mehrzahl der BezieherInnen eine Besserstellung bedeutet, und zwar vor allem für Personen, (a) die vorher keinen bzw. einen eingeschränkten Anspruch hatten, (b) die länger als eineinhalb Jahre die Kinderbetreuung selbst übernehmen wollten, (c) die neben dem Geldbezug dazuverdienen wollen oder müssen und (d) für Personen, die für ihre Alterspension wenig Beitragsmonate aus dem Erwerbseinkommen beziehen. Insgesamt wurden dabei die Anrechnung von pensionsbegründenden Zeiten und der längere Geldbezug am positivsten bewertet. Für einzelne Personengruppen hingegen kann die Einführung des KBG jedoch auch eine Erschwerung der Situation bzw. eine konkrete Schlechterstellung bedeuten. Betroffen sind etwa Personen, die höhere Einkünfte haben, die unselbstständig beschäftigt sind und volle Bezugsdauer und Kündigungsschutz in Anspruch nehmen, oder auch Personen, die die Karenz mit dem Geldbezug aufschieben oder die Teilzeitkarenz ohne Zuverdienstgrenze in Anspruch nehmen wollen.

Nach Meinung der BezieherInnen setzt das KBG primär Impulse dahingehend, dass Mütter für einen längeren Zeitraum die Kinderbetreuung selbst übernehmen werden. Geringere Auswirkungen werden für das Erwerbsleben von Frauen oder die Förderung der Väterbeteiligung erwartet, wie die folgende Tabelle zeigt.

**Abbildung 1: Auswirkungen des KBG nach Einschätzung der BezieherInnen, Erhebung mittels Fragebogen, 2. Erhebungswelle (Januar 2003), n = 350.**

<i>Bewirkt das KBG Ihrer Ansicht nach...</i>	<i>Zustimmung in %</i>
Mütter können Kinderbetreuung länger selbst übernehmen	93
Angemessene Bewertung der Betreuungs- und Familienarbeit	75
Gute Vereinbarkeit von Mutter- und Erwerbsrolle	74
Vermehrte außerhäusliche Kinderbetreuung	55
Die Förderung der Männerbeteiligung	55
Die Erleichterung des Wiedereintritts	49
Dass Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden	35

Nachdem der beauftragte Studienteil der Evaluierung im Jahr 2003 abgeschlossen war, wurde die Evaluierungsstudie auf Wunsch des BMSG verlängert und befindet sich gerade in Bearbeitung, der Endbericht wird im Jahr 2006 vorliegen. In neuen Erhebungswellen werden die BezieherInnen des KBG nochmals qualitativ und quantitativ befragt, um aktuelle biografische Entscheidungen zu erfassen (Leitfadeninterviews) und Auskünfte über ihre Einstellungen zum Instrument des KBG zu erhalten (quantitative Herangehensweise).

Das hier verfolgte Konzept der begleitenden Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme ist in Österreich einzigartig und stellt auch im europäischen Raum einen äußerst innovativen Ansatz dar. Erstmals ist es durch die seit Einführung der Maßnahme parallel laufende Evaluierung möglich, Stimmungen in der Bevölkerung sowie konkrete Auswirkungen auf die Situation der BezieherInnen direkt zu erheben und so direkt Vorschläge für eventuelle Modifikationen im Sinne einer Ad hoc-Politikberatung abzugeben.

### **2.1.3 Themenkreis „psychosoziale Gesundheit“**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Gesundheit als „Zustand des körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens“. Damit ist Gesundheit schon lange kein rein physisch-medizinisches Thema mehr sondern wird in seiner Definition, in seinen Ursachen und Auswirkungen gleichermaßen auf den psychisch-sozialen Kontext bezogen und ist deshalb auch ein Forschungsthema für die Sozialwissenschaften. Die Familie ist als wichtiges soziales Gebilde unmittelbar betroffen von der Gesundheit seiner Mitglieder: Diese können beispielsweise Krankheiten intergenerational vererben, Krankheiten durch Ansteckung innerhalb der Familie weitergeben, sie können psychosoziale Krankheiten mit auslösen (z.B. seelische Belastung der Kinder durch elterliche Scheidung) oder sie können sich im Krankheitsfall beistehen und damit emotional zur Genesung wesentlich beitragen. Insofern ist die (psychosoziale) Gesundheit ein wichtiges Thema innerhalb der Familienforschung und findet in den wissenschaftlichen Studien des ÖIF stets größte Beachtung. Diesem widmete sich das ÖIF im Rahmen der Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demografie und Familie 2003 im Rahmen eines EU-weiten Kongresses mit der Fragestellung, ob die Familie einen kostensteigernden oder kostensenkenden Faktor für das Gesundheitssystem darstellt.

Da der Bereich der psychosozialen Gesundheit auch andere Lebensbereiche mit einschließt, ist eine thematische Abgrenzung der am ÖIF durchgeführten Studien oftmals schwer, besonders im Zusammenhang mit dem Themenkreis „Familienbeziehungen“. Im Folgenden werden zwei Projekte vorgestellt, die eine hauptsächliche Schwerpunktlegung im Bereich der psychosozialen Gesundheit haben.

#### **2.1.3.1 Die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Gesundheit**

Eine Untersuchung, die auf die oben erwähnte Bedeutung von Gesundheit im Zusammenhang mit sozialen Beziehungen Bezug nimmt, wurde 1998 durchgeführt und erläutert die Bedeutung sozialer Netzwerke und sozialer Unterstützung für

die subjektiv empfundene Gesundheit (Gössweiner et al. 1998). Hier wurde ein ausgewählter Datensatz der IFES-Studie „Leben in Wien“ (1995)<sup>4</sup> einer quantitativen Sekundäranalyse unterzogen.

Im Zentrum standen drei Hauptfragen, die die Auswertungen leiteten: Zunächst wurde erhoben, wie die Kontaktstrukturen der Wiener Bevölkerung nach Alter, Lebensform, Familienstand, Nationalität etc. differieren. Anschließend wurden die verschiedenen Formen von Kontaktnetzwerken typisiert und schließlich sollte der Einfluss von sozialen Netzwerken auf die subjektiv empfundene Gesundheit transparenter gemacht werden.

Die Situation zu sozialen Netzwerken der Wiener Bevölkerung lässt sich mit einigen statistischen Aussagen illustrieren (vgl. Gössweiner et al. 1998:50f.).

- Im Durchschnitt zählen die befragten WienerInnen 4 FreundInnen und gute Bekannte zu ihrem Kontaktkreis.
- Mit FreundInnen und Bekannten treffen sich die WienerInnen zu 36% ein paarmal pro Woche, zu 33% etwa einmal pro Woche und zu 19% maximal ein- bis zweimal pro Monat.
- Mit ihren Kontakten zu FreundInnen und Bekannten sind 58% der Befragten sehr zufrieden und lediglich 2% sehr unzufrieden.
- 27% der Befragten geben mindestens einen weiteren leiblichen Verwandten an, der nicht im Haushalt lebt, weitere 29% zwei und 28% drei. Die restlichen 16% entfallen auf vier bis sechs Verwandte.
- Im Durchschnitt treffen sich 24% der WienerInnen ein paarmal wöchentlich mit Verwandten, 27% etwa einmal pro Woche und 22% ein- bis zweimal im Monat.
- Frauen sind eher für die Aufrechterhaltung verwandtschaftlicher Kontakte zuständig: Während sich 27% der Frauen ein paarmal pro Woche mit Verwandten treffen, ist dies nur bei 21% der Männer der Fall.
- Bei Verwandten stellt neben dem Verwandtschaftsgrad die Wohnentfernung einen entscheidenden Beeinflussungsfaktor bezüglich der Kontakthäufigkeit dar.
- 75% der Befragten haben im Falle von Notsituationen Verwandte bzw. FreundInnen/Bekannte in unmittelbarer Nachbarschaft.

Eine vorgenommene Clusteranalyse erlaubte zudem eine Klassifikation der unterschiedlichen Kontaktmuster der Befragten. Als Klassifikationsobjekte wurden erstens die Anzahl der FreundInnen, die man regelmäßig trifft, zweitens die Häufigkeit der Treffen in der Freizeit mit Verwandten und drittens mit guten

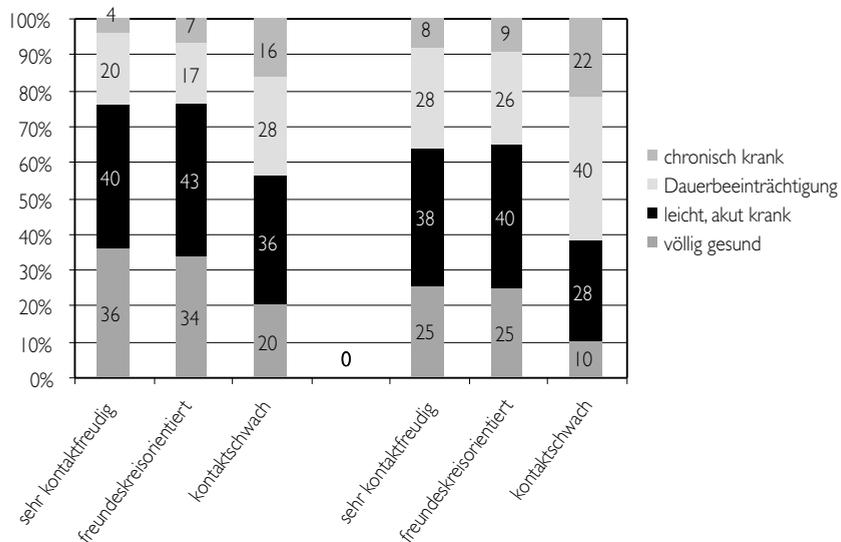
---

<sup>4</sup> Die Studie „Leben in Wien“ wurde im Zeitraum von Juli 1994 bis Oktober 1995 im Auftrag des Magistrats Wien vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführt. Befragt wurden 8108 Personen im Alter ab 15 Jahren in Wien; sie wurden in Face-to-Face-Interviews befragt.

Bekannten gewählt. Es kristallisierten sich drei Cluster heraus, die mit „sehr kontaktfreudige Personen“ (Cluster 1), „freundeskreisorientierte Personen“ (Cluster 2) und „kontaktschwache Personen“ (Cluster 3) bezeichnet wurden.

Insgesamt betrachtet, zeigte sich bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Cluster-Zugehörigkeit und Einschätzung der eigenen Gesundheit statistische Signifikanz, d.h. „sozial gut eingebettet zu sein ist für das Wohlbefinden und den Gesundheitszustand von zentraler Bedeutung. Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung haben befindens- und gesundheitsregulierende Funktionen“ (ebd., S.3). Als ein Beispiel für einzelne Ergebnisse sei die untere Grafik angeführt: Sie veranschaulicht die statistischen Zusammenhänge zwischen Kontaktmuster und Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands, wobei geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigt wurden.

**Abbildung 2: Kontakttypen nach Geschlecht und Einschätzung des Gesundheitszustands**



(Quelle: Gössweiner & Beham 1998:47).

Bezüglich der genannten Anzahl gesundheitlicher Beschwerden zeigt sich hier, dass die beiden Cluster der „sehr Kontaktfreudigen“ und der „Freundeskreisorientierten“ hinsichtlich der Beschwerdeanzahl recht ähnlich sind. Von diesen beiden Gruppen abweichend ist die Kategorie „völlig gesund“ bei der dritten Gruppe weniger stark ausgeprägt, d.h. kontaktschwache Personen beschreiben ihren Gesundheitszustand weniger oft als voll in Ordnung. Für dieses Ergebnis und für die gesamte Studie gilt allerdings, dass die vorhandenen Daten keine eindeutigen

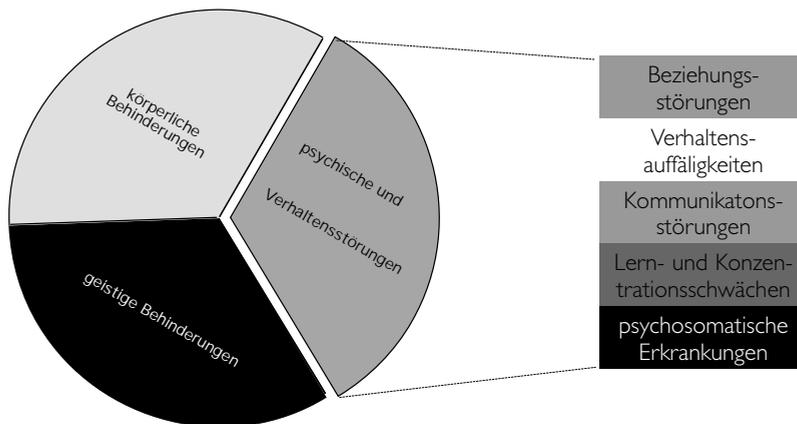
Ursache-Wirkung-Verknüpfungen zulassen. Für die Beantwortung solcher empirischer Zusammenhänge sind weitere Studien notwendig.

### 2.1.3.2 HorseTalks/MOVE

Im Bereich der psychosozialen Gesundheit ist es besonders erstrebenswert, wissenschaftliche Erkenntnisse anwendungsbezogen nutzbar zu machen, um auf diese Weise Menschen mit physisch-psychischen Beeinträchtigungen und Leiden direkte Hilfen zukommen zu lassen bzw. „Sprachrohr“ für jene zu sein, die sich z.B. auf Grund sozialer Schwäche oder Behinderung nur schwer gesellschaftliches Gehör verschaffen können. Zu ihnen zählen auch Kinder, die in verschiedenen Formen Gewalt erfahren und Traumata davontragen mussten. Sie zeigen häufig psychische und Verhaltensstörungen, die einer therapeutischen Behandlung bedürfen.

Für jene Kinder wurde am ÖIF in Zusammenarbeit mit der Familien-Beratungsstelle HORIZONTE (Wien) seit 1997 ein Modell entwickelt, das im Jahr 2000 erstmals unter dem Namen HorseTalks im Rahmen einer Projektwoche mit acht Kindern durchgeführt und evaluiert wurde, dann im Jahr 2003 erweitert und modifiziert sowie in MOVE umbenannt wurde.

**Abbildung 3: Primäre Anwendungsbereiche von MOVE.**



Das Modell verfolgt ein innovatives pädagogisches Konzept, das Elemente aus der Verhaltenstherapie und der Bewegungstherapie enthält, namentlich den von Axline (1972) entwickelten Ansatz der klientenzentrierten, non-direktiven Spieltherapie mit Elementen des heilpädagogischen Voltigierens und Reitens aus der Hippotherapie (vgl. Cizek & Pfeiffer, 2001:3ff.) bzw. im neuen Modell MOVE (ab 2003) mit Tanztraining verknüpft. Über diese drei Module, d.s. therapeutische Gespräche

und Erfahrungen im Umgang mit Pferden (heilpädagogisches Reiten/ Voltigieren, Pflegen der Tiere) bzw. im Tanzen, werden Kinder mit besonderen Bedürfnissen unterstützt, mit ihren Emotionen positiv umzugehen. Sie sollen angeregt werden, alternative Verhaltensformen z.B. abseits von Aggressivität oder Kontaktschwäche zu entwickeln und wieder Vertrauen in soziale Beziehungen fassen.

Die psychologische Therapie beginnt jeweils mit einem diagnostischen Einzelsetting noch in der Beratungsstelle. Weiterführend wird dort mit der Gruppentherapie traumatisierter Kinder begonnen, wobei die Einzeltherapie bei Bedarf vor allem in der ersten Zeit parallel dazu verläuft. Erst dann beginnen die Kinder mit dem Reit- bzw. Tanztraining.

Ab dem Jahr 2000 fanden in jedem Sommer achttägige Projekte mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 16 Jahren statt. Gemeinsam mit ihrer Psychologin aus der Beratungsstelle, einem Tanztrainer, einem/r Reit-InstruktorIn (bis 2003) und einer Soziologin verbrachten die Kinder und Jugendlichen die Therapiewoche auf einem österreichischen Bauern- bzw. Reiterhof.<sup>5</sup> In dieser Woche finden jeweils Einzelgespräche mit der Psychologin statt, die Kinder und Jugendlichen nehmen am Tanz- bzw. Reittraining teil, sie unternehmen Tagesausflüge in der Gruppe und haben allabendliche Gruppensitzungen, angereichert mit Entspannungsübungen. Dort tauschen die Kinder ihre Erlebnisse beim Reiten bzw. Tanzen aus. Die Gruppe fungiert dabei als soziale Ressource, in der Probleme besprochen und miteinander Lösungen erarbeitet werden. In Einzelgesprächen mit der Psychologin wird auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Kinder eingegangen. Der Umgang mit Pferden und das therapeutische Reiten sind besonders für Kinder sehr gut geeignet. Sie finden schnell Zugang zu den Tieren und können eine gefühlsmäßige Beziehung zu ihnen aufbauen. Durch das Tier erlebt sich das Kind emotional unterstützt und erlernt Selbstvertrauen. Auch die Bewegung zur Musik hat bei Kindern einen großen Stellenwert und ermöglicht es ihnen, eigene Gefühle besser auszudrücken sowie Aggressionen abzubauen. Über den Tanz werden Koordination und Konzentrationsfähigkeit geschult. Die harmonische Bewegung zur Musik wirkt sich positiv auf die Psyche des Kindes bzw. des Jugendlichen aus.

Das Modell MOVE wurde entwickelt, um es in Zukunft als psychologisch-pädagogisches Instrument auch an Schulen anbieten zu können. Insofern ist eine wissenschaftlich-begleitende Begutachtung der Modellentwicklung in punkto Qualität und Effektivität dringend notwendig, wie sie jährlich durch Soziologinnen des Instituts vorgenommen wird, die in der Rolle als teilnehmende Beobachterinnen an der Projektwoche mitwirken und ggf. Vorschläge zur Konzeptänderung anbie-

---

<sup>5</sup> Die Reisen wurden bislang von Wirtschaftssponsoren finanziert, hauptsächlich von der Firma Henkel, sodass für die Kinder und ihre Eltern keine Kosten entstehen.

ten. Diese interdisziplinäre Begleitung des Projekts durch ExpertInnen aus Praxis und Wissenschaft soll eine effiziente Weiterentwicklung des Modells garantieren, sodass das Ziel einer Implementierung möglichst bald erreicht wird. Aufgrund der gemachten Erfahrungen zeigte sich beispielsweise, dass das Element des Heilpädagogischen Reitens inklusive des eigenmotivierten Kontakts zu Pferden außerhalb der Reittherapie für die Durchführung mit Schulklassen wegen der Gruppengröße nur schwer durchzuführen ist. Bereits in der vergleichsweise kleinen Gruppe mit acht Kindern war es problematisch, den Kindern einen eigenmotivierten Zugang zu den Pferden aus Gründen der Sicherheit zu ermöglichen:

„Hier wäre zu überlegen, inwieweit der von den Kindern eigenmotiviert gesuchte Kontakt mit den Pferden nicht wichtige therapeutische Impulse hätte liefern können. Es ist dabei freilich klar, dass der Umgang mit Pferden immer mit bestimmten Sicherheitsrisiken verbunden ist. Die Machbarkeitsstudie hat gezeigt, wie schwierig es ist, einen Mittelweg zu finden zwischen einerseits möglichst hoher Sicherheit und Risikominimierung und andererseits Fördern bzw. Zulassen von Eigeninitiativen seitens der Kinder.“ (Pfeiffer & Cizek 2001:27)

Mit Blick auf die Machbarkeit des Modells an Schulen wurde deshalb das Element Reiten aus dem Konzept genommen, im Jahr 2004 fand MOVE das erste Mal ohne die Reittherapie statt.

Wie ersichtlich, greifen bei MOVE Modellentwicklung und inhaltliche wissenschaftliche Arbeit stark ineinander. Es wird deutlich, dass eine strenge Einteilung der am ÖIF geleisteten Arbeit – und somit auch der Abgrenzung nach Themenbereichen – nur schwer möglich ist. Insofern wurde der Bereich Modellentwicklung schon aufgegriffen, dem sich das nächste Kapitel nochmals ausführlicher mit Beispielen widmet.

## 2.2 Methoden- und Modellentwicklung

Um in der empirischen Sozialforschung fundierte Ergebnisse über die soziale Wirklichkeit bestimmter Themen zu erhalten, ist die Wahl der Erhebungsmethode von großer Bedeutung und erfordert daher immer ein sensibles Entscheiden für eine möglichst geeignete Methode. Die meisten am ÖIF durchgeführten Studien bedienen sich dabei der gängigen quantitativen und qualitativen Methoden. Trotz der großen Methodenvielfalt erfordern jedoch manche Inhalte differenziertere Erhebungsmethoden. Zu diesem Zweck entwickelt das ÖIF bei Bedarf „maßgeschneiderte“ Methoden.

Bei der Modellentwicklung geht es in erster Linie darum, anwendungsbezogene Instrumente zur Verfügung zu stellen, wobei diese Anwendbarkeit auf sehr unterschiedlicher Ebene angesiedelt sein kann. Während das oben dargestellte Modell MOVE einer bestimmten Personengruppe Hilfe bei der Alltagsbewältigung

sein will, kann das Modell auch mathematischer Natur sein und für die sozialwissenschaftliche Erfassung ökonomischer Gegebenheiten nützlich sein (siehe hierzu Abschnitt 2.2.4: FAMSIM).

## 2.2.1 Methodenentwicklung: „Partner Interaction Interviews“

Ein Beispiel für eine solche „neue“ Methode zur Datenerhebung ist das so genannte „Partner Interaction Interview“, das im Rahmen einer Studie zum Kinderwunsch bei Paaren entwickelt wurde. Diese Studie fußte auf einem europaweit angelegten Projekt, dem so genannten „Family Impact Monitor Programme“ (2000-02), an dem sich weitere acht Länder<sup>6</sup> mit nationalen Forschungsprojekten beteiligten.<sup>7</sup> Ziel der vom ÖIF für Österreich durchgeführten Studie war es, die Entscheidung für oder gegen ein Kind näher zu beleuchten. Dabei wurden individuelle wie auf Partnerschaftsebene angesiedelte Motive ebenso berücksichtigt wie äußere Faktoren, z.B. der Einfluss von Eltern, Freunden, die finanziellen und materiellen Voraussetzungen, die Beschäftigungssituation, die verfügbaren Kinderbetreuungsmöglichkeiten etc.

Erste Interviews hatten gezeigt, dass die zunächst in Einzelinterviews befragten Frauen und Männer ihre Antwortmuster im gemeinsamen Interview, d.h. in der Debatte mit dem anderen Partner, modifizierten. Somit wurde deutlich, dass die diversen Einflussfaktoren bzgl. des Kinderwunsches von den Paaren selbst in einem wechselseitigen Diskussions- und Interaktionsprozess, d.h. also in der Auseinandersetzung mit dem Partner, vermittelt werden und dass gerade dieser Prozess der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit bedarf.

Die entwickelte Methode der Partner *Interaction Interviews* sieht nun vor, dass beide PartnerInnen zunächst einzeln befragt werden (per Interview und Fragebogen) und dann in einem so genannten Konfrontations-Interview mit Anwesenheit beider PartnerInnen die zum Teil gegensätzlichen Einstellungen und Vorstellungen diskutiert werden. Aus der Untersuchung dieser Interaktion im Duo-Interview lassen sich wichtige Schlüsse ziehen, die bei Anwendung einer alltäglichen Erhebungsmethodik – wenn überhaupt – nur begrenzt feststellbar wären (vgl. auch Akkerboom 2000).

---

<sup>6</sup> Die weiteren Teilnehmerländer waren Deutschland, Belgien, die Niederlande, Irland, Großbritannien, Spanien und Schweden.

<sup>7</sup> Die gesamte Projektkoordination oblag dem Netherlands Family Council (NGR) in Den Haag, die Durchführung und das Projektmanagement in Österreich wurden vom Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) übernommen. Das Projekt wurde in den Jahren 2000 bis 2002 durchgeführt und mit einem Projektbericht im Sommer 2002 an die Europäische Union abgeschlossen.

Die Auswertung dieser Einzel- und Paarinterviews zeigte, dass die Diskussionsprozesse von Paaren zum Thema Kinderwunsch so vielfältig sind wie die Gegebenheiten, in die die Partnerschaften eingebettet sind. Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass auch gleichgeschlechtliche Paare befragt wurden, da der Kinderwunsch nicht von der sexuellen Orientierung eines Menschen abhängt (vgl. z.B. Dannecker 2000; Starke 1994) und in anderen Ländern auch gleichgeschlechtliche Paare Kinder aufziehen, wenngleich dies auf gesellschaftlicher Ebene in Österreich höchst umstritten ist und auf rechtlicher Ebene erschwert wird (vgl. Doppfel 2000).

- In diesem Zusammenhang konnten einige Beobachtungen gemacht werden, die Unterschiede im Kinderwunsch zwischen gegen- und gleichgeschlechtlichen Paaren aufzeigen, z.B. was die Vorab-Diskussion um Arbeitsteilung im Haushalt betrifft (mehr diskutiert von heterosexuellen als von homosexuellen Paaren, vgl. Pfeiffer & Kapella 2000:20).
- Ein Hauptergebnis der Studie, das für die meisten der befragten Paare gilt, geht einher mit der momentan auf gesellschaftlicher Ebene geführten Diskussion um den „neuen“, nämlich emotionalen, nicht materiellen Wert der eigenen Kinder; die in einer immer schneller werdenden Gesellschaft emotionalen Ausgleich schaffen und den Rückzug ins Private ermöglichen (sollen) (z.B. Rerrich 1990; Beck-Gernsheim 1988):

*„Gemeinsam ist allen Paaren, dass primär auf der individuellen Ebene diskutiert wird. Es werden überwiegend emotional-individuelle Argumente für die Familiengründung angeführt (z.B. „es wäre schön, Kinder aufwachsen zu sehen“, „ich kann mir kein Leben ohne Kinder vorstellen“, „ein Kind würde mich bereichern“). Diese Argumente werden nicht nur am häufigsten genannt, sondern stellen auch in ihrer inhaltlichen Ausprägung die vielfältigsten dar. Sind strukturell-individuelle Argumente gefallen, so reduzieren sich diese meist auf die veränderte Zeitstruktur und Veränderungen im beruflichen Werdegang, die sich durch ein Kind ergeben (z.B. „ich habe nicht die Zeit, mich verbindlich um ein Kind zu kümmern“, „meine Karriereplanung lässt ein Kind die nächsten drei, vier Jahre nicht zu“, „ein Kind hätte negative Auswirkungen auf mein Zeitbudget“).“ (Pfeiffer & Kapella, 2000:24)*

## **2.2.2 Modellentwicklung: Erweiterung des Mutter-Kind-Passes um die psychosoziale Dimension**

Der 1974 in Österreich eingeführte Mutter-Kind-Pass ist ein medizinisches Untersuchungsprogramm, das die Absenkung der Säuglingssterbeziffer ebenso anstrebt wie die Gesunderhaltung von Säuglingen, Kleinkindern und werdenden Müttern. In der Vergangenheit waren allerdings immer wieder Stimmen vor allem aus der

Praxis laut geworden, die die beinahe unveränderten Inhalte seit 1974 kritisierten und nach einer Novellierung verlangten. Kritikpunkte waren beispielsweise eine zu geringe Anzahl an Untersuchungen, eine fehlende Qualitätskontrolle und die Mangelhaftigkeit im psychosozialen Bereich:

*„[Der] MUKI-Pass übersieht die notwendigen psychischen, sensorischen und sozialen Entwicklungskriterien, d.h. ist im psychosozialen Bereich als Screeninginstrument nicht differenziert genug, um relevante therapeutische Interventionen einleiten zu können.“ (Cizek et al. 2001:39)*

In diesem Zusammenhang war schon in der Literatur gefordert worden, nicht-ärztliche ExpertInnen in die Mutter-Kind-Untersuchung miteinzubeziehen, wie z.B. PsychologInnen, Hebammen oder Kinderschwestern für die Geburtsvorbereitung und Still- oder Pflegeberatungen (vgl. Vanura 1995; Wimmer-Puchinger 2000).

Im Arbeitskreis „Familie und Gewalt“ zum IJF 1994 schließlich wurde die Forderung nach einer Erweiterung des Mutter-Kind-Passes um die psychosoziale Dimension offiziell ausgesprochen.

Das ÖIF begann im Jahr 1997 gemeinsam mit sechs fachspezifischen Projektzentren in ganz Österreich<sup>8</sup> mit einer Pilotstudie, welche die wissenschaftliche Grundlage für die angestrebte Ausweitung des Mutter-Kind-Passes schaffen sollte. Um eine Untersuchung für den psychosozialen Bereich entwickeln zu können, wurden zunächst einstündige Gespräche auf der Basis eines qualitativen Interviewleitfadens von KinderpsychologInnen und KinderärztInnen mit 572 Familien mit Kindern im Säuglingsalter und zwei Jahre später mit denselben Familien durchgeführt. Auf diesen Ergebnissen aufbauend wurde ein Zwei-Stufen-Modell entwickelt und für eine österreichweite Implementierung vorbereitet. Das Modell hat zum Ziel, zu zwei Alters-Zeitpunkten des Kindes dessen psychosoziale Gesundheit in der Familie zu erheben.

Die erste Stufe (Untersuchungsphase 1) findet in der 3.-12. Lebenswoche des Kindes mit dem Schwerpunkt einer Interaktionsuntersuchung statt. Die Basis hierfür ist der diagnostische Fragebogen zur Säuglings-Eltern-Beziehung nach Zeanah, Benoit und Barton (1988) und das diagnostische Klassifikationssystem in seiner übersetzten Form des Centers für National Health für die Altersgruppe 0-3 Jahre. Das Klassifikationsmodell „Zero to Three“ (1994) beschreibt dabei folgende fünf Dimensionen bzw. „Achsen“: individuelle, psychiatrische Diagnose für den Säugling, Diagnose von Interaktions- und Beziehungsstörungen, organische Störungen nach

---

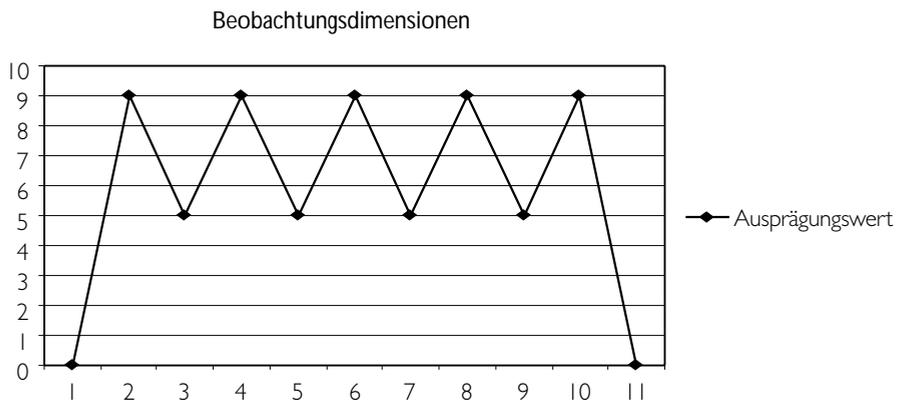
<sup>8</sup> Beteiligt waren: die Mutterberatung/Elternerberatung der Stadt Salzburg, die Familienberatungsstelle HORIZONTE in Wien, das LKH Graz – Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde, das Frauengesundheitszentrum Dornbirn und Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin Bregenz, der Sozial- und Gesundheitssprengel Innsbruck Stadt sowie das Familienzentrum/Mütterstudio Tulln.

ICD 9 oder 10 (Mutter-Kind-Pass), Erhebung der psychosozialen Risikofaktoren und funktioneller emotioneller Entwicklungsstand des Kindes (vgl. ZZT-DC: 0-3; 1994). Diese Achsen wurden in 11 Beobachtungsdimensionen übersetzt, die von den BeobachterInnen während des Gesprächs jeweils eingeschätzt wurden:

- 1) „Wie ist mein Gesamteindruck?“
- 2) „Wie stimmt es zwischen Eltern und Kind?“
- 3) „Wie schnell und bewegt wirkt die Interaktion?“
- 4) „Wie schnell reagieren Eltern auf kindliche Signale?“
- 5) „Wie laut und kräftig sind die Äußerungen des Kindes?“
- 6) „Wie feinfühlig/spezifisch wird auf Äußerungen des Säuglings reagiert?“
- 7) Elterliches Bedürfnis nach Kontrolle über den Säugling, Interventionsneigung.
- 8) Elterliche Akzeptanz der kindlichen Autonomie, Einfühlung, Zulassen.
- 9) Elterliche emotionale Authentizität, Spontaneität.
- 10) „Wie wird mit kindlichen Signalen im Ablauf umgegangen?“
- 11) Aggressivität bzw. latente Aggressivität.

Das untere Schaubild zeigt dabei eine ideale Verteilung verschieden gepolter Einschätzungen, wie sie sich im positivsten Fall für die Interaktionsbeobachtung ergeben könnte:

**Abbildung 4: Die ideale Mutter-Kind-Krone.**



(Quelle: Cizek et al. 2001:55)

Der Grafik entsprechend kann man hier von einer „idealen Eltern-Kind-Krone“ sprechen, die in der Studie noch als „Mutter-Kind-Krone“ bezeichnet wurde, da hauptsächlich Mütter in der Stichprobe vertreten waren.

Die zweite Stufe (Untersuchungsphase 2) ist für den 22.-26. Lebensmonat des Kindes angesetzt. Auch hier wird erneut nach dem ZTT-DC 0-3 eine Interaktionsklassifikation vorgenommen, zusätzlich wird aber der Schwerpunkt auf die Erfassung des Entwicklungsstands des Kindes gelegt. Hier wurden die Denver II Skalen (Frankenburg et al. 1992) herangezogen, die persönlich Soziales, Feinmotorik, Sprache und Grobmotorik des Kindes messen.

Während dieses entwickelte Zwei-Stufen-Modell im Pilot erstmals angewendet und innerhalb der Probephase dauernd überprüft, schließlich optimiert und standardisiert wurde, konnten sehr gute Ergebnisse im Sinne einer positiven Aufnahme durch die Test-Familien und eines positiven Einflusses auf die familiäre Situation festgestellt werden:

*„[...] die psychosoziale Vorsorgeuntersuchung (wurde) von Familien mit und ohne Interaktionsproblemen zwischen Eltern und Kind in Anspruch genommen. Bei vorliegenden Problemen konnten diese Familien zu einem sehr frühen Zeitpunkt, bereits in den ersten Lebenswochen des Kindes, erfasst, gezielt beraten sowie an weitere Hilfsangebote verwiesen werden. Die Anzahl der Beziehungsprobleme sank im Vergleich der beiden Untersuchungszeitpunkte bei jenen Familien, die zweimal zum Gespräch kamen. Es kann daher angenommen werden, dass die Weiterempfehlung und die in Anspruch genommenen Unterstützungsangebote im Rahmen des ersten Gesprächs in der Folge eine günstige Entwicklung gefördert hat.“ (Cizek et al. 2001:138)*

Der Endbericht dieses Projekts schloss mit einigen Empfehlungen im Sinne der Politikberatung, wobei selbstredend die Erweiterung des Mutter-Kind-Passes an erster Stelle stand. Die Interaktionsuntersuchung sowie die Entwicklungsdiagnostik wurden als notwendige Bestandteile dieses Passes genannt, wobei hierfür die Einbeziehung von kompetenten Berufsgruppen (z.B. KinderpsychologInnen) erforderlich wird. Diese zusätzlichen Untersuchungen sollten als Angebot in den Pass aufgenommen werden, das den Eltern eine freiwillige Teilnahme ermöglicht. Bislang wurden diese Empfehlungen noch nicht politisch umgesetzt.

## 2.2.3 Modellentwicklung: LoveTalks

Ebenfalls im Bereich der psychosozialen Gesundheit wurde ein Modell entwickelt, welches der Umsetzung von Inhalten in die Praxis diene. Das Modell LoveTalks<sup>9</sup> verfolgt einen präventiven Ansatz in der Sexualpädagogik. Es wurde bereits in den 1980er Jahren – d.h. vor der Institutionalisierung des ÖIF – im Rahmen einer qualitativen und quantitativen Studie<sup>10</sup> zur schulischen und familiären Sexualerziehung theoretisch vorbereitet und schließlich von den Ideenträgern am Institut so weiter-

<sup>9</sup> Copyright: Dr. Brigitte Cizek und Prof. Dr. Helmut Schattovits.

<sup>10</sup> Vgl. Cizek & Schattovits 1987, Cizek 1989, Cizek 1994, Cizek & Kapella 1994.

entwickelt, dass es nach Phasen der Erprobung und Evaluierung im Feld schließlich im Jahr 1998 österreichweit implementiert werden konnte. LoveTalks wird vom österreichischen Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) sowie vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) gefördert.

Ideengrundlage des Modells war die Überlegung, dass das Problem in der praktischen Umsetzung von Sexualerziehung an Schulen nicht primär ein Wissensproblem sondern ein Problem der Kommunikation ist: Es wird von der Annahme ausgegangen, dass sowohl Eltern als auch SchülerInnen und LehrerInnen ExpertInnen in diesem Bereich sind. LehrerInnen von ihrem Fachwissen her, Eltern von der Lebenskompetenz her und die Gruppe der SchülerInnen, weil es um ihre Sexualität geht. Trotzdem fällt es den einzelnen Dialoggruppen oftmals schwer, untereinander sowie miteinander über Sexualität und Sexualerziehung ins Gespräch zu kommen. Das Miteinander im Modell LoveTalks soll entlasten und die Chance bieten, das gegenseitige Verstehen der unterschiedlichen Gruppen zu fördern und PartnerInnen in der Sexualerziehung – unter dem Motto: „Miteinander reden, voneinander lernen“ – zu werden.

Die Modellentwicklung gab diesen Überlegungen Struktur; im Zentrum stehen fünf Arbeitskreistreffen, die von eigens ausgebildeten Fachleuten moderiert werden. In den ersten drei Arbeitskreistreffen lernen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen miteinander ihre Sprachlosigkeit zu überwinden, sie reden über selbst gewählte Themen im Bereich von Liebe, Partnerschaft und Sexualität. Die ModeratorInnen initiieren und begleiten diese Gespräche und sorgen dafür, dass die Intimsphäre jedes Einzelnen gewahrt wird und dass eine geschützte Atmosphäre entsteht. In den letzten beiden Treffen schließlich planen Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen ein gemeinsames Projekt, das ihrer eigenen Kreativität entspringt und je nach Gruppenwunsch sehr verschieden in Thema und Inhalt sein kann. In der Vergangenheit besuchten Schüler z.B. eine gynäkologische Praxis, führten ein Theaterstück auf oder kreierte eine Aufklärungsbroschüre für jüngere SchülerInnen.

Um das Modell LoveTalks flächendeckend für Österreich anbieten zu können, war einerseits die Entwicklung einer speziellen Ausbildung für ModeratorInnen im sexualpädagogischen Bereich notwendig, andererseits auch eine Organisationsstruktur zur regionalen Umsetzung des Modells in Österreich. Die sexualpädagogische Ausbildung für ModeratorInnen des Modells LoveTalks wird von SexualpädagogInnen des ÖIF durchgeführt und richtet sich an Personen mit psychosozialen, medizinischen und pädagogischen Grundberufen, die diesen Lehrgang nach ca. 200 theoretischen und praktischen Unterrichtseinheiten mit einem Zertifikat abschließen. 2004 startete der neunte Ausbildungslehrgang.

Die Organisation zur regionalen Umsetzung des Modells wird durch so genannte regionale Netzwerkknoten garantiert. Mittlerweile sind sieben Netzwerkknoten für neun Bundesländer in Österreich zuständig, die dezentral für organisatorische Tätigkeiten und die inhaltliche Betreuung der ModeratorInnen im jeweiligen Bundesland zuständig sind.

Über die Zeit wurde das Modell in verschiedene inhaltliche und geografische Richtungen weiterentwickelt. Nachdem LoveTalks zunächst in österreichischen Volksschulen eingeführt wurde, förderte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln eine Umsetzung auch an deutschen Schulen; 1998 wurde das Modell in den Bundesländern Berlin, Bayern und Sachsen-Anhalt implementiert und erfolgreich durchgeführt, die deutschen Medien zeigten großes Interesse und dokumentierten diesen Erfolg vielfältig. Eine weitere geografische Ausdehnung wurde mit Kooperationen in Italien und in der tschechischen Republik erreicht. Schließlich wurde das Modell als Beitrag des Cairo Programme of Action in einer Machbarkeitsstudie für Afrika evaluiert (1999).

Auch inhaltlich wurde LoveTalks ausgeweitet und hat nun zwei weitere Zweige: „LoveTalks im Kindergarten“ (Machbarkeitsstudie in Salzburg, 1999-2001) möchte auch jüngere Kinder erreichen und sie behutsam an diesbezügliche Themen heranführen. Buben und Mädchen können z.B. durch Tast- und Riechspiele lernen, ihre sinnliche Wahrnehmung zu stärken und positiv zu erleben; oder sie werden ermutigt, mit einer Handpuppe Gespräche über Schwangerschaft und ihren Fragen dazu zu führen. Da Liebe, Sexualität und Partnerschaft also weder eine Altersgrenze noch eine andere gesellschaftliche Grenze kennt, wurde das Modell auch für die Gruppe von Menschen mit geistiger Behinderung („Special LoveTalks“) ausgebaut und in einer Machbarkeitsstudie gemeinsam mit der Lebenshilfe Salzburg erprobt (Salzburg, 1999).

Gerade neu entwickelte Modelle bedürfen der fortlaufenden Qualitätssicherung durch wissenschaftliche Evaluierung des Instruments selbst und der durchführenden Personen. So werden die NetzwerkknotenleiterInnen und ModeratorInnen betreut und supervidiert und auch die Rückmeldungen durch die am Modell teilnehmenden Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen sowie der ModeratorInnen selbst sind für die ständige Kontrolle und mögliche Weiterentwicklung des Modells unabdingbar.

Die „Geschichte“ um das Modell LoveTalks verdeutlicht eine wichtige Säule im Forschungskonzept des ÖIF. Auf der Basis einer wissenschaftlichen Erhebung wird als Ergebnis ein Modell entwickelt, das vorerst in einem Pilotprojekt erprobt wird. Aufgrund der begleitenden Evaluierung wird das Modell modifiziert und implementiert. Um dieses Vorhaben österreichweit durchführen zu können, wird ein Curriculum für einen Ausbildungslehrgang entwickelt, in deren Folge ModeratorInnen für die praktische Umsetzung des Modells in ganz Österreich zur Verfügung

stehen. Um die hohe Qualität des Modells zu gewährleisten, werden externe Evaluierungsstudien und eine kontinuierliche interne Evaluierung durchgeführt sowie Fachfortbildungen und Supervisionen für die ModeratorInnen und regionalen NetzwerkknotenleiterInnen verpflichtend angeboten. Das Modell wird für den Einsatz in anderen Bereichen weiterentwickelt und in anderen Ländern ebenfalls implementiert. Um zu gewährleisten, dass nach einer Pilotphase auch die Implementierung gesichert ist, werden sowohl im Inland als auch im Ausland dementsprechende Strukturen, so genannte regionale Netzwerkknoten, geschaffen.

## **2.2.4 Modellentwicklung: FAMSIM**

Im Bereich der sozioökonomischen Familienforschung sind es vor allem Simulationsmodelle, die eine Verknüpfung von wissenschaftlicher Grundlagenarbeit mit praktischer Anwendbarkeit der Ergebnisse ermöglichen. In Form von Hochrechnungsprogrammen etwa erlauben computergestützte Simulationen Berechnungen von Kosten und Verteilungswirkungen familienpolitischer Maßnahmen (Förderungen), die für politische Entscheidungen unmittelbar relevant sind. Derartige Berechnungen werden von politischen Entscheidungsträgern beim ÖIF angefragt und in der Folge zur Verfügung gestellt.

Ein Simulationsmodell, welches einen prominenten Platz innerhalb der sozioökonomischen Forschung am Institut einnimmt, ist das Familien-Mikrosimulationsmodell (FAMSIM). Dieses ist das erste dynamische Mikrosimulationsmodell der österreichischen Bevölkerung und existiert seit 1997. Computergestützt simuliert es die Bevölkerung und ihre sozioökonomische Entwicklung, wobei die Mikrosimulation die kleinsten Einheiten – Individuen in ihrem familiären Kontext – im Blick hat. Dynamische Simulation bedeutet, dass das Verhalten über größere Zeiträume simuliert wird: Die Individuen altern, bekommen Kinder und sterben. Dynamische Mikrosimulation umfasst typischerweise mehrere parallele Karrieren der Individuen, wie Bildungs-, Berufs- und Partnerschaftskarrieren etc. Diese lebenslaufzentrierte Simulation dient insbesondere der Erforschung demografischer Prozesse bzw. der Erforschung der Auswirkungen dieser Prozesse auf andere Systeme, wie etwa Pensionssysteme.

Der Prototyp von FAMSIM wurde im Jahr 1997 am ÖIF in Zusammenarbeit mit dem International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) entwickelt. Zu Grunde lag der Datensatz des Family and Fertility Survey von 1996 (FFS '96), welcher biografische Daten von Frauen aus 20 Ländern zur Verfügung stellte. Ausgehend von diesen soziodemografisch-biografischen Daten simuliert das Software-Paket FAMSIM die weitere biografische Entwicklung und kann statistische Schätzungen zum Beispiel im Hinblick auf den Zusammenhang von Bildungsniveau der Eltern, eigener Ausbildung, Partnerschaft und Kinderwunsch abgeben. Das

Software-Paket wurde auch zur Verwendung in Schweden (1999), Italien, Belgien und Spanien (2000) freigegeben.

So wurden seit 1997 einige Studien durchgeführt, die auf FAMSIM basieren, wobei das Softwarepaket zum FAMSIM+ weiterentwickelt und außerdem auf verschiedene Datensätze angewendet wurde. Untersucht wurden für Österreich z.B.:

- die Zusammenhänge zwischen sozial-regionaler Herkunft und Schullaufbahn (Spielauer et al. 2002), auch im Bezug auf Geschlecht (Schwarz et al. 2002a);
- die Partnerwahl in Abhängigkeit von Bildungskarriere, Alter und im Bezug auf Geschlechterunterschiede (Schwarz & Spielauer 2002);
- die (historischen) Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und universitärem Studienverlauf, auch im Hinblick auf geschlechtliche Unterschiede (Schwarz et al. 2002b);
- die Auswirkung der Bildungsbiografie auf das reproduktive Verhalten (Städtner & Spielauer 2002);
- die intergenerationale Bildungstransmission in Familien und der Einfluss der Bildung auf Partnerwahl und Fertilität (Spielauer & Neuwirth 2003).

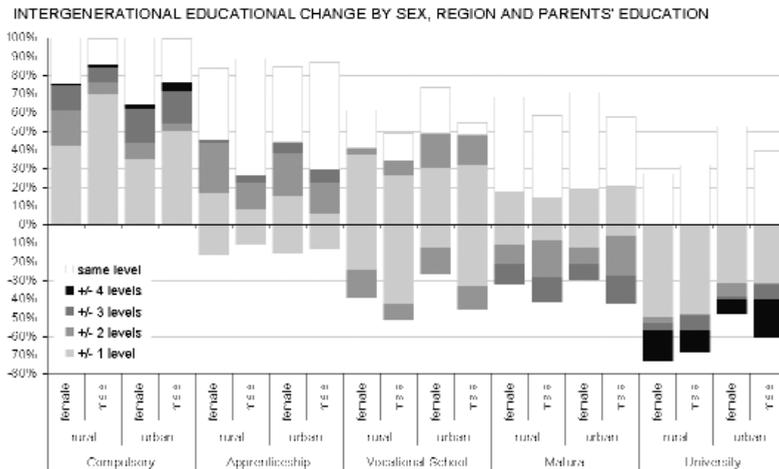
Im letztgenannten Punkt wurde zum Beispiel konkret der Frage nachgegangen, ob die Schule eine kompensatorische Wirkung bezüglich unterschiedlicher Sozialchancen von Jugendlichen je nach Elternhaus hat bzw. stabilisierend auf soziale Ungleichheit wirkt. Über die Zeit gesehen erreichen immer mehr Jugendliche höhere Bildungsabschlüsse – die seit den 1960er Jahren eingeleitete Bildungsexpansion hält also weiter an. Die Studie zeigt aber für Österreich, dass das österreichische Bildungssystem dabei zur sozialen Selektion führt. – Ob der Schulbesuch für Kinder und Jugendliche eine kompensatorische Wirkung bezüglich unterschiedlicher Sozialchancen übernehmen kann, d.h. ob er Unterschiede im Herkunftsmilieu verwischen kann bzw. sich im Gegenteil stabilisierend auf soziale Ungleichheit auswirkt? Auch wenn aus struktureller Sicht weiterhin ein „kollektives Mehr“ an Bildung und Wissenschaft zu verzeichnen ist und die Bildungsmobilität für den Einzelnen nicht mehr durch allzu starre Grenzen sozialer Schichtung begrenzt wird, schien eine genauere Betrachtung des Status Quo in Österreich angebracht.

In quantitativer Herangehensweise wurde auf Datengrundlage des Mikrozensus ausgewertet, wie hoch die Anteile der Jugendlichen unterschiedlicher sozialer und regionaler Herkunft sind, die eine AHS-Unterstufe absolvieren, maturieren oder einen Universitätsabschluss erreichen. Konkret wurde untersucht, wie stark allein der Einfluss der elterlichen Ausbildung, des Wohnorts und des Geschlechts

auf die Wahrscheinlichkeit ist, dass Kinder und Jugendliche bestimmte Schultypen besuchen bzw. welchen höchsten Ausbildungsgrad sie erreichen.<sup>11</sup>

Die folgende Grafik zeigt, zu welchen Anteilen sich Kinder gegenüber ihren Eltern, was den Bildungsabschluss betrifft, „verbessern“ oder „verschlechtern“. Hier wird der höchste erreichte Bildungsgrad nach fünf Ausbildungstypen gruppiert und zwischen Eltern und ihren Kindern im Sinne einer intergenerationalen Bildungsmobilität verglichen.

**Abbildung 5: Intergenerationale Bildungsmobilität.**



Mit wenigen Worten ist das Hauptergebnis der Studie schnell zusammengefasst: Die Chancen auf Bildung sind nicht für alle gleich. Diese hängen stark vom Bildungsstand der Eltern ab und sind generell in der Stadt höher als am Land. So zeigt sich bereits bei der ersten Bildungsentscheidung nach der Volksschule, dass mit steigendem Bildungsniveau der Eltern auch der Anteil der SchülerInnen zunimmt, die die AHS-Unterstufe beenden. Dieser starke Einfluss der elterlichen Bildung blieb in den letzten 15 Jahren unverändert hoch. Was aber zugenommen hat, ist die Bedeutung des Geschlechts – zugunsten der Mädchen. Die größten Chancen auf einen AHS-Unterstufen-Abschluss hat ein Mädchen mit Akademiker-Eltern, das in der Stadt lebt (86%). Am schlechtesten schneidet ein Bursche vom Land ab, dessen Eltern maximal die Pflichtschule abgeschlossen haben (7%). Dieser Trend setzt sich in etwa bis zum Anschluss eines Universitätsstudiums fort.

<sup>11</sup> Beim Bildungsgrad der Eltern wurde der Elternteil mit dem höheren Bildungsgrad verzeichnet.

Weiterführende Computersimulationen, welche auch die unterschiedliche Fertilität von Frauen unterschiedlicher Bildungsabschlüsse berücksichtigen, ergeben, dass diese Mobilitätsraten zukünftig eine nur noch mäßige Bildungsexpansion erwarten lassen. Ob die resultierende Bildungsverteilung in der österreichischen Bevölkerung sowie die soziale Mobilität als „ausreichend“ betrachtet werden, ist eine politische Entscheidung. Die jüngsten Forschungsergebnisse können und sollen hierzu vor allem eine bessere Datengrundlage bereitstellen.

## **2.3 Monitoring und Berichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene**

Im Rahmen der Politikberatung übernimmt das ÖIF auch Monitoring-Funktionen. Es ist gedacht, vor allem auf nationaler, aber auch auf EU-Ebene dazu beizutragen, dass soziale Prozesse laufend beobachtet werden, um soziale Veränderungsprozesse oder Risikokonstellationen aufzudecken, an Politik und Öffentlichkeit zu berichten und gegebenenfalls wissenschaftlich fundierte Vorschläge zur Beseitigung von Missständen zu unterbreiten. Als Instrument des Monitoring dient vor allem die Sozialberichterstattung für Österreich und die EU.

### **2.3.1 Nationale Ebene**

Auf nationaler Ebene hat das ÖIF beispielsweise in den Jahren 1999, 2000 und 2001 drei Berichte koordiniert bzw. mitverfasst, die eine umfassende und detaillierte Darstellung zu den Generationen- und Geschlechterbeziehungen sowie -verhältnissen liefern, aber auch die Entwicklung der Demografie und zur Familie aufzeigen. Es handelt sich dabei um den 4. Österreichischen Familienbericht 1999 („Familie zwischen Anspruch und Wirklichkeit“), den Österreichischen Bericht „Ältere Menschen – Neue Perspektiven“ und den Gewaltbericht 2001 „Von der Enttabuisierung zur Professionalisierung“.

Letzterer sei exemplarisch kurz herausgegriffen. Der Bericht arbeitet den bisherigen Kenntnisstand der Wissenschaft zum viel diskutierten Thema der Gewalt in der Familie und im sozialen Nahraum systematisch auf und setzt der häufig einseitigen bzw. vereinfachenden medialen Berichterstattung über die Thematik eine komplexe und differenzierte Sichtweise entgegen. Bewusst werden auch jene Formen interpersonaler Gewalt ins Blickfeld gerückt, die bislang weniger erforscht waren, wie z.B. die Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen oder gegen ältere Menschen, Gewalt von Kindern an ihren Eltern oder Gewalt unter Geschwistern. Prominent unter den tabuisierten Themen ist beispielsweise die Gewalt an

Männern. Geringe Dichte empirischer Forschung<sup>12</sup>, vielfache Tabuisierung durch die männlichen Opfer selbst sowie die verzerrte gesellschaftliche Überzeugung, „entweder ist jemand ein Opfer, oder er ist ein Mann“ (Lenz 2002), behindern eine fundierte Diskussion des Themas. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung mit dem Thema sehr sensibel stattfinden muss, um vor allem die Gewalt an Frauen nicht zu marginalisieren und zu verhindern, dass durch eine undifferenzierte Medien-Berichterstattung die Geschlechter zunehmend polarisiert werden (Jones 1986; Gemünden 1996).

Cizek et al. (2001) unterscheiden drei Hauptformen von Gewalt an Männern: physische, psychische und sexuelle Gewalt. Werden Männer innerhalb ihrer Familie tätlich angegriffen (physische Gewalt), so bringen sie dies nur selten gegenüber anderen zum Ausdruck. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Wird ein Mann von seiner Partnerin angegriffen, so nimmt er möglicherweise den Angriff auf Grund seiner körperlichen Überlegenheit erst gar nicht ernst, oder aber er empfindet Scham und reagiert mit Verschwiegenheit: „Körperliche Gewalterfahrungen durch eine Frau scheinen mit dem männlichen Identitätsbild unvereinbar zu sein. Von einer Frau geschlagen zu werden, bedeutet schwach zu sein. Darüber zu berichten, würde einen Gesichtsverlust mit sich bringen“ (Cizek 2001:279, im Bezug auf Heilmann-Geideck & Schmidt 1996). Ähnlich verschwiegen zeigen sich Männer, die in ihrer Familie psychische Gewalt erfahren müssen, beispielsweise in Form von Kränkungen und Demütigungen verbaler Art (Heilmann-Geideck & Schmidt 1996). Die dritte Form der im Bericht angeführten Gewaltart an Männern beschreibt die sexuelle Gewalt. Hier werden Männer meist außerhalb der Familie zu Opfern von anderen Männern.

In diesem Zusammenhang konnte der Gewaltbericht im Sinne eines Monitoring also zeigen, wo gesellschaftliche Tabus vorherrschen und welche Forschungslücken es damit zu schließen gilt (z.B. genauere Untersuchung der Gewalt gegen Männer in Form von Dunkelfelduntersuchungen für Österreich) und es wurde auf rein praktisch-struktureller Ebene darüber informiert, welche Gesetzesänderungen es in den letzten Jahren gegeben hatte und wie diese von der Exekutive umgesetzt bzw. von den Betroffenen beurteilt wurden.

Selbstverständlich wurde auch für andere Bereiche innerhalb des Problemfelds Gewalt ein Monitoring vorgenommen, die Präventions- und Interventionsprogramme im Zusammenhang mit Gewalt gegen Kinder beispielsweise wurden umfassend dargestellt und widerspiegeln, dass gerade dieses Gebiet ab ca. den späten 1980er und frühen 1990er Jahren mit reichlich wissenschaftlicher, gesell-

---

<sup>12</sup> Ausnahmen sind beispielsweise die Untersuchung von Rouse (1984) und die aktuell (seit 2002) in Deutschland laufende Pilotstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die sich speziell dieser Thematik widmen (Arbeitstitel: „Gewalt gegen

schaftlicher und politischer Aufmerksamkeit bedacht und aktiv angegangen wurde. Der Gewaltbericht listet all diese neuen Maßnahmen auf politischer Ebene, Initiativen, Hilfseinrichtungen, Fortbildungen und wissenschaftlichen Studien inklusive Modellprojekte auf und stellt deren Inhalte übersichtlich dar (vgl. Cizek et al. 2001:245ff.). Im Sinne eines konstruktiv-kritischen Monitoring wurden – ergänzend zu der positiven Beurteilung des Status Quo im Bezug auf gesellschaftlich-politische Aufmerksamkeit – auch weiterführende Neuerungen angeregt, etwa:

- die konsequente Strafverfolgung einschlägiger Delikte und das Verhindern eventuell fortgesetzter Gewalt mit geeigneten Maßnahmen (z.B. effektive Psychotherapie und Berufsverbot);
- die Hinterfragung (bzw. das Verbot) der Sexualisierung von Kindern in den Medien (z.B. in Werbung, Spielfilmen und Pornografie);
- die verpflichtende Einführung von Präventionsprogrammen an Schulen (z.B. in Form von Schul- und Elternbildungsprojekten);
- sowie generell das fortlaufende Sensibilisieren aller Bevölkerungsgruppen (inklusive der Kinder selbst) für diese Thematik, im Gegensatz zur Tabuisierung (vgl. Cizek et al. 2001:257).

### 2.3.2 Internationale Ebene (EU-Ebene)

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 und dem ständigen Zusammen- und Anwachsen dieser neuen europäischen Einheit gewinnt auch der Blick auf Entwicklungen außerhalb der eigenen Ländergrenzen bzw. *innerhalb* eines neuen Staatenbunds mit erweiterten Grenzen zunehmend an Bedeutung. (Familien-)Politik und Wissenschaft interessieren sich für Informationen über länderspezifische Besonderheiten wie auch EU-weite Gemeinsamkeiten, z.B. was Fertilität, Gesundheit der Bevölkerung und familienpolitische Maßnahmen betrifft. Insofern sind auch hier Instrumente des Monitoring erforderlich, die die gesellschaftliche Entwicklung sowie das sozialpolitische Geschehen beobachten.

Ein Gremium, das sich seit dem Jahr 1989 dem EU-weiten Monitoring der Situation von Familien widmet, ist die Europäische Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demografie und Familie, deren Koordination seit 1998 für einen Zeitraum von 6 Jahren das ÖIF übernommen hat. Damals hatte sich das ÖIF gegen 17 Mitbewerber aus ganz Europa durchgesetzt und war damit das erste wissenschaftliche Institut Österreichs, das mit der Leitung einer Beobachtungsstelle der EU betraut wurde. Aufgabe der Beobachtungsstelle ist es, der EU über die Familienpolitik aller Mitgliedsstaaten laufend zu berichten.

Die Beobachtungsstelle besteht aus einer Koordinierungsgruppe, die im ÖIF angesiedelt ist, und einem Netzwerk von 15 ExpertInnen auf dem Gebiet der Familienforschung in allen bisherigen Mitgliedsstaaten der EU.

Zu den Hauptaufgaben der Beobachtungsstelle zählen:

- Beobachtung von politischen Entwicklungen in Europa, welche die soziale Situation, Demografie und Familie betreffen;
- Analyse politischer Handlungsweisen und der Auswirkung familienpolitischer Maßnahmen;
- Beobachtung demografischer, sozioökonomischer und politischer Veränderungen, die sich auf Familien auswirken;
- Förderung des akademischen Diskurses in den Bereichen soziale Situation, Demografie und Familie und über entsprechende politische Maßnahmen.

Aufgabe der nationalen ExpertInnen ist es, die oben genannten Bereiche speziell unter einem für jedes Jahr definierten Schwerpunkt zu beobachten. Die Ergebnisse dieses themenspezifischen Monitoring werden in den jährlich stattfindenden Seminaren vorgestellt und diskutiert sowie in Berichtform niedergelegt und vom ÖIF in Papier- und digitaler Form veröffentlicht. In den letzten Jahren wurden folgende Themen behandelt:

- Family issues between gender and generations (Seminar in Wien 1999, Tagungsbericht 2000 erschienen);
- Low fertilities, families and public policies (Seminar in Sevilla 2000, Bericht 2001);
- Family forms and the young generation in Europe (Seminar in Mailand 2001, Bericht 2003);
- Immigration and family (Seminar in Helsinki 2002, Bericht 2002);
- The family and the health system (Seminar in Tutzing 2003, Bericht 2004);
- Europe's coming generations: demographic trends and social change (Seminar in Brüssel 2004, Bericht erscheint 2005).

Der 2002 erschienene Bericht („Immigration and family“) sei exemplarisch herausgegriffen, um zu verdeutlichen, dass ein länderübergreifender Fokus bei der Beobachtung sozialer Prozesse unabdingbar ist. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Mai 1999 wurde der Weg für eine EU-weite Migrationspolitik geebnet: „Alle Visa, Asyl, Immigration und Außengrenzen betreffende Angelegenheiten [fallen damit] in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union. [...] Es wurde festgehalten, dass die Europäische Union ein umfassendes Migrationskonzept benötigt, in dem die Fragen behandelt werden, die sich in Bezug auf Politik, Menschenrechte und Entwicklung in den Herkunfts- und Transitländern und -regionen stellen“ (Pflegerl 2002:7).

Der Tagungsband vereinigt Recherchen und (Fall-)Studien der nationalen ExpertInnen aus den einzelnen Ländern und kann etwa zeigen, dass im historischen Rückblick wie auch in aktuellen Trends die nationalen Erfahrungen mit

Migrationsentwicklungen innerhalb der EU stark variieren. Während etwa Großbritannien schon seit langem ein Einwanderungsland ist und ab 1948 größere Zuwanderungsströme aus der Karibik und ab den 1960er Jahren aus Südasien verzeichnen konnte (vgl. Pfliegerl 2002:12f.), galt Finnland noch bis Anfang der 1980er Jahre als typisches Nettoauswanderungsland. Ende des 19. Jahrhunderts emigrierten die ersten finnischen Staatsbürger (ca. 500.000) nach Nordamerika, nach dem Zweiten Weltkrieg wanderten weitere 700.000 hauptsächlich in das benachbarte Schweden aus, wobei in beiden Wellen die Suche nach Arbeit das hauptsächliche Motiv der Abwanderung war. Ab den 1970er Jahren aber kehrten die ersten ausgewanderten Finnen zurück, schließlich gefolgt von „echten“ MigrantInnen, hauptsächlich Menschen aus Chile, Vietnam, Somalia, dem ehemaligen Jugoslawien, dem Irak, der Türkei und dem Iran, die um Asyl baten, sodass im Jahr 1981 die Zahl der Einwanderer nach Finnland erstmals höher war als die Zahl finnischer Auswanderer (vgl. ebd.:14f.). – Ebenso bezüglich der heutigen Situation in der EU-15; der MigrantInnenanteil verteilt sich nicht gleichmäßig. Statistisch zusammenfassend wird berichtet, dass

*„[...] im Jahr 2000 in Deutschland der höchste Ausländeranteil verzeichnet [wurde] (7,3 Millionen), gefolgt von Frankreich (3,3 Millionen), Großbritannien (2,3 Millionen) und Italien (1,1 Millionen); d.h. es leben 40% aller Ausländer in nur einem Mitgliedstaat – nämlich in Deutschland, 18% in Frankreich und 12% in Großbritannien. 80% aller Drittstaatsangehörigen in der EU leben somit in einem dieser Länder.“ (Pfliegerl 2002:17)*

Trotz dieser nationalen Unterschiede lassen sich auch gemeinsame Migrationstrends ausmachen, die für die gesamte EU-15 gelten: Seit dem Beginn der 1990er Jahre ist hier ein „dramatischer Anstieg des Zustroms von Asylbewerbern, Arbeitsmigranten sowie deren Familienangehörigen zu verzeichnen“ (ebd.:10) und für immer mehr Länder wirkt sich diese Migration demografisch stärker auf die Bevölkerungsgröße und deren Struktur aus als die Relation von Geburten zu Todesfällen (ebd.). Ebenfalls zum europäischen Thema wird die Problematik um Menschenhandel und Menschenhandel, wie der Familienwissenschaftler Fassmann unterstreicht. Vorangetrieben werde diese Entwicklung durch die zunehmende Illegalisierung internationaler Migration und die strengeren Einwanderungskontrollen in Westeuropa, die organisierten und kriminellen so genannten „Schleuser“-Banden einen neuen Markt bieten (ebd.:17). Gerade in diesem Zusammenhang wird es folglich entscheidend sein, dem 1999er-Vertrag von Amsterdam eine praktische Umsetzung folgen zu lassen und eine EU-weite Migrationspolitik zu etablieren.

Einen Beitrag zum EU-weiten Monitoring leisten die Mitglieder des Observatoriums auch in der Beisteuerung von Informationen und Erhebungen, die im *Bericht über die soziale Lage in der EU* seit dem Jahr 2000 von der Europäischen

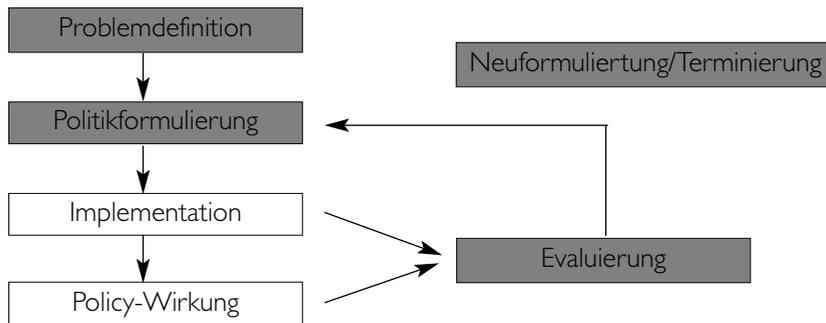
Kommission jährlich veröffentlicht werden und den umfassendsten Überblick über die soziale Dimension in der Europäischen Union bieten. Es ist ein erwähnenswertes Merkmal dieses Berichts, dass er „zahlenmäßige Informationen mit Daten aus Meinungsumfragen verbindet und diese harmonisiert. Auf diese Weise stellt er ein Referenzdokument dar, das zum Gesamtbild von der sozialen Lage die Empfindungen und Haltungen der Menschen hinzufügt, die in Europa leben“ (aus dem Vorwort des Sozialberichts von 2003:5). Im Jahr 2003 war der Sozialbericht mit dem Thema Gesundheit befasst und erörterte z.B. die Gründe für die verbesserte Gesundheitssituation der europäischen BürgerInnen, wobei z.B. Entwicklungstrends im Gesundheitswesen bei der europäischen Bevölkerung und sozioökonomische Einflussgrößen der Gesundheit untersucht wurden. Das ÖIF beteiligte sich konkret mit einem Beitrag über die Zahl älterer hilfe- und pflegebedürftige Menschen in der EU sowie mit einem dokumentierenden Beitrag zum Thema Mortalität und Ehe. Ebenfalls wurden jeweils die fertigen Sozialberichte durch WissenschaftlerInnen des ÖIF auf Anfrage kommentiert.

Die Beobachtungsstelle wurde mit Herbst 2004 von der EU in ihrer jetzigen Form aufgelöst. Das Jahresseminar 2004 beschloss somit die Arbeit der Beobachtungsstelle und bietet gleichzeitig einen Ausblick auf die soziale Zukunft einer erweiterten Europäischen Union. Als Schwerpunkt der Tagung werden Ergebnisse der Arbeit der Beobachtungsstelle in den letzten sechs Jahren anhand der vier Bereiche der letzten Seminare/Berichte (Fertilität, Familienformen und die junge Generation in Europa, Migration und Gesundheit) vorgestellt. Aus aktuellem Anlass werden zu diesen Themen auch die Trends in den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten aufgezeigt sowie zukünftige Herausforderungen für Forschung und Politik diskutiert. Das Seminar fand am 27./28. September 2004 in Brüssel statt.

## **2.4 Wissenschaftliche Politikberatung**

Eine Aufgabe, die in den letzten zehn Jahren mehr oder weniger „sichtbar“ jedes Projekt und jede Studie des ÖIF begleitet, ist die der wissenschaftlichen Politikberatung. Dem rationalen Politikmodell entsprechend sollen dabei wissenschaftliche Erkenntnisse in die politische Praxis transferiert werden, um politische Entscheidungen möglichst zielführend, d.h. orientiert an sozialen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Bevölkerung, treffen zu können. In Anlehnung an das Modell des Politikzyklus nach Windhoff-Héritier (1987; auch Rabe 2004) kann dies zu verschiedenen Zeitpunkten geschehen. Windhoff-Héritier unterscheidet insgesamt nach sechs Phasen, in vier dieser Phasen kann wissenschaftliche Politikberatung einsetzen (siehe Schaubild unten, schattierte Flächen).

**Abbildung 6: Politikzyklus und möglicher Einfluss der Politikberatung in verschiedenen Phasen. Nach Rabe (2004), in Anlehnung an Windhoff-Héritier (1987:65). Die grau schattierten Phasen kennzeichnen mögliche Zeitpunkte der Einflussnahme durch wissenschaftliche Politikberatung.**



Wissenschaftliche Beratung kann damit entweder recht frühzeitig einsetzen, zunächst in der Grundlagenforschung Orientierungswissen schaffen und durch das Monitoring gesellschaftlicher Prozesse auf soziale Unregelmäßigkeiten oder Missstände aufmerksam machen sowie sie als Problem definieren (Phase 1). Diese Art der sozialen Zeit-Diagnose gehört in den weiteren Definitionsbereich von Politikberatung, wie sie in Forschungs-Endberichten in Form von Empfehlungen abgegeben wird.

Das ÖIF wird aber auch beauftragt, politische Entscheidungen wissenschaftlich zu begleiten (engere Definition von Politikberatung), nämlich beispielsweise dann, wenn die Implementierung einer politischen Maßnahme oder einer institutionellen Veränderung angedacht ist oder kurz bevorsteht ("Politikformulierung", Phase 2). In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen zehn Jahren vielfach Machbarkeitsstudien (siehe 2.1.2) durchgeführt, z.B. für das damalige BMUJF eine mögliche Einführung des Kinderbetreuungsschecks (KBS) betreffend (1998). Entlang der neuen Teilinstrumente „Geldleistung“, „eigenständige Sozialversicherung“ und „Gutschein“ wurden mit Hilfe finanzwissenschaftlicher Analysen und Befragung der Bevölkerung die Auswirkungen bezüglich Wiedereintritt in den Erwerb, Armut von Kindern, Partnerschaft und Haushaltsführung abgeschätzt. Die Implementierung des KBG ist ein Beispiel für eine wissenschaftliche Politikberatung, die durch begleitende Evaluierung der Politik Grundlagen liefert; dem obigen Schaubild entspricht diese Form der Politikberatung der Phase 6 („Evaluation“).

## 2.4.1 Konsulententätigkeit

In die Rubrik der Politikberatung gehört auch die Konsulententätigkeit von WissenschaftlerInnen des ÖIF, die als ExpertInnen in ihrem jeweiligen Fachgebiet an Arbeitskreisen teilnehmen oder an der Entwicklung neuer Projekte fachlich unterstützend mitwirken. Ein solches Projekt ist z.B. das *Audit für Familie und Beruf*, welches auf Initiative des BMSG von der Deutschen Hertie-Stiftung übernommen und für Österreich weiterentwickelt wurde. Es orientiert sich grundlegend an einer aus den USA stammenden Idee, dem so genannten *family-friendly-index*. Das speziell für Österreich entwickelte Audit ist konkret um eine Niveau-Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Betrieben interessiert und versucht dieses Ziel durch Motivation der Unternehmen zu erreichen, in einem dreijährigen Prozess familienfreundliche Maßnahmen unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien zu etablieren bzw. bestehende Maßnahmen zu verbessern. Der erfolgreiche Prozess wird mit dem Zertifikat *Audit Familie und Beruf* ausgezeichnet. Das ÖIF evaluierte die gegenwärtig gültigen Rahmenrichtlinien und stellte mittels Befragung fest, inwieweit die beteiligten Personengruppen (die Unternehmen selbst, BeraterInnen vom BMSG, u.a.) die im Jahr 2002 vorgenommenen Adaptierungen des Audits als effektiv erachten.

Ein weiterer Bereich der Konsulententätigkeit ist die des fachspezifischen Consulting beispielsweise für die Firmen Bayer Vital und GlaxoSmithKline (GSK), welche zur Markteinführung eines PDE 5-Hemmers zur medizinischen Behandlung der erektilen Dysfunktion (ED) eine sozialwissenschaftliche Studie beauftragt hatten. In einem Working Paper (Kapella 2003) wurden zunächst medizinische Grundlagen, z.B. zu Ursachen und Diagnostik der ED zusammengestellt, darauf aufbauend wurde mittels einer ÄrztInnenbefragung und der Auswertung einer Bayer-internen Marktforschungsstudie eine umfassende Darstellung und Interpretation relevanter Daten zum Thema bereitgestellt. Ein seit damals andauerndes Consulting umfasst den laufenden Kontakt bei Fragen zum Themenbereich, die z.B. die Deskription und Klassifikation sexueller Funktionsstörungen, ihre psychischen wie medizinischen Ursachen sowie therapeutische Optionen bei ED etc. umschließt.

## 2.4.2 Auskunftstätigkeit

Ebenfalls zur wissenschaftlichen Beratung zählt die Auskunftstätigkeit, die das ÖIF wahrnimmt. Hierzu zählen zeitlich beschränkte wissenschaftliche Recherchen, die etwa vom BMSG angefragt und von den WissenschaftlerInnen des Instituts durchgeführt werden, zum Beispiel im Zusammenhang mit Briefings zu bestimmten Themen der Familienpolitik oder in Form von aktuellen Berechnungen, wie z.B. Beurteilung und Kostenrechnung von familienpolitischen Konzepten. Die Aus-

kunftserteilung an weitere Fragestellende, wie etwa Medien, Universitäten, Familienverbände etc., wird schwerpunktmäßig von der Abteilung für Kommunikation und Information auf Basis bereits gesammelter oder erhobener Daten durchgeführt.

## 2.5 Das ÖIF als Informationsknotenpunkt für Politik und Öffentlichkeit

Mit der Konsulten- und Auskunftstätigkeit wurde bereits verdeutlicht, dass die Arbeitsweise des ÖIF einen vernetzenden Ansatz verfolgt, der wissenschaftliche Forschung in die Nähe von politischen Entscheidungen bringen will, der aber auch um Kommunikation innerhalb der Wissenschaftsgemeinde bemüht ist und einer interessierten Öffentlichkeit (z.B. auch Medien) mit Informationen dient. Insofern versteht sich das ÖIF als Informationsknotenpunkt und verwirklicht diesen Ansatz mit der Verbreitung eigener Forschungsergebnisse, der Führung familienwissenschaftlicher Bibliotheken und Datenbanken sowie der Förderung der aktuellen Wissenschaftsdebatte durch Veranstaltungen.

Die Verbreitung eigener Ergebnisse erfolgt durch drei Publikationsreihen – Working Papers, Materialiensammlung und Schriftenreihe – sowie in Form von Endberichten an die jeweiligen Auftraggeber sowie durch die Veröffentlichung von Fachartikeln in wissenschaftlichen Fachzeitschriften oder von Fachbüchern. Weiters wird jährlich ein Bericht über die sozioökonomische Situation der Familien in Österreich veröffentlicht (*Familien in Zahlen, FiZ*). Auch die neuen Medien werden genutzt: Alle zwei Wochen wird der journalistisch-familienwissenschaftlich ausgerichtete Informationsdienst *beziehungswise* publiziert (insgesamt 26 Ausgaben pro Jahr). Die Printauflage beläuft sich pro Ausgabe auf 3600 Stück (Stand: 2004), *beziehungswise* wird auch elektronisch per Mailinglist an rund 430 Personen verschickt. Die Reichweite wird pro Ausgabe auf 12000 Personen geschätzt. Der ebenfalls elektronisch verschickte Newsletter *puzzle* erscheint alle zwei Wochen und wendet sich in englischer und deutscher Sprache vor allem an die europäische Wissenschaftsgemeinde. Etwa 1500 Personen waren Ende des Jahres 2003 als Empfänger dieses digitalen Dienstes registriert. In den letzten Jahren wurde zudem die Internetpräsenz des Instituts erheblich ausgebaut. Neben der kontinuierlich betreuten Aktuellseite mit Hinweisen auf laufende Studien und bevorstehende Veranstaltungen (nicht nur vom ÖIF), bietet sich eine Reihe von Recherchemöglichkeiten innerhalb sämtlicher am ÖIF erschienenen Publikationen mit (kostenfreier) Downloadmöglichkeit.

Im Sinne der Vernetzung mit anderen WissenschaftlerInnen und der Informationsweitergabe an Fachpublikum und interessierte Öffentlichkeit koordiniert das ÖIF zwei Veranstaltungsreihen:

Zum einen hat das ÖIF seit 2002 die Koordination und Leitung des Interdisziplinären Symposiums zur Familienforschung als alleiniger Veranstalter übernommen, welches seit 1986 im Zweijahres-Rhythmus in Strobl am Wolfgangsee stattfindet.<sup>13</sup> Dieses Symposium bemüht sich um einen Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und Praxis und beschäftigt sich jeweils mit einem oder mehreren Schwerpunktthemen, welche interdisziplinär beleuchtet und mit einem internationalen Fachpublikum diskutiert werden. Im Tagungsbericht des 6. Symposiums betonen Buchegger und Schattovits, dass sich das Symposium besonders durch zwei Aspekte auszeichnet, namentlich durch seinen informellen Charakter; da die meisten Diskussionen in Arbeitskreisen oder programmunabhängig am Abend stattfinden, und außerdem erlaube die Themenvielfalt einen breiten Überblick über aktuell familienwissenschaftlich relevante Strömungen (Buchegger & Schattovits 1998:3).

Bereits das Familienforschungssymposium 2002, das sich dem Thema Zwischen Identität und Provokation – Das Spannungsfeld Jugendliche – Erwachsene widmete, wurde nach dem neu entwickelten Konzept des ÖIF durchgeführt. Dies sieht neben Vorträgen von WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen eine Plattform zur Präsentation von Projekten, Publikationen, Modellen, Studien etc. vor, die im Rahmen des sogenannten Frei-Raums jeweils den kommunikativen Auftakt des Symposiums bildet. Hier findet sich die Möglichkeit zum Austausch von Ideen und zum gegenseitigen Kennenlernen.

Im Jahr 2004 tauschten sich in Strobl wieder ExpertInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz zum Thema *Joint Venture Familie und Wirtschaft? Widersprüche Ansprüche Machbarkeit* aus. Inputs stammten von ExpertInnen aus den Bereichen Wirtschaft, sozialwissenschaftliche Forschung, Elternbildung, Psychotherapie, sowie von persönlich Betroffenen.

Neben dieser eher im großen Rahmen stattfindenden Veranstaltungsreihe, wurde im Jahr 2002 eine weitere geschaffen, die sich in regelmäßigen Abständen mit aktuellen familienwissenschaftlichen Themen befasst. Der *Jour Fixe* findet monatlich für je eineinhalb Stunden direkt am ÖIF statt und richtet sich an WissenschaftlerInnen, MedienvertreterInnen und alle an Familienwissenschaften Interessierten. Einem (oder mehreren) Inputreferat(en) schließt sich eine Diskussion mit Publikum an, sodass Personen aus verschiedenen Bereichen von Wissenschaft und Praxis miteinander ins Gespräch kommen. Der Jour Fixe versteht sich damit als Austauschplattform und Vernetzungsmöglichkeit und ist sehr darum bemüht, Familie in seinen verschiedenen Facetten darzustellen sowie in der Auswahl der Themen und Inhalte einerseits immer aktuell zu sein, andererseits für

---

<sup>13</sup> Zwischen 1986 und 2000 oblag die Koordination der Österreichischen Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF) und dem Institut für Ehe und Familie (IEF) bzw. ab 1994 der ÖGIF in Zusammenarbeit mit dem ÖIF.

Themenbereiche zu sensibilisieren, die in der Gesellschaft manchmal vernachlässigt oder tabuisiert werden. Zu den *Jour Fixe*-Terminen werden über einen E-mail-Verteiler jeweils 2500 Personen aus dem deutschen Sprachraum eingeladen.

Der erste *Jour Fixe* wurde im November 2002 zum Thema „Wessen Bildung beeinflusst unser Leben“ abgehalten und informierte über Ergebnisse einer ÖIF-Studie gleichen Titels. Es folgten weitere Veranstaltungen, in denen z.B. familienwissenschaftlich relevante Forschungsergebnisse aus verschiedenen Fachrichtungen, von Institutionen und auch Universitäts-Diplomanden, vorgestellt und diskutiert wurden. Beispielhaft sei der Vortrag von Barbara Settles von der University of Delaware (USA) genannt, der sich dem Thema „Beruf, Familie, Erziehung in den USA und Österreich im Vergleich“ widmete. Auch aus dem praktischen Bereich wurden Themen aufgegriffen, z.B. durch die Vorstellung des oben erwähnten Therapiemodells MOVE. Diskutiert wurden auch familienrelevante Forderungen an die Politik, wie z.B. die Einführung des Vaterschutzmonats (*Jour Fixe*, Mai 2004).

### **3 Ausblick: Familie – noch immer das unbekannte Wesen?**

Als im Januar 1995 die erste Ausgabe des beziehungsweise erschien, titelte der Leitartikel: „Familie – das unbekannte Wesen“. Eine 1994 auf Grundlage von ExpertInneninterviews durchgeführte Studie (vgl. beziehungsweise 1/1995) hatte 160 Defizitbereiche in der sozialwissenschaftlichen Erforschung von Familie ausgewiesen. Die „Hitliste der Versäumnisse“ zeigte etwa, dass Themen wie die geschlechtliche Rollenaufteilung zwischen PartnerInnen, Pluralisierung der familialen Lebensformen oder Lebenssituationen und Bedürfnisse von MigrantInnen bislang nur wenig Beachtung in der österreichischen Familienforschung gefunden hatten. Auch ein Mangel an wissenschaftlicher Grundlagenarbeit im Bereich der sozioökonomischen Familienforschung sowie fehlende Ressourcen in der wissenschaftlichen Politikberatung wurden festgestellt.

Damit wurde dem ÖIF gleichermaßen ein „Arbeitsprogramm“ für die nächsten Jahre übergeben.

Im Beitrag wurde Bilanz gezogen, in welchen Bereichen das ÖIF das „unbekannte Wesen“ Familie erforschen sowie neue Erkenntnisse gewinnen konnte und welcher Mitteln und Vorgehensweisen sich das ÖIF aus psychosozialer und sozioökonomischer Sicht dabei bedient.

Wie die Ausführungen zeigen, ist die Auffüllung der Forschungslücken durch die WissenschaftlerInnen des ÖIF in den letzten 10 Jahren gelungen, bei weitem aber noch nicht abgeschlossen.

In diesem Sinn wurden innerhalb der letzten zehn Jahre am Institut systematisch und kontinuierlich Daten gesammelt, bearbeitet, wissenschaftlich analysiert sowie publiziert. Zwei Drittel der bislang durchgeführten und laufenden Projekte sind dabei größere wissenschaftliche Studien, die sich der Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, der Modell- und Methodenentwicklung sowie dem Monitoring auf nationaler und internationaler Ebene widmen. Sie alle bewegen sich um die hauptsächlichlichen drei Forschungsschwerpunkte des ÖIF: Familien- und Partnerschaftsbeziehungen, psychosoziale Gesundheit und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb.

So wurde 1994/95 das Thema der Migration aufgegriffen, ein damals noch blinder Fleck im Bereich der Familienforschung. Ebenfalls unter die wissenschaftliche Lupe genommen wurde der bislang vernachlässigte Bereich der Rollenaufteilung in Partnerschaften. Das jüngste diesbezügliche EU-weite Projekt, „The Glass Partitioning Wall“, untersuchte in den letzten beiden Jahren die Arbeitsaufteilung entlang von oft „unsichtbaren“ Geschlechtergrenzen im mikrosoziologischen Bereich.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte und stellt die Erforschung sozioökonomischer Zusammenhänge dar, sowohl im damals als defizitär klassifizierten Bereich der Grundlagen- als auch in der Anwendungsforschung. Basierend auf dem Familien- und Fertilitätssurvey wurde ab 1996 das Familiensimulationsmodell FAM-SIM im Bereich der Grundlagenforschung entwickelt.

Neben der wissenschaftlichen „Aufholarbeit“ wurden auch neue Nischenprodukte entwickelt, z.B. das Modell LoveTalks® im Bereich der präventiven Sexualpädagogik, mit dem das ÖIF über die nationalen und sogar kontinentalen Grenzen hinaus bekannt wurde.

Etwa ein Drittel der seit 1994 durchgeführten bzw. aktuell laufenden Projekte, die auf wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung aufbauen, sind zugleich Dienstleistungen gegenüber externen Auftraggebern. In diesem Bereich wird das vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) entwickelte Audit „Familie und Beruf“ seit 2000 wissenschaftlich begleitet, für Bundesländer wurden familienpolitische Maßnahmen evaluiert („Familienschilling“ für Tirol, 1999-2000). Das ÖIF fungiert auch für Unternehmen im Wirtschaftsbereich als wissenschaftlicher Ansprechpartner.

Im Bereich der Dienstleistungen gab und gibt es kontinuierliche Aktivitäten durch das ÖIF, die von der Abteilung für Kommunikation und Information betreut und koordiniert werden. Diese Abteilung fungiert als Knotenpunkt in einem Netzwerk zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Es werden externe Anfragen aus diesen Dialoggruppen beantwortet, wissenschaftliche und journalistische Publikationen veröffentlicht etc. – die Aktivitäten sind vielfältig. Innerhalb der letzten Jahre wurde vor allem die Internetpräsenz ausgebaut. Alle zwei Jahre veran-

staltet das ÖIF ein Familiensymposium in Strobl am Wolfgangsee. Außerdem wurde mit dem Jour fixe im November 2002 eine neue, monatliche Veranstaltungsreihe eingeführt, die von familienwissenschaftlich Interessierten zahlreich besucht wird.

Inwieweit konnte das ÖIF nun aber einen Beitrag zur 1994 geforderten Ressourcenstärkung in der wissenschaftlichen Politikberatung leisten? Das ÖIF, das sich der Freiheit von Wissenschaft und Forschung verpflichtet fühlt, ist überparteilich, aber keinesfalls politikfern. Die Verbindung zwischen Wissenschaft und politischer Praxis wird im Sinne der wissenschaftlichen Politikberatung aufrecht erhalten. So haben in den vergangenen zehn Jahren z.B. immer wieder Evaluierungen familienpolitischer Maßnahmen stattgefunden, neu war neben der klassischen, nachträglichen Evaluierung die Vorab-Evaluierung von angedachten Maßnahmen, wie sie im Falle der Einführung des österreichischen Kinderbetreuungsgeldes (KBG) 2001 stattfand und seither als begleitende Evaluierung weiterhin durchgeführt wird. Auch die Sozialberichterstattung hat im Institut einen großen Stellenwert: Der Familienbericht 1999, der Seniorenbericht 2000 und der Gewaltbericht 2001 sind am ÖIF entstanden.

Auch wenn das ÖIF über das „unbekannte Wesen“ Familie nach zehn Jahren Forschungsarbeit schon viel mehr weiß, gibt es in den kommenden Jahren noch reichlich zu erforschen! Da wir in einer pluralistischen, sich verändernden Welt leben, wird das Arbeitsprogramm noch lange nicht erfüllt sein. Immer neue Fragestellungen werden eine Herausforderung für das ÖIF darstellen, wie etwa die Erforschung neuer Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, um so erwerbstätige (potentielle) Mütter und Väter nicht vor die Frage „Kind oder Karriere?“ zu stellen. Ebenso wird sich das ÖIF auch in Zukunft verstärkt beispielsweise der Erforschung enttraditionalisierter Rollen in der Partnerschaft widmen oder die Bedürfnisse von Kindern und Erwachsenen in AlleinerzieherInnen- oder Patchwork-Familien untersuchen.

Nur wenn es der Politik auch in Zukunft ein Anliegen ist, Familienforschung langfristig abzusichern, wie es die TeilnehmerInnen des Arbeitskreises I zum Internationalen Jahr der Familie „10 Jahre Familienpolitik“ einheitlich gefordert haben, kann das ÖIF auch in den nächsten 10 Jahren als Knotenpunkt in einem Netzwerk für Wissenschaft, Politik, Praxis der Familienarbeit und Medien Ergebnisse der Forschungsarbeit nutzbar machen – zum Vorteil für alle Formen von Familie und für alle Menschen, die darin leben.

## Literaturverzeichnis

- Akkerboom, Hans (2000): Qualitative exploration of choices about having children. Unveröffentlichter Endbericht des Projekts "Partner interaction, demography and equal opportunities as future labour supply factors".
- Axline, Virginia M. (1972): Kinderspieltherapie im nicht-direktiven Verfahren. Knauer: München.
- Basedow, Jürgen et al. (Hrsg.) (2000): Die Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1988): Die Kinderfrage: Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit. München: Beck.
- Beck, Ulrich & Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.). Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Otto Schwartz & Co. S. 35-74.
- Bösel, Monika (1993): Die gesellschaftliche Konstruktion alternativer Lebensformen. In: Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau. Heft 26: S. 84-97.
- Buchebner-Ferstl, Sabine (2002): Die Partnerschaft als Ressource bei kritischen Lebensereignissen am Beispiel der Pensionierung. Working Paper Nr. 19. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Buchebner-Ferstl, Sabine (2004): Das Paar beim Übergang in den Ruhestand. Ergebnisse einer qualitativen Studie. Working Paper Nr. 41. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Buchegger, Reiner & Schattovits Helmuth (Hrsg.) (1998): 6. Interdisziplinäres Symposium Familienforschung. 20.-22. November 1996 in Strobl am Wolfgangsee. Referate und Statements. Materialiensammlung, Heft 5. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hrsg.) (2000): Seniorenbericht 2000. Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich: Ältere Menschen, neue Perspektiven. Wien: BMSG, Eigenverlag.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hrsg.) (2004): Internationales Jahr der Familie 1994+10, 2004. 10 Arbeitskreise – Ergebnisse und Ausblick. Wien: BMSG, Eigenverlag.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) (1999): Seniorenbericht 1999. Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich: Ältere Menschen, neue Perspektiven. Journalistische Kurzfassung. Wien: BMUJF, Eigenverlag.

- Cizek, Brigitte & Schattovits, Helmuth (1987): Scholorientierte Lehrerfortbildung und Elternbildung zur Sexualerziehung (I). In: Dialog 1987/2, S.4-11.
- Cizek, Brigitte (1989): Fakten schulischer Sexualerziehung (II). In: Dialog 1989/4, S.4-9.
- Cizek, Brigitte (1992): Schulische Sexualerziehung: „Ein Modellprojekt“. In: Dialog 1992/1, S. 4-9.
- Cizek, Brigitte & Kapella, Olaf (1994): Initiativen zur Praxis der Sexualerziehung: Ein Modell für das Zusammenwirken von Eltern-Schülern-Lehrern. In: Dialog Spezial 1994/1, S.1-6.
- Cizek, Brigitte et al. (2001): Verbesserung des Mutter-Kind-Passes um die psychosoziale Dimension. Wien, ÖIF/Horizonte, unveröffentlichter Endbericht.
- Cizek, Brigitte (2000): Entwicklung eines Kategorienschemas im Bereich der Entwicklungsdiagnostik auf der Basis der Daten aus dem Pilotprojekt „Verbesserung des Mutter-Kind-Passes um die psychosoziale Dimension“. Wien: ÖIF/Horizonte, unveröffentlichter Endbericht.
- Cizek, Brigitte & Pfeiffer, Christiane (2001): "HorseTalks" (2001). Working Paper Nr. 13. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Coomaren P.Vencatasawmy: Modelling fertility in a life course context: Some issues. Working Paper Nr. 16. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Dannecker; Martin (2000): Sexualwissenschaftliches Gutachten zur Homosexualität. In: Basedow, Jürgen et al. (Hrsg.): a.a.O. S. 335-350.
- Diekmann, Andreas (1994). Hat das steigende Ehescheidungsrisiko das berufliche Engagement von Frauen gefördert? In: Soziale Welt, Heft 25. S. 83-97.
- Diekmann, Andreas & Engelhardt, Henriette (1995): Die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos: Eine empirische Untersuchung der Transmissionshypothese mit dem deutschen Familiensurvey. In: Zeitschrift für Soziologie, 24 (3). S.215-228.
- Dopffel, Peter et al. (2000): Rechtsvergleichende Gesamtwürdigung und Empfehlungen. In: Basedow, Jürgen et al. (Hrsg.): a.a.O. S. 391-423.
- Ehrenreich, Barabra et al. (1986): Re-making love: The feminization of sex. New York: Doubleday.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2003): Die soziale Lage in der Europäischen Union. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Fernández de la Hoz, Paloma & Pfliegerl, Johannes (2001): MigrantInnen im Spital – Workshop für MitarbeiterInnen in Gesundheitseinrichtungen der Stadt Wien. Working Paper Nr. 10. Wien: ÖIF, Eigenverlag.

- Fernández de la Hoz, Paloma (2002): Migrantenfamilien und Integration in den EU-Mitgliedstaaten – Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie. Schriftenreihe, Heft 10. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Frankenburg, William K. et al. (1992): The Denver II: A major revision and restandardization of the Denver Developmental Screening Test. In: *Pediatrics*, Heft 89. S. 91-97.
- Gemünden, Jürgen (1996): Gewalt gegen Männer in heterosexuellen Intimpartnerschaften. Marburg: Tectum.
- Glaser, B.G. & Strauss, A.L. (1998) (Original erschienen 1967): *Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung*. Bern: Huber.
- Gössweiner, Veronika & Nowak, Vera (1998): Scheidungsfolgen: Die langfristigen Auswirkungen von erlebter Scheidung auf die Lebensführung unter besonderer Berücksichtigung der ersten Lebensgemeinschaft. Working Paper Nr. 7. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Gössweiner, Veronika et al. (2001): Quality of life and social quality. Working Paper Nr. 12. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Gössweiner, Veronika & Beham, Martina (1998): Bedeutung sozialer Netzwerke und sozialer Unterstützung für Gesundheit. Wien: ÖIF, Endbericht.
- Groth, A. Nicholas. & Birnbaum H. Jean (1979): *Men who rape: The psychology of the offender*. New York: Plenum.
- Heekerens, H.-P. (1987): Das erhöhte Risiko der Ehescheidung: Zur intergenerationalen Scheidungs-Tradierung. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 16. S. 190-203.
- Heilmann-Geideck, Uwe & Schmidt, Hans (1996): *Betretenes Schweigen: Über den Zusammenhang von Männlichkeit und Gewalt*. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag.
- Hans-Joachim Lenz (2002): Entweder ist jemand ein Opfer, oder er ist ein Mann. In: *Männer.be – Die Schweizer Männerzeitung*. 2 (1). S. 10-15.
- Institut für empirische Sozialforschung (Hrsg.) (1996): *Leben in Wien*. Wien: IFES, Eigenverlag.
- Institut für Konfliktforschung (1999): Begleitstudie zur Implementierung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Gewalt in der Familie. Informationen zur Studie unter <http://www.ikf.ac.at/> (Zugriff 02.08.2004)
- Jones, Ann (1986): *Frauen, die töten*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kapella, Olaf (2003): *Stahlhart: Männer und erektile Dysfunktion*. Working Paper Nr. 34. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Keddi, Barbara & Seidenspinner, Gerlinde (1990): Veränderter weiblicher Lebensentwurf und Individualisierung des Lebenslaufs. In: *Neue Sammlung*, Heft 4/1990. S. 633-644.

- Lutz, Wolfgang et al. (1998): Rohbericht – Band I Ergebnisbericht zum Projekt. Entwicklung von Modellen eines Kinderbetreuungsschecks und Analyse der Auswirkungen (Machbarkeitsstudie Kinderbetreuungsscheck). Working Paper Nr. 8. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- McLanahan, Sara & Bumpass, Larry (1988): Intergenerational consequences of family disruption. In: *American Journal of Sociology*, Heft 94. S.130-152.
- Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.) (2002): Mikrozensus Jahresergebnisse 2001. Wien: Österreichische Staatsdruckerei.
- Neuwirth, Norbert (2002): Labor supply of the family: An optimizing behavior approach to microsimulation. Working Paper Nr. 17. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Perrez, Meinrad & Reicherts, Michael (Hrsg.) (1992): Stress, coping and health. Seattle: Hogrefe & Huber Publishers.
- Perrez, Meinrad (2000): Psychologie des Familien- und Paarstress. In: Schneewind, Klaus A. (Hrsg.): *Familienpsychologie im Aufwind*. Göttingen: Hogrefe.
- Pflegerl, Johannes (1996): Familienverhältnisse und Familienkonflikte von Zuwanderern: Eine Pilotstudie über das Fortbestehen traditioneller Strukturen in Migrantenfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Schriftenreihe, Heft 2. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Pflegerl, Johannes & Fernández de la Hoz, Paloma (2001): Die Bedeutung des Wohnens für Migrantenfamilien in Österreich. Materialiensammlung, Heft 8. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Rabe, Birgitta (2003): Wissenschaftliche Beratung in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik: Chancen und Grenzen. In: Stefan Ramge & Schmid, Günther (Hrsg.): *Management of change in der Politik*. Münster: Waxmann.
- Rerrich, Maria (1990): *Balanceakt Familie: Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensformen*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Roberts, Ceridwen (2004): Die Familie im Gesundheitssystem: Ein Faktor zur Kostensteigerung oder zur Kostenminderung? Ergebnisse im Überblick. URL: [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/eoss/downloads/tutzing\\_synthese\\_roberts\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/employment_social/eoss/downloads/tutzing_synthese_roberts_de.pdf) (Zugriff 21.11.2004)
- Rosenkranz, Doris. & Rost, Harald (1996): Welche Partnerschaften scheitern? Trennung und Scheidung von verheirateten und unverheirateten Paaren im Vergleich. Bamberg: ifb.
- Rouse, Linda P. (1984): Models, self-esteem and locus of control as factors contributing to spouse abuse. In: *Victimology*, 9 (1). S.130-141.
- Roussel, Louis (1990): Die soziologische Bedeutung der demographischen Erschütterung in den Industrieländern der letzten zwanzig Jahre. In: Lüscher, Kurt et al. (Hrsg.) *Die postmoderne Familie*. Konstanzer Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Band 3. Konstanz: Universitätsverlag. S. 39-54.

- Schmidt, Gunter & von Stritzky, Johannes (2004): Beziehungsbiographien im sozialen Wandel: Ein Vergleich dreier Generationen. In: Familiendynamik, Heft 2, April 2004. S.99.
- Schulz, Wolfgang & Norden, Gilbert. (1990): Scheidung, Scheidungsfolgen und Wiederverheiratung. In: Gisser, Richard et al. (Hrsg.). Lebenswelt Familie (S. 517-532). Wien: IEF, Eigenverlag.
- Schwarz, Franz & Spielauer, Martin (2002): The composition of couples according to education and age: An analysis in the context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper Nr. 26. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Schwarz, Franz et al. (2002a): Gender, regional and social differences at the transition from lower to upper secondary education: An analysis in the context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper Nr. 23. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Schwarz, Franz et al. (2002b): University education: An analysis in the context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper Nr. 27. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Spielauer, Martin & Neuwirth, Norbert (2001): Family Microsimulation. Working Paper Nr. 11. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Spielauer, Martin et al. (2002): Education and the importance of the first educational choice in the context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper Nr. 15. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Spielauer, Martin (2002): The potential of dynamic microsimulation in family studies: A review and some lessons for FAMSIM+. Working Paper Nr. 18. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- Spielauer, Martin & Neuwirth, Norbert (2003): Intergenerationelle Bildungstransmission in Familien und der Einfluss der Bildung auf Partnerwahl und Fertilität: Analysen und Mikrosimulationsprojektionen für Österreich. Unveröffentlichter Artikel.
- Städtner, Karin & Spielauer, Martin (2002): The influence of education on quantum, timing and spacing of births in Austria. Working Paper Nr. 29. Wien: ÖIF, Eigenverlag.
- DER STANDARD (05.06.2004): Neuer Vater unser (Dossier-Beilage).
- Starke, Kurt (1994): Schwuler Osten: Homosexuelle Männer in der DDR. Berlin: Links.
- PROFIL (14.06.2004) Familie Daddy Cool: Neue Väter (Titelgeschichte). Nr. 24/2004.
- Vanura, Hanns (1995): 20 Jahre Mutter-Kind-Pass: Versuch einer kritischen Analyse. In: Pädiatrie und Pädalgie. Paediatrica-Paedologica, Heft 30. S. A3-A10.

- White, Lynn K. (1990): Determinants of divorce: A review of research in the Eighties. *Journal of Marriage and the Family*, 52. S. 904-912.
- Wimmer-Puchinger, Beate (2000): Dann stehen wir in der Zeitung. In: *Profil*, 22.4.2000.
- Windhoff-Héritier, Adrienne (1987): *Policy Analyse: Eine Einführung*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Zeanah Charles et al. (1988): *Working model of the Child Interview and manual*. Copyright with: Womans and Infants Hospital, Division of Child and Adolescent Psychiatry, Brown University Program in Medicine, Providence, Rhode Island 02905.
- ZTT-DC: 0-3 (1994) *Diagnostic Classification of Mental Health and Developmental Disorders of Infancy and Early Childhood, Zero to Three*, National Center for Clinical Infant Programs. Washington.

# **Das Konzept der „Syndyastik“ als Fundament von Zweierbeziehung, Partnerschaft und Sexualität: Grundzüge und Folgerungen**

Mit dem Konzept der Syndyastik soll ein umfassenderes Verstehen von Beziehungen, ihren zentralen Inhalten und ihrer Bedeutung für den Einzelnen (z.B. Mutter/Eltern-Kind-Beziehung), das Paar und die Familie, im weitesten Sinn für die Gesellschaft, ermöglicht werden. Da alle menschlichen Beziehungen solche zwischen Geschlechtswesen sind, muss die Sexualität zwingend als integraler, d.h. in die Beziehung zu integrierender Bestandteil miteinbezogen werden. Ziel der Überlegungen ist eine Erhöhung der individuellen und gemeinsamen Lebensqualität in stressärmeren und erfüllenderen Beziehungen, letztlich – und graduell auf den jeweiligen Charakter der Beziehung abgestimmt – mehr „Intimität“. Daraufhin muss erzogen werden und dafür muss es Hilfestellungen geben. Daher werden praktische Konsequenzen aus syndyastischem Denken am Beispiel der Sexualerziehung und der paar- und beziehungsorientierten Sexualtherapie erörtert.

## **1 Syndyastik: Angeborenes Programm für Bindung und Beziehung**

Es gibt Lebensnotwendigkeiten, welche so selbstverständlich sind, dass sie offenbar nicht mehr bewusst wahrgenommen oder reflektiert werden. Beispielsweise muss etwa beim Autogenen Training der Vorgang des Atmens erst bewusst werden, bevor die Bedeutung der Atmung bedacht bzw. ihre vielen Potenzen genützt werden können. Auf einer anderen Ebene lässt sich ähnliches wohl auch für die psychosozialen Grundbedürfnisse des Menschen behaupten: Sie sind genauso lebensnotwendig, scheinen aber ebenso nicht bewusst zu sein und in ihrer gesund- oder krankmachenden Bedeutung nicht entsprechend gewürdigt zu werden, obwohl sie das entscheidende Herzstück aller Beziehungen darstellen. Die Bedeutung guter zwischenmenschlicher Beziehungen als Grundlage von Lebenszufriedenheit und

Lebensqualität wird von niemandem ernstlich in Frage gestellt. Es besteht kein Zweifel, dass der Mensch ein Beziehungswesen ist – durch eine zumindest De-facto-Beziehung wird er ins Leben gerufen, nur in Beziehungen kann er heranwachsen, nur im Spiegel von Beziehungen sich selbst erkennen und eine eigene Persönlichkeit entwickeln. Ohne Beziehungen könnte er nicht überleben, schon gar nicht glücklich werden. Glück und Zufriedenheit erwachsen auf der Ebene der Beziehung zweifelsfrei aus der Akzeptanz, d.h. dem Gefühl des Angenommenseins durch die Bezugsperson und damit dem emotional stabilisierenden Empfinden, richtig, sicher und geborgen zu sein. Besonders intensiv ist dieses Empfinden dann, wenn die Bezugsperson diese Annahme auch körperlich vermittelt, d.h. durch körperliche Zuwendung, Nähe und Wärme „vollzieht“.

Für diese stammesgeschichtlich angelegte innere Programmierung des Menschen auf Bindung zur Erfüllung seiner psychosozialen Grundbedürfnisse werden in Anlehnung an Aristoteles die Begriffe Syndyastik bzw. adjektivisch syndyastisch eingeführt (Beier & Loewit, 2004). Sie sind von dem griechischen Wort syndyastikós („disponiert zur Gemeinsamkeit zu zweit oder zur Zweierbeziehung bzw. zur Paarbeziehung“) abgeleitet, mit dem Aristoteles die Beziehung zu einem bedeutsamen Anderen im Sinne der Paarbeziehung (syndyastikós) bezeichnet, in der sich besonders intensiv Vertrautheit und Zugehörigkeit herausbilden können (Nikomachische Ethik, Buch VIII, Kap. 14). Diese Auffassung des Menschen als eines auf die „Gemeinsamkeit zu zweien“ eingestellten Wesens bei Aristoteles wird durch viele Befunde der Verhaltens- und Entwicklungsbiologie bestätigt, die zeigen, dass der Mensch – wie alle sozial organisierten Säugetiere, insbesondere die Primaten – tatsächlich auf Bindung „programmiert“ ist. Beispielsweise wird die biologische Vorprogrammierung der Bindung an die Eltern bzw. entsprechende Bezugspersonen im Säuglings- und Kleinkindalter anhand angeborener Verhaltensweisen bzw. Merkmale wie Greif-, Klammer- und Saugreflex oder die Lächelreaktion und die Merkmale des sogenannten „Kindchenschemas“ deutlich. Sie sollen dem Kind Schutz, Nähe und Zuwendung sichern, eben die Erfüllung der psychosozialen Grundbedürfnisse in verlässlichen Beziehungen ermöglichen. Der Wunsch nach Bindungen bleibt bestehen, weil die Grundbedürfnisse lebenslang erfüllt werden wollen. Dies soll nach der Kindheit bzw. spätestens mit Abschluss des Jugendalters mit nicht-verwandten Erwachsenen und in der Regel mit Intimpartnern erreicht werden. Tatsächlich konnte in neuesten neurobiologischen Studien mit bildgebenden Verfahren nachgewiesen werden, dass im Rahmen der Mutter-Kind-Beziehung und ebenso bei der Liebesbeziehung unter Erwachsenen teils spezifische, teils jedoch untereinander überlappende Gehirnareale im Belohnungssystem des Gehirns mit hoher Rezeptordichte für das „Bindungshormon“ Oxytocin aktiviert und (in beiden Fällen) für negative Emotionen verantwortliche Regionen (zur Erreichung von Nähe) deaktiviert werden (Bartels & Zeki, 2004).

## 2 Grundbedürfnisse als Basis und Kern von Beziehung

Die erwähnten Grundbedürfnisse beziehen sich auf jene menschlichen Ursehnsüchte, welche sich bei allen Menschen, in allen Kulturen und Religionen, unabhängig von Geschlecht, Lebensalter, sozialer Schicht, etc. finden lassen. Sie stellen somit echte „Universalien“ dar; man könnte auch vom „kleinsten gemeinsamen Nenner“ sprechen, von etwas verbindend Menschlichem, in dem sich alle wiederfinden und begegnen können, das alle verstehen wie die angeborene Mimik. Gleichzeitig könnte man sie auch als biopsychosoziale Existenzminima bezeichnen, deren Erfüllung über umfassende Gesundheit und Lebensqualität wesentlich (und stärker als exogene Faktoren) mitentscheidet. Diese Grundbedürfnisse umfassen die Sehnsucht nach Angenommensein, Zugehörigkeit, Zuwendung, Respekt, Wertschätzung und Geltung, Nähe, Wärme, Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit, Sicherheit und Geborgenheit, Beheimatung in verlässlichen Beziehungen, etc., in Summe alles, was als „Liebe“ empfunden wird und diese Leer-Formel mit Inhalt füllt. Sie werden grundsätzlich in sämtlichen Beziehungen gesucht und bilden deren unverzichtbaren Inhalt, kommen aber je nach Beziehung (z.B. Mutter-Kind, Schüler-Lehrer, Arbeitgeber-Arbeitnehmer, Arzt-Patient, Mann.Frau, etc.) graduell unterschiedlich zum Ausdruck bzw. begründen die ebenso allgegenwärtigen menschlichen Ur-Ängste vor ihrem Verlust, also vor Liebesentzug, Ablehnung, Ausgrenzung, Strafe und Verstoßenwerden. Die höchsten Erwartungen und das intensivste Erleben bzw. die größten Ängste betreffen Liebesbeziehungen. Auch die großen Religionen transzendieren diese Grundbedürfnisse und stellen sie ins Zentrum ihrer Lehre bzw. der Beziehung zwischen Mensch und Gott, wobei die erwähnten Ängste durch religiöse Verheißungen vermindert oder als wirksames Machtmittel gezielt eingesetzt werden können.

Wegen der existentiellen Bedeutung der Grundbedürfnisse, also wegen ihrer Unverzichtbarkeit entscheidet der Grad ihrer Erfüllung über die Qualität der jeweiligen Beziehung, somit insgesamt über Lebensqualität, Wohlbefinden, Zufriedenheit und Sinnfindung, also über wesentliche Fundamente seelischer und körperlicher Gesundheit. Grundbedürfnisse bezeichnen allerdings – bloß – Sehnsüchte und Wünsche, sie beschreiben nicht die Lebensrealität, wohl aber innere Anleitungen zu deren Gestaltung. Gelegentlich wird der allgemeine Wunsch nach sexueller Befriedigung ebenfalls zu den Grundbedürfnissen gezählt (Canziani, 1990). Doch Grundbedürfnisse stellen absolute Lebensnotwendigkeiten dar. Ohne wenigstens ein Mindestmaß an Zuwendung wird ein Kind sich weder körperlich noch psychisch entwickeln, unter Umständen physisch nicht überleben können. In diesem Sinne ist sexuelle Befriedigung trotz der scheinbaren Allgegenwart des Wunsches kein Grundbedürfnis. Viele haben freiwillig darauf verzichtet und können

sich anderen Zielen zuwenden, viele müssen unfreiwillig dasselbe tun. Unverzichtbar sind hingegen die auch über die Sexualität erfahrbaren, erlebbaren und mitteilbaren Inhalte der Grundbedürfnisse.

### 3 Die syndyastische Dimension von Sexualität

Vor dem obigen Hintergrund soll im Folgenden ein Verständnis von Sexualität als Kommunikationsmittel, als Mittel und Möglichkeit, sich in Beziehungen auszudrücken und mitzuteilen, entwickelt werden. Es geht um die konkrete Deutung von Sexualverhalten als Körpersprache, also um die „Sprache der Sexualität“ (Loewit, 1992) und ihre Bedeutung. Als körpersprachliche Kommunikationsweise verstanden, vermag Sexualverhalten vom Kuss bis zum Koitus die erwähnten existentiell unverzichtbaren Grundbedürfnisse, u.a. nach Akzeptanz, Zugehörigkeit, Nähe, Wärme, Geborgenheit und Sicherheit, letztlich nach Beheimatung, nicht nur zu vermitteln sondern zugleich auch zu erfüllen. Das ist der Grund, warum Intimbeziehungen am meisten geeignet sind, um Glück und Zufriedenheit bei den Beteiligten auszulösen, denn hier geschieht die Annahme auf allen Ebenen, einschließlich der körperlich-sexuellen Ebene. Eine solche Auffassung von Sexualität ist derzeit weder in der Theorie, noch weniger in der Praxis eine allgemein bewusste Denkweise; sie mutet im Gegenteil vielen als idealistisch bis utopisch an und scheint der Realität nicht zu entsprechen, zumindest nicht der medial weithin propagierten Auffassung von Sexualität als primär einem (ggf. käuflichen) Konsumgut unter der Dominanz eines eindimensional statt mehrdimensional verstandenen Lustaspektes.

Zur Klärung der Begriffe – und um von Anfang an nach Möglichkeit Missverständnisse zu vermeiden – soll zunächst der Begriff „Sexualität“ erörtert werden. Meist wird er sehr eng als Genitalität verstanden, also im Sinne von Geschlechtsorganen, Geschlechtsverkehr und Fortpflanzung. Eine ähnliche Engführung oder Fixierung auf das Genitale betrifft auch die Begriffe Sinnlichkeit und Sittlichkeit. Es geht also zunächst um eine Erweiterung des landläufigen Verständnisses von Sexualität. Im Folgenden wird zwischen zwei Bedeutungen unterschieden, die sich allerdings in der Lebenswirklichkeit nicht trennen lassen:

In einem sehr weiten Sinn bezieht sich Sexualität auf die menschliche Geschlechtlichkeit, d.h. auf alles, was mit Frau-Sein und Mann-Sein zu tun hat, also mit Geschlechtsidentität und Geschlechtsrollen. Sexualität ist nicht etwas am Menschen, etwas, das er „hat“, eine zusätzliche Eigenschaft oder Möglichkeit für bestimmte Unternehmungen, sexuell „ist“ er durch und durch, geprägt von seinem Geschlecht von der Zeugung an, aber dadurch nicht auf bestimmte Rollen festgelegt. Frauen und Männer unterscheiden sich – angefangen vom Chemismus ihres

Körperaufbaus und Stoffwechsels über geschlechtstypische (d.h. einem Geschlecht typischer als dem anderen, aber nicht ausschließlich zukommende) Krankheitsanfälligkeiten bis in ihre statistische Lebenserwartung, und sie denken, fühlen und handeln eben „typisch“ männlich und weiblich. Allerdings dürfen „weiblich“ und „männlich“ nicht als sich ausschließende Gegensätze verstanden werden. Der gemeinsame, sozusagen vor-geschlechtliche Ursprung der Geschlechtsdifferenzierung ergibt sich bereits aus der Art der individuellen Geschlechtsentwicklung. Gemeinsame Organanlagen oder die Fähigkeit von Geweben, sich entweder in die männliche oder in die weibliche Richtung zu entwickeln, weisen auf den gemeinsamen Ursprung hin. Das trifft auch auf den Geschlechtsdimorphismus des Gehirns zu. Männliches und Weibliches sind somit in jedem Menschen angelegt, und es gibt nichts im körperlichen oder im psychischen Bereich, das nicht irgendwie durch das Geschlecht beeinflusst und mitgeformt oder gänzlich davon unabhängig wäre.

In einem engeren Sinn meint Sexualität alles, was mit Geschlechtsorganen und Geschlechtsfunktionen, mit Trieb und Lust, mit Fortpflanzung zu tun hat, also Genitalität. Meist wird Sexualität zuerst in dieser engeren Bedeutung verstanden, womöglich noch einmal eingengt auf Petting oder Geschlechtsverkehr. Diese verkürzte Sichtweise übersieht nicht nur die vielen sexuellen Verhaltens- und Erlebnismöglichkeiten außerhalb der Genitalregion, sie läuft auch Gefahr, die biopsychosoziale Natur des Menschen, seine Einheit von Körper und Psyche in Umwelt zu übersehen. Sexualität ist jedoch nur in ihrer biopsychosozialen Ganzheit zu verstehen. Dazu gehören auch alle Sinnesorgane, soweit sie in gewissem Maße auch Geschlechtsorgane bzw. an deren Funktionen beteiligt sind. Besondere Bedeutung kommt hierbei etwa der Haut als Kontaktorgan, dem Geruchs- oder Gesichtssinn zu. Ebenso lässt sich sagen, dass nicht Glied und Scheide sondern das Gehirn zum eigentlichen Geschlechtsorgan geworden ist. Im Gehirn fallen die Entscheidungen und werden die Weichen gestellt, sowohl für die körperlichen Funktionen wie für Verhalten und Erleben, etwa für das Empfinden von Lust und Unlust. Der größte Teil menschlichen Sexuallebens spielt sich im Gehirn ab, nämlich in der Fantasie als sexuelle Tagträume, Wünsche, Gedanken, Bilder oder als nächtliche Träume mit sexuellem Inhalt.

Sexualität insgesamt lässt sich aber auch unter dem Gesichtspunkt ihrer (biopsychosozial zu verstehenden) Multifunktionalität betrachten. Es geht dabei um ihre Fortpflanzungs-, um ihre Lust- und um ihre Beziehungs- oder eben syndyastische Dimension, welche in der Lebensrealität eng miteinander verflochten sind, aber dennoch verschiedene Aufgaben bezeichnen.

- Die Fortpflanzungsdimension ist die phylogenetisch älteste. Sie dient gleichzeitig der genetischen Rekombination (d.h. der Durchmischung des Erbguts im Dienste der Evolution). Sie ist bei der Frau auf die Zeit von der Pubertät bis zur Menopause beschränkt und zudem bei beiden Geschlechtern von biogra-

fischen Entscheidungen abhängig, also fakultativ. Durch zuverlässige Kontrazeptionsmethoden einerseits und durch die Entwicklung der Reproduktionsmedizin andererseits ist mittlerweile eine weitgehende Entkopplung der Fortpflanzungsdimension von der syndyastischen und der Lustdimension der Sexualität möglich geworden.

- Die Beziehungs- oder syndyastische Dimension tritt in der stammesgeschichtlichen Entwicklung später (ab den Vögeln und Säugetieren) auf und begründet die soziale Bedeutung von Sexualverhalten, was bei Primaten etwa im (ausschließlich sozial bedeutsamen) Genitalpräsentieren oder in nicht der Fortpflanzung dienenden Kopulationen im Sinne entängstigender, aggressionsmindernder und Bindung schaffender Körperkontakte zum Ausdruck kommt (vgl. Wickler, 1969; Wickler & Seibt, 1984). Für die Sexualität des Menschen stellt sie – insbesondere unter Berücksichtigung seiner hohen Lebenserwartung – einen integralen und wesentlichen Bestandteil dar, ist aber vielfach nicht als eigenständige Dimension der Sexualität bekannt. Ihre große Bedeutung resultiert aus der Tatsache, dass der Mensch ein Beziehungswesen ist, weil seine von Beginn des Lebens an bestehenden Grundbedürfnisse nach Zugehörigkeit, Annahme, Geborgenheit, etc. nur im Austausch mit Anderen, eben in Beziehungen, erfüllt werden können. Dies geschieht vom Kindesalter an durch körperliche und emotionale Erfahrungen des Angenommenseins, der Geborgenheit, etc., die ab der Pubertät um die Möglichkeiten der genitalsexuellen Kommunikation (s. unten) erweitert werden.
- Die Lustdimension gibt der Sexualität durch das einzigartige sinnliche Erleben von sexueller Erregung und Orgasmus eine Qualität, die sie von anderen menschlichen Erfahrungsmöglichkeiten abhebt. Die sexuelle Lust stellt gleichsam den Antrieb und die Belohnung sexuellen Verhaltens dar. Die Lustdimension kann im subjektiven Erleben, in der Autoerotik und in der Erfahrung von erotischer Anziehung, Leidenschaft und Ekstase ganz im Vordergrund stehen, lässt sich aber dennoch schwer isoliert betrachten, weil sie mit den anderen Funktionen eng verbunden ist. Die genitale Lust an sich, die Lust und Freude an der Beziehung und an der Möglichkeit, Eltern werden zu können, verleihen ihr eine sehr komplexe, mehrdimensionale Qualität.

Nach diesen Bemerkungen zum grundsätzlichen Verständnis von Sexualität erscheint es im Hinblick auf die Bedeutung der syndyastischen Dimension der Sexualität für Sexualerziehung und ebenso für Sexualtherapie sinnvoll, ihrer individuellen Ausformung genauer nachzugehen. Dazu kann beispielhaft ein Blick auf die Entwicklung während des ersten Lebensjahres bzw. auf die Parallelen zwischen der „Liebesbeziehung“ des Kleinkindes und des Erwachsenen dienen. Eine umfangreichere „Entwicklungspsychologie der Sexualität“ würde hier den Rahmen sprengen.

Im ersten Lebensjahr geht es im wesentlichen um Erfahrungen mittels der bereits ausgereiften Sinnes- und Organfunktionen, die hauptsächlich mit Nahrungs- und Kontaktaufnahme zu tun haben. Sie sind gleichzeitig Lust- und Trostspender (also in gewissem, nicht-genitalem Sinn erogene Zonen). Im Vordergrund des Erlebens und Geschehens stehen die Funktionen des Mundbereichs (mit Lippen-, Mund- und Wangenschleimhaut, Gaumen und Zunge mit ihren Geschmacksknospen), des Riechsystems, des Gehörs, sowie der Haut als Kontaktorgan, welches über den Tastsinn erste Beziehungskontakte vermittelt. Thematisch geht es um die psychosozialen Grundbedürfnisse und ihre erfahrungsabhängige emotionale Tönung, also um das Angenommensein und Gepflegtwerden, Geborgenheit und Sicherheit in verlässlicher, zunächst stark symbiotischer, dann zunehmend selbständiger Beziehung, die das zum physischen und psychischen Überleben notwendige Versorgtwerden sicherstellt. Ausreichend gute Versorgung im doppelten Sinn „psychosomatischer Nahrungszufuhr“ bedeutet sowohl Kalorien- und Flüssigkeits- als auch affektive oder Gefühlszufuhr (Spitz, 1985) und ermöglicht jenes „Urvertrauen“ zur Welt und zu sich selbst, welches Erikson (1976) als den Eckstein der gesunden Persönlichkeit bezeichnet hat. Damit ist gleichzeitig das Fundament für Selbstwertgefühl und das Ertragen von Unlust gelegt, in weiterer Folge für zunehmende Selbständigkeit und Autonomie.

Für die Erwachsenensexualität resultiert aus dem (ausreichend) positiven Erleben dieser ersten Beziehungen die Grundlegung von Beziehungsfähigkeit und Beziehungsfreudigkeit an sich. Ihre Basis stellt das aus der verlässlichen Befriedigung der physischen und psychosozialen Grundbedürfnisse resultierende Urvertrauen und Selbstwertgefühl dar: Die Erfahrungen mit dem Hautorgan oder der Hauterotik des Anfangs sind wesentlich für die Festigung von Beziehungen, den Aufbau des inneren Bilds vom eigenen Körper bzw. für die Beziehung zum eigenen Körper und die spätere Lustfähigkeit. Zärtlicher und gleichzeitig beruhigender, entängstigender und Sicherheit gebender Hautkontakt ist unverzichtbar. Ungestreichelte Kinder hungern als Erwachsene immer noch nach „Streicheleinheiten“, Nähe, Wärme und Kontakt, nach der vermissten „Nestwärme“ des Anfangs, auch wenn sie unter Umständen mit real erlebter Nähe nicht oder nur schlecht umgehen können. In den Arm genommen, gestreichelt und gehalten werden wollen kann nicht selten als eigentliche Motivation hinter der Bereitschaft zum Geschlechtsverkehr gefunden werden. Vermutlich wird die ursprüngliche „Suche nach der Mutterbrust“, nach Nestwärme im vollen Umfang des Wortes, also auch nach Angenommensein und Geborgensein, Zugehörigkeit und Verstandenwerden, Einheit erleben, Gebrauchtwerden, Sich-verlassen-können und so fort bei vielen sexuellen Begegnungen das eigentliche Anliegen darstellen. Es geht dann in erster Linie, wenn nicht gar ausschließlich um das „Kuscheln“ als Selbstzweck und Ziel, nicht als Teil eines genital-sexuellen Beisammenseins.

Der Grundoptimismus des Urvertrauens als Basis von Selbstwertgefühl und Ichstärke ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für das Annehmen und Gelten lassen des Partners in seiner Andersartigkeit. Die ursprüngliche Angst vor dem Unvertrauten und Fremden muss überwunden bzw. ausgehalten werden. Dazu helfen die am Beginn so gut wie jeder Beziehung anzutreffenden symbiotischen Tendenzen mit ihren Projektionen, welche die Partner sich wesentlich ähnlicher und damit vertrauter erscheinen lassen, als sie es in Wirklichkeit sind und ebenso die sexuelle Anziehung, d.h. die eingangs erwähnte Aktivierung bzw. Deaktivierung entsprechender Gehirnareale. Auf Dauer ermöglicht nur ein starkes Ich die Toleranz oder Tragfähigkeit, Fremdes an seiner Seite nicht nur zu ertragen sondern sich dadurch bereichern zu lassen. Es erleichtert auch das Aushalten von Spannungen, von unter Umständen unvermeidbaren Ambivalenzen. Ebenso braucht es dieses Urvertrauen, um im Orgasmus auf kontrollierende Selbstbeobachtung verzichten zu können, also sich überhaupt auf die zum Erleben des Orgasmus notwendige Regression einlassen zu können. Urvertrauen steht auch hinter dem Vertrauen in den eigenen Körper, zur eigenen Potenz, hat also mit Selbstannahme als Voraussetzung der Annahme eines Partners zu tun. Dasselbe Urvertrauen ermöglicht auch das Vertrauen in andere, also die erwähnte Kontaktfreudigkeit, Offenheit und den Glauben an die Möglichkeit gelingender Beziehungen, an das gute Ende. Die Freude am Hautkontakt und an Zärtlichkeit findet sich wieder in der Atmosphäre der Beziehung sowie im sexuellen Verhalten von Vorspiel, Koitus und Nachspiel. Im engeren Sinn auf Erfahrungen dieser ersten Zeit bzw. Liebesbeziehung zurückzuführen bleibt die Lust am Saugen, Lutschen, Schlecken, Küssen, Schmecken und Riechen, am nahen Augenkontakt und so fort, wie er in der ursprünglichen Mutter/Vater-Kindbeziehung sich ereignet und seine gefühlsmäßige (positive, negative oder ambivalente) Qualität erhalten hat. Es ist wichtig, dass die Erfahrungen dieser Zeit auch in der dann genital betonten Erwachsenensexualität nicht verlorengelassen sondern zur Bereicherung der Genitalität erhalten bleiben. In diesem Sinn spricht M. Balint (1965) von den Urformen der Liebe als Basis und Kern der Erwachsenenintimität oder formuliert A. Montagu (1987): „In mancher Hinsicht ist die sexuelle Verbindung eine Reproduktion der zärtlichen Liebe zwischen Mutter und Kind.“

Führt das Erleben dieser frühesten Entwicklungsphase im Spannungsfeld zwischen Ur-Vertrauen und Ur-Misstrauen (Erikson, 1976) zu einem Überwiegen des Misstrauens, weil zu viele Grundbedürfnisse ungestillt bleiben, so kann sich dies ebenfalls in vielfältiger Weise auf Sexualität und Beziehungen auswirken. Zum Beispiel kann mangelndes Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen allgemein zu leichter Verletzbarkeit, häufigem Gekränktheit, Unsicherheit und argwöhnischer Eifersucht, zu einer unterschwellig neidisch-aggressiven Grundstimmung des Zukurzgekommen-Seins und entsprechenden (Riesen-)Ansprüchen an andere

führen, um nur einige Möglichkeiten zu nennen. Zu sehr frustrierte und selbst wiederum frustrierende Menschen (in der Regel kann man nicht geben, was man selbst nicht bekommen hat) sind meist schwierige Partner. Es versteht sich von selbst, dass all dies über die Atmosphäre des alltäglichen, partnerschaftlichen Zusammenlebens sich indirekt und direkt auch auf die Sexualität auswirkt. Atmosphärisch gestörte Kommunikation kann sich als doppelter Teufelskreis ver selbständigen: Missstimmungen lassen die Lust zum Gespräch vergehen, Gespräche arten in unfruchtbares Streiten aus und werden erst recht gemieden, wodurch die allgemeine Missstimmung zunimmt und ihrerseits die Sexualität belastet. Das Misslingen oder Ausbleiben der sexuellen Kommunikation unter diesen Bedingungen verschärft die Situation weiter und lässt die positiven Kräfte der sexuellen Kommunikation als verleiblichter Beziehung nicht zur Wirkung kommen, kann sie vielmehr in ihr Gegenteil verkehren. Dies gilt natürlich nicht nur für Störungen aus dieser ersten Lebensphase, doch geht es gerade hier in besonderer Weise um die Grundlagen von Beziehung und Intimität an sich. Sexuelle Lustlosigkeit und andere Funktionsstörungen können daraus entstehen bzw. als Mittel der Problembewältigung dienen.

## 4 Sexuelle Kommunikation als Sprache der Beziehung

Zum besseren Verständnis des Folgenden soll zunächst an einige Regeln und Gesetzmäßigkeiten aus der Kommunikationstheorie erinnert werden (Watzlawick, 1969; Schulz von Thun, 1981, 1989; Birkenbihl, 1992): an erster Stelle an das grundlegende Axiom von der „Unmöglichkeit, nicht zu kommunizieren“. Da praktisch das gesamte Verhalten Botschaftsträger ist, ergibt es sich aus der „Unmöglichkeit, sich nicht zu verhalten“. Umgekehrt gibt es aus demselben Grund kein „nichts-sagendes“ Verhalten. Das gilt auch für Sexualverhalten im weiten extragenitalen und im engeren genitalen Sinn. Auch hier besteht neben der verbalen Verständigungsmöglichkeit über Sexualität auch die phylogenetisch und ontogenetisch wesentlich ältere körpersprachliche Kommunikation mittels aller Sinne über die „Gestaltssignale“ unseres Verhaltens (Spitz, 1985). Bekanntlich erfolgt der größte Teil aller tatsächlich wirksamen Mitteilungen auf nonverbale Weise, weil selbst die Wortsprache von zahlreichen nichtverbalen Signalen begleitet ist. Diese sogenannte Parasprache umfasst nicht nur Lautstärke, Betonung, Pausen, Räuspern und Verlegenheitslaute, Sprechgeschwindigkeit, etc. sondern auch die gesamten Umstände, unter denen ein Gespräch stattfindet, vom gewählten Zeitpunkt und Ort bis zur Kleidung, der räumlichen Zu- oder Abwendung der Gesprächspartner, etc. Diese nonverbale Kommunikation bringt ihre Botschaften ganzheitlich zum

Ausdruck und wird auch ganzheitlich verstanden (oder missverstanden). Ein Gesamteindruck wird wahrgenommen und gedeutet. Diese nonverbale Kommunikation kann auch weniger leicht willkürlich verfälscht werden und ist vor allem dort, wo es um Beziehung geht, wesentlich aussagestärker als die Wortsprache. Körpersprachliche Gesten können auch dann noch das Wesentliche mitteilen, wenn Worte fehlen oder unpassend wären. Die Verhaltensforschung hat entdeckt, dass es dabei für alle Menschen gültige, angeborene Grundmuster der Mimik gibt, die selbst bei Blind- und Taubgeborenen auftreten, also nicht durch Nachahmung gelernt sein können und die auch von allen verstanden werden (z.B. lächeln oder weinen).

Die erwähnte Deutung des Gesamteindrucks kann aber wegen der Vieldeutigkeit von Verhalten leicht zu Missverständnissen führen. Dabei spielt die eigene Biografie für die Wahrnehmung und damit für die Art der Bedeutungs-Erteilungen eine entscheidende Rolle. Die Kommunikationstheorie nennt weitere Gründe für diese Vieldeutigkeit: Jede Botschaft hat mehrere Seiten, kann sozusagen auf verschiedenen Wellenlängen gesendet und mit verschiedenen Ohren gehört werden. Es sind dies die Inhalts-, Selbstoffenbarungs-, Beziehungs- und Appellebene bzw. die entsprechenden „Ohren“. Dies ist deswegen von praktischer Bedeutung, weil häufig nicht auf derselben Ebene gesendet und gehört wird. Als besonders wichtig erweist sich dabei das Beziehungs-Ohr, weil sich die Gesprächsqualität vorwiegend auf der Beziehungsebene entscheidet. In diesem Sinne wird durch den Beziehungsaspekt jedes Kommunikationsvorgangs einerseits der Inhalt der jeweiligen Botschaft erst eindeutig festgelegt, andererseits eine zusätzliche Aussage über die Qualität der Beziehung gemacht, es findet also Metakommunikation statt. Damit werden Kommunikation und Beziehung so eng miteinander verflochten, dass die Begriffe praktisch austauschbar sind. Aus den obigen Möglichkeiten zum Missverständnis ergibt sich die Notwendigkeit der Rückfrage. Nur durch Rückfragen lassen sich Fehlinterpretationen vermeiden. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Botschaft selbst klar und eindeutig gemeint und nicht bereits in sich doppel- oder mehrdeutig ist, d.h. wenn der Sprechende sagt, was er wirklich meint und es so sagt, wie er es meint. Entscheidend ist also, dass die Kommunikation in sich stimmig oder kongruent ist. Diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten betreffen in entsprechender Weise auch die sexuelle Kommunikation.

Sexualität als Sprache der Beziehung stellt zugleich das typisch Menschliche im Vergleich zur Sexualität anderer Säugetiere bzw. Primaten dar, denn von allen Lebewesen verfügt nur der Mensch sowohl über eine nonverbale Körper- oder Zeichensprache, als auch über eine verbale oder Wortsprache und alle damit verbundenen Kommunikationsmöglichkeiten. Letztlich ist unser gesamtes Verhalten Träger und Übermittler von Botschaften. Allerdings ist offensichtlich das Bewusstsein für die Körpersprache generell weithin verlorengegangen. Dies mag damit

zusammenhängen, dass aus der zunächst ersten und einzigen, ganzheitlich-leibhaftigen, körpersprachlichen Kommunikation später die Wortsprache geworden ist. Was ursprünglich durch Mimik, Gestik und Körperhaltungen zum Ausdruck gebracht und übermittelt bzw. durch alle Sinne erfahren wurde, wird nun durch Buchstabenfolgen, Worte und Sätze bezeichnet. Was früher leibhaftig, körperlich, sinnhaft erfahrbar war, wird zum entleibten, abstrakten Begriff. Wir haben schließlich unsere erste Sprache weitgehend verlernt und ersetzt: Zuneigung hat nichts mehr mit sich zuneigen, Zugehörigkeit nichts mehr mit dem Hören vertrauter Stimmen und Ansehen nichts mit jenem „Augen-Blick“ von Mutter und Vater zu tun, der uns – hoffentlich – vermittelte, dass wir gemocht und akzeptiert sind. Redewendungen wie „jemandem nahestehen“, „von jemandem etwas halten“, „am Herzen liegen“, etc. werden meist rein geistig und abstrakt verstanden und haben ihre ursprüngliche, leiblich-sinnhafte Ausgangsbasis verloren.

Was ganz allgemein für die Wahrnehmung von Körpersprache gilt, dass eben unsere Primärsprache zur Fremdsprache geworden ist (Molcho, 1983), gilt im besonderen für die Deutung von Sexualverhalten als Körpersprache. Daher ist es noch weniger geläufig, sich auch konkretes, leibliches Sexualverhalten in diesem Sinne als Körpersprache und Botschaftsträger bewusst zu machen: Jedenfalls können die meisten Paare mit der Frage, was es für sie heiße, miteinander zu schlafen, nicht viel anfangen. Dabei kann dieselbe Frage bezogen auf (scheinbar) nicht „sexuelle“ Zärtlichkeiten sofort beantwortet werden. Die Botschaften etwa eines Arm-um-die-Schulter-Legens können ohne Zögern übersetzt werden mit z.B. Nähe, Zugehörigkeit, Wahrgenommen werden, Geborgenheit, u.ä.m. Es geht also darum, auch bei der so oft isolierten und abgespaltenen, tabuierten genitalen Sexualität, beim „Sex“, die verlorengegangene Bedeutung als sinnhafte Körpersprache wieder zu entdecken und dabei nicht in rein geistigen Begriffen sondern in leiblich-geistiger Einheit zu denken, also den konkret-körperlichen Anteil von Begriffen oder Botschaften nicht zu übersehen oder zu verlieren. Tatsächlich wird oft unbemerkt eine sehr leibhaftige sexuelle Sprache gesprochen, die körperliche Dimension jedoch nicht wahrgenommen. Aussagen wie „wir haben wieder den normalen Zugang zueinander gefunden“, „wir sind uns tief innerlich begegnet“, „wir sind uns besonders nahe gekommen“ oder „ich bin nicht in sie hineingekommen“, „der hat in mir (anstatt bei mir) nichts mehr verloren“, „ich habe mich geöffnet für..“, sind in der Regel rein „geistig“, jedenfalls abstrakt gemeint.

Ganzheitliches Denken und Übersetzen wird zusätzlich durch die Vieldeutigkeit von Verhalten erschwert. Nicht das Verhalten an sich bestimmt ja die Botschaft sondern der Gesamtzusammenhang und die sich daraus ergebende Deutung. Ob z.B. ein Kuss als „nichtssagende“ Höflichkeitsfloskel, als Zeichen der Ehrerbietung, als Teil eines Rituals, als Ausdruck der Liebe, der sexuellen Leidenschaft oder als

Judaskuss zu deuten ist, entscheidet sich auf der Ebene der Beziehung – erst der Beziehungsaspekt ermöglicht eine eindeutige Bestimmung des Inhaltsaspekts.

Vor diesem Hintergrund kann nun konkret nach möglichen Botschaften von Sexualverhalten gefragt werden. Es geht um den Versuch, die Mimik der Beziehung vom alltäglichen Umgang miteinander über Zärtlichkeiten bis hin zum Geschlechtsverkehr von der leibhaftigen Körpersprache des Verhaltens in die Wortsprache bzw. in abstrakte Begrifflichkeit zu übersetzen. Dabei soll zunächst von einer liebevollen Beziehung, also von einem positiven Vorzeichen auf der Beziehungsebene ausgegangen werden. Wenn man sich so das konkrete Verhalten bei Geschlechtsverkehr vergegenwärtigt, so vollzieht sich z.B.: sich ansehen, sich zuwenden, entgegenkommen, sich nahe stehen, sich zuneigen, in Berührung kommen, an sich heranlassen, festhalten und loslassen, sich fallenlassen, sich am Herzen liegen, sich öffnen, aufeinander eingehen, sich Raum geben, eindringen, zum anderen vorstoßen, sich tief innerlich begegnen, beieinander ein und aus gehen, zusammenhalten, zusammen spielen und lachen, zugreifen, sich so nahe wie möglich kommen und wieder von einander lassen, etc. Es geht also – um vom „begreifen“ zum „Begriff“ zu kommen – um Ansehen, Rücksicht, Zuwendung, Entgegenkommen, Nähe, Zuneigung, Annahme und Geltung, Offenheit, Ehrlichkeit und Vertrauen, Freiraum und Toleranz, Begegnung, Beheimatung, Sicherheit, Verstehen, Zusammenhalt, Zusammenspiel, Spaß und Humor, Vereinigung und Trennung, etc. Nun ist aber eine reine Verhaltensebene ein irrales Konstrukt. In Wirklichkeit empfindet der Mensch als Ganzer in biopsychosozialer Einheit und kommen körperlichem Erleben psychisch-emotionale Entsprechungen zu. In diesem Sinne stellen die genannten Inhalte nicht einfach beliebige Begriffe dar sondern zählen zu denjenigen menschlichen Grundbedürfnissen, die in jeder Beziehung auf ihre Weise gesucht werden, deren Erfüllung aber in Liebesbeziehungen besonders intensiv erhofft und erwartet wird. Jedenfalls wird dort Liebe empfunden, wo man sich in gegenseitiger Für-Sorge um die Erfüllung dieser Grundbedürfnisse und Sehnsüchte bemüht. **So können also dieselben Inhalte als Grundbedürfnisse, Kern und Herzstück von Liebesbeziehungen und als körpersprachliche Botschaft von Sexualverhalten gesehen werden.** In der Art und Weise ihrer körpersprachlichen Mitteilung bzw. Erfüllung kommen – über die teilweise prägenitalen Qualitäten der Grundbedürfnisse hinaus, wie sie in den ersten Lebensjahren geformt werden – auch das Genitale, Lust und Leidenschaft zum Zug. Damit kann umso schwerer auf körperliche Sexualität verzichtet werden oder fällt der erzwungene Verzicht umso schwerer, je mehr diese Sexualität zum Sprachorgan, zum körperlich-geistigen Vermittler lebenswichtiger Beziehungsinhalte geworden ist.

Ausdrücklich sei nochmals an die Mehrdeutigkeit von Verhalten und die entscheidende Bedeutung des Vorzeichens auf der Beziehungsebene erinnert. Sexualverhalten kann bekanntlich auch Inhalte wie Abweisung, Distanz, Unterdrückung,

Verletzung, Erniedrigung und so fort vermitteln, kann als Strafe oder sogar als vernichtende Waffe eingesetzt werden. Da jedoch die Wirklichkeit nicht entweder schwarz oder weiß ist, wird es generell darum gehen, mit unvermeidbaren Ambivalenzen leben zu lernen. An dieser Stelle geht es in erster Linie um das grundsätzliche Verstehen der kommunikativen Bedeutung der Sexualität als spezifisch menschlicher Möglichkeit der „VERKÖRPERUNG DER BEZIEHUNG“. Ist dies einmal bewusst geworden, so leuchtet es meist auch spontan ein oder wird als selbstverständlich empfunden. Zugleich kann es für viele eine neue Sichtweise und zusätzliche Sinnfindung ermöglichen, welche vielen Paaren neue Zugänge zu ihrer Leiblichkeit, Sinnlichkeit und Sexualität eröffnen kann. Es ist eben ein grundlegender Unterschied, ob Sexualität zu einer guten Beziehung „dazugehört“, oder ob sie als deren Verkörperung erlebt und gelebt wird. Das gilt in gleicher Weise für den weiten Bereich des körpersprachlichen Kontakts außerhalb der Geschlechtsorgane wie für die genitale Kommunikation, für Alleinstehende wie für Paare.

Diese Deutung von Sexualität wird am ehesten den verschiedenen sexuellen Bedürfnissen des Menschen bzw. den verschiedenen Dimensionen von Sexualität gerecht, nämlich der Beziehungs- oder syndyastischen und der Lustdimension, indem beide sich gegenseitig verstärken: Erfüllung der Grundbedürfnisse, also sich auch in seiner Geschlechtlichkeit angenommen, richtig und sicher zu wissen, gibt der Lust zusätzlich neue Qualität und die Erfahrung sexueller Lust stärkt wiederum die Beziehung, es entsteht ein positiver Verstärkungskreis von syndyastischer Lust- und orgastischer Beziehungsverstärkung. Innerhalb dieses Rahmens ist auch Raum für persönliche Vorlieben und Varianten des Liebesspiels gegeben, die für sich allein genommen unter Umständen enttäuschend blieben, weil wohl die Lust auf der genitalen Ebene befriedigt, aber gleichzeitig auf der Beziehungsebene frustriert werden würde: syndyastischer Burnout ist eine mögliche Folge. Es muss zu denken geben, dass Lustlosigkeit die derzeit am weitesten verbreitete sexuelle Funktionsstörung ist.

Sexualität als Sprache der Beziehung verstanden, kann aber nicht nur neue Sinnfindung ermöglichen sondern auch neue Freiheit bringen: Kommunikation ist nicht tabubelastet, sie trägt keine historischen Hypotheken, und es gibt keinen Grund, sich zu schämen, solange die Kommunikation echt und stimmig ist. Es gibt auch keinen Leistungsdruck, etwas Bestimmtes erreichen zu müssen, auch keine Altersgrenze für die Verkörperung der Beziehung – zudem hilft die Rückkopplung des leiblichen Ausdrucks auf den Inhalt mit, die heute von der Lebenserwartung her möglichen Langzeitbeziehungen vital oder überhaupt am Leben zu erhalten. Das wird natürlich davon abhängen, ob die erwähnten Inhalte tatsächlich in der Beziehung die erwünschte Rolle spielen, ob sie sozusagen auch nach dem Verkehr noch vorhanden sind. Ob also die sexuelle Begegnung und der Alltag Gemeinsamkeiten aufweisen oder ob Sexualität wiederum isoliert und abgespal-

ten ist. In diesem Fall kann sich die fehlende Übereinstimmung zwischen körperlicher und gefühlsmäßiger Wirklichkeit störend auswirken. Dadurch wird verständlich, warum so viele Kämpfe in Beziehungen gerade auf dem Feld der Sexualität ausgetragen werden und diese zum Schlachtfeld werden kann. Wie sollen Partner sich stimmig genital öffnen und aufeinander eingehen, wenn es in der Beziehung an nötiger Offenheit und an Entgegenkommen mangelt? Wie sollen Ansehen, Verlangen und Nähe erlebt werden, wenn die Achtung voreinander und der gegenseitige Respekt längst verlorengegangen sind, wenn man sich nicht mehr riechen kann? Sexuelle Störungen können also auch Ausdruck von Beziehungsstörungen sein – Sexualität kann ein Beziehungsbarometer sein.

## 5 Konsequenzen für die Sexualerziehung

Im Unterschied zu eher oberflächlichen, über das Vordergründige nicht hinausreichende Betrachtungsweisen von Sexualität, welche zudem nicht selten eine trügerische Gleichsetzung oder Verwechslung von (eindimensional-genitaler) Lust mit Glück suggerieren, geht es bei der syndyastischen Dimension tatsächlich um die Fundamente menschlicher Lebensqualität und Sinnfindung, weil die menschlichen Grundbedürfnisse selbst zum prinzipiell möglichen Inhalt der sexuellen Körpersprache werden. Es wird verständlich, dass sich diese Bedürfnisse auf Dauer nicht mit Ersatzstoffen oder Attrappen befriedigen und erfüllen lassen sondern nur mit echten „Lebens-Mitteln“. Entsprechend den verschiedenen Konzepten von Sexualität unterscheiden sich auch die Ziele von Sexualerziehung:

Folgt man dem landläufigen Verständnis von Sexualität als Genitalität, so wird Sexualerziehung sinngemäß mit geschlechtlicher Aufklärung gleichgesetzt, was ja tatsächlich weithin etwa folgendermaßen praktiziert wird: Bereits kleine Kinder stellen sehr früh Fragen nach sexuellen Einzelheiten bzw. verwenden Ausdrücke, die sie nicht verstehen. Man muss mit ihnen darüber reden, und dabei geht es oft um das „Kinderkriegen“. Ebenso müssen sie vor Missbrauch gewarnt und geschützt werden. Spätestens vor Eintritt der ersten Regel sollten Mädchen Bescheid wissen. Bei den Knaben lässt sich das nicht so genau festmachen. Jedenfalls sollte man bereits die Kinder, spätestens die jungen Leute, früh genug, zumindest vor dem ersten Geschlechtsverkehr, vor den Risiken und Gefahren der Sexualität warnen, vor Verführern und sexuellem Missbrauch, vor unerwünschter Schwangerschaft, sexuell übertragbaren Krankheiten, im schlimmsten Fall AIDS, etc. Es ist offenkundig, dass dies mit Sexualerziehung nicht gemeint sein kann und keinesfalls ausreicht. Dabei gibt es immer noch erschreckend viele Familien, wo nicht einmal diese Form von „Sexualerziehung“ praktiziert wird, wo das Thema einfach totgeschwiegen wird, nicht vorkommt: „Bei uns wurde nie über Sexuelles gespro-

chen.“ Da es aber auch unmöglich ist, „nicht zu erziehen“, wird eben die Botschaft des Totschweigens vernommen und interpretiert, kann aber nicht durch die notwendigen Rückfragen geklärt werden. Diejenigen heutigen Erwachsenen (auch junge Erwachsene), die zu Hause ganz natürlich und ihren Bedürfnissen entsprechend über Liebe und Sex reden, fragen, Witze erzählen konnten, sind immer noch eine relativ kleine Minderheit. Das gilt erst recht für eine ganzheitliche, an Beziehung und Kommunikation orientierte Sexualerziehung. Viel zu oft geht es primär um die Biologie, um die körperlichen Funktionen, um die Fortpflanzung in allen Details, um Empfängnisverhütung und um die Gefahren und Schattenseiten.

Das ist natürlich alles zu seiner Zeit auch wichtig – aber würden nicht auch kleine Kinder schon mehr verstehen? Natürlich interessieren sie sich nicht für genitale Sexualität im Sinne der Erwachsenen. Aber wenn man beobachtet, wie innig und intensiv, wie leidenschaftlich schon Ein- und Zweijährige, erst recht Ältere im Kindergarten, lieben können, wie sie nicht nur mit ihren Eltern und Geschwistern sondern auch mit anderen Kindern schmusen, sich streicheln und küssen, so verfügen sie sichtlich bereits über reichhaltigste körpersprachliche Ausdrucksmöglichkeiten und über Liebeserfahrungen. Warum kann man also nicht – sofern es nicht bereits geschieht – die Geschichte statt beim Kinderkriegen dort beginnen lassen, wo es nicht nur dem tatsächlichen Erleben sondern auch dem inneren Sinn entspricht? Paare tun sich zusammen, weil sie sich verlieben, schließlich lieben lernen, aber nicht primär, um Kinder zu zeugen. Gerade aus der Sicht des Kindes muss die Liebe der Eltern zueinander, die Verlässlichkeit ihrer Beziehung und die Bereitschaft, das Kind an- und aufzunehmen, vor der biologischen Zeugung kommen, soll das Kind optimale Lebensbedingungen vorfinden. Es wäre also durchaus kindgemäß, bei der Notwendigkeit zu lieben und geliebt zu werden anzusetzen und gleichzeitig im besten Sinne von „Sexualerziehung“ die körpersprachlichen Ausdrucksformen der Kinder bewusst zu pflegen. Also die Sinne zu schärfen, zu Feinsinnigkeit und Feinfühligkeit im Umgang untereinander zu erziehen. Dabei alle Organe und Sinneswahrnehmungen in die Körpersprache einzubeziehen und zu entwickeln. So könnte darauf vorbereitet werden, dass auch die Geschlechtsteile solche Kommunikations- oder Sprach-Organen sind, bevor sie später auch zu Fortpflanzungsorganen werden. Dass dabei auch angenehme Gefühle vermittelt werden, haben die meisten der ganz Kleinen bereits an sich selbst entdeckt.

Sexualerziehung müsste sich demnach von einer stark biologisch orientierten Befassung mit den Geschlechts- bzw. Fortpflanzungsorganen zu einer in erster Linie und vom Wickeltisch an auf Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit ausgerichteten Erziehung erweitern. Da Sexualität von ihren Aufgaben her in erster Linie umfassend und lebenslang der Kommunikation in Beziehungen dient und nur zu bestimmten Zeiten der Fortpflanzung, muss auch Sexualerziehung in erster Linie dem Rechnung tragen. Die schon vom Begriff und Wort her vorbelastete heutige

„Sexual“-Erziehung wäre dann integriert, aufgehoben als eine Art Spezialkapitel in der umfassenderen und unbelasteten Erziehung zu einem besseren, damit auch stressärmerem mitmenschlichen Umgang.

Das würde bedeuten, von klein auf viel bewusster auf körpersprachlichen Ausdruck bzw. Wahrnehmung von Körpersprache zu achten, Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie, der Kommunikationsforschung, etc. viel stärker zu berücksichtigen bzw. an den Schulen zu lehren als dies heute geschieht. Gleichzeitig würde damit einem dringenden Bedarf entsprochen, da sehr viele die nötigsten Voraussetzungen für fruchtbare Kommunikation in Beziehungen von zu Hause nicht mehr (ausreichend) mitbringen. Natürlich kann solches Nachlernen das ursprüngliche Defizit nicht einfach wettmachen oder die Auswirkungen fehlenden oder negativen Modell-Lernens aufheben, aber es wäre besser als gar nichts. Es wäre immerhin Gelegenheit zum Nachdenken und Nachreifen angeboten. Das könnte eine weitere Hilfe sein, um bei der Verwirklichung der eigenen Ziele nicht aus Unvermögen zu scheitern. Umfragen bestätigen übereinstimmend, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen sich von einer partnerschaftlichen Beziehung bzw. von einer eigenen Familie emotionale Erfüllung und Glück erhoffen oder erwarten. Bekanntlich gelingt es dann sehr oft nicht, diese Hoffnungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Andererseits hat aber die Wirtschaft mit ihren Managementkursen längst bewiesen, dass Kommunikationsverbesserung lehr- und lernbar ist. Sinnvollerweise sollte dies nicht erst in Managementseminaren, Partnerschaftskursen, Paarberatung oder Therapien erfolgen. Es müsste von klein auf selbstverständlich sein, auf Beziehungs- und Kommunikationsfähigkeit hin zu erziehen, d.h. in jeweils altersgemäßer Weise auch für die notwendige Erfüllung der Grundbedürfnisse und für körpersprachliche Kommunikation die Sinne zu schärfen. Dabei würden schon die Kinder lernen, dass die Geschlechtsorgane Kommunikations- und Fortpflanzungsorgane sind. Neben den Gesetzmäßigkeiten und Regeln der verbalen und nonverbalen Kommunikation im allgemeinen ginge es bei solcher „Sexualerziehung“ eben auch um die sexuelle Kommunikation, um das Sprechen über und das Sprechen durch Sexualität, um Männer- und Frauensprache, also um Besonderheiten und Unterschiede im Erleben der Geschlechter in leib-seelischer Ganzheit und so fort, in Summe um die Entwicklung der Liebesfähigkeit über die Lebensspanne (vgl. Zimbardo, 1999; Beier et al., 2001).

Von hier aus könnte auch ein grundlegendes Sinnverständnis für den Umgang mit der eigenen Sexualität gewonnen werden. Gerade in der Meinungs- und Normenvielfalt einer pluralistischen Gesellschaft sind Orientierungspunkte unerlässlich. Ihre Begründungen und Kriterien sollten nicht einfach geglaubt werden müssen sondern der eigenen Einsicht zugänglich und an der eigenen Lebenserfahrung überprüfbar sein. Vor allem sollten sie an den eigenen Sehnsüchten, Wünschen und Hoffnungen gemessen und nachvollzogen werden können.

Von einer solchen Deutung von Sexualität aus kann es daher auch Anhaltspunkte für eine Sexualethik geben, deren Normen nicht von außen oder oben kommen und uneinsichtig bleiben sondern aus eigenem Erleben, aus der eigenen Tiefe nachempfunden werden können. Das mag einfacher klingen als es sich in Wirklichkeit darstellt. Natürlich bleibt der pubertäre Sturm und Drang ein für den Einzelnen schwer zu handhabendes Erleben. Natürlich gibt es Zwiespalt und Widersprüche zwischen wollen, dürfen, sollen und können. Und natürlich ist Sexualität an sich und während der Pubertät im besonderen nicht in erster Linie von Vernunft und Einsicht dominiert. Dennoch stünde nun nicht mehr eine Fakten-Moral zur Diskussion, die vorgibt, was erlaubt und was verboten ist sondern eine innere Einstellung, eine Haltungsethik, die nicht nach erlaubt oder verboten sondern nach in sich stimmig oder unstimmig, sinnvoll oder sinnentleert, liebevoll oder lieblos fragt und dies als Richtschnur des Handelns versteht. Ob man sich an die Richtschnur hält, bleibt auch hier eine andere Frage. Doch nun geht es weniger um die Übertretung eines Verbots – was an sich für viele schon einen besonderen Reiz darstellt – sondern um ein Handeln wider besseres Wissen gegen die eigene Einsicht. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Gerade Heranwachsende haben meist hohe Ideale, oft geradezu unreal übersteigerte. Sie können höchste Anforderungen an sich stellen und haben viel guten Willen, es richtig zu machen. Genau diese Kräfte sind es ja, die sich so leicht von Volkstribunen, Gurus oder religiösen Eiferern missbrauchen lassen.

Tatsächlich haben jüngere Untersuchungen wiederum bestätigt, dass die angebliche „Sittenlosigkeit“ der Jugend ein Märchen ist. Im Gegenteil: Werte wie Partnerschaftlichkeit, Treue, Liebe als Voraussetzung für sexuelle Beziehungen sind in den letzten 20 Jahren deutlich im Kurs gestiegen (Schmidt, 1992). Das deckt sich mit jahrzehntelanger Erfahrung des Autors in Seminaren mit jungen Menschen: Der Weg von den eigenen Grundbedürfnissen und ihrem körpersprachlichen Ausdruck zum Sexualverhalten als Körpersprache ist leicht zu finden. Die Entdeckung, dass die sexuelle Körpersprache vom Kuss bis zum Koitus dieselben Inhalte betreffen kann, denen man vorher im Verlauf des Seminars in nicht-sexueller Bedeutung als Grundbedürfnis begegnet ist, löst meist Verblüffung aus, ist aber evident, einleuchtend und selbstverständlich. Grundbedürfnisse füllen eben die „Leer-Form Liebe“ mit konkreten Inhalten aus. Folgerichtig ist auch der Schritt zur Deutung von Sexualität als Möglichkeit der Verkörperung, als zugleich Ausdruck und reale Erfüllung dieser Lebensnotwendigkeiten nicht mehr groß: Sexualität als Verkörperung von alledem, was als Liebe empfunden wird, als verleblichte Beziehung. Eine solche Deutung sexueller Begegnung als vielversprechender Kommunikation steht so gut wie immer mit den eigenen Vorstellungen in Einklang. Das kann sich bei Älteren, unter Umständen zutiefst enttäuschten, gekränkten oder verbittert gewordenen Menschen ändern. Bei Jugendlichen –

zumindest bei denjenigen, mit denen der Autor in Kontakt gekommen ist – gibt es diese Art von Widerspruch höchst selten. Wichtig ist, dass sie diese Zusammenhänge selbst entdecken können und nicht bloß vorgesetzt bekommen. Dabei geschieht die entscheidende Erweiterung und Änderung der bisherigen Sichtweise und das braucht Zeit. Nun werden die Maßstäbe guter Kommunikation entscheidend: z.B. ihre Echtheit und Stimmigkeit, also ihre Wahrhaftigkeit, ihre Verständlichkeit und richtige Deutung, die Rückfrage zur Klärung der Vieldeutigkeit und Missverständlichkeit einer Aussage, die Metakommunikation als das Gespräch über das Gespräch, die Achtung des Selbstwertgefühls des Gesprächspartners, Respekt und Toleranz anstelle von Instrumentalisierung und so fort.

Die entscheidenden Fragen lauten also nicht mehr: „Was ist geschehen?“ und „War es erlaubt oder verboten?“ sondern „Welche Botschaft wurde gesendet, welche wurde empfangen und wie wurde sie gedeutet?“ Ist etwa körpersprachlich zu viel versprochen, sind falsche Hoffnungen geweckt worden? Wegen der Unverzichtbarkeit der Erfüllung von Grundbedürfnissen oder Ur-Sehnsüchten richtet sich die Hoffnung erfahrungsgemäß immer wieder auf die möglichen positiven Inhalte. Insofern drückt die Körpersprache diese nicht nur aus und lässt sie erlebbare Wirklichkeit werden: Sie sagt sie auch zu und verspricht sie in ganzheitlicher Weise. Gerade bei der intensivsten körpersprachlichen Kommunikationsform, nämlich der genital-sexuellen, ist es unter Berücksichtigung der Erwartungen beider Partner wohl kaum möglich, die in ihrer leib-seelischen Ganzheit überwältigende Botschaft des Miteinander- und Füreinander-Seins zu zerteilen und beispielsweise auf eine verbindlich-körperliche Ebene zu reduzieren und zu beschränken. Wie es auch umgekehrt unmöglich ist, die körperliche Seite von einer geistig-emotionalen Gemeinschaft auszuschließen – die letzte Hoffnung richtet sich in der Regel doch auf das Ganze und Ungeteilte. Die prinzipielle Übereinstimmung zwischen dem physischen und dem psychischen Geschehen wird als Glück erlebt. Es versteht sich von selbst, dass all dies einen allmählichen Wachstums- und Reifungsprozess darstellt, bei welchem es jeweils um die zeit- und situationsgerechte Wahrhaftigkeit geht. Mehr als im Augenblick ehrlich und wahr zu sein ist nicht möglich. Das allerdings ist notwendig, um durch alle Spannungen und Turbulenzen hindurch einen für alle Beteiligten menschlich gangbaren Weg zu finden.

Sexualerziehung als Teil bzw. Spezialgebiet der umfassenderen Erziehung zu Beziehungs- und Kommunikationsfähigkeit wäre also das derzeit vielfach noch utopisch anmutende Ziel. Mit diesem Ziel ist gleichzeitig und ebenso utopisch die Hoffnung auf in ihren Grundbedürfnissen weniger frustrierte und daher friedlichere und tolerantere, d.h. tragfähigere Menschen verbunden, auf eine weniger aggressive Gesellschaft. Damit könnte auch ein wesensgerechteres Verständnis für den Sinn von Normen angebahnt werden, für das Verständnis von Ethik und Moral als

der Lehre vom „Gut-Leben“. Dieses gute Leben im Sinn von Lebensqualität ist das Ziel (vgl. Loewit, 1998).

## 6 Konsequenzen für die Sexualtherapie

Im Folgenden geht es um die grundsätzlichen Auswirkungen des syndyastischen Zugangs auf die Sexualtherapie, nicht um die konkrete therapeutische Umsetzung. Dafür muss auf die einschlägige Literatur verwiesen werden (z.B. Beier et al., 2001; Beier & Loewit, 2004).

Bekanntlich begegnet Sexualität dem Sexualberater oder Sexualtherapeuten<sup>1</sup> überwiegend gerade nicht in der Bedeutung von Körpersprache und konkreter Kommunikation. Viel eher ist sie sprachlos, ein nicht weiter hinterfragtes Es oder Etwas, das mit dazugehört. Oft ein Konsumgut, eine zu erbringende Leistung oder auch der große Hoffnungsträger, der dann nicht halten kann, was man sich erwartet hat oder der rasch reizlos geworden und im Alltag zur banalen Routine verkommen ist. Gerade der Sexualtherapeut weiß sehr gut, wie viel Unzufriedenheit, Unerfülltheit, Disharmonie, Enttäuschung und Resignation in Beziehungen anzutreffen sein kann. Dabei ist das weit verbreitete Leiden an der Sexualität meist ein stilles und verborgenes: „Unsere Bekannten beneiden uns um unsere gute Beziehung, aber in Wirklichkeit...“ Gelegentlich werden Spitzen des Eisbergs sichtbar: scheinbar unverständliches und plötzliches Zerbrechen oder Aufgeben von Beziehungen, Familientragödien bis hin zu Mord und Selbstmord. Auch wenn die Sexualität dabei nicht im Vordergrund stehen muss, schon gar nicht die einzige Ursache darstellt, beteiligt ist sie immer: Sie hätte vielleicht vieles verhindern können, wäre sie intakt gewesen. Aber man spricht nicht darüber, dass „es“ nicht so klappt wie man es gerne hätte, man quält sich jahrelang selbst, ohne fachlich kompetente Hilfe zu suchen. Die Hemmschwelle ist zu hoch. Man hält sich für einen der ganz wenigen, bei denen das Selbstverständliche nicht funktioniert und schämt sich dafür. Man betrachtet schließlich das Aufsuchen von Hilfe als Eingeständnis eigenen Versagens: Abgesehen davon, dass es gar nicht so weit hätte kommen dürfen, hätte man zumindest selbst damit fertig werden müssen. Also ein doppeltes Versagen. Sexualität muss einfach und noch dazu von selbst normal funktionieren. Erst ganz allmählich beginnt sich diese Einstellung zu ändern. Dabei findet sich der Mythos vom quasi mechanischen Funktionieren-Müssen häufig gerade bei jungen Menschen: Ein „Normaler“ muss doch mehr oder weniger immer „können“ und dabei zum Höhepunkt kommen, ganz unabhängig von der Art der Beziehung, den

---

<sup>1</sup> Allgemeinbegriffe wie Arzt, Therapeut, Berater, Patient, Partner, etc. werden geschlechtsneutral verwendet, meinen also immer beide Geschlechter.

äußeren und inneren Umständen oder sonstigen Zusammenhängen. Viele meinen Beispiele zu kennen, wo es tatsächlich so „funktioniert“.

Bei diesem heimlichen Leiden an der Sexualität braucht es gar nicht um die eigentlichen Funktionsstörungen, also die Störungen des Verlangens und der Lust, der Erektionsfähigkeit, des Samenergusses oder der Orgasmusfähigkeit zu gehen. Auch nicht um die Schmerzhaftigkeit und Undurchführbarkeit des Geschlechtsverkehrs. Es genügen viel „unscheinbarere“ Störfaktoren. Zum Beispiel übertriebene Erwartungen, die sich nicht erfüllen; Wünsche, bei denen der Partner nicht mitspielt; Grenzen, mit denen man sich abfinden muss; Anforderungen und Turbulenzen des Alltags, die zu Lasten der Sexualität gehen; Notwendigkeiten der Familienplanung bzw. der Befruchtungsverhütung, die stören oder umgekehrt ein unerfüllter Kinderwunsch, der sexuelle Begegnungen auf potentielle Zeugungsakte reduziert. Die Liste lässt sich mühelos fortsetzen. Wenn irgendwo, dann gilt hier der Satz von den kleinen Ursachen und den großen Wirkungen. Besonders dann, wenn die Ursachen auf der empfindlichen Ebene der Beziehung und des Selbstwertgefühls liegen. Es soll jedoch nochmals daran erinnert werden, dass durch die syndyastische Dimension des sexuellen Geschehens scheinbare Funktionsstörungen auch einen anderen Sinn erhalten können, nämlich durchaus stimmiger körpersprachlicher Ausdruck für die Beziehungswirklichkeit zu sein. Eine fehlende Erektion könnte auch heißen: „er steht nicht (mehr) auf sie“; „Frigidität“: „er lässt mich kalt“. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich auch, warum sich häufig die Sexualfunktion von selbst wieder einstellt, sobald die Kommunikation bzw. die Beziehungsqualität verbessert wurde.

Als Sexualtherapeut begegnet man aber auch immer wieder den menschlichen Ur-Sehnsüchten bzw. Grundbedürfnissen, wie sie häufig als (An-)Klagen oder Wünsche an den Partner auftauchen und bei der Entstehung und Aufrechterhaltung sexueller Funktionsstörungen eine wichtige Rolle spielen können. Sexualität und ihre Funktionsstörungen sind ausgesprochen biopsychosoziale Phänomene, die jeweilige Bedeutungserteilung entscheidet über die Art des Erlebens und seine Auswirkungen. Sehr häufig erhält Sexualität in der eigenen Lebensgeschichte eine negative Bedeutung, die mit den eigenen Wünschen nicht in Einklang steht und krank machen kann. Dagegen kann das Bewusstmachen der kommunikativen Bedeutung der Sexualität, die bewusste Bedeutungserteilung von „Sexualität als verleblichter Beziehung“ für viele eine ungewohnte, neue und sinnstiftende Sichtweise und damit eine andere Einstellung ermöglichen. Sie kann auch die Bestätigung von vorbewusst Geahntem oder bereits Gelebtem bedeuten.

Es ist daher keine illusionäre Verkennung der Wirklichkeit, wenn die syndyastische Sexualtherapie die Erfüllung der Grundbedürfnisse trotz aller Mängel in der praktischen Umsetzung als Wegweiser sieht und zum Therapieziel macht. Dieses Ziel soll in zwei Schritten erreicht werden: zum einen, den Patienten/Paaren die

beziehungsorientierte Dimension von Sexualität bewusst machen – also dass sich über intime Begegnung die genannten Grundbedürfnisse erfüllen lassen – und zum anderen, ihnen dadurch ein verändertes Bedeutungserleben für sexuelle Erregung und Lust ermöglichen, also „Liebe“ und „Sex“ integrieren. Gerade der vordergründig dominierende Aspekt von Lust und Leidenschaft wird in vielen Fällen wie abgetrennt von der Beziehung und als etwas Unverbundenes bzw. Unverbindliches erlebt.

Dies verdeutlicht auch die Unterschiede zur klassischen Sexualtherapie, wie sie hauptsächlich auf Masters und Johnson (1970) zurückgeht. Während dort die Wiederherstellung von Sexualfunktionen im Vordergrund stand, steht bei der syndastischen Therapie die Wiederherstellung der Beziehung und die Integration von „Lust in Beziehung“ im Zentrum. Dieses Grundverständnis erweitert bisherige Formen der Sexualberatung und Sexualtherapie, die vor allem verhaltenstherapeutisch geprägt waren, um eine wesentliche Dimension und unterscheidet sich von ihnen durch den expliziten Bezug auf die Grundbedürfnisse und die konkrete Ausformulierung oder Übersetzung des kommunikativen Potenzials der Sexualität. Durch die Universalität der Grundbedürfnisse löst dieser Ansatz bei den Ratsuchenden sehr rasch Evidenzerlebnisse aus. So formulierte eine Patientin, die beide Formen von Sexualtherapie kennengelernt hatte: „Mir gefällt der Zugang über die Beziehung sehr gut, das andere war mir zu technisch.“

Dennoch kann dieses beziehungs- und kommunikationsorientierte Grundverständnis immer wieder in einem Spannungsverhältnis zur Lustdimension der Sexualität stehen, vor allem zu deren „triebhaft-animalischen“ Aspekten. Einerseits zeigt die Erfahrung, dass sexuelle Lust losgelöst von Fortpflanzung und scheinbar losgelöst von Beziehung relativ isoliert und anonym erlebt werden kann. Dies trifft prinzipiell für beide Geschlechter zu, wenn auch der Wunsch nach anonymem Gelegenheitssex ein typisch männliches Merkmal darstellt. Andererseits bestätigt die Erfahrung ebenso eindeutig, dass die Qualität sexuellen Erlebens sich grundlegend verändert, sobald Beziehung und gegenseitige Liebe das Geschehen bestimmen. Zur genitalen Lust kommt die Freude über die Beziehung, über das persönliche Verstanden- und Angenommensein hinzu. Beides zusammen ermöglicht viel intensivere Lusterfahrung. Hier scheiden sich also die Geister: Es wird immer wieder (besonders in entsprechenden Medien) eine „bloße Sexualität“, ein „reiner Sex“ verfochten, losgelöst von Beziehung, erst recht von Liebe. Wie man Sexualität von Fortpflanzung trennen kann, so könne man sie auch von Beziehung trennen und nur um ihrer selbst und der Ekstase willen leben: animalisch, anonym, frei von allen Bindungen, ohne Kommunikation mit dem Partner, gerade das mache sie reizvoll.

Dem steht allerdings entgegen, dass die sexuelle Vereinigung jedenfalls eine Beziehung darstellt und durch die dabei erlebte Körpersprache auf jeden Fall

Kommunikation stattfindet: „Man kann nicht nicht kommunizieren.“ Die Frage ist also nicht ob sondern welche Art von Beziehung besteht, nicht ob sondern welcher Inhalt kommuniziert wird. Vielleicht steckt auch das dualistische Missverständnis vom Körper als dem unversöhnlichen Feind des Geistes dahinter: Sexualität als entweder animalisch, körperbezogen, wild, frei und beziehungslos oder als Kommunikation, als Vermittlerin von Geistigem, durch „höhere“ Werte gezähmt, sozusagen domestiziert. Aber wiederum geht es um beides: Kommunikation gerade durch die animalisch-leidenschaftliche Sexualität. Mit Recht könnte hier eine „typisch männliche“ Schlagseite kritisiert werden: sowohl im Einwand als auch in der Antwort darauf kommen „männliche“ Anliegen zum Ausdruck. Frauen ist im allgemeinen Intimität wichtiger als Leidenschaft bzw. ist sie deren Voraussetzung: Intimität kann offensichtlich nicht beziehungslos sein. „Animalische Lust“ für sich allein bliebe im selbstbezogenen Unverbindlich-Unpersönlichen, Erfüllung der Grundsehnsucht nach Akzeptanz, Nähe und Geborgenheit für sich allein genommen könnte beim „Kuscheln“ oder dem sogenannten „Vorspiel“ stehen bleiben, also Genitalität, Leidenschaft und Ekstase verfehlen. Entscheidend ist wiederum die Ganzheit, d.h. die Integration sowohl der verschiedenen Dimensionen von Sexualität als auch deren biologische, psychosoziale und soziokulturelle Anteile, die sich nicht voneinander trennen lassen, will man der Lebensrealität gerecht werden.

Entsprechend dem syndyastischen Konzept unterscheidet sich nicht nur die Zielsetzung sondern auch das konkrete Vorgehen von der klassischen Sexualtherapie. Während sich das sogenannte Sensualitätstraining bei Masters und Johnson in erster Linie auf die Wiederherstellung funktionaler Beeinträchtigungen bezog, dient es beim syndyastischen Ansatz eines bewussten Verbindens von Beziehung und Lust vor allem der Erfahrung einer umfassenderen und lustvolleren Beziehungszufriedenheit. Dies wird durch das Erleben von Angenommensein und Nähe in selbstverschriebenen Erfahrungen des Paares (früher als sogenannte „Übungen“ oder „Hausaufgaben“ bezeichnet) für die Partner konkret erlebbar. Deshalb kommt dieser „Einübung“ eine andere Bedeutung zu als in der klassischen Sexualtherapie. Es sind nicht „Übungen“ (man kann nicht „übungshalber“ in Beziehung treten), an deren Ende der Therapieerfolg erreicht sein soll, es geht vielmehr um ein schrittweises „Einüben“ neuer Erfahrungen von Angenommensein, Nähe und Geborgenheit, d.h. das Therapieziel einer neuen Beziehungszufriedenheit kann bei jedem Schritt erreicht werden und ist zunächst nicht von der sexuellen Funktion abhängig, bahnt aber den Weg zu ihrer Wiederherstellung.

Die neue Bedeutungserteilung, das erweiterte Verständnis von Sexualität als konkreter Körpersprache, als Möglichkeit sich zu begegnen und mitzuteilen, als ein Teilen des eigenen Körpers mit dem Partner, wie es eine junge Frau ausdrückte, kann aus einer pathogenen eine salutogene Sicht der Sexualität sich entwickeln

lassen. „Wir haben wieder den normalen Zugang zu einander gefunden“ oder „Wir sind uns tief innerlich begegnet“ wurde bereits zitiert und wird gesagt, ohne dass die Paare die sexuell-körpersprachliche Bedeutung, die genitale Leibhaftigkeit ihrer Aussagen bemerken. Natürlich gilt es, auch die anderen Seiten der Erfahrung von Sexualität nicht zu vergessen, d.h. die Faszination, die Leidenschaft, das Außer-sich-Geraten, Grenzen überschreiten und sich beieinander und bei sich selbst wiederfinden. Je nach dem Vorzeichen auf der Beziehungsebene muss auch an ihre negativen, aggressiv-zerstörerischen Möglichkeiten gedacht werden. Bei alledem ist keineswegs nur vom Geschlechtsverkehr die Rede sondern praktisch viel häufiger vom weiten Bereich nicht-genitaler Körpersprache im Sinne von Körperkontakt, Zärtlichkeit, etc.

Sofern die grundlegenden Voraussetzungen einer positiven Beziehung überhaupt gegeben sind, kann also die Deutung von Sexualität als deren Verleiblichung eine bisher krankmachende Interpretation des sexuellen Geschehens durch eine erwünschte und mit den eigenen Bedürfnissen im Einklang stehende Deutung ersetzen. Nun kann auch der Koitus jene erwünschten und erhofften Bedeutungen erhalten, die bisher zwar mit Zärtlichkeit und Liebe, nicht aber mit „Sex“ in Verbindung gebracht und daher oft vermisst wurden. Gleichzeitig kann diese Deutung die körperliche Ebene, auf welcher Sexualität vielfach überwiegend erlebt wurde, wieder mit der psychisch-emotionalen und erotischen verbinden. Dadurch wird für viele eine neue Übereinstimmung von körperlichem und gefühlsmäßigem Geschehen erlebbar, die sie so bisher nicht gekannt oder nicht wahrgenommen hatten: „Jetzt kann ich unsere seelische Verbundenheit ins Körperliche mit hineinnehmen.“ Wie bereits mehrfach erwähnt, kann diese Deutung vom Grundverständnis her Sexualität aus ihrer Tabuierung, Abspaltung und Abwertung befreien, die sich ja weder gegen Kommunikation, noch gegen die Erfüllung der Grundbedürfnisse richten. Falsche Scham kann aus dieser Sichtweise leichter überwunden und ängstiger Leistungsdruck oder Versagensangst vermindert werden, weil anstelle des Funktionierens der sexuellen Reaktion die Inhalte sowie die Art und Weise der sexuellen Kommunikation zentrale Bedeutung erhalten. Damit kann der Weg von ängstlicher Selbstbeobachtung, von der Fixierung auf z.B. Orgasmus oder Erektion, von einem buchstäblich oder im übertragenen Sinn zu verstehenden „Schielen nach unten“ frei werden für eine Hinwendung zum Partner: Dieser wird zugleich weniger als Sexualobjekt sondern vielmehr in seiner Ganzheit als Person wahrgenommen und als ganzer zum Gesprächspartner. Dadurch kann „es“ zu „ich“ werden, ein „Geschlechtsverkehr“ zu einer personalen Zwiesprache: „Jetzt sind es mehr wir, die miteinander schlafen, früher war es einfach eine normale sexuelle Handlung.“

Abschließend sei nochmals betont, dass sich aus dem syndyastischen Therapiekonzept die Untrennbarkeit und Einheit der entscheidenden Trias von

Grundbedürfnissen, Kommunikation und Sexualität ergibt. Für Sinnfindung und Zufriedenheit wird also die Echtheit und Stimmigkeit der im sexuellen Tun zugeprochenen Botschaften – d.h. ihre Übereinstimmung mit dem Umgang miteinander im Alltag der Partnerschaft – zum wesentlichen Kriterium. Daraus ergibt sich ein problemträchtiges Spannungsfeld zwischen Anspruch und Realisierbarkeit. Da jeder Partner seine eigenen Anlagen, seine eigene Entwicklung und Lebensgeschichte mit in die Beziehung einbringt, also als konkrete Frau oder konkreter Mann durch Geschlecht und Herkunft geprägt ist, geht es ähnlich wie bei der verbalen Sprache auch bei der nonverbalen „Sprache der Sexualität“ um ein allmähliches Sprechen-Lernen und sich Verstehen-Lernen, um die Notwendigkeit, Fremdsprachen zu erlernen und so fort. All dies kann das Finden einer gemeinsamen und für beide verständlichen Sprache erschweren bzw. Mühe bereiten. Doch die Mühe lohnt sich: Die (Wieder-)Erfüllung der Grundbedürfnisse, nun auch durch die neu verstandene Sexualität, setzt in überraschendem Ausmaß (Selbstheilungs-) Kräfte und Energien frei, die in alle Lebensbereiche hineinwirken und Partnerschaft und Sexualität wieder zur wichtigsten Ressource, also zur Quelle von Lebenskraft und Lebensfreude werden lassen. Sichtlich begeistert hat es ein Patient nach erfolgreicher Therapie in wenigen Worten zusammengefasst: „Das ganze Leben hat sich geändert.“

## Literatur

- Balint M.: Die Urformen der Liebe und die Technik der Psychoanalyse. Huber, Klett Bern Stuttgart 1965
- Bartels A., Zeki S.: The neural correlates of maternal and romantic love. *NeuroImage* 2004 (in press)
- Beier K.-M., Bosinski H. G., Hartmann U., Loewit K.: Sexualmedizin: Grundlagen und Praxis. Urban & Fischer, Stuttgart München 2001
- Beier K.-M., Loewit K.: Lust in Beziehung. Springer, Berlin Heidelberg 2004
- Birkenbihl V.F.: Kommunikationstraining: Zwischenmenschliche Beziehungen erfolgreich gestalten. mvg, München 1992
- Canziani W., Meili D.: Was Sie Ihrem Kind schon lange über Liebe und Sex sagen wollten...: Sexualerziehung in der Familie. Pro Juventute, Zürich 1990
- Erikson E.H.: Identität und Lebenszyklus. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1976
- Loewit K.: Die Sprache der Sexualität. S. Fischer, Frankfurt/M. 1992
- Loewit K.: Damit Beziehung gelingt: Eine realistische Sexualerziehung. Styria, Graz Wien Köln 1998
- Masters W.H., Johnson V.E.: Human sexual inadequacy. Little & Brown, Boston 1970
- Molcho S.: Körpersprache. Mosaik, München 1983
- Montagu A.: Körperkontakt. Klett-Cotta, Stuttgart 1987
- Schmidt G., Klusmann D., Zeitschel, U.: Veränderungen der Jugendsexualität zwischen 1970 und 1990. *Sexualforschung* 5, 191-218, 1992
- Schulz von Thun F.: Miteinander reden: Störungen und Klärungen. Rowohlt, Reinbek 1981
- Schulz von Thun F.: Miteinander reden: Stile, Werte und Persönlichkeitsentwicklung. Rowohlt, Reinbek 1989
- Spitz R.A.: Vom Säugling zum Kleinkind. Klett-Cotta, Stuttgart 1985
- Watzlawick P., Beavin J.H., Jackson D.D.: Menschliche Kommunikation. Huber, Bern Stuttgart Wien 1969
- Wickler W.: Sind wir Sünder? Naturgesetze der Ehe. Droemer Knauer, München Zürich 1969
- Wickler W., Seibt U.: Männlich, weiblich: Der große Unterschied und seine Folgen. Piper, München Zürich 1984
- Zimbardo P.G., Gerrig R.J.: Psychologie. Springer, Berlin Heidelberg New York 1999 7. Aufl. (Kap. 10)



# Lebenssituation und subjektive Lebensqualität von Frauen mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren: Eine empirische psychologische Studie zur Mutterschaft

*„Ich kann kaum den morgigen Tag erwarten, wenn du dran bist die Kinder zu hüten, sagte sie oft, aber ich fürchte mich davor, sie in der Früh zu verlassen.“ Wir waren inzwischen darauf vorbereitet, daß Sätze zwei Teile haben, wobei der zweite dem ersten zu widersprechen scheint und die Einheit nur in unserer wachsenden Fähigkeit liegt, Ambivalenz auszuhalten – denn das ist es, worauf mütterliche Liebe hinausläuft.“ (Lazarre, 1991)*

## 1 Einleitung

Der Wunsch nach einem Kind stellt für den Großteil der Frauen einen festen Bestandteil ihrer Lebensplanung dar. Verbunden sind damit eine Vielzahl an Fantasien, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten, welche bereits in der Schwangerschaft und dann mit der Geburt des Kindes in einschneidende Veränderungen des bisherigen Lebens münden. Die vielen schönen Seiten der Mutterschaft werden durch verschiedenste Faktoren, wie z.B. ungünstige gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, partnerschaftliche Probleme und Überforderung durch hohe Anforderungen an eine kindgerechte Versorgung und Erziehung, überschattet. Zudem finden die Leistungen, welche Mütter vollbringen, kaum Anerkennung, bleiben weitgehend unsichtbar und unbezahlt. Eine Mutter befindet sich, wie es Kortendiek sehr treffend formuliert, *„in einem Spannungsfeld, welches auf der einen Seite gekennzeichnet ist durch: Freude am Kind, neue beglückende Erfahrungen, die darin bestehen, ein Kind in seiner Entwicklung beobachten und begleiten zu können, und eine Intensität an Gefühlen zu erleben, für die es sonst keinen Vergleich gibt. Auf der anderen Seite erfährt sie eine Unzufriedenheit mit der sozialen Lage als Mutter, die gekennzeichnet ist durch: Isolation, hohe zeitliche Beanspruchung am Tag und in der Nacht, hohe Verantwortung für die Entwicklung des Kindes, monotone Hausarbeit, Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und in der Regel schlechtere materielle Verhältnisse als vor der Geburt des Kindes.“* (Kortendiek, 1996, S. 89)

Im Rahmen dieser Studie wurde das Spannungsfeld „Mutterschaft“ unter dem Aspekt der subjektiven Lebensqualität untersucht. Die vorliegende Studie beruht

somit auf zwei sich wandelnden kulturellen Konstrukten, welche im weiteren einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

## 1.1 Das Konstrukt „Lebensqualität“ – Versuch einer Begriffsbestimmung

„Lebensqualität“ hat sich zu einem Schlagwort unserer Zeit entwickelt. In den Medien, in der Politik, in der Werbung und im alltäglichen Sprachgebrauch findet der Begriff „Lebensqualität“ so häufig Verwendung, dass er scheinbar keiner näheren Definition bedarf. Aber so leichthin er im Alltag verwendet wird, so schwierig wird es, versucht man eine befriedigende wissenschaftliche Definition zu finden. Fast jede wissenschaftliche Publikation zum Thema „Lebensqualität“ wird mit verschiedensten Begriffsdefinitionen eingeleitet. Spätestens hier wird klar, dass „Lebensqualität“ kein starres singuläres Konstrukt ist, sondern ein äußerst komplexes psychosoziales Phänomen (vgl. Dauwalder, 1997).

Die Geschichte der Lebensqualitätsforschung reicht erst etwa 30 Jahre zurück. Der Begriff der „Lebensqualität“ selbst tauchte laut Huber (1976) erstmals in den 60er Jahren im Umkreis der Nationalökonomie auf, bei den Diskussionen über Umweltprobleme, die als Folge des Wirtschaftswachstums und der Expansion des technischen Apparates entstanden. Die Problematik der Wohlstandsgesellschaft wurde offenbar, welche ein hohes Ausmaß an Quantität im Sinne materieller Güter und Fortschritt mit sich brachte, aber gleichzeitig zu einem Qualitätsverlust der sinnlichen Beschaffenheit der Umwelt in vielen Bereichen des Lebens führte.

In den 70er Jahren wurde der Begriff der „Lebensqualität“ viel diskutiert, wobei noch völlig unklar schien, ob und wie Lebensqualität methodisch erfassbar ist (vgl. Bullinger, Siegrist & Ravens-Sieberer, 2000). So sah Holzhey (1976) keinen Sinn darin, Sozialindikatoren zur Erfassung und Beschreibung von Lebensqualität heranzuziehen, da es keine Garantie dafür gebe, dass alle relevanten Faktoren erfasst würden. Er weist auf die hilfreiche Definition des Begriffs Lebensqualität von Walter Bodmer-Lenzin hin. Danach wäre Lebensqualität: *„...das Mass, in dem die Erfordernisse des Überlebens, der vollen Entwicklung und des Wohlbefindens jedes Menschen ihrer Wichtigkeit entsprechend erfüllt sind.“* (Holzhey, 1976, S. 199)

In den 80er Jahren setzte sich ein pragmatischer Ansatz durch, der die konzeptuelle Diskussion ersetzte (vgl. Bullinger, Siegrist & Ravens-Sieberer, 2000). Im Zuge dessen wurden vor allem im angloamerikanischen Raum eine Reihe von Messinstrumenten zur Erfassung der Lebensqualität entwickelt. Es folgten groß angelegte Studien, die die Verfahren zur Anwendung brachten. Zunächst konzentrierten sich diese auf beschreibende Forschungsansätze im Sinne von Populationsstudien, bald darauf folgte die Einbeziehung der Lebensqualitätsinstrumente in klinische Studien. Eine relativ neue Entwicklung stellt die Nutzung der Lebensqualitätsin-

diktoren in der Epidemiologie dar. Hierbei konnte bereits überzeugend nachgewiesen werden, dass gesundheitsbezogene Lebensqualität ein wichtiger eigenständiger Prädiktor für Morbidität und Mortalität auf Populationsebene ist. Während die gesundheitsökonomische Anwendung von Lebensqualitätsindizes im angloamerikanischen Raum bereits seit Mitte der 80er Jahre stattfindet, gewinnt sie im deutschsprachigen Raum erst seit kurzem an zunehmender Bedeutung. Gegenwärtig findet zum einen eine Rückbesinnung zu den theoretischen und methodologischen Grundlagen statt, zum anderen die Einbeziehung der Lebensqualitätsmessung in die Evaluation, Qualitätssicherung und Planung von Leistungen der Gesundheitsvorsorge (vgl. Bullinger et. al., 2000).

## **1.2 Das Verhältnis von Lebensqualität zu Glück, Zufriedenheit und Wohlbefinden**

Der Begriff „Lebensqualität“ wird häufig synonym für Glück, Zufriedenheit und Wohlbefinden verwendet. Vor allem zwischen Wohlbefinden und Lebensqualität verwischen sich häufig die begrifflichen Grenzen. Dies mag daher kommen, dass das eine das andere mitbedingt, wobei hier Lebensqualität oft als das individuelle Wohlbefinden in einem objektiven Sinn verstanden wird (vgl. Schneider, 2001). Auch Wohlbefinden kann so wie Lebensqualität sehr differenziert betrachtet werden und beinhaltet nach Mayrings Vier-Faktoren-Ansatz des Wohlbefindens neben den zwei Faktoren „Belastungsfreiheit“ und „Freuden“ auch „Glück“ (vgl. Schneider, 2001). Lebensqualität kann in diesem Zusammenhang als den anderen Begriffen übergeordnet verstanden werden, der die Bedingungen des Glücks, der Zufriedenheit und des Wohlbefindens beinhaltet.

## **1.3 Die „gesundheitsbezogene Lebensqualität“**

Bei der Literaturrecherche zum Thema Lebensqualität im Bereich der Psychologie wird rasch deutlich, dass die Forschung fast ausschließlich auf dem Konzept der gesundheitsbezogenen Lebensqualität beruht und vor allem im medizinpsychologischen Bereich rege Anwendung findet, hier vor allem in der Onkologie und der Psychiatrie. Als weiteres wichtiges Anwendungsgebiet erweist sich in diesem Zusammenhang die Gerontologie; zunehmendes Interesse gilt der Erforschung der Lebensqualität von Kindern. Eher vereinzelt finden sich auch Arbeiten für die Bereiche der Umweltpsychologie (speziell der Wohnpsychologie) und der Arbeitspsychologie.

Siegrist, Starke, Laubach und Brähler (2000) definieren „gesundheitsbezogene Lebensqualität“ folgendermaßen:

„Gesundheitsbezogene Lebensqualität' bezeichnet ein latentes Konstrukt, welches das Befinden und Handlungsvermögen von Menschen, deren eigener Gesundheitszustand auf irgendeine Weise auffällig geworden ist (z.B. McDowell & Newell, 1987), über einen mehrdimensionalen Messansatz zu erfassen erlaubt. Während Gesundheit in der alltäglichen Erfahrungswelt normalerweise kein explizites Thema ist, sondern dem Bewusstsein „mitgegeben“ ist, führen Einschränkungen des Funktionsvermögens und Abweichungen von der üblichen Befindlichkeit bzw. den sie beeinflussenden Motivationslagen zu einer expliziten Befassung mit der subjektiven Bedeutung erlebter Veränderungen (Boesch, 1976; Schütz & Luckmann, 1975). Die Bewertung relevanter Aspekte von Handlungsvermögen und Befinden ist angesichts fließender Übergänge zwischen den Zuständen des Gesund- und Krankseins nicht auf jene Bevölkerungsgruppe beschränkt, die an medizinisch diagnostizierten Krankheiten leiden. Vielmehr kann sie auch bei Personen erfolgen, die weder klinisch auffällig noch in ihrem Leistungsvermögen in konstitutiven sozialen Rollen (z.B. Beruf, Familie) erheblich eingeschränkt sind.“ (Siegrist et. al. 2000, S. 308)

Dieses Konzept erlaubt demgemäß die Anwendung der gesundheitsbezogenen Lebensqualitätsforschung auch in anderen als krankheitsspezifischen Zusammenhängen. Sie macht dann Sinn, wenn vermutet werden kann, dass bestimmte Umstände, die der Lebenssituation entspringen, die gesundheitsbezogene Lebensqualität beeinflussen. In diesem Zusammenhang werden Lebensbedingungen wie Einkommen, Wohnsituation, Bildung, aber auch psychische und physische Erkrankungen und spezielle Lebenssituationen in Bezug zur subjektiv eingeschätzten Lebensqualität gesetzt. Dies ermöglicht die Identifikation von Prädiktoren für eine gute oder beeinträchtigte Lebensqualität und damit Möglichkeiten für die Präventivarbeit aufzuzeigen. Unter diesem Gesichtspunkt wird in der vorliegenden Arbeit Lebensqualität in Bezug auf Mutterschaft untersucht.

## **1.4 Das Konstrukt „Mutterschaft“ – Wandel und Neubestimmung**

Mutterschaft ist ein sich wandelndes Konstrukt, das von historischen Gegebenheiten, gesellschaftspolitischen Interessen und kulturellen Unterschieden bestimmt wird. In den letzten Jahrzehnten erfährt Mutterschaft auch zunehmend durch die sich rasch entwickelnde Reproduktions- und Gentechnologie massive Veränderungen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind noch nicht absehbar. Schon heute ist biologische Mutterschaft weder an nur eine Form von Befruchtung noch an das eigene Austragen und Gebären des Kindes gebunden. In dem Maße wie biologische Mutterschaft einem starken Wandel und einer Dekonstruktion unterworfen war und ist, gewinnt der Begriff der sozialen Mutter-

schaft zunehmend an Bedeutung. Soziale Mutterschaft ist weder an biologische Mutterschaft noch an das weibliche Geschlecht und auch nicht an nur eine Person gebunden, vielmehr bedeutet soziale Mutterschaft die Übernahme von Verantwortung, fürsorglicher und versorgender Tätigkeiten und emotionaler Zuwendung für das Kind. Und es gibt grundsätzlich trotz der Unterschiede zwischen Frauen und Männern keinen hinreichenden Grund, warum Frauen besser für diese Arbeit geeignet sein sollen als Männer (vgl. Ruddick, 1993).

Nach wie vor herrscht die gesellschaftliche Auffassung, dass im Optimalfall biologische und soziale Mutterschaft untrennbar verbunden sind. Begründet mit „natürlichem Mutterinstinkt“ – ist es die biologische Mutter, oder notfalls zumindest eine weibliche Ersatzmutter, welche als einzige in der Lage wäre, ein Kind hinreichend gut zu bemuttern. Diese biologistische Sichtweise ignoriert, „dass nicht alle Frauen spontan mütterlich sind“ (Badinter, 1992, S. 252) sowie, dass es sich bei der Fähigkeit zur Bemutterung um Verhaltensweisen handelt, welche erlernt werden müssen. Dies wird sehr deutlich durch die Vielzahl an Ratgebern und Unterstützungsangeboten für Mütter, wie Geburtsvorbereitungskurse, Beratung im Spital in den Tagen nach der Geburt, nachbetreuende Hebammen, Stillgruppen und Elternberatung. Wären sie instinkthaft vorhanden, würden sich dergleichen Unterstützungsangebote erübrigen.

## 1.5 Mutterglück und Mutterliebe

Die Mutter-Kind-Bindung entwickelt sich in erster Linie über die Beziehungsebene der emotionalen und körperlichen Versorgung des Kindes. Die Voraussetzung dafür, dass diese von Frauen, aber speziell der biologischen Mutter geleistet wird, schafft ein weiteres Konstrukt, das der „naturegegebenen Mutterliebe“ Die Arbeit der französischen Psychologin Elisabeth Badinter (1991) zum Phänomen der Mutterliebe zeigt auf, wie selbst ein solch scheinbar naturegegebenes Gefühl von sozialen und kulturellen Bedingungen abhängt und dadurch über die Jahrhunderte in einem starken Wandel begriffen ist. Anhand einiger Beispiele weist sie in ihrem Buch nach, dass Mütterlichkeit ursprünglich weniger Liebe denn Pflicht bedeutete, derer sich viele Frauen durch Weggeben zu Ammen, aber auch Kindestötung entledigten. Sie weist die Entstehung der Mutterliebe, so wie wir sie heute kennen, im 18. Jahrhundert, zur Zeit der Aufklärung nach, welche durch das Streben nach Glück im Leben charakterisiert war – dieses sollte seinen Platz im familiären Kleinverband finden. Die so entstandene Emotionalisierung familiärer Beziehungen und rigorose Zuweisung der Verantwortlichkeit für das Kind an die Mutter hat nachhaltige Wirkung gezeigt und spiegelt sich in aktuellen sehr populären Ratgebern zur Kindererziehung wider. Damit geht einher, dass Kindern in der westlichen Gesellschaft heute eine andere Bedeutung beigemessen wird, als dies früher

der Fall war. Während Kinder für deren Eltern früher eine wirtschaftliche und existentielle Notwendigkeit waren, stellen sie heutzutage eine nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung für diese dar. So erhob das Institut für Demographie (1995/96) Gründe, die gegen ein (weiteres) Kind sprechen. Demnach geben fast 60% der Befragten an, den jetzigen Lebensstandard nicht aufgeben zu wollen. Für fast 40% würde ein Kind zu hohe Kosten verursachen, und über 30% sehen ungeeignete Wohnverhältnisse in Opposition zu einem Kind (vgl. Resl, 2000, S. 39). Kinder haben heutzutage also den Stellenwert von Luxusgütern, in die auch entsprechend investiert wird: versorgend, emotional, pädagogisch und materiell.

Dieser Bedeutungswandel ging Hand in Hand mit der Veränderung des Erziehungsstils. Bis etwa Mitte des 20. Jahrhunderts galt der Gehorsam der Kinder als oberstes Prinzip der Erziehung. Diese autoritäre Haltung wurde seit den 50er Jahren zunehmend von einem demokratischen, liberalen Erziehungsstil abgelöst, wobei die „bestmögliche Förderung aller Fähigkeiten des Kindes bei gleichzeitig bewusster Respektierung seiner Bedürfnisse und Wünsche“ (Hamann, 1992, S. 61) zum dominierenden Erziehungsleitbild wurde. Dieser Wandel beinhaltet viele neue Ansichten über die Versorgung, Betreuung und Förderung von Kindern, welche mit einer zunehmenden Kindzentrierung und intensiver Bemutterung einhergingen. So positiv diese Veränderungen grundsätzlich sind, so nachteilig wirken sie sich in mancher Hinsicht für die Mütter aus, wenn sie, so wie es vorwiegend der Fall ist, alleine für diese sehr aufwendige und intensive Form des Bemutterns zuständig sind. Hays (1998) kritisiert diese „Ideologie der intensiven Bemutterung“, welche „die Mütter zwingt, Kindern (die den Status von Heiligen haben) uneigennützig ihre Zeit, ihr Geld und ihre Liebe zu widmen“ und stellt dieser Ideologie einer anderen existierenden gegenüber, die diesen Werten direkt zuwiderläuft: „eine Ideologie der abstrakten Beziehungen zwischen isolierten Individuen, für die das Streben nach eigennützigem Profit handlungsbestimmend ist“ (Hays, 1998, S. 133). Diese beiden kulturellen Modelle führen, so Hays, eine spannungsgeladene Koexistenz, welche zunehmend das Leben jeder Mutter beeinflusst, da immer mehr Mütter berufstätig sind. Und während Hays einerseits die Ideologie der fürsorglichen Mutter und des unschuldigen Kindes kritisiert, sieht sie darin aber auch „einen kulturell wichtigen Widerstand, der uns alle gegen den vollen Zugriff einer Welt schützen soll, in der jeder gegen jeden kämpft“. Dass diese Funktion Frauen erfüllen, sei aber weder durch ihren Gewinn aus der symbolischen mütterlichen Macht erklärbar, noch als bloße manipulative Strategie der Mächtigen. Hays meint, dass Mütter aktiv die Logik des eigennützigen Profits ablehnen, denn „wären Frauen rationale Akteure, die nach der Logik vorgehen, die auf dem Markt dominiert, könnten sie sich leicht von der Ideologie der intensiven Mutterschaft befreien“ (Hays, 1998, S. 226).

## 1.6 Wissenschaftliche Befunde zu Lebenssituation und Lebensqualität von Müttern

Es existieren kaum Studien, die einen komplexeren Einblick in die spezielle Belastungssituation von Frauen mit jüngeren Kindern geben. Die meisten Studien beschränken sich auf Teilbereiche oder liefern quasi als Nebenprodukt Ergebnisse oder Hinweise, die auf spezielle Belastungssituationen schließen lassen.

Borchert und Collatz (1994) führten eine umfangreiche Studie zu Belastungssituation und Bewältigungsstrategien von Frauen mit Kindern in Deutschland durch, allerdings differenzierten sie nicht nach dem Alter der Kinder. Sie gingen von Befunden aus, die darauf hinweisen, dass Frauen weit häufiger als Männer an Befindlichkeitsstörungen, psychogenen Beschwerden und seelischen Erkrankungen leiden. Die verschiedenen Belastungsbereiche wurden in Form von Interviews erhoben und nach Häufigkeit der Nennung und Ausmaß der Belastung differenziert. Am häufigsten wurden finanzielle Probleme genannt; sie „spiegeln deren große soziale Vulnerabilität wider, die für Frauenrollen in unserer Gesellschaft typisch sind“ (Borchert & Collatz, 1994, S. 112f.). Weiters belegt die Studie, dass die meisten Frauen mit Kindern neben finanziellen Problemen vor allem typische Bereiche der traditionellen Frauenrolle in unserer Gesellschaft als sehr belastend empfinden. Aus dem Vergleich von Belastungen durch Familie und Hausarbeit mit berufsinduzierten Belastungen erwies sich, dass Erwerbstätigkeit gegenüber reiner Familienarbeit die Mütter eher gering belastet. Sowohl die subjektive Einschätzung der Gesundheit als auch objektive Skalen zu Befindlichkeitsstörungen und Beschwerden korrelieren hochsignifikant mit der subjektiven Einschätzung der Belastung, das heißt, dass der Gesundheitszustand umso schlechter ist, je stärker sich die Frauen belastet fühlen (vgl. Borchert & Collatz, 1994). Bezüglich der Lebenssituation und ihren Zusammenhängen mit der Gesundheit und Belastung kamen Borchert und Collatz zum Ergebnis, dass sich Frauen aus den unteren sozialen Schichten signifikant belasteter und kränker fühlen als die Frauen der Mittelschicht und dass Mütter ohne eigene Berufstätigkeit signifikant kränker sind als erwerbstätige Mütter. Außerdem fanden sie Anzeichen dafür, dass sich das Vorhandensein eines Partners günstig auf die Gesundheit auswirkt. Bezüglich des Alters stellten sie fest, dass Mütter über 40 bereits deutlich kränker sind als jüngere. Sie konnten keinen direkten signifikanten Zusammenhang zwischen Alter und Belastung der Mütter nachweisen, aber sie stellten fest, dass sich mit zunehmendem Alter bereits geringere Belastung stärker negativ auf die Gesundheit auswirkt. Auch die empfundene soziale Unterstützung zeigt in dieser Studie einen wesentlichen Einfluss auf die Einschätzung der Gesundheit. So beurteilen Mütter, die über stärkeren sozialen Rückhalt verfügen, ihre Gesundheit deutlich günstiger als die anderen. Bei stärkerer Belastung wirkt sich soziale Unterstützung als positiv intervenierende Variable auf die Gesundheit aus.

## 1.7 Partnerschaft versus Elternschaft

Partnerschaft und Elternschaft werden zunehmend inkompatibel. Dies hängt damit zusammen, dass sowohl die Paarbeziehung als auch die Eltern-Kind-Beziehung historisch einen Bedeutungswandel erfahren haben, welcher weg von der ökonomischen zur glückserfüllenden, sinnstiftenden Bedeutung führte. So vertreten Tyrell und Herlth (1994) mit ihrer Inkompatibilitätsthese die Ansicht, dass sowohl Partnerschaft als auch Elternschaft heute für sich jeweils anspruchsvoller und schwieriger geworden sind, was sie in der familiären Koppelung leicht in Schwierigkeiten miteinander bringt. Aber während die Partnerbeziehung, aufgrund der Basis emotionaler Qualität als entscheidendes Kriterium für ihre Stabilität, zunehmend labiler wird und dies auch kulturell bereits Akzeptanz findet<sup>1</sup>, fordert die Elternschaft um des Kindes willen umso nachdrücklicher Bindung, also stabile Verhältnisse. Das Kind fordert aber nicht nur stabile Verhältnisse, sondern bietet diese auch insbesondere für die Mutter: Es wurde „zur letzten verbliebenen, unaufkündbaren, unaustauschbaren Primärbeziehung“ (Beck, 1986, S. 193 zitiert nach Tyrell & Herlth, 1997). Eine Reihe von Studien zum Übergang zur Elternschaft weisen darauf hin, dass die Partnerschaft nach der Geburt des ersten Kindes eine Krisensituation durchläuft. Nach einer ersten Phase der Euphorie kurz nach der Geburt des Kindes nimmt die partnerschaftliche Qualität ab (vgl. Reichle, 1994; Petzold, 1997; Jurgan, Gloger-Tippelt & Ruge, 1999).

## 1.8 Befunde zur Situation von Alleinerzieherinnen

Lensche, König und Franz (2001) stellten in einer größeren Studie zum Vergleich von alleinerziehenden und verheirateten Müttern und ihren Kindern (hinsichtlich sozioökonomischer Situation und psychischer bzw. psychosomatischer Beeinträchtigung) für die alleinerziehenden Mütter erhöhte Belastungszeichen fest. Viele verfügten nur über geringe finanzielle Mittel und geringe soziale Unterstützung. Auch die Söhne der alleinerziehenden Mütter zeigten eine erhöhte psychische bzw. psychosomatische Beeinträchtigung. Jesse (2000) stellte in ihrer Studie fest, dass bei einem Teil der alleinerziehenden Frauen auch Jahre nach der Trennung vom Kindsvater therapeutische Maßnahmen indiziert wären. Als wichtigen Indikator für das Wohlbefinden konnte Jesse die Copingstrategien, die die Frauen zur Bewältigung kritischer Lebensereignisse und alltäglicher Stressoren einsetzen, identifizieren. Krüger und Micus (1999) weisen auf einen neuen Typus von Alleinerzieherinnen hin. Auch sie stellen grundsätzlich fest, dass Alleinerzieherinnen bezüglich ihrer objektiven Lebenssituation gegenüber Elternfamilien und auch Alleinerziehern benachteiligt sind, das subjektive Selbstverständnis aber bei einem Teil der alleiner-

---

<sup>1</sup> Zumindest bei kinderlosen Paaren trifft dies zu. Als Hinweis darauf kann der relativ neue Begriff „Lebensabschnittspartner“ gelten.

ziehenden Frauen einen „neuen Typ“ zeigt. Nämlich den der ledigen Alleinerzieherin, die sich für ein Kind ohne Partner entschieden hat und jenen Typ der geschiedenen Alleinerzieherin, die sich zur Ehescheidung entschloss. In vielen Studien wird auf die große Bedeutung der sozialen Netzwerke und der sozialen Unterstützung für Alleinerziehende hingewiesen (vgl. Nestmann & Stiehler, 1998).

## 1.9 Die Versorgung und Betreuung von Säuglingen und Kleinkindern

Eine besondere Belastung stellt die Versorgung und Betreuung jüngerer Kinder dar. So konstatiert Sieverding (1995), dass die Anwesenheit von jüngeren Kindern im Haus durch die substantiellen Anforderungen hinsichtlich Zeit und emotionaler und körperlicher Energie negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Mütter hat. Stern (2000) weist auf den Erschöpfungszustand von jungen Müttern hin und begründet diesen mit dem entstehenden Schlafmangel und dass das Verhalten von Neugeborenen völlig unvorhersehbar ist und auch mit der großen, oft alleinigen Verantwortung für das Kind. Barbara Sichtermann (1993) analysiert in ihrem Buch „Vorsicht Kind“ u.a. sehr detailliert den hohen körperlichen Aufwand des Bückens, Hebens und Tragens, den die Betreuung eines Kleinkindes mit sich bringt und weist auf den Umstand des ständigen Verfügbarseins für das Kind hin, welches in ständige Unterbrechungen begonnener Handlungen mündet und so eine enorme Anforderung an die psychische Belastbarkeit darstellt. Huwiler (1998) untersuchte in einer Längsschnittstudie Ausmaß und Struktur der Belastungen durch Kleinkinder: Die Gesamtbelastung stieg vom ersten bis zum dritten Lebensjahr an und blieb im vierten Jahr konstant. Als Hauptbelastungsquellen konnte Huwiler den Charakter des Kindes und die Aufmerksamkeit, die das Kind von der Mutter forderte, identifizieren.

Zu der Erschöpfung kommt die Isolation, die viele Mütter erleben (vgl. Beck-Gernsheim, 1989; Petsch, 2000). Durch die Veränderung des Tagesablaufs, abnehmende zeitliche und räumliche Flexibilität und die Konzentration auf das Kind verringert sich der Kontakt zur Außenwelt. Beck-Gernsheim bezieht sich auf Untersuchungen über junge Mütter und sieht als durchgängiges Leitmotiv „die Klagen über Isolation, Mangel an Sozialkontakten, Abgeschnittensein von der Außenwelt“ (Beck-Gernsheim, 1989, S. 73). Viele Frauen erleben sich mit ihren Kindern im öffentlichen Raum als behindert und erleben solchermaßen auch ähnliche Diskriminierungen.

Auch postpartale Depressionen fanden in den letzten Jahren zunehmend wissenschaftliches Interesse (z. B. Affonso & Arizmendi, 1986; Klier, Lenz & Lanczik, 2001). Die postpartale Depression wird als „atypische“ Depression bezeichnet und ist gekennzeichnet von starker Reizbarkeit, unstillbarem Schlafdrang und ver-

mehrtem Appetit und Durst. Die Haltung gegenüber dem Kind kann ablehnend und feindselig sein, bis zu zwanghaften Gedanken, das Kind zu töten. Nach wie vor sind die Ursachen nicht gänzlich geklärt und werden sowohl in Zusammenhang mit hormonellen Veränderungen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen als auch in der Prädisposition für depressive Erkrankungen, welche unter anderem auf der Persönlichkeitsstruktur der Mutter hinsichtlich ihres Selbstwertgefühls und ihrer Anpassungsfähigkeit beruht, gesehen. 10-15% der Mütter erleben postpartale Depressionen in unterschiedlichem Ausprägungsgrad. Longitudinalstudien haben gezeigt, dass die aus der postpartalen Depression resultierende gestörte Mutter-Kind-Interaktion auch Spätfolgen für die Kinder haben können und dass bei Nichtbehandlung der postpartalen Depressionen viele Frauen von einer Chronifizierung der Symptomatik betroffen sind. Tatsächlich kommt auch nur ein Bruchteil der betroffenen Frauen zu gezielten therapeutischen Maßnahmen, da die Symptomatik dem geforderten Bild der glücklichen Mutter widerspricht und sich die Frauen deswegen schuldig fühlen und diese zu verbergen suchen.

## 2 Rollenkonflikte: Modernes Frauenbild – Traditionelles Mutterbild

Lischke (1984) erhub die Einstellung von 100 Frauen bezüglich ihrer Orientierung hinsichtlich Mutterschaft und Berufsleben. Sie fand, dass die jüngere Gruppe der Frauen zwischen 20 bis 35 Jahren eine Haltung erkennen lassen „*die eine Ablehnung der Mutterschaft und Heirat als zentrale Orientierungsmuster eines Frauenlebens erkennen lassen*“ (Lischke, 1984, S. 209). Studien, welche die Veränderungen in den weiblichen Rollenleitbildern belegen, sind nicht nur in Bezug auf den Einstellungswandel von Frauen interessant, sondern werden nach Fux und Pfeiffer (1999) vielfach zu den bedeutendsten Aspekten sozialen Wandels gezählt, wobei die verstärkte Erwerbsorientierung von Frauen als zentrale Schlüsselkategorie in diesem Zusammenhang gilt.

Die ÖsterreicherInnen erwiesen sich bei europaweiten Vergleichsstudien als ausgesprochen ambivalent bezüglich der Rollenbilder. So stimmen zwar rund 70% der Befragten in Österreich den Aussagen „Erwerbstätig zu sein, ist für die Unabhängigkeit der Frau wichtig“ und „Beide Partner sollen zum Haushaltseinkommen beitragen“ zu. Gleichzeitig wird das Befinden der Kinder in Österreich sehr deutlich in den alleinigen Verantwortungsbereich der Mütter verwiesen (vgl. Fux & Pfeiffer, 1999).

## 2.1 Familiäre Arbeitsteilung

Nach wie vor sind Frauen überwiegend für Haushalt und Kinderbetreuung zuständig. Daran haben weder neue Männerbilder wie der „Neue Mann“ und der „Neue Vater“ etwas geändert, noch ein neues Frauenbild, das intrinsisch begründete Erwerbstätigkeit als selbstverständlichen Bestandteil des Lebens von Frauen beinhaltet. Bacher und Wilk (1996) kommen in ihrem Beitrag, der auf den Daten des Sozialen Survey Österreich 1993 beruht, zu dem Schluss, dass zwar eine teilweise zunehmende Mithilfe von Männern bei Hausarbeit und Kinderbetreuung festzustellen ist, aber die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung im Bereich der Hausarbeit sich kaum verändert hat.

Kinder erhöhen den Bedarf eines Haushalts an Hausarbeit drastisch. Einerseits fällt in den üblichen Bereichen mehr Arbeit an, andererseits entstehen neue kindinduzierte Hausarbeiten. Der zusätzliche Bedarf an Hausarbeit ist am Größten, wenn die Kinder klein sind und nimmt mit der Anzahl der Kinder zu (vgl. Künzler 1994). Entsteht eine Mehrbelastung durch Kinder, wird diese fast ausschließlich von den Frauen getragen: „Die Männer reagieren nicht, sodass eine Traditionalisierung der relativen Verteilung der Hausarbeit die Folge ist. In Familien mit Klein- und Vorschulkindern beteiligen sich die Männer allerdings doch auch absolut stärker an der Hausarbeit als die Männer in der kinderlosen Referenzgruppe“ (Künzler, 1994, S. 111).

Bacher und Wilk (1996) beantworten die Frage nach den Faktoren, welche die männliche Übernahme von Hausarbeit fördern oder hemmen, gleichermaßen damit, dass das Ausmaß der männlichen Hausarbeit primär erwerbsorientiert ist. Dahingegen ist die Hausarbeit von Frauen sowohl erwerbs- als auch familienorientiert. Mit der Zahl der Kinder nimmt die tägliche Hausarbeit zu. Das Ausmaß der eigenen Erwerbstätigkeit führt bei den Frauen so wie bei den Männern zu einer Reduktion der Hausarbeit, während aber das Ausmaß der Erwerbstätigkeit des Partners keinen statistisch nachweisbaren Effekt hat. In nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften lebende und höher gebildete Frauen wenden weniger Zeit für Hausarbeit auf, allerdings ohne dass die der Männer zunimmt. Offenbar gibt es hier eine Verbindung zwischen einem „modernen“ Rollenbild der Frau und einem sinkenden Stellenwert des Haushalts, welches aber offenbar keinen Einfluss auf ein fortschrittliches Geschlechterverhältnis, im Sinne partnerschaftlicher Arbeitsteilung, hat (vgl. Keddi & Seidenspinner, 1991, Künzler, 1994).

Verschiedene Studien zeigen, dass es kein absolutes Maß gibt, das für die Zufriedenheit in Bezug auf die Arbeitsteilung und die damit verbundene Paarzufriedenheit und das psychische Wohlbefinden relevant ist, sondern dass normative Orientierungen hinsichtlich einer gerechten Verteilung der Hausarbeit in vielen Partnerschaften existieren. Kommt es zu einer Abweichung von diesem normativen Ideal, wirkt sich dies auf jeden Fall bei Frauen in bestimmten Teilpopu-

lationen auf Partnerschaftsqualität, Partnerschaftszufriedenheit und psychische Gesundheit aus. Ein besonders hohes Risiko für eine niedrige Partnerschaftsqualität weisen Paare auf, die sich hinsichtlich ihrer Geschlechtsrollenorientierung widersprechen und auf Grund dessen ein Teil oder auch beide Teile mehr Hausarbeit leisten als sie/er für richtig halten (vgl. Künzler, 1994). Besonders Frauen mit Kindern in der Kleinkind- und Vorschulphase sind mit der familialen Arbeitsteilung unzufrieden, da in diesem Familienzyklus die Differenz der Gesamtbelastung zwischen den Partnern am stärksten ausgeprägt ist (vgl. Sutor 1991, zitiert nach Künzler 1994).

Fast alle Studien zum Themenfeld Mutterschaft, Erwerbstätigkeit und Arbeitsteilung weisen auf die enorme Gesamtbelastung von Müttern, speziell von erwerbstätigen Müttern, hin. Frauen verfügen auf Grund der Mehrbelastung durch die familiale Arbeit über weit weniger Freizeit als Männer. Die Relation der Gesamtbelastungen von Frauen und Männern verändert sich phasenspezifisch über den Familienzyklus hinweg. Vor allem in der Kleinkind-Phase (0-3 Jahre) sind die Frauen insgesamt deutlich stärker belastet als die Männer. Die stärkere Belastung bleibt so lange erhalten, bis die Kinder aus dem Haus sind, nimmt aber mit zunehmendem Alter der Kinder ab – so übereinstimmend die internationalen Befunde (vgl. Künzler, 1994).

## **2.2 Befunde zum Vergleich nicht-berufstätiger und berufstätiger Mütter in Zusammenhang mit subjektivem Wohlbefinden und Gesundheit**

Wissenschaftliche Befunde bezüglich des Zusammenhangs der Erwerbstätigkeit von Müttern, speziell von Müttern mit Kindern im Vorschulalter, und ihrem psychischen und physischen Wohlbefinden bzw. ihrer subjektiven Lebensqualität sind vor allem für die letzten zehn Jahre nur spärlich vorhanden; die Ergebnisse sind allgemein sehr uneinheitlich. Das Befinden von berufstätigen Müttern ist in Zusammenhang mit verschiedenen Faktoren zu sehen, welche in komplexer Wechselwirkung aufeinander einwirken: Copingstrategien zur Stressbewältigung, Bildung, berufliche Stellung, Ausmaß der Berufstätigkeit, berufliche Motivation, Geschlechtsrollenorientierung der Frau und des Partners und Unterstützung und Einstellung des Partners zur Berufstätigkeit der Frau (vgl. Kalb, 1992; Brandstätter & Wagner, 1994; Sieverding, 1999).

Sieverding (1995) gibt einen Überblick über den Forschungsstand zur Gesundheit von Müttern, wobei die von ihr angeführten Befunde überwiegend aus den 80er Jahren stammen. Diese Studien weisen auf den Zusammenhang der Gesundheit berufstätiger Mütter mit der sozialen Unterstützung, die sie erhalten, hin. Eine weitere wichtige moderierende Variable im Zusammenhang zwischen

Gesundheit und Erwerbsstatus ist nach Sieverding die Übereinstimmung von Bedürfnissen bzw. Einstellungen und Verhalten. So verfügen Hausfrauen und Mütter, die gerne berufstätig wären, über eine schlechtere physische und psychische subjektive Einschätzung der Gesundheit und nehmen auch mehr Medikamente und Psychopharmaka ein als Hausfrauen, die aktuell keine Berufstätigkeit wünschen. Entsprechendes gilt für berufstätige Frauen, die eine traditionelle Rolle befürworten. Auch Gavranidou (1999) belegt die Bedeutung berufsbezogener Einstellungen in einer deutschen Studie. Hier wurde der Zusammenhang des subjektiven Gesundheitszustands von Frauen, mit Kind unter drei Jahren, mit ihrem Erwerbsstatus, ihrer allgemeinen Berufseinstellung und ihrer Geschlechterrollenorientierung überprüft. Gavranidou konnte bestätigen, dass die Einschätzung des gesundheitlichen Zustands im Zusammenhang damit steht, wie sehr sich die persönliche Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen allgemein, der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren und der tatsächliche Erwerbsstatus decken bzw. widersprechen – wobei sich berufstätige Frauen mit negativer beruflicher Einstellung immer noch gesünder einschätzen als Hausfrauen mit negativen Berufseinstellungen.

## **2.3 Zielsetzungen der Arbeit**

Augehend von bereits vorliegenden Befunden zur Mutterschaft, welche auf eine spezifische Belastungssituation und damit verbundene gesundheitliche Beeinträchtigung von Müttern hinweisen, wurde die Haupthypothese aufgestellt, dass Frauen mit Kindern im Vorschulalter eine signifikant geringere subjektive Lebensqualität aufweisen als die altersentsprechende Normpopulation. Um gleichzeitig Prädiktoren für die Lebensqualität von Müttern mit kleinen Kindern zu ermitteln, sollte die Lebenssituation von Frauen mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren möglichst umfangreich erhoben und dargestellt werden, um diese in Beziehung zur subjektiven Lebensqualität der Frauen zu setzen. Es war das Ziel, jene Bereiche des Lebens bzw. spezielle Lebensbedingungen von Müttern zu identifizieren, in welchen präventiv und unterstützend Handlungsbedarf bzw. gesellschaftlicher Veränderungsbedarf besteht. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der Rollenorientierung der Frauen gelten, welchen Stellenwert sie ihren verschiedenen Tätigkeitsbereichen und Rollen zumessen und wie traditionalistisch bzw. non-traditionalistisch sie in dieser Mutterschaftsphase agieren. Mit der vorliegenden Arbeit wurde das Konzept der subjektiven Lebensqualität erstmals in umfassender Form auf die Mutterschaft mit kleinen Kindern angewandt. Insofern hat diese Studie vor allem auch Erkundungscharakter und soll für weitere Studien zu dieser Thematik anregen.

## 2.4 Methode

Für die Datenerhebung wurden drei Fragebögen eingesetzt. (1) Der WHOQOL-BREF von Angermayer, Kilian und Matschinger (2000), die Kurzform eines von der WHO entwickelten Instruments zur Messung gesundheitsbezogener Lebensqualität. Die 26 Items unterteilen sich in vier Domänen („Physisch“, „Psychisch“, „Soziale Beziehungen“, „Umwelt“) und einen Globalwert. Die Auswertung ergibt vier Werte, die für die Befindlichkeit in den jeweiligen Bereichen der subjektiven Lebensqualität stehen und einen Globalwert, dessen zwei Items für die Bestimmung gleich gewichtet sind und der durch die Befindlichkeiten in den vier Domänen in verschiedener Ausprägung beeinflusst wird. (2) Der Partnerschaftsfragebogen (PFB) von Kurt Hahlweg (1995). Dieser enthält 30 Items, welche drei Skalen zugeordnet sind: „Streitverhalten“, „Zärtlichkeit“ und „Gemeinsamkeiten“. (3) Ein eigens für diese Studie entwickelter Mütterfragebogen (MFB) von Doris Klepp (2002), welcher 89 Items zu den Bereichen soziodemografische Daten, Rolleneinstellung, Arbeitsbereiche, Partnerschaft, familiäre Arbeitsteilung, Regeneration und Unterstützung beinhaltet.

Insgesamt wurden 600 Fragebögen in Kindergärten der Gemeinde Wien, elternverwalteten Kindergruppen und Vereinen, die verschiedene Gruppen für Mütter und Kleinkinder anbieten, zur Verteilung gebracht. Es ergab sich eine Rücklaufquote von 44%, wovon einige Fragebögen ausgeschlossen werden mussten, weil die Frauen nicht der Zielgruppe hinsichtlich des Alters der Kinder entsprechen haben. So blieb für die Auswertung eine Stichprobengröße von insgesamt 260 Müttern mit zumindest einem Kind im Alter von 0-6 Jahren. Die Stichprobe ist auf Grund des einzigen Auswahlkriteriums, dass die Befragten zumindest ein Kind unter 6 Jahren haben sollten, bezüglich aller anderen Merkmale (bis auf das Geschlecht) heterogen. Die Auswertung erfolgte mittels des statistischen Auswertungsprogramms SPSS 9.0 für Windows, wobei sowohl deskriptive Verfahren, nicht-parametrische Tests und multivariate zweifaktorielle Varianzanalysen zur Anwendung kamen.

## 2.5 Ergebnisse zur Lebenssituation von Müttern mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren

Die Ergebnisse dieser Studie sind unter dem Aspekt zu betrachten, dass ein zu großer Anteil an hochgebildeten Frauen erfasst wurde. Das bedeutet, dass die Befragten durchschnittlich bessere soziale Rahmenbedingungen aufweisen, als dies für die Gesamtgruppe der Mütter mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren im Wiener Raum zutrifft. So verfügen sie tendenziell über ein höheres Familieneinkommen und weisen überdurchschnittlich gute Wohnverhältnisse auf, auch das Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Kindes ist demzufolge etwas höher. Grund-

sätzlich sind aber Familien finanziell gegenüber kinderlosen Haushalten stark benachteiligt, was auch auf die vorliegende Stichprobe zutrifft.

Die Befragten sind im Alter zwischen 20 und 47 Jahren, sie haben ein bis fünf Kinder im Alter von 2 Monaten bis 24 Jahren. Beschränkt auf die Anzahl der Kinder im Vorschulalter haben rund 73% der Befragten ein Kind und rund 27% zwei oder mehr Kinder im Vorschulalter.

Bezüglich der Lebensformen betrachten wir eine Stichprobe, welche den gesamtösterreichischen Verhältnissen sehr gut entspricht. 13% der Frauen leben allein mit den Kindern ohne Partner, knapp über 84% in kleinfamiliären Strukturen, die restlichen 3% in Wohngemeinschaft mit den Eltern oder FreundInnen. Durchschnittlich leben die Frauen mit ihren Partnern seit etwa 8 Jahren zusammen. Die Qualität der Beziehungen erweist sich bei 85% als gut, 15% der Frauen leben jedoch in einer unglücklichen, therapiebedürftigen Partnerbeziehung. Für die Paarbeziehung bleibt neben dem Familienleben zu wenig Zeit, und so ist auch die Hälfte der Frauen mit Partner mit dem Ausmaß der Zeit, die sie mit diesem in Zweisamkeit verbringen, unzufrieden.

Die Daten zeigen sehr deutlich, dass die Frauen in der hier untersuchten frühen Phase der Mutterschaft sehr stark familienorientiert agieren und vorwiegend traditionalistische familiäre Strukturen leben. In der Kleinkindphase ihrer Kinder sind die Frauen fast ausschließlich selbst für die Betreuung dieser zuständig, während ihre Partner in einem sehr hohen Stundenausmaß von durchschnittlich 45,5 Stunden pro Woche erwerbstätig sind.

Obwohl die Befragten vor der Geburt des ersten Kindes bis auf wenige Ausnahmen erwerbstätig oder in Ausbildung waren, stellten die meisten für die Betreuung ihrer Kinder ihre Berufstätigkeit zurück. Etwa 30% der Frauen befinden sich zur Zeit der Befragung in Karenz, nur ein geringer Prozentsatz nimmt die Möglichkeit zur Teilkarenz in Anspruch, und nur rund 24% der berufstätigen Mütter gehen einer vollen Erwerbstätigkeit nach – dies, obwohl ihnen ihre Berufstätigkeit viel Freude bereitet. Die Hausarbeit hingegen, welche vom zeitlichen Ausmaß her einer Halbtagsbeschäftigung gleichkommt, zählt eindeutig zu den ungeliebten Tätigkeiten. Diese stellt auch jenen Lebensbereich dar, von dem sich die Frauen am meisten überfordert zeigen. Insgesamt scheinen die berufstätigen Mütter in stärkerem Ausmaß allgemein unter Überforderung zu leiden, was auf ihre stärkere Gesamtbelastung zurückzuführen ist und sich auch in noch weniger persönlicher Freizeit niederschlägt. Von jenen Frauen, welche zur Zeit auf Haushalt und Kinder beschränkt sind, gibt über ein Drittel an, mit dieser Rolle unzufrieden zu sein.

Die Mütter würden sich mehr Unterstützung bei der Familienarbeit wünschen. So erfordern jene Haushaltstätigkeiten, welche die Partner der Befragten überwiegend übernehmen, wie Müll entsorgen oder kleinere Reparaturen, nicht sehr viel Zeit bzw. treten diese nur sporadisch auf. Im Bereich der Kinderbetreuung zeigt

sich die stärkste Beteiligung der Partner beim „Kinder zu Bett bringen“ und bei „besonderen Unternehmungen“, wie ins Bad oder in den Zoo gehen. Das heißt, dass sich auch in Bezug auf die familiäre Arbeitsteilung die traditionalistischen Strukturen sehr deutlich zeigen, womit sich etwa ein Drittel der Frauen als „unzufrieden“ bzw. „sehr unzufrieden“ erweist.

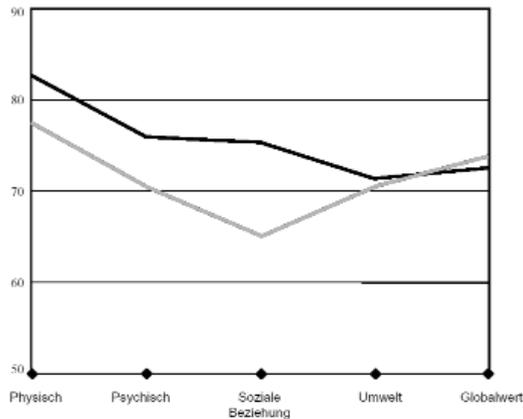
Allgemein zeigen sich die Frauen sehr ambivalent bezüglich ihrer gelebten Rollen. Der Stellenwert der Mutterrolle wird tendenziell höher als jener der Berufstätigkeit gesehen; dies ist stärker bei den nicht-berufstätigen Müttern der Fall. Trotzdem würden doch 40% der Frauen dieser Gruppe gerne weniger Zeit mit der Kinderbetreuung zubringen, während 31% der berufstätigen Mütter gerne mehr Zeit für ihre Kinder hätten. So wünschen sich die berufstätigen Mütter vor allem mehr Entlastung in der Hausarbeit und die nicht-berufstätigen Mütter in der Kinderbetreuung, obwohl sie sich von dieser weniger oft überfordert fühlen als die berufstätigen Mütter. Und auch wenn die Gruppe der familiär orientierten Mütter am stärksten vertreten ist, bewerten doch über 20% der Mütter den Stellenwert der Berufstätigkeit höher als den der Mutterrolle. Etwa ebenso viele repräsentieren den Typ der „Neuen Mutter“, welche beiden Rollen einen sehr hohen Stellenwert zumisst. Es lässt sich also unter Rücksichtnahme auf den Aspekt, dass ein überrepräsentativer Anteil an hochgebildeten Frauen erfasst wurde, eine starke Tendenz zu einem non-traditionalistischen Frauen- und Mutterbild feststellen, welches aber in der Realität in dieser Phase der Mutterschaft von vielen nicht gelebt wird, denn die Zuständigkeit der Frauen für Hausarbeit und Kinderbetreuung ist, entsprechend der diskutierten Befunde zum Übergang zur Elternschaft, als überwiegend traditionalistisch zu bezeichnen.

## **2.6 Hauptergebnisse der Studie zur subjektiven Lebensqualität von Frauen mit Kindern im Vorschulalter**

Die Haupthypothese der Studie wurde im Wesentlichen bestätigt. Das heißt, Frauen mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren weisen gegenüber der altersentsprechenden weiblichen Normpopulation höchst signifikante Beeinträchtigungen in den Bereichen „Physisch“, „Psychisch“ und „Soziale Beziehungen“ auf. Vor allem im Bereich „Soziale Beziehungen“ sind die Durchschnittswerte deutlich schlechter. Für den Lebensqualitätsbereich „Umwelt“ ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen. Davon ausgehend, dass bei der weiblichen Normpopulation nicht zwischen Müttern und Nicht-Müttern unterschieden wurde, beinhaltet diese mit hoher Wahrscheinlichkeit auch viele Mütter mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren, trotzdem zeigen sich diese deutlichen Unterschiede zwischen den Mittelwerten. Weiterführend müsste also geklärt werden, ob sich bei einem

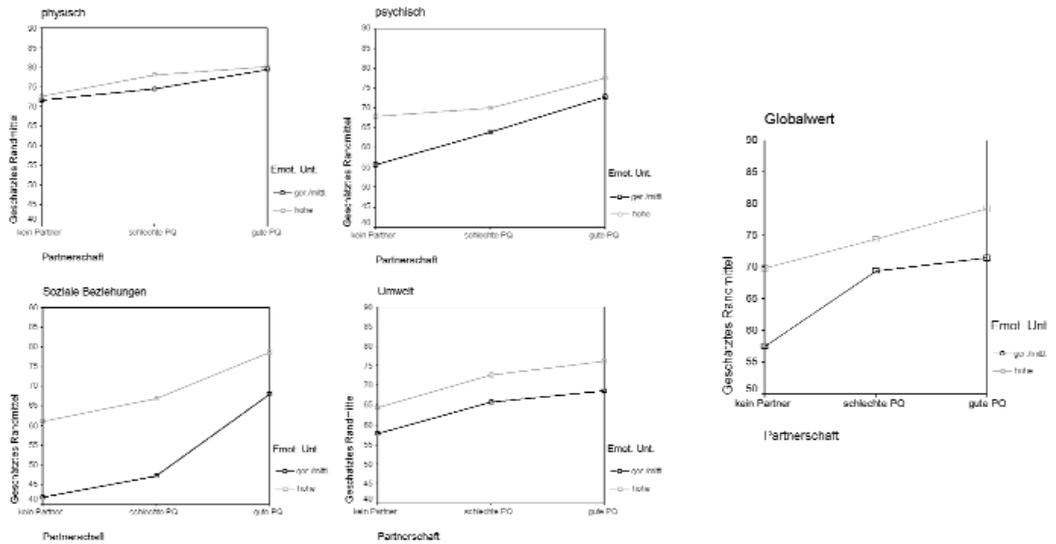
Vergleich zwischen Müttern und Nicht-Müttern bzw. Frauen mit älteren Kindern noch deutlichere Unterschiede hinsichtlich der Bereiche der Lebensqualität zeigen. Der Wert für die „Globale Lebensqualität“ liegt bei allen Altersgruppen der Stichprobe etwas über dem der Vergleichsgruppe. Für die Gruppe der 36- bis 47-Jährigen ist die Differenz signifikant, somit schätzt sich diese Gruppe von Müttern bezüglich ihrer globalen Lebensqualität signifikant höher ein als die altersentsprechende Normpopulation. Ein Erklärungsansatz für diesen Effekt wäre das gesellschaftliche Paradigma der „Glücklichen Mutter“, das heißt, dass Frauen auf Grund ihrer Mutterschaft glücklich und zufrieden sein müssen, auch wenn dafür die Grundlage in ihrer psychischen und physischen Befindlichkeit fehlt. Ein anderer Erklärungsansatz wäre, dass Mutterschaft und Familie nach wie vor in höchstem Maße als sinnstiftend für das Leben angesehen wird und sich dies über die Beantwortung der zwei Items zur Beurteilung der subjektiven Globalen Lebensqualität manifestiert. Gerade bei den sogenannten „späten Müttern“ kann davon ausgegangen werden, dass sie ihre Entscheidung für ein Kind zwar sehr lange aufgeschoben haben, sich dann aber sehr bewusst für ein Kind entschieden haben und dies ihre Mutterschaft zusätzlich aufwertet.

**Abb. 1: Vergleich der Mittelwertskurven der Stichprobe (graue Linie) und der weiblichen altersentsprechenden Normpopulation des WHOQOL-BREF über die Bereiche der subjektiven Lebensqualität**



Die Ergebnisse der integrativen Auswertung zeigen, dass jene Bereiche, in welchen es um persönliche Beziehungen geht, eine herausragende Rolle für die subjektive Lebensqualität von Frauen mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren einnehmen. So erweist sich das Vorhandensein eines Partners grundsätzlich als Vorteil für die Mütter, wobei die Qualität der partnerschaftlichen Beziehung ebenfalls signifikante Zusammenhänge mit der subjektiven Lebensqualität aufweist. Die gute emotionale Unterstützung von außen erweist sich als wichtige Ressource, die bei Vorhandensein die Einschätzung der Lebensqualität erhöht. Die nachstehenden Grafiken (Abb. 2) veranschaulichen, dass dieser Befund in unterschiedlicher Ausprägung für alle Bereiche der Lebensqualität zutrifft.

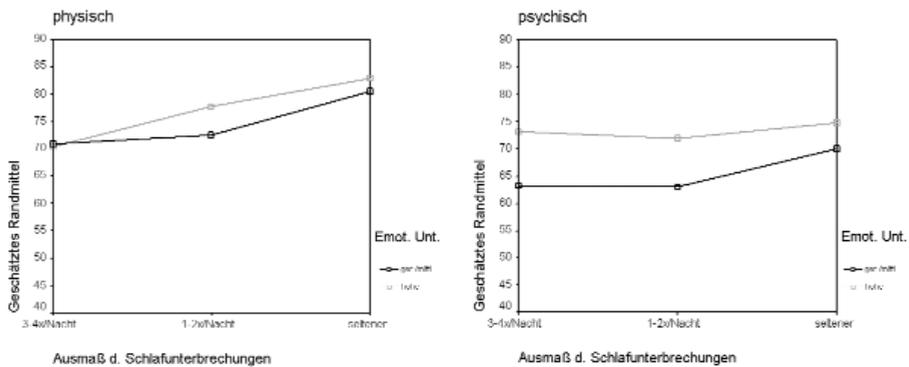
**Abb. 2: Liniendiagramme der Partnerschaft, getrennt nach Emotionaler Unterstützung für die Domänen und Globalwert der subjektiven Lebensqualität.**



Die signifikanten Effekte, welche sich bei der einfaktoriellen Analyse für die Faktoren Einkommen und Bildung auch für die Bereiche „physisch“ und „psychisch“ ergaben, blieben bei den multivariaten zweifaktoriellen Analysen nur mehr für den Bereich „Umwelt“ erhalten. Allerdings erweist sich in der multivariaten Analyse von Bildung und Partnerschaft, dass die am geringsten gebildeten Mütter am vulnerabelsten bezüglich der Partnerschaftsqualität sind. Während zwar in allen Bildungsgruppen erwartungsgemäß gute Partnerschaft in Verbindung mit hohen Werten steht, ist die Differenz der Werte zwischen den gering gebildeten mit schlechter Partnerschaftsqualität und jenen mit guter im Bereich „Soziale Beziehungen“ als extrem zu bezeichnen. Bei guter Partnerschaftsqualität bewertet diese Gruppe ihre Lebensqualität in den sozialen Beziehungen extrem hoch, und bei schlechter Partnerschaftsqualität extrem niedrig (ohne Abb.)

In der vorliegenden Studie konnten signifikante Beeinträchtigungen im physischen und psychischen Befinden der Mütter durch häufige nächtliche Schlafunterbrechungen festgestellt werden. Auch hier zeigt das Vorhandensein emotionaler Unterstützung deutlich positive Effekte zumindest für den psychischen Bereich. Neben den Müttern ohne Partner stellt die Gruppe von Erstkindmüttern mit Kind im Alter von 0-1 Jahr eine weitere Problemgruppe bezüglich der subjektiven

**Abb. 3: Liniendiagramme für das Ausmaß der Schlafunterbrechungen, getrennt nach Emotionaler Unterstützung für die Domänen „physisch“ und „psychisch“ der subjektiven Lebensqualität.**

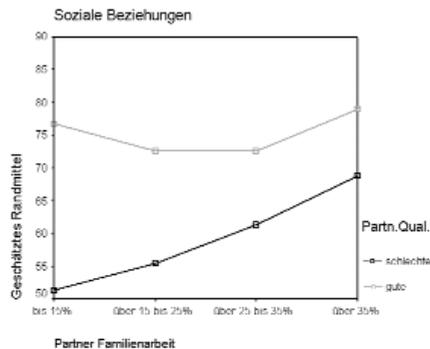


Lebensqualität dar. Diese weist sehr schlechte Werte im Bereich der „Sozialen Beziehungen“ auf und zeigt sich auch im physischen und psychischen Befinden stark beeinträchtigt (ohne Abb.). Da hierfür weder ein Zusammenhang mit der Partnerschaftsqualität noch mit der Emotionalen Unterstützung gefunden werden konnte – für beide Bereiche weisen diese Mütter gute Werte auf – erscheint dieses Ergebnis paradox, aber leider im Rahmen dieser Arbeit nicht schlüssig interpretierbar.

Keine signifikanten Ergebnisse in Bezug zur subjektiven Lebensqualität von Müttern brachten Faktoren wie Alter der Mütter, Anzahl der Kinder und auch das Ausmaß der Erwerbstätigkeit. So ist es scheinbar nicht relevant für die subjektive Lebensqualität von Müttern, ob objektiv eine höhere Arbeitsbelastung durch Mehrfachbelastung oder eine größere Kinderzahl vorliegt. Denkbar ist aber in diesem Zusammenhang auch, dass sich hier ein Regulativ bemerkbar macht, denn wenn die zeitliche und physische Kapazität durch einen wichtigen Tätigkeitsbereich stark beansprucht wird, werden die Anstrengungen in anderen Bereichen verringert, welche eine geringere Wertigkeit aufweisen. Dies zeigt sich bei berufstätigen Müttern, welche dazu tendieren, ihren Zeitaufwand bezüglich der Hausarbeit zu verringern.

Partnerschaftliche familiäre Arbeitsteilung im eigentlichen Sinne, also 50:50, trifft aus der Sicht der Befragten nur auf sieben Partner zu. Der „Neue Mann und Vater“ ist aber offensichtlich kein Garant für eine hohe Lebensqualität der Frauen, sondern diese ist wiederum von der partnerschaftlichen Qualität bestimmt, und nur für die Gruppe der Frauen in Beziehungen mit geringer Partnerschaftsqualität zeigt die hohe familiäre Arbeitsbeteiligung des Partners eine eindeutige Beziehung, im Sinne einer Erhöhung der subjektiven Lebensqualität.

**Abb. 4: Liniendiagramm der familialen Arbeitsteilung, getrennt nach Partnerschaftsqualität für die Domäne „Soziale Beziehungen“ der subjektiven Lebensqualität.**



## 2.7 Ausblick und Lösungsansätze

Die schönste Erfahrung im Leben einer Frau – die Mutterschaft – ist durch eine verminderte Lebensqualität gekennzeichnet. Immer mehr Frauen geben heute einer hohen beruflichen Qualifikation und der Berufstätigkeit selbst den Vorzug vor der Mutterschaft und entschließen sich erst zu einem biografisch relativ späten Zeitpunkt für ein Kind oder letztlich dagegen. Dies obwohl der Kinderwunsch keineswegs im Abnehmen begriffen ist und Kinder von ihrer Wertigkeit her noch nie so eine große sinnstiftende individuelle Bedeutung innehatten. Die schwere Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt viele Frauen in diesem Zusammenhang vor ein unlösbares Problem, welches entweder in einem Verzicht auf einen der Bereiche mündet oder aber in permanenter Überforderung.

*„Aus der Feststellung, dass ‚beides zuviel, eines allein aber zuwenig ist‘ (Becker-Schmidt u.a. 1984) leiten wir die Konsequenz ab, dass weder Beruf noch Familie in ihrer heutigen Struktur geeignet sind, Müttern ein befriedigendes Leben zu ermöglichen. Beide sind von Männern nach ihren Bedürfnissen gestaltet. Bei ihnen lag die Definitivsmacht. Daher ergibt sich für (die meisten Männer) keine ‚Vereinbarkeitsproblematik‘“ (Notz, 1991, S. 208f.).*

Die Frage ist, wie sich diese starren Strukturen aufbrechen lassen und Möglichkeiten zur mehrdimensionalen Lebensführung für Frauen und für Männer eröffnet werden können. Denn im selben Maße, wie sich die Rolle der Frau gewandelt hat und nunmehr intrinsisch motivierte Berufstätigkeit beinhaltet, hat sich die Rolle des Mannes in Richtung eines neuen väterlichen Bewusstseins und größerer emotionaler Verantwortlichkeit für die Kinder verändert. Im Grunde scheitern sowohl

Frauen als auch Männer an den bestehenden patriarchalen Strukturen, welche der Vereinbarkeit dieser beiden Bereiche des Lebens zuwiderlaufen. Allein auf privater Ebene ist dieses Dilemma kaum zu lösen, wenn sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern. Und so zerbricht die Beziehung vieler Paare letztendlich an der Erfüllung ihres größten Wunsches: der Gründung einer Familie.

Die Wichtigkeit und der Wunsch nach einer funktionierenden familiären Einheit haben sich aber keineswegs verringert. Auch wenn der Zerfall der Familie vielerorts proklamiert wird, so zeigen etliche Studien gleichzeitig die große Problematik dieses Phänomens auf. Auch in der vorliegenden Studie erweist sich, dass hohe Lebensqualität für Mütter in erster Linie durch eine funktionierende emotional stabile Partnerschaft gewährleistet wird, während Mütter mit kleinen Kindern ohne Partner und jene, welche in schlechten Partnerschaften leben, unter beträchtlichen physischen und psychischen Beeinträchtigungen in ihrem Befinden und damit einhergehender geringer subjektiver Lebensqualität zu leiden haben. Und so weist auch die zunehmende Tendenz des Zerbrechens der Kernfamilie und der Zunahme von Fortsetzungsfamilien mit neuen PartnerInnen nicht auf den Wertverlust von Beziehungsstrukturen, sondern auf die neuen hohen emotionalen Ansprüche hin, die damit verbunden sind.

Neue feministische Arbeiten zum Thema Mutterschaft verweisen auf die Entstehung neuer Mutterideologien, welche sich nicht eignen, die Mutterschaft von ihrer Überfrachtetheit von hohen Ansprüchen an die Mütter zu befreien. Auch wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die gute Bemutterung der Kinder grundsätzlich auch durch die Väter geleistet werden kann, werden kaum Modelle entwickelt und angeboten, die der Umsetzung dieser als theoretisch zu bezeichnenden Annahme dienlich sind. Die Realität, dass vor allem die Betreuung der Kleinkinder im Verantwortungsbereich der Mütter liegt, ist aber kaum alleine auf äußere Zwänge und mangelnde Betreuungsinstitutionen zurückzuführen. Es scheint doch so zu sein, dass es vielen Frauen ein großes persönliches Anliegen ist, dass ihre Kinder in dieser frühen Phase optimal betreut und versorgt werden und diesen Anspruch letztlich nur durch sich selbst gewährleistet sehen. Es drängt sich der Ruf nach neuen Konzepten außerfamiliärer Betreuung auf, welche imstande sind, diese Ansprüche hinreichend zu erfüllen. Denn die Mütter von heute sind nicht mehr als Familienmütter zu betrachten.

Erwerbstätigkeit beinhaltet über die Entlohnung hinaus größere Unabhängigkeit, höheres soziales Prestige und im besten Fall die Umsetzung persönlicher Fähigkeiten und Ziele. Frauen gewinnen durch ihre Erwerbstätigkeit mehr gesellschaftliche und auch familiäre Verhandlungsmacht (vgl. Badelt, 1993). Diesen Umstand sollten Frauen nicht außer acht lassen, wenn sie sich, wenn auch nur zeitlich befristet, zwischen Familie und Beruf entscheiden. Auch die vorübergehende Berufspause lässt innerhalb kürzester Zeit ein Machtgefälle zuungunsten der

Frauen innerhalb der Beziehung entstehen. Das Abgleiten in traditionalistische Strukturen ist immanent, denn die Partner verstärken in dieser Phase ihre beruflichen Anstrengungen, auch um die finanziellen Einbußen durch das fehlende Einkommen der Partnerin auszugleichen. Unter diesen Voraussetzungen scheint familiäre Arbeitsteilung und berufliche Chancengleichheit für Frauen illusorisch.

Der deutsche Familienforscher Hans Bertram sieht eine Lösung dieses Dilemmas einerseits in einer Auflockerung der rigorosen Trennung von Arbeitswelt und Familie und andererseits in einem neuen androgynen Geschlechterdiskurs. Fürsorge solle seiner Ansicht nach in unser langes Leben neu eingebaut werden. Er schlägt vor, dass die Voraussetzung für den vollen Bezug der Pension künftig nicht nur 40 Jahre Erwerbstätigkeit, sondern auch fünf Jahre sozialer Dienstleistungen beinhalten sollte. Dies könne die Zeit der Kinderbetreuung sein, aber auch Altenpflege, Schuldnerberatung oder andere gemeinnützige Tätigkeiten. Das Entscheidende daran wäre, die Sondersituation der Frauen abzuschaffen, die heute allein durch die Kinderbetreuung benachteiligt sind. Den Zwang, der damit verbunden ist, sieht er als unabdingbar, um Veränderungen herbeizuführen:

*„Zwang üben wir heute auf Frauen aus. Solange wir Fürsorglichkeit als weiblich und freiwillig definieren, stecken wir in einer Falle. Männer müssen die gleichen Leistungen erbringen wie Frauen. Also müssen wir nun die Männer zwingen, fürsorglich zu sein. Solange wir die Männerrolle nicht umdefinieren, werden wir das Dilemma nicht lösen.“ (Bertram im Interview mit „Die Zeit“, 09/2001, Quelle: Archiv des ÖIF)*

Notz (1991) ließ die von ihr interviewten Mütter und Väter Utopien entwickeln, aufbauend auf der Frage, wie sie sich ein Leben mit Kindern erträumen und wünschen.

*„In diesem ‚Utopia‘ muß kein Mann und keine Frau die Bedürfnisse nach existenzsichernder, sinnvoller und selbstbestimmter Arbeit zurückstellen, weil er oder sie sich für ein Leben mit Kindern entschieden hat. [...] Notwendige Voraussetzung für das Leben in ‚Utopia‘ ist eine grundsätzliche Neudefinition des gesamten Systems gesellschaftlicher Arbeiten. [...] Jeder und jedem muß das Recht auf selbstständige Reproduktion der eigenen Person und der Kinder zugebilligt werden. Das schließt die patriarchalische Verteilung der Arbeiten aus, es schließt aber auch aus, die Frauen weiterhin als ‚zusätzlich Arbeitende‘ zu definieren und ihnen flexible Arbeitsformen anzubieten, durch die sie durch die Hintertür wieder auf die Haus- und Sorgearbeit festgenagelt werden und gleichzeitig ein bisschen mitverdienen dürfen.“ (Notz, 1991, S. 206)*

Veränderungen müssen aber vor allem auch im Erziehungs- und Bildungssystem ansetzen. Denn diese könnten einen entscheidenden Beitrag zur Entlastung der Mutterrolle leisten. Tatsächlich existiert ein solches von Notz als utopisch bezeichnetes Kinderbetreuungs- und Bildungssystem im elternverwalteten Alternativbereich bereits. Es waren vor allem Frauen, die die alternativen Kindergruppen und Schulen in Wien gegründet haben, weil sie mit den bestehenden Betreuungs-

einrichtungen unzufrieden waren (vgl. Botros & Devime, 2000). Mittlerweile bestehen diese seit über zwanzig Jahren und spielen in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle bezüglich der selbstbestimmten, offenen Pädagogik. Gleichzeitig stellen sie aber einen wichtigen Ort der Begegnung, Kommunikation und Zusammenarbeit<sup>2</sup> von Müttern, Vätern, BetreuerInnen und Kindern dar, welcher unter anderem auch in der Lage ist, die Isolation von Müttern aufzuheben<sup>3</sup>, die bestehenden kleinfamiliären Strukturen auf eine selbstgewählte „Großfamilie“ erweitert und durch die geforderte und bereitwillige Beteiligung beider Elternteile vor allem auch die bestehenden Geschlechterverhältnisse aufweicht.

Die vorliegende Studie soll vor allem Aufforderungscharakter haben, sich mit dem Thema Mutterschaft weiter zu beschäftigen, denn nur durch intensivere Auseinandersetzung wird eine größere Vielfalt an Studien auch zu einer näheren Klärung und Enttabuisierung der Problembereiche von Mutterschaft beitragen können. So könnte letztendlich noch deutlicher werden, in welchen Bereichen Veränderungs- und Handlungsbedarf besteht, um Mutterschaft zu dem zu machen, was es von der ideellen Anforderung her zu sein hat – die beglückendste Erfahrung im Leben von Frauen und gerne auch von Männern.

---

<sup>2</sup> Im Gegensatz zu Kindergärten und öffentlichen Schulen basieren diese alternativen, elterninitiierten, als Vereine geführten Betreuungseinrichtungen auf basisdemokratischen Diskussionen und Entscheidungen. Die Eltern kochen, putzen, verrichten Elterndienste, wenn die von Ihnen angestellten BetreuerInnen ausfallen und halten die Räumlichkeiten instand, darüber hinaus teilen sich die Eltern die Vereinsfunktionen auf. Nicht nur das eigene Kind steht im Zentrum des Interesses, sondern alle Kinder der Gruppe. Diese Bedingungen schaffen eine „großfamiliäre“ Atmosphäre, die durch teils enge freundschaftliche Beziehungen der Beteiligten geprägt sind.

<sup>3</sup> Vgl. auch Nestmann & Stiehler (1998, S. 71), die auf die Errichtung von Kinderläden in Dresden durch Alleinerziehende hinweisen und ebenso deren Funktion als soziales Netzwerk hervorstreichen.

## Literatur

- Affonso, D. & Arizmendi, T. (1986). Disturbance in post-partum adaption and depressive symptomatology. *Journal of Psychosomatic Obstetrics and Gynaecology*, 5, 15-32.
- Angermeyer, Matthias C., Kilian, Reinhold & Matschinger, Herbert (2000). WHOQOL – 100 und WHOQOL – BREF: Handbuch für die deutschsprachige Version der WHO-Instrumente zur Erfassung von Lebensqualität. Göttingen: Hofgrefe.
- Bacher, Johann & Wilk, Liselotte (1996). Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Ausmaß und Bedingungen männlicher Mitarbeit im Haushalt. In: Haller, Max, Holm, Kurt, Müller Karl H., Schulz, Wolfgang & Cyba, Eva (Hrsg.). Österreich im Wandel: Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993 (S. 165-183). Wien: München.
- Badelt, Christoph (1993). Wechselwirkungen zwischen ökonomischen und familiären Aspekten der Lebensqualität. In: Schattovits, Helmuth (Hrsg.). Familie als Lebensqualität? Dokumentation. Wissenschaftliche Tagung der ÖGIF (S. 101-122). Wien.
- Badinter, Elisabeth (1991). Die Mutterliebe: Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute (5. Aufl.). München: R.Piper & Co.
- Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1989). Mutterwerden: Der Sprung in ein anderes Leben. Frankfurt/Main: Fischer.
- Botros, Marie-Luise, Devime, Ruth (Hrsg.) (2000). Frauen, die auszogen und freie Schulen gründeten. Wien: Milena Verlag.
- Brandstätter, H. & Wagner, W. (1994). Erwerbstätigkeit der Frauen und Alltagsbefinden von Ehepartnern im Zeitverlauf. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 25/2, 126-146.
- Bullinger, Monika, Siegrist, Johannes & Ravens-Sieberer, Ulrike (Hrsg.) (2000). Lebensqualitätsforschung aus mediznpsychologischer und -soziologischer Perspektive (S. 11-21). Göttingen: Hofgrefe.
- Borchert, Henning & Collatz, Jürgen (1994). Zu Belastungssituation und Bewältigungsstrategien von Frauen mit Kindern. *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, 3/3, 109-118.
- Dauwalder, Jean-Pierre (1997). Lebensqualität und Humanökologie. In: Hazard, Barbara P. (Hrsg.), Humanökologische Perspektiven in der Gesundheitsförderung (S. 56-73). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Fux, Beate & Pfeiffer, Christiane (1999). Ehe, Familie, Kinderzahl: Gesellschaftliche Einstellungen und individuelle Zielvorstellungen. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Abteilung VI/4 (Hrsg.). Österreichischer Familienbericht 1999 (S. 62-104). Wien.
- Gavranidou, Maria (1999). Frauenerwerbsbeteiligung und Wohlbefinden. In: Brähler, Elmar & Felder, Hildegard (Hrsg.). Weiblichkeit, Männlichkeit und Gesundheit: Medizinpsychologische und psychosomatische Untersuchungen (S. 121-138). (2., überarb. u. erw. Aufl.). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hahlweg, Kurt (1995). Fragebogen zur Partnerschaftsdiagnostik (FPD): Handanweisung. Göttingen: Hofgrefe.
- Hamann, Bruno (1992). Zeitgeschichtliche Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklungen als Herausforderung einer familienorientierten Erziehung. In: Schneewind, Klaus A. & von Rosenstiel, Lutz (Hrsg.). Wandel der Familie (S. 57-74). Göttingen: Hofgrefe.
- Hays, Sharon (1998). Die Identität der Mütter: Zwischen Selbstlosigkeit und Eigennutz. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Holzhey, Helmut (1976). Voraussetzungen und methodische Probleme bei interdisziplinärer wissenschaftlicher Arbeit im Bereich „Lebensqualität“. In: Baettig, Karl & Ermertz, Edmond (Hrsg.). Lebensqualität: Ein Gespräch zwischen den Wissenschaften (S. 193-206). Basel, Stuttgart: Birkhäuser.
- Huber, Gerhard (1976). „Lebensqualität“: Modisches Schlagwort oder epochale Wende? In: Baettig, Karl & Ermertz, Edmond (Hrsg.). Lebensqualität: Ein Gespräch zwischen den Wissenschaften (S. 15-26). Basel, Stuttgart: Birkhäuser.
- Huwiler, Kurt (1998). Alltägliche Belastungen von Müttern durch ihre Kinder in den ersten vier Lebensjahren: Eine Längsschnittstudie. *Psychologie in Erziehung und Unterricht*, 45(4), 261-279.
- Jesse, Anja (2000). Wohlbefinden von Frauen in alternativen Familienformen: Ein Vergleich zu alleinerziehenden Frauen, Müttern aus Zweielternfamilien und Frauen aus Stieffamilien. Landau: Verlag Empirische Pädagogik.
- Jurgan, Sabine, Gloger-Tippelt, Gabriele & Ruge, Karoline (1999). Veränderungen der elterlichen Partnerschaft in den ersten 5 Jahren der Elternschaft. In: Reichle, Barbara & Werneck, Harald (Hrsg.). Übergang zur Elternschaft: Aktuelle Studien zur Bewältigung eines unterschätzten Lebensereignisses (S. 37-54). Stuttgart: Enke.
- Kalb, Gabriele (1992). Zur Integration von Beruf und Familie: Das Streberleben von berufstätigen Müttern mit Kindern im Vorschulalter. Hamburg: Kovac.
- Keddi, Barbara & Seidenspinner, Gerlinde (1991). Arbeitsteilung und Partnerschaft. In: Bertram, Hans (Hrsg.). Die Familie in Westdeutschland: Stabilität und Wandel familialer Lebensformen (S. 159-192). Opladen: Leske & Budrich.

- Klier, C. M., Lenz, G. & Lanczik, M. (2001). Psychotherapie bei Depressionen in Schwangerschaft und nach der Geburt. In: Klier, C. M., Demal, U. & Katschnig, H. (Hrsg.). Muttermilch und Mutterleid: Diagnose und Therapie der postpartalen Depression (S. 39-54). Wien: Facultas.
- Kortendiek, Beate (1996). Mutterschaft und Geschlecht: Fragen, Überlegungen und Ergebnisse einer empirischen Erhebung über Mütter in Mütterzentren. In: Fischer, Ute Luise, Kampshoff, Marita, Keil, Susanne & Schmitt, Mathilde (Hrsg.). Kategorie: Geschlecht? Empirische Analysen und feministische Theorie (S. 81-96). (Geschlecht und Gesellschaft; Bd. 6). Opladen: Leske und Budrich.
- Krüger, Dorothea & Micus, Christiane (1999). Diskriminiert? Privilegiert? Die heterogene Situation Alleinerziehender im Spiegel neuer Forschungsergebnisse und aktueller Daten. In: Universität, Staatsinstitut für Familienforschung (Hrsg.). Serie: Materialien 1999/1. Bamberg.
- Künzler, Jan (1994). Familiäre Arbeitsteilung: Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Bielefeld: Kleine.
- Lazarre, Jane (1991). Der Mutterschaftswahn: Eine junge Frau erzählt. München: R. Piper.
- Lensche, H., König L. & Franz, M. (2001). Alleinerziehend – Alleingelassen? Untersuchung zur psychischen/ psychosomatischen Beeinträchtigung von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern im Einschulungsalter sowie Entwicklung und Evaluation eines Unterstützungsangebots. In: Rohde, Anke & Riecher-Rössler, Anita (Hrsg.). Psychische Erkrankungen bei Frauen: Psychiatrie und Psychosomatik in der Gynäkologie (S. 375-377). Regensburg: Rohde.
- Lischke, Ursula (1984). Mutterschaft als Faktor weiblicher Identität. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Wien.
- Nestmann, Frank & Stiehler Sabine (1998). Wie allein sind Alleinerziehende? Soziale Beziehungen alleinerziehender Frauen und Männer in Ost und West. Opladen: Leske + Budrich.
- Notz, Gisela (1991). „Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann“: Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn: Dietz.
- Petsch, Sabine (2000). Mythos Frau – Realität Mutter: Eine qualitative, österreichische Studie über Veränderungen im Spektrum weiblicher Identität durch Mutterschaft. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- Petzold, Matthias (1997). Elternschaft: Qualitative Forschung zur Familie. St. Augustin: Gardez!
- Reichle, B. (1994). Die Geburt des ersten Kindes – eine Herausforderung für die Partnerschaft: Verarbeitung und Folgen einer einschneidenden Lebensveränderung. Bielefeld: Kleine.

- Resl, Sabine (2000). Demographische Daten zur Familie. In: Werneck, Harald & Werneck-Rohrer, Sonja (Hrsg.). *Psychologie der Familie: Theorien, Konzepte, Anwendungen* (S. 34-42). Wien: WUV.
- Ruddick, Sara (1993). *Mütterliches Denken: Für eine Politik der Gewaltlosigkeit*. Frankfurt/Main: Campus.
- Schneider, Hans-Dieter (2001). Der Begriff der Lebensqualität. In: Urs, Gerhard (Hrsg.). *Psychologie und Lebensqualität = Psychologie et qualité de vie* (S. 126-130). Freiburg, Schweiz: Univ.-Verl.
- Sichtermann, Barbara (1992). *Vorsicht Kind: Eine Arbeitsplatzbeschreibung für Mütter, Väter und andere*. (Neuausgabe der Erstausgabe von 1982). Wagenbach: Berlin.
- Siegrist J., Starke, D., Laubach W. & Brähler, E. (2000). Soziale Lage und gesundheitsbezogene Lebensqualität: Befragungsergebnisse einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung. In: Bullinger, M., Siegrist J. und Ravens-Sieberer, U. (Hrsg.). *Lebensqualitätsforschung aus medizinpsychologischer und -soziologischer Perspektive* (S. 307-319). Göttingen: Hofgrefe.
- Sieverding, Monika (1995). Die Gesundheit von Müttern: Ein Forschungsüberblick. *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, 4, 1, 6-16.
- Sieverding, Monika (1999). Weiblichkeit – Männlichkeit und psychische Gesundheit. In: Brähler, Elmar und Felder, Hildegard (Hrsg.). *Weiblichkeit, Männlichkeit und Gesundheit: Medizinpsychologische und psychosomatische Untersuchungen* (S. 31-57). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stern, Daniel N. (2000). *Geburt einer Mutter: Die Erfahrung, die das Leben einer Frau für immer verändert*. München: Piper.
- Suitor, J. Jill (1991). Marital quality and satisfaction with the division of household labor across the family life cycle. *Journal of Marriage and the Family*, 53, 221-230.
- Tyrell, Hartmann & Herlth, Alois (1994). Partnerschaft versus Elternschaft. In: Herlth A. (Hrsg.). *Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft* (S. 1-15). Berlin, Heidelberg: Springer.

# Vaterschaft im Wandel? Eine Bestandsaufnahme von Verhalten und Einstellung von Vätern

## 1 Einleitung

Die Betreuung und Erziehung von Kindern wird gemeinhin unter „Elternschaft“ subsummiert, wobei die Mutter für das Allgemeine und die kontinuierliche Fürsorge steht, der Vater hingegen für das Besondere, für Spiel und Sport. Dieses Gegensatzpaar setzt sich in der Wissenschaft fort. Waren Mütter in vielen Bereichen der Wissenschaft (Psychologie, Pädagogik, Soziologie, u.a.) schon lange Gegenstand der Forschung, wurden es Väter erstmals, indem ihr Bindungsverhalten untersucht wurde, insbesondere ihre Eignung bezüglich ihrer Fürsorgepflichten. Vor dem Hintergrund des aktuellen Geburtenrückgangs in vielen Teilen Europas wurde der Vater zum neuen „Objekt der Begierde“.

Die Ansätze in der Väterforschung erstrecken sich mittlerweile von pädagogischen, psychologischen und soziologischen bis zu populärwissenschaftlichen Ansätzen. Zu Beginn der 80er Jahre ist die Männerforschung entstanden, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem brüchig gewordenen androzentrischen Weltbild beschäftigt. Diese beinhaltet Ansätze der „Rückbesinnung auf die wahren Werte der Männlichkeit“ und erfolgte hauptsächlich in Erlebnisberichten (Bly 1993 u.a.). Auf der wissenschaftlichen Ebene entstand die kritische Männerforschung als neue Forschungsrichtung, deren Auftreten eng mit der feministischen Forschung verbunden ist (Marschik/Dorer 2001). In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass die Patriarchatskritik der feministischen Forschung seit den 70er Jahren nichts von ihrer Gültigkeit und ihrem Anspruch – nämlich dem auf Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – eingebüßt hat. Es wird aufgezeigt werden, wie Geschlecht im Prozess der Bedeutungskonstruktion hergestellt oder aber verändert wird.

Einleitend erfolgt ein kurzer Abriss über die historische Auffassung von Vaterschaft. Im Anschluss wird der PPA-Survey als Grundlage der Ergebnisse dargestellt und die Resultate unter dem Aspekt einzelner Thesen präsentiert.

## 2 Vaterschaft historisch: Patronanz versus Fürsorge

In historischen Texten erscheinen Vater- und Mutterschaft auf unterschiedlichen Ebenen: In der Mutterschaft wird von der leiblichen Erfahrung der Frauen ausgegangen als derjenigen, die Schwangerschaft durchlebt haben und aus denen das

Kind leibhaftig hervortritt. Vaterschaft entspricht einer theoretischen Erfahrung und kommt als solche historisch nahezu ausschließlich auf der symbolischen Ebene vor. Während die Mutterschaft immer als soziale Bindung und Beziehung zwischen Mutter und Kind wahrgenommen wird, ist von der sozialen Vaterschaft wenig überliefert. In historischen und kulturtheoretischen Texten zu Gesellschaft und Staat – etwa von Aristoteles und Freud – steht der Vater überhöht für Ordnung, Gesetz, Außenwelt und Staat.

Platon inszenierte in seinem politischen Ideal eine zweite – dem Geist entsprungene – Geburt, die die Geburt aus der Mutter ersetzen sollte. In „Der Staat“ wurde die Frauen- und Kindergemeinschaft zum reinen Ort der Reproduktion und von Männern gesteuerter Pädagogik. Dieser Entwurf einer politischen Ordnung zielte auf die gewaltsame Unterbindung der Mutter-Kind-Beziehung ab und deren Ersetzung durch einen neu installierten Apparat der Fürsorge. Dieser sollte den philosophischen und pädagogischen Normierungen einer autoritären Obrigkeit unterworfen werden und den realen Vater ersetzen. Auf Aristoteles geht der Gedanke zurück, die Mutter sei kein echter Elternteil. Er behauptete, dass die Frau nur den Körper liefere, den der Mann quasi von außen beseele. Er beschrieb in „Politik“ exakt, wie der Staat in die bisher „private“ Fortpflanzung eingreifen solle. Zuchtkontrolle sei angeraten, weil der „Gesetzgeber auf eine möglichst gute leibliche Beschaffenheit seiner Zöglinge“ (Aristoteles 1959, 320) abziele. Er formulierte die intendierten Interessen des Staates, dass nämlich „die Körper der Kinder den Absichten des Gesetzgebers dienen sollen“ (Aristoteles 1959, 320). Väterlichkeit wird als Ordnungsprinzip verstanden, der Vater zum Stellvertreter für den Staat. In der attischen Polis wird der Vater gänzlich auf seine generische und legitimatorische Funktion begrenzt.

Auch im antiken Rom wird die Legitimierung der Vaterschaft und die Erbfolge durch die väterliche Gewalt („*patrias potestas*“) im Rechtssystem ausformuliert. Fürsorge und pädagogische Aufgaben in der realen Vater-Kind-Beziehung sind kaum dokumentiert.

Welche Rolle der Vater im Europa des Mittelalters bis zur Aufklärung gespielt hat, darüber gehen die Meinungen der Historiker weit auseinander: LaRossa (1997) geht davon aus, dass Väter im 17. und 18. Jahrhundert wichtige Aufgaben erfüllten, indem sie ihre Kinder moralisch anleiteten. Lenzen (1991) kommt zum Schluss, dass im Mittelalter das väterliche Prinzip nur im Zusammenhang mit dem christlichen Gott begriffen wurde. Auch die Renaissance und der Beginn der Neuzeit brachte in der Auffassung der konkreten Vater-Kind-Beziehung keinen Wandel. Vielmehr wurde die emotionale Mutter-Kind-Beziehung – häufig auf Gemälden der Mutter Maria dargestellt – ins Zentrum des Verständnisses von Betreuung, Schutz und Fürsorge der Nachkommenschaft gestellt. Schmale (2004) wiederum zeigt auf, dass das Männerbild in den sozialen Beziehungen seit dem Mittelalter im

jeweiligen örtlichen Kontext ausverhandelt wurde. Man müsse unterscheiden zwischen der politisch-rechtlichen Verfasstheit von Vaterschaft und den kulturell-örtlichen Bezügen, die speziell im 14., 15. und 17. Jahrhundert auch partnerschaftliche Modelle der Aufsicht und Erziehung von Kindern zuließen.

Die erzwungene Steigerung der Geburtenrate durch die Ausrottung des Volkswissens über Verhütungsmittel wurde von einer enormen Steigerung der Kindersterblichkeit begleitet (Renggli 1992). Im 17. und 18. Jahrhundert erreichte zudem der Kindesmord zwischen 12% und 22% der konstatierten Straftaten, die mit dem Tod geahndet wurden. Die Theoretiker der Aufklärung pochten mit Vehemenz auf die Festschreibung der Rolle der Frau als Mutter, um sie damit aus der Definition des bürgerlichen „vernunftmäßigen“ Subjektes – des Vaters – auszuklammern. Ins 18. Jahrhundert fällt die Erfindung der Mutterliebe durch Pädagogen wie Rousseau. Auf diesem Hintergrund sind die erschütternden Dokumente, die Elisabeth Badinter (1981) zur Grundlage ihrer Studie über die Mutterliebe gemacht hat, zu interpretieren. Die Unzahl ausgesetzter Kinder im Paris des 18. Jahrhunderts bewiesen nicht die Nicht-Existenz der mütterlichen Fürsorge, sondern stehen vielmehr paradigmatisch für die systematische Zerstörung der Mutter-Kind-Bindung durch die erzwungene Vielzahl der Kinder.

Das Verständnis von väterlicher Patronanz wirkte in den adeligen und großbürgerlichen Haushalten nach, in denen die Funktion der Fürsorge nicht auf die Mutter übergang, sondern auf das aus der Unterschicht rekrutierte weibliche Personal. Frauen aus der Oberschicht entzogen sich soweit als möglich den oktroyierten Pflichten der Mutterschaft. Dies gipfelte beispielsweise darin, dass – zumeist der Unterschicht entstammende – Ammen, die diesen Müttern halfen, dem neuen Zwang zum Stillen zu entgehen, selbst ihre eigenen Kinder aussetzen, um sich als Ersatzmütter in den Städten verdingen zu können. Väter und Mütter aus der Bauernschaft hingegen lebten mit ihren Kindern zusammen, die früh in den Arbeitsprozess integriert wurden. Das Proletariat der Industrialisierung wiederum war nicht in der Lage, ihren Kindern die adäquate Fürsorge zuteil werden zu lassen.

Während der Beitrag des Vaters zur Kindererziehung weitgehend marginal blieb, galten Kinder bis ins 19. Jahrhundert als väterliches Eigentum. In Österreich wurde durch die Familienrechtsreform in den 70er Jahren die väterliche Oberhoheit abgeschafft. Bei Fehlen des Vaters tritt der Staat an seine Stelle, als Vormund unehelicher Kinder oder bei der Alimentationsbevorschussung.

Der Frage, ob die affektiven Beziehungen der Väter zu ihren Kindern tatsächlich erst in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts verstärkt zutage traten, geht Adrienne Burgess (1998) auf den Grund. Im historischen Kontext untersuchte sie über die Jahrhunderte die Vaterfigur unserer Kultur, die sich als Synonym für Autorität und Patriarchat darstellt. Die Autorin geht davon aus, dass die Männer noch in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts wesentlich an der

Erziehung ihrer Kinder teilnahmen. Erst die Auflösung überkommener Autoritätsstrukturen führte zu einer neuen Rollenverteilung in der Erziehung. Damit wurden Väter von ihren familiären Aufgaben entbunden und überließen Kinderbetreuung und -erziehung ausschließlich den Müttern.

### 3 Der Population Policy Acceptance Survey (PPA II)

Die Studie PPA II<sup>1</sup> befasst sich mit Wissen und Einstellungen zu Bevölkerung (Geburten, Alterung, Familienformen, u.a.), zur Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis in Österreich (Gisser 2003). Die Grundlagen der repräsentativen Studie wurden unter der Beteiligung von 13 europäischen Staaten<sup>2</sup> mit besonderer Berücksichtigung demografischer Fragestellungen erarbeitet. Die Befragung wurde 2001 durchgeführt, die Anzahl der Befragten betrug rund 2000 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Die Feldarbeit erfolgte durch das Meinungsforschungsinstitut Fessel+GfK. Die Studie wurde mit Förderungsmitteln des Fonds der Wissenschaftlichen Forschung und dem Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank durchgeführt.

Ergebnisse aus der Befragung werden unter dem Blickpunkt einzelner Thesen zur Wahrnehmung der sozialen Vaterschaft untersucht. Es geht um eine Bestandsaufnahme der väterlichen Beteiligung an der Kinderbetreuung und -erziehung und darum, ob es eine Dynamik in der Verteilung der reproduktiven Aufgaben gibt. Anhand der Datenlage der Studie wird der Frage nachgegangen, ob im Verhalten der befragten Männer bzw. in ihrer Einstellung zur Aufteilung der Familienarbeit ein Wandel zu verzeichnen ist. Klaffen Selbst- und Fremdwahrnehmung von Vätern auseinander? Wir gehen weiters der Frage nach, ob es die „neuen Väter“, die die traditionelle Aufgabenteilung ablehnen, in zunehmendem Maße gibt. Nicht zuletzt wird die Einstellung zur politischen Väterförderung erhoben. Ausgehend von der Theorie vom Ungleichgewicht im Geschlechterverhältnis wurden Indikatoren der zeitlichen Verfügbarkeit für Kinder, der Zufriedenheit mit der Aufteilung der Kinderbetreuung, des männlichen Selbstbildes und der Rolle des Staates zur deskriptiven Analyse herangezogen. Geschlechterrollen-Indikatoren umfassen im Detail die traditionelle Zuschreibung der Kinderbetreuung an die Mutter bzw. des Berufes an den Vater, das Bekenntnis zu einer aktiven Vaterrolle und die Ansicht, eine zu starke Konzentration der Väter auf die Berufsarbeit schade der Familie.

---

1 Eine – allerdings thematisch eingeschränktere – erste Befragung (PPA I) hat in Österreich bereits 1992/93 stattgefunden.

2 Neben Österreich auch Belgien (flämischer Teil), Deutschland, Estland, Finnland, Italien, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

### 3.1 These 1: Väter arbeiten nicht unbezahlt.

Nach den Konventionen der Elternschaftsforschung (Walter/Künzler 2002) wird die Kinderbetreuung in Tätigkeiten für und mit Kindern (parentales Engagement) sowie Präsenz und Verantwortung der elterlichen Beteiligung eingeteilt. Als hilfreich erweist sich in der Frage der Erziehungsbeteiligung die von Fthenakis (1992) geforderte Unterscheidung der beiden Dimensionen väterlichen Verhaltens: nämlich die Involvierung des Vaters in Versorgungs- und andererseits in Spielaktivitäten. Denn es hat sich gezeigt, dass beide Verhaltenstypen unterschiedlich determiniert sind. So unterscheiden Brzoska/Hafner/Schäfer (1990) drei Arten von elterlichem Engagement:

- direkte Interaktion: man befasst sich direkt mit dem Kind in Form einer Versorgungsleistung oder im direkten Spiel;
- Verfügbarkeit: man beschäftigt sich nicht direkt mit dem Kind, ist aber physisch präsent;
- Verantwortung: man ist zuständig z.B. für Bedürfnisse und Termine des Kindes (Arzttermine o.ä.).

Die Unterscheidung, die in der Studie von Brzoska/Hafner/Schäfer (1990) erprobt wurde, machte deutlich, dass Mütter einen ungleich höheren Beitrag als die Väter leisten, und zwar im Hinblick auf den konkreten Zeitaufwand und den Einsatz. Die größte Diskrepanz zeigte sich bei der Verantwortung: Väter neigen dazu, ihre Verantwortung zu delegieren, weil sie andere Prioritäten besitzen. In Auswertungen von Mikrozensusserhebungen zur Zeitverwendung in Österreich wurde mehrfach festgestellt, dass in Partnerschaft lebende Frauen über alle Altersgruppen – unabhängig davon, ob sie in den Arbeitsmarkt integriert sind oder nicht – den Alltag der Hausarbeit und der Kinderbetreuung zu einem Großteil im Alleingang bewältigen (Gross 1995).

Wir gehen in unserer Untersuchung von der These aus, dass Väter deshalb ihren erzieherischen und betreuerischen Aufgaben nicht nachkommen, weil reproduktive Tätigkeiten weder entlohnt noch mit Prestige belohnt werden. Zur Problematik der Teilung der Familienarbeit haben sich eine Reihe von theoretischen Ansätzen entwickelt:

1. Ein weit verbreiteter Ansatz ist jener, ökonomische Erklärungsmodelle auf die häusliche Arbeitsteilung anzuwenden. So wird zur Erklärung des Geburtenrückgangs oder aber des Ungleichgewichts in der reproduktiven Arbeit vielfach als Rahmenbezug jene ökonomische Theorie verwendet, wonach Individuen ihr Wohlbefinden zu maximieren suchen (Becker 1991). Danach sei die Fertilität bzw. die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern Teil dieser Optimierungsstrategie, da eine Person Nutzen nicht nur aus der Konsumierung von Gütern oder Freizeit bezieht, sondern auch aus dem

Vorhandensein von Kindern. Nach der Familienökonomie werden Entscheidungen über die Zeitallokation der Haushaltsmitglieder nach dem Kriterium getroffen, welcher der beiden Partner auf dem Arbeitsmarkt mehr Einkommen erwirtschaften kann. Nach Beckers „Human Capital Theory“ seien Frauen aufgrund ihrer biologischen Gebärfähigkeit dazu prädestiniert, Kinderbetreuung und Haushalt besser zu besorgen als Männer, die wiederum im Berufsleben effizienter seien. Diese Konstellation erkläre das Ungleichgewicht bei der innerfamiliären Arbeitsverteilung.

Ökonomen erklären damit die „Naturgegebenheit“ reproduktiver Arbeit, die so aus der volkswirtschaftlichen Rechnung ausgeklammert werden kann. Zu diesem biologistischen Ansatz kommt hinzu, dass im Hausfrau-Familienernährer-Modell indirekte Kosten (Opportunitätskosten) konsequent vernachlässigt werden. „Fertilitätskosten“ beinhalten nämlich neben den Ausgaben für Kinder auch Einkommensausfälle während der Zeit der Arbeitsunterbrechung bzw. bei reduzierter Dauer der Berufstätigkeit, wenn ein Kind zu betreuen ist. Der geschlechtsspezifische Charakter von Fertilitätskosten wurde erst spät und erst durch die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen aufgedeckt.

2. Systemtheoretische Ansätze gehen vom Unterschied zwischen Interaktionen und Beziehungen in einem System aus. Unterschiedliche Interaktionen zwischen Mutter und Kind bzw. Vater und Kind ergeben demnach nicht zwangsläufig eine Unterschiedlichkeit in der jeweiligen Beziehung (Stechhammer 1981). Systemtheoretiker nehmen an, dass die unterschiedliche Menge an Zeit, die Mütter und Väter mit ihren Kindern verbringen, nicht notwendigerweise mit einem geringeren Einfluss der Väter auf die Kinder verbunden sein muss. In Betracht zu ziehen sei vielmehr die spezifische Qualität ihres Beitrags im sozialen Netzwerk ihres Kindes. Die funktionelle Differenziertheit, also die unterschiedlichen Funktionen, die die Familienmitglieder innehaben, sei in Bezug auf das Familiensystem als Ganzes zu sehen. Anderen theoretischen Zugängen zur Väterforschung wird aus dieser Perspektive vorgeworfen, nur einen partiellen, ausschnittshaften Blick auf die Vater-Kind-Beziehung zu werfen. Obwohl ein solcher Ansatz seine Berechtigung dort hat, wo Väter Funktionen übernehmen, die ansonsten eine Leerstelle hinterließen (Hilfe bei Hausaufgaben, Sport), zeigt sich bei den – zumeist männlichen – Systemtheoretikern die Tendenz, Väter und deren Platz in der Familie vom Vorwurf der „Nicht-Präsenz“ rehabilitieren zu wollen.
3. Statt auf die Nutzenmaximierung konzentriert sich die Sozialstruktur-Theorie auf den ungleichen Zugang zu Marktressourcen. Es wird davon ausgegangen, dass der Arbeitsmarkt derart strukturiert ist, dass er Frauen

von Karrierechancen weitgehend ausschließt, weil weibliche Arbeit tendenziell unterbewertet wird. Durch mangelnde berufliche Chancen werden Frauen eher in das Arrangement einer Ehe gedrängt, in der sie die Hauptverantwortung für Kinder und Haushalt übernehmen. Die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern perpetuiert also das traditionelle Verhältnis in der Familienarbeit. Würden sich aber die strukturellen Arbeitsbedingungen ändern, so gehen Vertreter dieser Theorie davon aus, dass sich die Verteilung der Haushaltstätigkeiten auch umkehren würden.

Die Sozialstruktur-Theorie schließt zwar biologische Dispositionen aus ihren Annahmen aus, enthält aber einige geschlechtsneutrale Annahmen bezüglich Faktoren am Arbeitsmarkt, die sich als naiv erweisen. Es kann etwa davon ausgegangen werden, dass die Verhältnisse am Arbeitsmarkt – auch mittel- und langfristig – nicht einfach umgedreht werden können.

4. Feministisch orientierte Beiträge (Eckart 1992) thematisieren die fehlende Partizipation des Vaters am innerfamiliären Leben. Titel wie „Neue Väter“ (Boeven 1988) oder „Neue Männer“ (Leube 1989) signalisieren eine vermutete Veränderung der Vaterrolle und konstatieren andererseits, dass sich wenig geändert habe. Arber und Ginn (1995) konstatieren, dass der relative Erfolg von Frauen im öffentlichen Leben nicht von einem ebensolchen im privaten Sektor der Familie begleitet wird. Der Frage, inwieweit die betrieblichen Strukturen die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern begünstigen oder behindern, war Gegenstand der Studie „Nebenjob Vater und Hausmann“ (König/Amesberger/Demel o.J.). Männer, so die Autorinnen, können Beruf und Familie „nahezu problemlos vereinbaren“, da es zumeist deren Frauen sind, die sich der Haus- und Familienarbeit widmen und dafür häufig ihre Berufstätigkeit einschränken. Für Männer dagegen stellt eine mögliche Berufstätigkeit auf Basis von Teilzeit keine realistische Option dar. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Geburtenrückgang wird daher eine „Politik der neuen Väterlichkeit“ gefordert (Beck-Gernsheim 1985). Der Generationenvertrag, so Beck-Gernsheim, sei als Geschlechtervertrag zu begreifen, wobei nicht mehr vorrangig die Frauen für dessen Erhaltung zuständig sein dürfen. Durch den Individualisierungsansatz (Beck/Beck-Gernsheim 1994 u.a.) wurde auf einen Sachverhalt aufmerksam gemacht, der durch unsere Befunde bestätigt wird. Ungleichheit von Frauen ist vielgestaltig und in allen Lebensbereichen zu finden. Und im Unterschied zur „Social Structural Theory“ und zur „Human Capital Theory“ geht der feministische Ansatz davon aus, dass die Zuständigkeit für den reproduktiven Bereich entscheidend für die Verortung der Frau im öffentlichen Terrain ist. Die Tatsache, dass Frauen weitgehend für die Familienarbeit zuständig sind, hat unterschiedliche Auswir-

kungen auf den Zugang zu sozialen Lebenschancen etwa am Arbeitsmarkt (ungleiche Zugangs-, Einkommens- und Karrierechancen; Cyba 2000, McRae 1997, Garhammer 1996, Irwin 1999, Rosenberger 1995).

Aus unseren Daten geht hervor, dass 77% aller Frauen – mit oder ohne Kinder im Haushalt – den Haushalt alleine bewältigen. Männer anerkennen dies, schätzen ihren eigenen Beitrag aber etwas höher ein als Frauen. Sie geben an, dass ihre Partnerin zu rund 72% den Haushalt allein bewältigt, während sie selbst dies zu 4% tun. Auch bei jenen Paaren, die sich die Hausarbeit teilen, gehen Männer eher als Frauen davon aus, dass dies egalitär geschieht (22% zu 17%). Bei altersspezifischer Betrachtung zeigt sich, dass Männer im Alter zwischen 25 und 34 Jahren die größte Tendenz zur partnerschaftlichen Teilung der Hausarbeit haben: Rund 38% der 25- bis 29-Jährigen geben an, die häuslichen Tätigkeiten mit der Partnerin zu teilen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei über 65-jährigen Männern, die zu 71% der Partnerin den Haushalt überlassen, ihn aber auch zu einem Viertel gemeinsam erledigen.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich, wenn die Zufriedenheit mit dem im gemeinsamen Haushalt lebenden Partner/der Partnerin in der Frage der Haushaltsführung eruiert werden soll (Tab. 1). Sehr zufrieden sind lediglich rund die Hälfte der Frauen, während über 80% der Männer die Aufteilung der häuslichen Verrichtungen als sehr zufriedenstellend empfinden. Allerdings geben rund 32% der Frauen an, in dieser Frage immerhin teilweise zufrieden zu sein, bei weiteren 8% entspricht die Situation überhaupt nicht ihren Erwartungen.

Um die Arbeitsleistung rund um die Betreuung von Kindern zu erfassen, wurde diese in einzelne Kategorien unterteilt und jenen Männern und Frauen vorgelegt, die mit mindestens einem unter 15-jährigen Kind zusammenleben (Tab. 2). Rund ein Viertel aller Befragten lebt mit PartnerIn und Kindern zusammen. Bei den untersuchten Tätigkeiten handelt es sich um das Kochen für den Nachwuchs und das Ankleiden der Kinder, den Arztbesuch mit Kindern, Behördengänge für Kinder, im Notfall eine Kinderbetreuung zu organisieren sowie die Wahl der Kinderbetreuungsstätte bzw. Schule. Es wurde auch danach gefragt, wer mit den Kindern spielt oder etwas unternimmt bzw. wer den Kindern bei den Hausaufgaben hilft.

Das Kochen und Anziehen der Kinder wird praktisch zur Gänze den Müttern überlassen – Männer wie Frauen geben zu rund 80% an, dass es die Frauen sind, die diese Aufgaben überwiegend alleine übernehmen. Was einen erforderlichen Arztbesuch und Behördengänge für Kinder betrifft, schätzen die Väter ihren Anteil weit höher ein, als es die Resultate bei den Müttern zeigen. 81% der Frauen geben an, alleine mit den Kindern zum Arzt/zur Ärztin zu gehen, während die Väter angeben, dass dies zu 69% ihre Partnerinnen übernehmen. Als gemeinsame Aufgabe

**Tabelle 1: Zufriedenheit mit der Teilung der Hausarbeit (20 bis 65 Jahre)**

Die Teilung der Hausarbeit mit meinem Partner/meiner Partnerin ist	Frauen	Männer
zufriedenstellend	56	81
teilweise zufriedenstellend	32	12
nicht zufriedenstellend	8	1
betrifft mich nicht	4	5

Anmerkung: Angaben in Prozent.

Quelle: PPA II.

sehen dies 24% der Männer und 16% der Frauen. Bei den Behördengängen geben 18% der Männer, aber 65% der Frauen an, dies überwiegend selbst zu erledigen. Die Wahl der Kinderbetreuungsstätte bzw. Schule fassen die meisten Eltern als gemeinsame Aufgabe auf: Männer geben dies zu rund 70% an und Frauen zu rund 60%. Auch das Spielen mit den Kindern und Unternehmungen geschehen meist arbeitsteilig bzw. gemeinsam. Väter und Mütter geben hier Werte von rund 70% an. Den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen, sind nur 7% der Männer bereit, aber 64% der Frauen. Gemeinsam mit dem Partner/der Partnerin tun dies allerdings 40% der Väter und 30% der Mütter. Bei allen Fragen ist der Anteil der Männer, die etwas überwiegend alleine tun, sehr gering.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Anteil bei der Betreuung der gemeinsamen Kinder entfällt ein Drittel der Befragten, da die Situation nicht auf sie

**Tabelle 2: Aufteilung der Kinderbetreuung (Befragte mit einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt; 20 bis 65 Jahre)**

*Können Sie mir sagen, wer die Arbeiten, die bei der Kinderbetreuung anfallen, normalerweise erledigt? Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aktivitäten, durch wen sie normalerweise ausgeführt wird.*

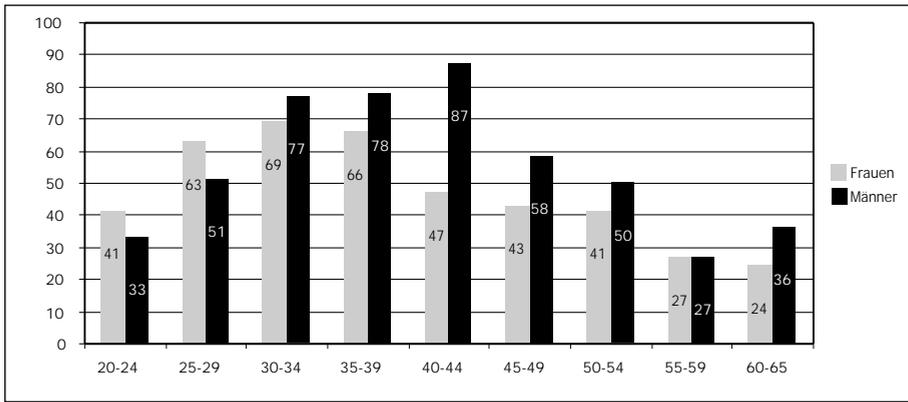
	Überwiegend von mir		Gemeinsam	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Sich um das Essen der Kinder kümmern	82	8	11	10
Kinder anziehen	84	5	13	17
Arztbesuch mit den Kindern	81	6	16	24
Behördengänge für Kinder erledigen	65	18	20	32
Im Notfall eine Kinderbetreuung organisieren	74	6	21	32
Wahl der Kinderbetreuungsstätte/Schule	38	4	58	69
Mit den Kindern spielen bzw. etwas unternehmen	25	4	69	75
Kindern bei den Hausaufgaben helfen	64	7	30	40

Anmerkung: Angaben in Prozent (gerundet).

Quelle: PPA II.

zutrifft. Die Hälfte der Frauen sind mit ihrem Partner zufrieden, 60% der Männer geben dies in Bezug auf ihre Partnerin an (Tab. 3). Weitere rund 20% der Frauen geben an, teilweise zufrieden zu sein. Die Zufriedenheit bei Frauen steigt bis zum Alter von 34 Jahren an und sinkt hernach kontinuierlich ab (Abb. 1). Bei Männern ist ein ähnlicher Trend zu verzeichnen, allerdings steigen hier die Werte bis zum Alter von 44 Jahren und sinken anschließend wieder ab.

**Abb.1: Zufriedenheit mit der Aufteilung der Kinderbetreuung nach dem Alter**



Anmerkung: Angaben in Prozent.

Quelle: PPA II.

**Tabelle 3: Zufriedenheit mit der Aufteilung von Kinderbetreuung. (Befragte mit Partner/in im gemeinsamen Haushalt; 20 bis 65 Jahre)**

Der Anteil des Partners/der Partnerin bei der Betreuung der Kinder ist	Frauen	Männer
zufriedenstellend	50	61
teilweise zufriedenstellend	19	5
nicht zufriedenstellend	3	0
betrifft mich nicht	28	34

Anmerkung: Angaben in Prozent.

Quelle: PPA II.

Verstärkt auf der Verhaltens-, aber auch auf der Einstellungsebene vermittelt die innerfamiliäre Arbeitsteilung das Bild eines statischen Gefüges, das sich im Kern den aktuellen Transformierungsprozessen widersetzt. Primär leisten Frauen die für das Aufkommen der Kinder notwendige tägliche Versorgungsarbeit. „Während Mütter eine zweckrationale Pflichtethik leben, sind Väter distanziert und kapriziös“ – und dies unabhängig vom Zeitausmaß der Berufstätigkeit – schreiben Walter und Künzler (2002) in ihrer Untersuchung zum parentalen Engagement. Unsere Daten belegen aber auch den auf den ersten Blick überraschenden Befund, dass die Ungleichverteilung der Hausarbeit von einer großen Zahl von Frauen nicht als Verletzung ihrer Ansprüche erachtet wird. Frauen unterstützen also vielfach ein traditionelles Rollenverhalten.

Wir kommen daher zum Schluss, dass sich die Institution der Familie als resistenter gegen einen Wandel erweist als Sektoren wie Bildung oder Arbeitsmarkt. Hinweise auf diese Diskrepanz zeigen sich auch in einer am Institut für Demographie durchgeführten Untersuchung (Kytir/Buber/Bichlbauer 1999). Die Ergebnisse der repräsentativen Studie für Oberösterreich ergeben, dass 45% der Mütter, aber nur 33% der Väter der Meinung sind, dass sich Väter zu wenig um ihre Kinder kümmern. Frauen fordern somit weit mehr an väterlicher Partizipation ein als dies nach Einschätzung der Männer erforderlich wäre. Anhand der Daten des PPA wurde in einer selektiven Untersuchung der Einfluss (Tazi-Preve/Bichlbauer/Goujon 2004) des Geschlechterverhältnisses auf den Kinderwunsch untersucht. Wir unterscheiden zwischen egalitärem und traditionellem Verständnis von Partnerschaft. Die empirische Untersuchung belegt, dass sich ein traditionelles Partnerschaftsmodell negativ auf den Kinderwunsch auswirkt. D.h. bei den – zahlenmäßig geringen – „neuen“ Männern zeigt sich der Kinderwunsch ausgeprägter als bei den „alten“.

### **3.2 These 2: Die „neuen Väter“ sind ein Mythos.**

Während das Thema der gravierenden Vereinbarkeitsprobleme von Berufstätigkeit und Mutterschaft in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion bereits breiten Raum einnimmt, haben die veränderten Ansprüche an Männer bezüglich der Fürsorgeleistungen für ihre Kinder bisher nur geringe Aufmerksamkeit gefunden. Obwohl von Frauen neue Anforderungen an die Vaterschaft gestellt werden, lässt sich – wie wir gesehen haben – auf der Verhaltensebene wenig Veränderung ablesen. Ob sich ein Wandel des Vaterbildes hin zum liebevollen, sorgenden und zeitlich engagierten Vater, zumindest auf der Einstellungsebene, zeigt, wird in unserer Untersuchung erhoben. Seit Beginn der 80er Jahre interessiert sich die Väterforschung für die Voraussetzungen und Konsequenzen väterlicher Partizipation am Familienleben und für die Übernahme der Hauptverantwortung für die Kinder

durch den Vater (Barker 1994). So stellte Barker dar, dass die Selbstwahrnehmung der Situation als Vater stark vom jeweiligen Bild von Männlichkeit abhängig ist. Zulehner (1994) rückte die Frage, ob und inwieweit sich das Rollenbild des Mannes verändert, in den Mittelpunkt ihrer empirischen Untersuchung. Er stellte fest, dass sich ein tendenziell wachsender Anteil von Männern auf der Einstellungsebene eine größere Beteiligung an der innerfamiliären Verantwortlichkeit vorstellen kann. Wird jedoch das tatsächliche Verhalten überprüft, so zeigen sich nur unmerkliche Veränderungen. Generell gilt, dass sich Väter bei der Kindererziehung um das „Besondere“ kümmern (Spiel, Sport), der Alltag der Kinderpflege und -erziehung hingegen den Müttern überlassen bleibt.

In der vorliegenden Untersuchung wird die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern sich das männliche Selbstbild nach Ansicht der Befragten gewandelt hat (Tab. 4). Die Indikatoren zum männlichen Selbstbild sagen uns etwas über die Bewertung von Familienarbeit und Berufstätigkeit durch die Väter aus. Auch die Akzeptanz der Väterkarenz als Möglichkeit, die Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren in den Mittelpunkt der Lebensplanung zu stellen, gilt als Indikator für die Veränderung in der Einstellung.

**Tabelle 4: Männliches Selbstbild: Zustimmung zu Aussagen (20 bis 65 Jahre)**

	Frauen	Männer
Ein Vater kann am besten Familie und Beruf vereinbaren, wenn er halbtags berufstätig ist.	14	17
Es ist nicht gut, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während die Frau außer Haus berufstätig ist.	30	35
Die Rolle eines Mannes ist es, Geld zu verdienen; die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.	34	41
Das Familienleben leidet oft, weil Männer sich zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren.	72	69
Im Allgemeinen wird von einem Mann erwartet, dass er Karriere macht.	62	69

Anmerkung: Angaben in Prozent.

Quelle: PPA II.

Auf die Frage, ob eine halbtägige Beschäftigung von Männern für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie „am besten“ sei, stimmten nur lediglich rund 15% „völlig“ bzw. „eher“ zu. Zwei Drittel votieren gegen eine solche Aussage. Frauen stimmen sogar zu einem etwas höheren Prozentsatz dagegen als Männer (66% versus 61%).

Ähnlich, jedoch negativ formuliert, lautete die Aussage: „Es ist nicht gut, wenn der Mann zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während die Frau außer Haus berufstätig ist“. Einem neuen männlichen Rollenbild positiv gegenüber stehen 44% aller Befragten. 32% der ÖsterreicherInnen geben sich traditionell.

Männer erweisen sich als konservativer als Frauen. Rund 41% der Männer, aber 47% der Frauen stehen einer Umverteilung der Familienarbeit zu Lasten der Männer positiv gegenüber. Männer unter 30 und über 50 Jahren zeigen sich wesentlich konservativer als gleichaltrige Frauen. Je mehr Kinder im Haushalt sind, desto eher plädieren Männer für das Hausfrauen-Ernährer-Modell.

Dass Männer eine eventuelle Karenzzeit nicht in Anspruch nehmen, wird häufig mit der Unabkömmlichkeit von Männern im Beruf begründet. Das Selbstbild von Männern zeigt, dass sich Männer in stärkerem Maße über die Berufstätigkeit definieren als Frauen. Vollzeit erwerbstätige Männer stimmen konservativen Leitbildern eher zu als Frauen in derselben Position. Männer in leitenden Positionen befürworten zu 30% das traditionelle Familienmodell. Bei Frauen in gleicher beruflicher Stellung sind es rund 10% weniger.

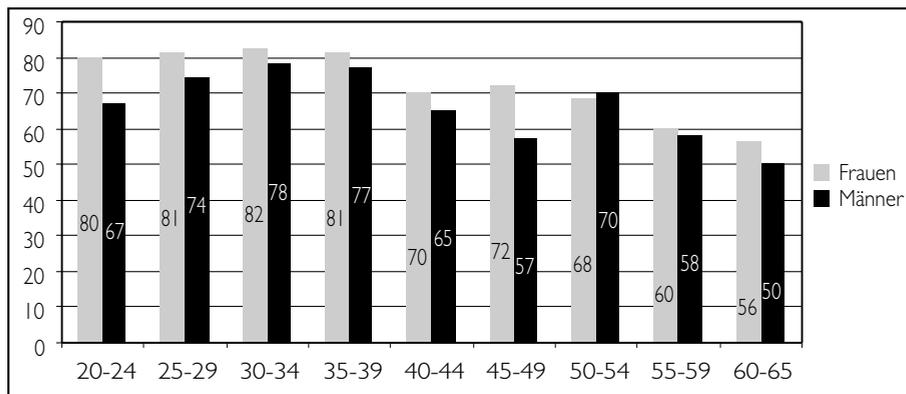
Um festzustellen, wie sich die Prioritäten in Bezug auf die Berufstätigkeit bzw. die Familienarbeit darstellen, wurde die Antwortverteilung für folgende Behauptung erhoben: „Die Rolle eines Mannes ist es, Geld zu verdienen; die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.“ 37% der Befragten stimmen dieser Aussage völlig oder eher zu, weitere 41% lehnen sie eher oder sehr ab und rund 22% zeigen sich unentschlossen. 41% der Männer akzeptieren die traditionelle Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern, während es bei den Frauen mit rund 34% deutlich weniger sind. 44% der Frauen und 37% der Männer plädieren für einen neuen „Geschlechtervertrag“. 20- bis 39-jährige Frauen stimmen in geringstem Maße einem konservativen Partnerschaftsmodell zu. Die Einstellung wird mit zunehmendem Alter konservativer. Festhalten am herkömmlichen Familienbild wollen besonders 55- bis über 60-jährige Männer. Je mehr Kinder im Haushalt, desto größer zeigt sich bei Männern das Festhalten an der herkömmlichen Aufgabenverteilung.

Dass das Familienleben allerdings oft leidet, weil Männer sich zu sehr auf die Arbeit konzentrieren, konzedieren 70% aller Befragten. Dies geben sowohl Frauen als auch Männer an, wenn auch die Frauen zu einem leicht höheren Prozentsatz (72% versus 69%).

Die Väterkarenz wurde 1991 eingeführt, in der Praxis jedoch blieben Väter bisher nur sehr selten zu Hause bei ihren Kindern. Seit 1992 bewegen sich die Anteile der karenzierten Väter zwischen einem und zwei Prozent. Ob sich die geringe Akzeptanz auch auf der Einstellungsebene feststellen lässt, wurde anhand der Daten untersucht. Aus der Grundgesamtheit befürworten 70% die Karenz für Väter – 68% der Männer und 73% der Frauen – 17% nehmen eine ablehnende Haltung ein. Von den Frauen, die der Väterkarenz positiv gegenüberstehen, sind es vor allem die jüngeren Frauen (20 bis 39 Jahre), die zu rund 80% für die Väterkarenz eintreten (Abb. 2). Diese Idee sehen Männer in der Lebensmitte (45 bis 49 Jahre: 32%) und die über 60-jährigen Männer (34%) besonders kritisch.

Interessant ist weiters, dass sich Frauen in leitenden Positionen der Väterkarenz gegenüber weit aufgeschlossener zeigen als Männer in gleicher Position.

**Abb. 2: Akzeptanz der Möglichkeit der Karenzierung von Vätern nach dem Alter (20 bis 65 Jahre)**



Anmerkung: Angaben in Prozent.

Quelle: PPA II.

Das Ergebnis zeigt, dass die neuen Regelungen für Männer prinzipiell von beiden Geschlechtern begrüßt werden. In der Praxis werden sie jedoch von Männern kaum genutzt. Als Gründe für diese Diskrepanz werden die schwierige Vereinbarkeit mit dem Beruf und der zu große Einkommensverlust genannt. Als irrelevant erachtet wird besonders von Männern ein eventueller Verlust des Ansehens im Freundes- und KollegInnenkreis. Auch glauben weder Männer noch Frauen, dass Männer mit Kleinkindern nicht umgehen können.

Vaskovics und Rost (1999) konstatieren, dass die Schaffung einer gesetzlichen Option des Erziehungsurlaubs für Männer deren Verhalten wenig beeinflusst. Dies zeigt auch eine deutsche Untersuchung zur Zeitallokation junger Ehemänner im Übergang zur Vaterschaft (Rosenkranz/Rost/Vaskovics 1998). Die Untersuchung belegt zum einen, dass die traditionelle Arbeitsteilung auch nach der Geburt eines Kindes beibehalten wird, zum anderen deuten die Ergebnisse auf eine starke Familialisierung und Verhäuslichung der Freizeit von Vätern hin.

Wir finden in unserer Studie Hinweise darauf, dass die Einstellung zur Vaterschaft im Wandel begriffen ist und sich weit ausgeprägter darstellt als auf der Verhaltensebene. Die Berufstätigkeit als zentrales Merkmal des männlichen Selbstbildes wird zunehmend hinterfragt, wenn zwei Drittel der Befragten – Männer und Frauen – konstatieren, dass das Familienleben oft leidet, weil Männer der Arbeit zu hohen Stellenwert beimessen.

Grundsätzlich lässt sich folgende Typologie von Vaterbildern identifizieren:

- Der traditionelle Vater: Dieser symbolisiert Macht, Autorität und öffentliche Kompetenz. Er verfolgt primär seine Karriere und tritt nur in der Dyade mit der Mutter als Garantin für die Familienarbeit auf. In der Moderne büßt er seine Autorität zunehmend ein.
- Der partnerschaftliche Vater ist in seiner symbolischen Bedeutung für das Kind mehr Vorbild, Förderer und Interaktionspartner; während er im Alltag neben seinem traditionellen Arbeitsbereich seinen Kindern auch als Freizeitkamerad, Spielgefährte und aktiver Erzieher gegenübertritt (Barth o.J.). Dieser Vater ist auch in alltäglichen Interaktionen für das Kind verfügbar.
- Der „neue“ Vater mischt sich ein in weibliche Erfahrungsbereiche wie Schwangerschaft, Entbindung und Säuglingspflege. Die Anzahl dieser Väter ist sehr gering. In Partnerschaften von „neuen“ Vätern werden die familialen Funktionen verhandelbar. Der genuin männliche Beitrag zur Erziehung und Sozialisierung der Kinder bleibt auch unter Väterforschern unklar (Schneider 1989). Die neue Vaterschaft scheint sich vielmehr an den bisher von Müttern geleisteten Arbeiten zu orientieren.

Trotz der Bildungsreform nehmen Väter gemeinhin eine höhere berufliche Stellung ein als Mütter. Auch in dieser Funktion besteht aktuell die Tendenz, dass Väter von den Müttern abgelöst werden können. Mit Vaterschaft assoziiert war nämlich bisher die Aufgabe des Vermittlers zwischen Intimität der kindlichen Welt des Heimes und der Außenwelt. Die Eroberung des außerhäuslichen Bereichs geht in unserem Kulturkreis zunehmend auch durch Frauen vorstatten. Die Außenorientierung von Frauen und pädagogische Institutionen übernehmen nun tendenziell die Vermittlerfunktion.

In der Väterforschung wird von einigen Vertretern beklagt, dass Männer aus der Familie verdrängt wurden. Mitscherlich (1973) formulierte den Begriff der „vaterlosen Gesellschaft“, in der das Bild des berufstätigen Vaters in der Anonymität moderner Betriebe und Verwaltungen verschwunden sei. Mit dem Verlust der Anschauung der väterlichen Arbeit sei eine wesentliche Komponente der Identifikation für das Kind verloren gegangen. Wo die einen die „Verdrängung der Väter“ konstatieren, sprechen die anderen von der „Unterväterung“ der Gesellschaft (Zulehner/Volz 1999) bzw. der Erziehung und prangern damit die Abwesenheit der Väter an.

Von Canitz (1982) und die AutorInnen Novy/Adam (1998) führten Befragungen von Kindern zur Wahrnehmung von Vätern durch. Sie kommen in ihren Untersuchungen zum Ergebnis, dass Kinder den Vater als Ernährer für austauschbar halten, und zwar in erster Linie durch die Mutter sowie durch staatliche Sicherungssysteme. In der Wahrnehmung der Kinder (Novy/Adam 1998) zeigt sich

allgemein, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung die überwiegende Realität im elterlichen Haushalt darstellt und auch weitgehend unhinterfragt hingenommen wird. Im Prinzip entsprechen die dargestellten Väter dem Muster des „Freizeitvaters“; Söhne können eher auf gemeinsame Aktivitäten verweisen als Töchter. Die Präsenz der Väter scheint jedoch in keinem Fall ausreichend zu sein zur Vorbildwirkung einer männlichen Identität. In der Studie wird deutlich: An der grundlegenden Konzeption der Vaterrolle hat sich wenig geändert. Die Verantwortung für die Kinder, so die AutorInnen, bleibt bei den Müttern, die Väter übernehmen hingegen in sehr beschränktem Ausmaß Hilfstätigkeiten und erscheinen eher für „Extras“ zuständig. Den befragten Männern scheint andererseits kaum bewusst, welchen Wert die von den Müttern getragene Reproduktionsarbeit besitzt. Darüber hinaus zeigt die Studie, dass Väter den fehlenden Bezug zu ihren Kindern selten als Belastung erleben.

Auch die Soziologinnen Cheryl Benard und Edit Schlaffer (1993) stellen die Diagnose, dass zu Hause, in der Familie, der Frau die Rolle der einzigen „Erwachsenen“ aufgebürdet wird. Sie konstatieren, dass zur Vaterdiskussion die kulturelle Geläufigkeit eines Vokabulars fehle, wie es von populärpsychologischer Seite für die Mutter präsent sei. Zudem unterliege der Vater immer noch einem „Tabu“. Die Literatur über die „neue Vaterschaft“ setze Tabus und Interdikte im Wesentlichen fort, indem sie „Kritik an väterlichem Verhalten streng untersagt und jegliche Form väterlichen Wirkens schon von vornherein positiv bewertet“. Die Autorinnen halten fest, dass sich zwar die Erwartungshaltung der Frauen geändert hat, Männer jedoch ihre traditionelle Vaterrolle nur zögerlich zu ändern bereit sind. Die Soziologinnen identifizieren dafür mehrere Gründe. Hierzu zählen das mangelnde positive Vatern Vorbild; die Neigung der Männer; die Beziehung zu den Kindern an die Beziehung zur Mutter dieser Kinder zu knüpfen<sup>3</sup>; der Beruf gewinne für Männer häufig eine Dimension, in der für die Beziehung zu ihren Kindern kaum mehr Platz bleibt; geortet werden weiters „subjektive Ambivalenz und mangelnder Wille“.

Aus unseren Daten geht hervor, dass über die Hälfte der Befragten für ein neues Geschlechterverhältnis stimmen, rund ein Drittel will traditionelle Vorstellungen zur Arbeitsteilung beibehalten. Frauen zeigen sich durchwegs progressiver als Männer. Die mit Vaterschaft assoziierte Funktion als Ernährer hat mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Alleinerziehende Mütter sind etwa zu rund 80% berufstätig. Die zunehmende Müttererwerbstätigkeit geht einher mit dem Ausbau staatlicher Versorgungs- und Betreuungsangeboten für minderjährige Kinder. Zugespitzt kann also formuliert werden, dass Mütter im Verbund mit dem Staat die Aufgaben des Vaters übernehmen. In ihrem Verhalten tendieren Väter nun dazu – eher der Not

---

<sup>3</sup> Eine Trennung von der ehemaligen Partnerin bedeute für Männer oft eine emotionale Distanzierung zu den Kindern.

gehorchend als aus Überzeugung – mütterliche Handlungsweisen zu imitieren. Walter und Künzler (2002) sprechen vom „normativen Modell der feminisierten Elternrolle“. Sind Mütter also „Väter mit Eierstöcken“?

### **3.3 These 3: Vater Staat ersetzt den sozialen Vater.**

Die dritte Frage, die sich anhand unserer Untersuchung stellt, ist, ob strukturelle Eingriffe das Verhältnis der Geschlechter verändern können, wie also die Rolle des Staates in Bevölkerungs- und Familienfragen wahrgenommen wird. Im Programm der letzten Regierungsperiode wurden im Rahmen der familienpolitischen Agenda verschiedene Forderungen formuliert. Dazu gehörten primär die Reformierung des Karenzgeldes. Väter – so wurde festgestellt – sollen dazu ermutigt werden, ihren Anteil an der Elternarbeit zu leisten. Aktivitäten zur Ermutigung von Vätern gehen in Richtung didaktische Motivierung, digitale Leitfäden für Väter werden u.a. vom Bundesministerium für Soziales bereitgestellt. Zum anderen wurde aus Sicht der Wirtschaft erkannt, dass Frauen durch die Alleinverantwortung für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder in den wichtigen Phasen der Berufstätigkeit selten ganztägig eingesetzt werden können. Wenn Männer die Karenzzeit nicht in Anspruch nehmen, liegt dies auch an der Haltung des jeweiligen Arbeitgebers. Initiativen der Wirtschaftskammer werben um die Bereitschaft der Unternehmen mit dem Argument, dass kinderbetreuende Väter neue soziale Kompetenzen für den Arbeitgeber gewinnen würden. Walter und Künzler (2002) halten solche Strategien allerdings für obsolet, da sie an den normativen Vorstellungen von Vaterschaft ansetzen, die keine nennenswerte Wirkung auf das tatsächliche Verhalten haben.

Frauen sind nun grundsätzlich eher der Meinung, dass es in der Verantwortung des Staates liegt, für Männer die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen (Frauen: 72%, Männer: 65%). Nur die Hälfte der 40 bis 49-jährigen Männer, aber rund 70% der gleichaltrigen Frauen sind dieser Meinung. Vollzeit erwerbstätige Männer sind in diesem Punkt skeptischer als Frauen, die ganztägig arbeiten. Zudem spielt die Kinderzahl eine Rolle. Frauen mit mehr als zwei Kindern vertrauen eher auf die Effizienz des Staates als Väter mit mehreren Kindern.

Wie stehen die Befragten unserer Studie nun der gezielten Väterförderung gegenüber? Frauen zeigen wiederum weit höhere Zustimmungswerte als Männer (Männer: 58%, Frauen: 69%). In allen Altersgruppen ist deren Vertrauen in den Staat zur Ermutigung von Vätern, sich verstärkt an der Kinderbetreuung und -erziehung zu beteiligen, weit ausgeprägter als das der Männer. Je mehr Kinder im Haushalt (2+), desto stärker wird die Forderung nach der väterlichen Beteiligung, die durch politische Maßnahmen sichergestellt werden soll. Vollzeit berufstätige Frauen (67%) wünschen dies ebenso wie Hausfrauen (65%).

Klagen darüber, dass Kinder vielfach vaterlos aufwachsen und der Wunsch nach Veränderung dieser Verhältnisse richten also primär Frauen an den Staat. Das von Männerforschern vielfach konstatierte Verdrängen von Vätern aus der Familie stellt sich nach unseren Ergebnissen eher als Fernbleiben der Männer dar. Und dieser Umstand hat sich in den letzten Jahrzehnten nur unmerklich gewandelt. Die Erwartungshaltung der Frauen dagegen veränderte sich rascher: Der „neue Vater“ ist nicht nur das Traumbild der Kinder, sondern auch das der Partnerinnen.

## 4 Resümee

Ein kurzer historischer Abriss zeigt das Gegensatzpaar Mutter- und Vaterschaft als praktische, alltagsbezogene und emotionale Erfahrung zwischen Mutter und Kind einerseits und andererseits als symbolische Auffassung des väterlichen Prinzips von Ordnung, Gesetz und Außenwelt.

Für eine Bestandsaufnahme zur Vaterschaft gehen wir in unserer Untersuchung von Daten des Population Policy Acceptance Survey aus. Zur Analyse wählen wir die Bereiche reproduktive Arbeit, männliches Selbstbild und Vaterförderung. Unsere deskriptive Darstellung liefert zum einen Hinweise darauf, dass auf der Verhaltensebene bezüglich der Aufteilung von Kinderbetreuung und Hausarbeit kaum ein Wandel festzustellen ist. Männer arbeiten tatsächlich selten unbezahlt. Dennoch belegen unsere Daten den auf den ersten Blick überraschenden Befund, dass die Ungleichverteilung der Familienarbeit von der Hälfte der Frauen nicht als Verletzung ihrer Ansprüche erachtet wird.

Die These, dass der „neue Vater“ viel eher ein Produkt der Medien sei als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, lässt sich auf der Verhaltens-, jedoch weniger auf der Einstellungsebene belegen. Das männliche Selbstbild wird zunehmend hinterfragt, wenn sowohl Männer wie auch Frauen zu einem beträchtlichen Teil die berufsbedingte Abwesenheit des Vaters in der Familie beklagen. Traditionelle Modelle der Aufgabenverteilung innerhalb der Partnerschaft erlangen zudem nach Ansicht der Befragten größeren Verhandlungsspielraum. Väter in Karenz sind für Männer und für Frauen weitgehend vorstellbar, aber nicht realisierbar. Es kann zudem konstatiert werden, dass sich die Erwartungshaltung der Frauen an die Männer rasch verändert.

Auf das Fernbleiben der Männer von der Familienarbeit reagiert der Staat mit verschiedenen Appellen. Was dessen Rolle und Effizienz betrifft, so ist das Vertrauen der Frauen in die staatliche „Väterförderung“ relativ groß. In der Realität übernehmen aber Mütter im Verbund mit dem Staat zunehmend die Aufgaben des Vaters. Vater Staat ersetzt also eher väterliche Aufgaben, als dass es gelingt, mittels familienpolitischer Maßnahmen väterliches Engagement einzufordern.

# Literatur

- Arber, S.; Ginn, J. 1995. The mirage of gender equality: Occupational success in the labour market and within marriage. *British Journal of Sociology* 46 (1), S. 21-43.
- Aristoteles. 1959. „Politik“: Die Lehrschriften. Paderborn.
- Bly, R. 1993. *Eisenhans: Ein Buch über Männer*. München.
- Canitz, H.-L. 1982. *Väter: Die neue Rolle des Mannes in der Familie*. Frankfurt a.M./Berlin/Wien.
- Badinter, E. 1981. *Die Mutterliebe*. München.
- Barker, R.W. 1994. *Lone fathers and masculinities*. Avebury.
- Barth, S. o.J. *Vaterschaft im Wandel*. Verfügbar unter <http://www.stephan-barth.de/vatersch.htm> (19.3.2004)
- Beck-Gernsheim, E. 1985. *Vom Geburtenrückgang zur neuen Mütterlichkeit? Über private und politische Interessen am Kind*. Frankfurt a.M.
- Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. (Hg.). 1994. *Riskante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Becker, G. S. 1991. *A treatise on the family*. Cambridge, Massachusetts. Enlarged edition.
- Benard, C.; Schlaffer, E. 1993. *Sagt uns, wo die Väter sind: Von Arbeitssucht und Fahnenflucht des zweiten Elternteils*. Reinbek bei Hamburg.
- Boeven, H. 1988. *Teilzeitbeschäftigte Männer und Hausmänner: Eine neue Form partnerschaftlichen Zusammenlebens*. In: E. Brähler und A. Mayer (Hg.): *Partnerschaft, Sexualität und Fruchtbarkeit: Beiträge aus Forschung und Praxis*. Berlin, S. 33-45.
- Brzoska, G.; Hafner, G.; Schäfer, E. 1990. *Aktive Vaterschaft und Elternurlaub. Gutachten für die Senatsverwaltung*. Berlin.
- Burgess, A. 1988. *Vatermythen, Vaterbilder: Die Rolle der Männer in der Erziehung*. München/Zürich.
- Cyba, E. 2000. *Geschlecht und soziale Ungleichheit: Konstellationen der Frauenbenachteiligung*. Opladen.
- Eckart, C. 1992. *Suchbild Vater: Interpretationen des Tochter-Vater-Verhältnisses aus der Sicht der Töchter: Psychoanalyse im Widerspruch*, 8, S. 7-24.
- Fthenakis, W.E.; Kunze, H.R. 1992. *Trennung und Scheidung und ihre Bedeutung für das Familiensystem*. In: J. Faltermeier und P. Fuchs (Hg.): *Deutscher Verein – Schriften allgemeinen Inhalts*. Band 30. Frankfurt a.M., S. 39-61.
- Freud, S. 1994. *Das Unbehagen in der Kultur und andere kulturtheoretische Schriften*, Frankfurt a.M.

- Garhammer, M. 1996. Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen? Familiäre Arbeitsteilung im Wandel. In: H.P. Buba, N. Schneider (Hg.): Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design. Opladen, S. 319-336.
- Gisser, R. (Hg). 2003. Population Policy Acceptance Survey (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration. Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher. Tabellenband und Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse. Forschungsbericht Nr. 25. Institut für Demographie. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien.
- Gross, I. 1995. Erhebung über die Zeitverwendung 1981 und 1992. Hauptergebnisse: I. Teil. Statistische Nachrichten 2, S. 116-121.
- Irwin, S. 1999. Resourcing the family: Gendered claims and obligations and issues of explanations. In: E.B. Silva, C. Smart (eds): The new family? London.
- König, I.; Amesberger, H.; Demel, K. o.J. Nebenjob Vater und Hausmann: Betriebliche Strukturen und gesellschaftliche Arbeitsteilung. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten und des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Umwelt. Wien.
- Kytir, J.; Buber, I.; Bichlbauer, D.; Forster, U. 1999. Bevölkerung und Familie in Oberösterreich. Vorläufiger Endbericht. Wien.
- LaRossa, R. 1997. The modernization of fatherhood: A social and political history. Chicago/London.
- Lenzen, D. 1991. Vaterschaft: Vom Patriarchat zur Alimentation. Reinbek bei Hamburg.
- Leube, K. 1989. Neue Männer, neue Väter – neue Mythen? In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute, S. 145-154.
- Marschik, M.; Johanna D. 2001. Kritische Männerforschung: Entstehung, Verhältnis zur feministischen Forschung, Kritik. In: SWS Rundschau 1/2001, S. 5-16.
- McRae, S. 1997. Household and labour market change: Implications for the growth of inequality in Britain. In: British Journal of Sociology, 48 (3), S. 384-405.
- Mitscherlich, A. 1973. Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. München.
- Novy, K.; Adam, G. 1998. Von Spielgefährten, Arbeitstieren, Sportlern und anderen Vätern: Wie Kinder ihre Väter erleben und wie Väter sich selbst sehen. Bericht zur Lage der Kinder 1998. Wien.
- Platon 1971. Der Staat. Werke in acht Bänden, hg. von Gunther Eigler, Bd. 4, Darmstadt.
- Renggli, F. 1992. Selbsterstörung aus Verlassenheit: Die Pest als Ausbruch einer Massenpsychose im Mittelalter. Zur Geschichte der frühen Mutter-Kind-Beziehung, Hamburg.

- Rosenkranz, D.; Rost, H.; Vaskovics, L.A. 1998. Was machen junge Männer mit ihrer Zeit? Die Zeitallokation junger Ehemänner im Übergang zur Elternschaft, ifb-Forschungsbericht Nr. 2, Bamberg.
- Rosenberger, S. 1995. Auswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen auf die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse. In: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten/ Bundeskanzleramt (Hg.): Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995, Wien, S. 387-397.
- Schneider, W. 1989. Die neuen Väter – Chancen und Risiken: Zum Wandel der Vaterrolle in Familie und Gesellschaft. Augsburg.
- Schmale, Wolfgang: „Männersachen“. Interview, Hermann Schlösser. In: Wiener Zeitung EXTRA 19./20. 4. 2004, S. 3.
- Stechhammer, B. 1981. Der Vater als Interaktionspartner des Kindes: Ein pädagogischer Beitrag zur Erfassung sozialer Bedingtheiten des väterlichen Interaktionsverhaltens. Frankfurt a.M.
- Tazi-Preve, I.; Bichlbauer, D.; Goujon A. Gender trouble and its impact on fertility Intentions. Yearbook of Population Research in Finland (im Erscheinen).
- Vaskovics, L. A.; Rost H. 1999. Väter und Erziehungsurlaub. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 179. Bonn.
- Walter, W.; Künzler, J. 2002. Parentales Engagement: Mütter und Väter im Vergleich. In: N. F. Schneider und H. Matthias-Beck (Hg.): Elternschaft heute: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Opladen.
- Zulehner, P. M. 1994. Österreichs Männer unterwegs zum neuen Mann? Wie Österreichs Männer sich selbst sehen und wie die Frauen sie einschätzen. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend und Familie. Wien.
- Zulehner, P. M.; Volz, R. 1999. Männer im Aufbruch: Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ostfildern.



# Die „züchtige Hausfrau“ versus „Halbe-Halbe“

## Über die Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung in Partnerschaften

### 1 Die Studie „The glass partitioning wall“

Wo waltet noch die „züchtige Hausfrau“? Ist „Halbe-Halbe“ nur eine undurchführbare Utopie in den Köpfen mancher IdealistInnen? Greifen Väter lieber zum Staubsauger oder doch eher zum Babyfläschchen? Wie rechtfertigen Männer und Frauen eine Verteilung, die so gar nicht einem partnerschaftlichen Ideal von Arbeitsteilung entspricht? Wird beinhart verhandelt oder „passiert“ die Verteilung „einfach so“?

Auf diese und noch weitere Fragen vermag die hier vorgestellte Untersuchung einige aufschlussreiche Antworten zu geben. Die in diesem Aufsatz referierten Ergebnisse sind das Resultat einer qualitativen Studie zur Arbeitsteilung in Partnerschaften mit Kindern, die von der Europäischen Union im Rahmen des sogenannten Equal-Programmes teilfinanziert wird. An diesem internationalen Forschungsprojekt nehmen neben Österreich die Länder Belgien (Scientific Institute of the Flemish Community, CBGS) sowie Holland (Nederlandse Gezinsraad, NGR) teil. Das Projekt wurde im Mai 2002 begonnen und wird im Mai 2005 seinen Abschluss finden.

Das Ziel besteht in der Ausweitung der Wissensbasis zum Thema Arbeitsaufteilung von Paaren sowie der Förderung des politischen und öffentlichen Diskurses. Die für Österreich bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse zur Arbeitsteilung hinsichtlich Hausarbeit und Kinderbetreuung bei Paaren mit Kindern sind Inhalt dieses Artikels.<sup>1</sup>

Nach einer kurzen Beschreibung der Ausgangslage, der Stichprobe und des methodischen Vorgehens werden die Inhalte der Studie erläutert. Im Anschluss daran erfolgt eine vorwiegend deskriptive Darstellung der zentralen Ergebnisse. Im Abschnitt „Entscheidungsprozess und Präferenzstrukturen von Paaren“ wird schließlich ein aus den Ergebnissen abgeleitetes, auf sogenannten „individuellen

---

<sup>1</sup> Eine ausführliche Dokumentation der Studie liegt in Form eines unveröffentlichten Forschungsberichtes bei der Autorin auf.

Präferenzen“ basierendes Erklärungsmodell vorgestellt, das das Zusammenwirken von unterschiedlichen internalen sowie externalen Faktoren bei der Entscheidung für eine bestimmte Aufgabenverteilung beschreibt.

## 2 Ausgangssituation

Führt man sich die aktuellen Daten vor Augen, die Auskunft über die Verteilung von Haushalts- und Kinderbetreuungspflichten zwischen den Partnern geben, so gewinnt man leicht den Eindruck, dass das Ideal einer egalitären Aufgabenverteilung („Halbe-halbe“) in die heimischen Haushalte noch nicht wirklich Einzug gehalten hat, zumindest nicht, was die Umsetzung betrifft.

Nach Daten des Mikrozensus (Statistik Austria 2003) ist in knapp der Hälfte aller Paar-Haushalte ohne Kinder die Frau „überwiegend alleine“ für den Haushalt zuständig, unabhängig vom Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit. Sogar wenn die Frau erwerbstätig, der Mann jedoch zu Hause ist, liegt dieser Prozentsatz noch bei 44,7%. Leben Kinder im gemeinsamen Haushalt, verstärkt sich diese Diskrepanz noch zusehends – unabhängig von der Erwerbstätigkeit führen nun bereits 61,7% der Frauen den Haushalt „überwiegend alleine“. Selbst die Konstellation „Frau erwerbstätig, Mann zu Hause“ führt bei 48% der Paare zu dieser traditionellen Verteilung (vgl. Tabelle 1). Dass dieser Prozentsatz höher liegt als bei Paaren ohne Kinder, erscheint auf den ersten Blick verwunderlich. Eine mögliche Interpretation wäre, dass die erwerbslosen Männer mit Kindern ihre Zeit eher den Kindern als dem Haushalt widmen, oder auch, dass sich in der kinderlosen Gruppe eine Reihe von älteren Paaren befindet – vor allem jene, bei denen der Mann bereits in den Ruhestand getreten ist, während die Frau noch erwerbstätig ist.

**Tabelle 1: Haushaltsführung und Erwerbsstatus von Paaren OHNE Kinder im Haushalt (Quelle: Statistik Austria 2003)**

Erwerbsstatus	Frau überwiegend alleine		Frau gemeinsam mit anderen, Mann fast nicht		Mann überwiegend alleine		Gemeinsam		Sonstiges	
	Ohne Kinder	Mit Kinder	Ohne Kinder	Mit Kinder	Ohne Kinder	Mit Kinder	Ohne Kinder	Mit Kinder	Ohne Kinder	Mit Kinder
Insgesamt	49,7%	61,7%	11%	11,9%	2%	0,7%	33,5%	23,7%	3,7%	1,9%
Beide erwerbstätig	43,8%	57,7%	9,7%	12,9%	1,6%	0,6%	41,9%	26,7%	3,1%	2%
Mann erwerbstätig, Frau z.H.	63,3%	75,5%	11,9%	9,9%	0,8%	0,2%	21,5%	12,9%	2,4%	1,5%
Frau erwerbstätig, Mann z.H.	44,7%	48%	11,8%	11,7%	3,6%	2,5%	37,5%	37%	2,3%	0,7%
Beide z.H.	52,1%	63,5%	11,3%	10,6%	2,3%	1,2%	29,5%	22,3%	4,8%	2,3%

Die überwiegende Haushaltsführung durch den Mann stellt sowohl bei Paaren mit als auch ohne Kinder die absolute Ausnahme dar: Der höchste Wert – 3,6% – wird bei kinderlosen Paaren erreicht, bei denen nur die Frau erwerbstätig ist, der Mann jedoch nicht. Die gemeinsame Haushaltsführung ist am ehesten bei kinderlosen Paaren, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, gegeben (41,9%). Hier liegt die Vermutung nahe, dass ähnliche Zeitressourcen eine Rolle spielen, da kinderlose Frauen im Vergleich zu Frauen mit Kindern viel häufiger ebenso wie der Partner einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nachgehen (vgl. z.B. Franco & Winquist 2002). Unabhängig von der Erwerbstätigkeit geben nur 33,5% an, den Haushalt gemeinsam zu führen (vgl. Tabelle 1/ Seite 2).

Bei der Kinderbetreuung ergibt sich ein etwas weniger dramatisches Bild – hier scheint eine im Vergleich zum Haushalt etwas egalitäre Verteilung vorzuherrschen (vgl. Tabelle 2)

**Tabelle 2: Kinderbetreuung und Erwerbsstatus von Paaren mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt (Quelle: Statistik Austria 2003)**

Erwerbsstatus	Frau überwiegend alleine	Frau gemeinsam mit anderen, Mann fast nicht	Mann überwiegend alleine	Gemeinsam	Sonstiges
Insgesamt	36,3%	8,7%	0,6%	53,6%	0,9%
Beide erwerbstätig	32,1%	9,3%	0,4%	57,3%	0,9%
Mann erwerbstätig, Frau z.H.	49,2%	7%	0,3%	43%	0,6%
Frau erwerbstätig, Mann z.H.	22,4%	4,9%	3,4%	68,7%	0,6%
Beide z.H.	38%	16,5%	0%	41,6%	3,9%

Der überwiegende Teil der Paare gibt an, die Kinderbetreuung zu teilen (53,6% unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Partner). Am häufigsten ist dies der Fall, wenn der Mann zu Hause, die Frau jedoch erwerbstätig ist (68,7%). „Überwiegend alleine“ für die Kinderbetreuung zuständig ist die Frau – wiederum unabhängig von der Erwerbstätigkeit – in 36,3% der Fälle. Am höchsten ist dieser Prozentsatz erwartungsgemäß, wenn nur der Mann erwerbstätig ist (49,2%). „Überwiegend alleine“ für die Kinderbetreuung zuständig ist der Mann jedoch nur in den seltensten Fällen.

Wenngleich über die Verteilung der Aufgaben hinsichtlich Haushalt und Kinderbetreuung also durchaus Daten vorliegen, so gibt es jedoch nur wenige Hinweise darauf, welche Gründe nun zu der praktizierten Verteilung führen und auch, in welcher Art und Weise Paare interagieren, um schließlich zu einer bestimmten Verteilung der Aufgaben zu gelangen. Die Ergebnisse der hier vorgestellten Studie liefern hierzu Inhalte und Antworten, die möglicherweise auch Ansatzpunkte darstellen können, um Veränderungen herbeizuführen, die den Weg zu einer egalitär(er)en Verteilung zu ebnen vermögen.

### 3 Die Stichprobe

Insgesamt wurden 40 Paare aus Wien und Niederösterreich befragt. Voraussetzung war, dass mindestens ein im selben Haushalt lebendes Kind das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet haben durfte.

Das Durchschnittsalter beträgt bei den Frauen 33, bei den Männern 35 Jahre.

Die Hälfte der Frauen und 65% der Männer sind der Gruppe der unselbständig Erwerbstätigen zuzurechnen. Insgesamt zwölf Frauen, aber auch drei Männer befinden sich in Karenz.

Dabei geben 44,7% der (insgesamt 37) erwerbstätigen Männern, jedoch keine einzige der 24 erwerbstätigen Frauen eine Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden zu Protokoll. Teilzeiterwerbstätigkeit ist bei den Frauen der Stichprobe erwartungsgemäß weit verbreitet: Bei 19 von 24 Frauen (79,2%) überschreitet die Wochenarbeitszeit nicht die 30-Stunden-Grenze.

Jeweils 18 Paare (45%) haben ein Kind bzw. zwei Kinder. Die restlichen 10% verteilen sich auf drei Familien mit drei und eine Familie mit vier Kindern.

Eine für diese Studie bewusst gewählte Abweichung von der Durchschnittsbevölkerung<sup>2</sup> betrifft den Anteil der Karenzväter. Während dieser in Österreich bei kaum mehr als zwei Prozent liegt, handelt es sich bei 12 Vätern der Stichprobe (das sind 30%) um solche, die bereits in Karenz waren, sich zum Zeitpunkt der Befragung gerade in Karenz befanden oder diese bereits fixiert hatten. Die Aussagen dieser „Väterkarenz-Paare“ vermögen wertvolle Hinweise zu geben, unter welchen Voraussetzungen die Karenz des Mannes möglich und erwünscht ist und auch in Anspruch genommen wird. Um hier weiterführende Erkenntnisse erlangen zu können, wurde in Kauf genommen, dass die Interview-TeilnehmerInnen eine weit über dem Österreich-Durchschnitt liegende Bildung aufweisen.

### 4 Methodisches Vorgehen

Im Verlauf der Befragung kamen insgesamt drei unterschiedliche Erhebungsinstrumente zur Anwendung, die sich gegenseitig ergänzten. Neben einem Fragebogen, der vorwiegend der Erfassung sozialstatistischer Daten, der Verteilung einzelner Aufgaben sowie von Einstellungen diente, kam auch ein sogenannter Q-Sort (Question-Sort) zum Einsatz, bei dem die Partner aufgefordert waren, eine individuelle Rangreihung aus insgesamt 32 unterschiedlichen Fragen (bzw. eigentlich

---

<sup>2</sup> Wie bei qualitativen Untersuchungen generell steht hier nicht die Repräsentativität im Vordergrund. Es geht vielmehr darum, Neues über Ursachen, Hintergründe, Zusammenhänge, etc. in Erfahrung zu bringen, ohne den Anspruch zu erheben, die Stichprobe stelle ein verkleinertes Abbild der „Normalbevölkerung“ dar.

Antworten) bezüglich ihrer Beweggründe für die Aufgabenverteilung hinsichtlich Haushalt, Kinderbetreuung und Erwerb vorzunehmen.

Die gemeinsame Befragung beider Partner im Rahmen eines Paar-Interaktions-Interviews bildete den wesentlichen Teil der Untersuchung. Ziel dieser im Rahmen eines Vorläuferprojekts zu dieser Studie entwickelten Interviewform<sup>3</sup> ist es, eine Diskussion zwischen den Partnern anzuregen, wobei unter anderem auch unterschiedliche bzw. widersprechende Antwortmuster aus den vorangehenden Einzelbefragungen aus Fragebogen und Q-Sort (zumeist vom Interviewer selbst) in die Debatte eingebracht werden. Alle Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet und im Anschluss daran transkribiert.

## 5 Inhalte der Studie

Bei der Untersuchung standen drei zentrale Aspekte im Mittelpunkt, deren wesentliche Inhalte im Anschluss beschrieben werden:

- Verteilung der Aufgaben
- Gründe für die Verteilung der Aufgaben
- Interaktion zwischen den Partnern

### Verteilung der Aufgaben:

Um eine Basis für weiterführende Interpretationen zu schaffen, ist es vonnöten, zunächst ein Verständnis darüber zu erlangen, wie die Aufgaben hinsichtlich Hausarbeit und Kinderbetreuung zwischen den Partnern überhaupt verteilt sind. Dabei ist nicht primär die Verteilung einzelner „Tasks“ von Interesse (wer bügelt, wer bringt das Kind zum Kindergarten, etc.), sondern vielmehr, ob eine generelle Ausgewogenheit bei der Verteilung gegeben ist oder nicht. Für die vorliegende Studie war darüber hinaus auch die Verteilung der Erwerbsarbeit wesentlich.

Für diese generelle Verteilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit erwiesen sich im Verlauf der Untersuchung vier Kategorien als sinnvoll, die folgendermaßen voneinander abgegrenzt sind:

---

<sup>3</sup> Im Rahmen des Projekts „Family Impact Monitoring“ (FIM) zum Thema „Kinderwunsch bei Paaren“ stellte sich heraus, dass sich in der Befragung von Paaren sehr häufig Unterschiede im Antwortverhalten der PartnerInnen zeigen, abhängig davon, ob sie einzeln oder gemeinsam befragt werden, und dass die in Einzelinterviews befragten PartnerInnen ihre Antwortmuster im anschließenden gemeinsamen Interview modifizierten. Als Konsequenz erfolgte die Entwicklung eines Instruments zur Beurteilung des Einflusses der Interaktion zwischen den PartnerInnen – das „Paar-Interaktions-Interview“.

### Ungleich:

- Ein Partner übernimmt die gesamte Hausarbeit (Kinderbetreuung), während der andere Partner (so gut wie) keine Aufgaben innehat.
- Ein Partner ist erwerbstätig, der andere nicht.

### Weniger egalitär:

- Ein Partner übernimmt den Großteil der Hausarbeit (Kinderbetreuung), während der andere Partner nur wenige Aufgaben innehat bzw. sich nur wenig beteiligt (Verteilung z.B. 90% versus 10%).
- Beide Partner sind erwerbstätig, aber die Wochenstundenzahl des einen Partners ist mehr als doppelt so hoch wie die des anderen (Verteilung z.B. 10 Wochenstunden versus 40 Wochenstunden).

### Eher egalitär:

- Ein Partner übernimmt den größeren Teil der Hausarbeit (Kinderbetreuung), während der andere Partner den kleineren Teil übernimmt (Verteilung z.B. 60% versus 40%).
- Beide Partner sind erwerbstätig, aber die Wochenstundenzahl des einen Partners ist geringer als die des anderen. Sie beträgt jedoch mindestens die Hälfte der Wochenstunden des Partners (Verteilung z.B. 30 Wochenstunden versus 40 Wochenstunden).

### Egalitär:

- Beide Partner beteiligen sich quantitativ in annähernd gleichem Ausmaß an der Hausarbeit.
- Beide Partner verbringen pro Woche etwa die gleiche Stundenanzahl im Erwerb.

Für jedes Paar wurde hinsichtlich der drei Kategorien (Hausarbeit, Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit) die entsprechende Zuordnung vorgenommen, wobei Veränderungen im Zeitverlauf ebenfalls aufgezeichnet wurden.

### Gründe für die Verteilung der Aufgaben

Ein grundlegender inhaltlicher Fokus der Untersuchung lag auf der Erforschung der von den InterviewpartnerInnen vorgebrachten Begründungen für die jeweilige Aufgabenverteilung. Es stellte sich heraus, dass sich die vorgebrachten Begründungen in vier Grundformen einordnen ließen:

- PS (psychosocial): Hierunter wurden jene Gründe subsummiert, die im Individuum selbst verankert sind und aus dessen Persönlichkeit resultieren (z.B. Einstellungen, Vorlieben, Abneigungen, Fähigkeiten, Ängste und Befürchtungen, etc.).  
*Beispiele: „Es macht mir nichts aus, den Haushalt zu machen“. „Ich möchte mein Kind selbst betreuen“.*

- LE (legal/ethical): Von den psychosozialen Gründen wurden die – ebenfalls auf internaler Ebene befindlichen – „legal reasons“ unterschieden. Dabei geht es um Gründe, die z.B. aus Gerechtigkeitserwägungen heraus entstehen. Im Gegensatz zu den „psychosocial reasons“ spielt hier das „Über-Ich“ eine stärkere Rolle; Faktoren wie Altruismus und übergeordnete Wertvorstellungen sind hier ausschlaggebend.

*Beispiele: „Es ist fair, dass Männer und Frauen die Hausarbeit zu gleichen Teilen übernehmen“. „Für die gesunde Entwicklung des Kindes ist es notwendig, dass sich beide Eltern um das Kind kümmern“.*

- Si (situational): Auf externaler Ebene spielen vor allem die situationsbezogenen Argumente eine Rolle. Diese dienen häufig als Begründung für eine ursprünglich nicht präferierte Verteilung von Aufgaben.

*Beispiele: „Die Frau macht mehr im Haushalt, weil sie mehr zu Hause ist.“ „Es war von meiner Firma aus nicht möglich, die Arbeitszeit zu reduzieren“.*

- ME (material, economic): Neben allgemeinen situationsbezogenen Faktoren können auch materiell-ökonomische Gründe Einfluss auf die Aufgabenverteilung ausüben.

*Beispiele: „Eine Karenz des Mannes kam aus finanziellen Gründen nicht in Frage“. „Wir können es uns nicht leisten, beide Teilzeit zu arbeiten“.*

### Interaktion

Neben den von den Partnern vorgebrachten Begründungen für die Aufgabenverteilung war für die vorliegende Studie besonders die Interaktion zwischen den Partnern interessant. Es wurden vorab drei Interaktions-Kategorien festgelegt, wobei es sich als sinnvoll erwies, zu unterscheiden, ob die jeweilige Interaktion einen Bezug zu spezifischen „Tasks“ (z.B. Bügeln) aufwies oder die Aufgabenverteilung generell betraf.

- Explizit/implizit: Hier wurde erfasst, ob eine (offene) Interaktion stattfand oder nicht, d.h. ob sich die Partner bewusst mit der Aufgabenverteilung auseinander gesetzt hatten oder mehr oder weniger in diese „hineingerutscht“ waren.

*Beispiele: „Die Aufgabenverteilung im Haushalt hat sich einfach ergeben“ (implizit, generelle Verteilung). „Über das Bügeln, das keiner gern tut, haben wir sehr viel diskutiert“ (explizit, spezifische Aufgabe).*

- Konflikt: Weiters wurde die Interaktion der Partner auch hinsichtlich ihrer Konfliktträchtigkeit analysiert. Dem Code „Conflict“ für eine konfliktvolle Interaktion wurde die Bewertung „Balance“ (bzw. „Übereinstimmung“) für eine (weitgehend) konfliktfreie Einigung über die Aufgabenverteilung gegenübergestellt.

*Beispiele: „Es gab schon oft Streit, weil er sich oft vor der Hausarbeit gedrückt hat“ (Konflikt, generelle Verteilung). „Wir waren uns einig, dass er kocht und ich die Wäsche wasche“ (Übereinstimmung, spezifische Aufgaben).*

- Dominanz: Erfasst wurde darüber hinaus noch, welcher der beiden Partner die Interaktion dominierte und den Interaktionsprozess und/oder das Ergebnis desselben steuerte.  
*Beispiele: „Ich schreibe dem Mann Listen, was im Haushalt zu tun ist“ (Dominanz Frau, generelle Verteilung). „Bügeln verweigere ich einfach, das mache ich nicht“ (Dominanz Mann, spezifische Aufgabe).*

## 6 Ergebnisse

In weiterer Folge wird nun die Verteilung der Erwerbsarbeit als wichtige Hintergrundvariable näher beleuchtet. Dem folgt eine Analyse der Ergebnisse zur Hausarbeit einerseits und zur Kinderbetreuung andererseits sowie ein Vergleich dieser beiden Bereiche, wobei jeweils die in Abschnitt 7 als Inhalte definierten Variablen „Verteilung“, „Gründe für die Verteilung“ und „Interaktion“ thematisiert werden.

## 7 Die Verteilung der Erwerbsarbeit

Die Verteilung der Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung muss immer auch vor dem Hintergrund der Erwerbskonstellation der Paare gesehen werden. Die Daten des Mikrozensus (vgl. Tabelle 1 und 2) deuten darauf hin, dass eine egalitäre Verteilung der Aufgaben wahrscheinlicher ist, wenn beide Partner erwerbstätig sind oder die traditionellen Erwerbsrollen ins Gegenteil verkehrt sind (Frau erwerbstätig, Mann zu Hause). Es erscheint auch intuitiv plausibel, dass die alleinige Übernahme des Haushaltes (bzw. der Kinderbetreuung) durch die Frau anders zu bewerten ist, wenn sie nicht erwerbstätig ist als wenn sie ebenso wie der Mann einer Vollzeitenerwerbstätigkeit nachgeht. Diese wesentliche Bedeutung unterschiedlicher Zeitressourcen kommt auch in den Aussagen der Paare deutlich zum Ausdruck.

Die Verteilung der Erwerbstätigkeit hat sehr häufig Prozesscharakter – sie verändert sich über die Jahre, wobei dieser Prozess zumeist erst mit der Geburt des ersten Kindes in Gang kommt. Hier können sich zum Teil recht komplexe Muster entwickeln – drei oder vier aufeinanderfolgende Phasen, in denen die Erwerbstätigkeit jeweils unterschiedlich zwischen den Partnern verteilt ist, stellen keine Seltenheit dar. Hier besteht naturgemäß ein Zusammenhang mit Anzahl und Alter der Kinder – hat ein Paar etwa nur ein Kind, das erst wenige Monate alt ist, werden sich die Veränderungen seit der Geburt auf eine, maximal auf zwei Phasen beschränken. Nicht außer acht gelassen werden darf daher, dass zum Zeitpunkt des Interviews immer nur eine bestimmte Stufe in einem Prozess erreicht worden ist, dieser Prozess aber auch erst am Anfang stehen kann.

Vor dem Kind überwiegt die egalitäre Verteilung der Erwerbstätigkeit. Das Vorhandensein einer ungleichen Verteilung ist vorwiegend auf eine noch nicht abgeschlossene Ausbildung eines Partners zurückzuführen (z.B. Mann ist noch Student und nicht erwerbstätig).

Ob, wann und wie bald Frauen nach der Geburt des (ersten) Kindes wieder in den Erwerb zurückkehren (bzw. eine Erwerbstätigkeit erstmals aufnehmen), hängt nun von persönlichkeitsbezogenen Faktoren (Erwerbsorientierung, Einstellung zur Mutterrolle, etc.) sowie von situativen Gegebenheiten (Wiedereinstiegsmöglichkeiten, verfügbare Kinderbetreuungsplätze, etc.) und nicht zuletzt auch von finanziellen Überlegungen ab.<sup>4</sup>

Art und Anzahl der Phasen nach der Geburt werden darüber hinaus, wie die Ergebnisse zeigen, offenbar durch bestimmte „Hintergrundvariablen“ bestimmt, die in der Regel typische Verlaufsmuster bedingen. Zu nennen wären hier folgende Punkte:

- gängige Karenzpraxis: In Österreich stellt es den Regelfall dar, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes für eine gewisse Zeit (selten kürzer als ein Jahr) aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Eine traditionelle Verteilung hinsichtlich der Erwerbstätigkeit wird in dieser Zeit nur von wenigen Paaren in Frage gestellt; eine Phase der „Ungleichheit“ ist in den meisten Fällen (auch in der untersuchten Stichprobe) obligatorisch.
- gängige Wiedereinstiegspraxis: Eine weitere Phase nimmt ihren Anfang, sobald die Frau in den Erwerb zurückkehrt. Nun hängt es vom Stundenausmaß der Frau (bzw. dem Verhältnis der Wochenstundenzahlen beider Partner) ab, inwieweit eine Ungleichheit im Zeitbudget (weiterhin) besteht.
- Kinderzahl: Ein weiteres Kind bedingt häufig auch eine höhere Anzahl an Veränderungen (bzw. Phasen). Nach einem Wiedereinstieg kann nun anlässlich der Geburt eines weiteren Kindes erneut eine Phase der Erwerbslosigkeit folgen, die dann wiederum von einer Phase der Erwerbstätigkeit abgelöst wird.
- Alter des Kindes: Je älter das Kind, umso höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Mutter wieder in den Erwerb einsteigt und das Paar somit in eine neue Phase eintritt. Die geringste Anzahl an Phasen ist bei Paaren mit nur einem Kind, welches sich darüber hinaus noch im Säuglingsalter befindet, zu erwarten.
- Väterkarenz: Ein Karenzwechsel geht naturgemäß mit einer höheren Anzahl an Phasen unterschiedlicher Erwerbskonstellationen einher. In der untersuchten Stichprobe konnten aufgrund der Inanspruchnahme der Väterkarenz bis zu vier aufeinanderfolgende Phasen identifiziert werden.

---

<sup>4</sup> Auf die diesbezüglichen, von den InterviewpartnerInnen vorgebrachten Begründungen wird an dieser Stelle nicht näher eingegangen; diese sind jedoch dem (unveröffentlichten) Ergebnisbericht zu entnehmen.

Ausgehend von der Verteilung der Erwerbstätigkeit und den stattgefundenen Veränderungen stellt sich nun die Frage, ob auch die Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung an die veränderten Bedingungen angepasst werden bzw. wurden. Inwieweit dies der Fall ist bzw. welche Gründe für bzw. gegen eine entsprechende Anpassung vorgebracht werden, ist Thema der folgenden Abschnitte.

## 7.1 Hausarbeit

### 7.1.1 Die Verteilung der Hausarbeit

90% der befragten Paare (d. s. 36) plädieren explizit dafür, dass die Hausarbeit grundsätzlich egalitär aufgeteilt werden sollte. Diese Vorstellungen gelangen jedoch in vielen Fällen nur eingeschränkt zur praktischen Umsetzung.

Was die Verteilung der Hausarbeit VOR der Geburt des (ersten) Kindes betrifft, geben die befragten Paare der Stichprobe im Vergleich zur österreichischen Durchschnittsbevölkerung (vgl. Tabelle 1/ Seite 2) eine egalitärere Verteilung zu Protokoll – 62,5% (d.h. 26 Paare) sprechen von einer Verteilung, die „eher egalitär“ oder „egalitär“ war (Österreich-Durchschnitt maximal 44,9% bei Erwerbstätigkeit beider Partner). Dies dürfte mit dem Umstand zusammenhängen, dass es sich einerseits um eine jüngere, andererseits um im Durchschnitt hoch gebildete Paare handelt.

Auch in Bezug auf den Haushalt findet mit der Geburt des (ersten) Kindes oftmals eine Entwicklung statt, die jedoch offenbar weniger häufig als bei der Erwerbstätigkeit auftritt oder zumindest weniger klar in den Interviews zum Ausdruck kommt. Veränderungen sind hier oft fließend und werden von den PartnerInnen möglicherweise nicht so bewusst als solche wahrgenommen, während eine Veränderung der Erwerbstätigkeit sich eindeutig in Stunden dokumentieren lässt.

Dennoch lassen sich auch hier bis zu drei Phasen identifizieren. Ähnlich wie in der österreichischen Durchschnittsbevölkerung findet auch in der untersuchten Stichprobe eher eine Entwicklung in Richtung einer Abnahme der egalitären Verteilung statt. Mehr als die Hälfte der Paare findet jedoch – zumindest vorübergehend – zu einer egalitären oder eher egalitären Verteilung zurück. Lediglich 14 Paare (35%) konnten oder wollten auch nach der Geburt des Kindes eine egalitäre oder eher egalitäre Verteilung dauerhaft aufrecht erhalten.

Vor dem Hintergrund der veränderten Erwerbskonstellation erweisen sich die Paare der Stichprobe wiederum als etwas partnerschaftlicher orientiert als der österreichische Durchschnitt (vgl. Tabelle 1/ Seite 2). Bei Paaren mit Kindern, bei denen der Mann erwerbstätig und die Frau zu Hause ist, ist die Frau laut Mikrozensus (Statistik Austria 2003) in 75,5% der Haushalte überwiegend alleine

für den Haushalt zuständig. Zieht man für die Stichprobe die Anfangsphase heran, in der 37 der 40 Frauen nicht erwerbstätig waren, so war die Verteilung lediglich bei 57,5% der Paare (23) so, dass die Frau überwiegend oder ganz alleine zuständig war.

Wenn die 40 Paare der Stichprobe auch im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt etwas mehr auf eine partnerschaftliche Teilung der Hausarbeit Wert zu legen scheinen, so zeigen sich doch ganz ähnliche Tendenzen, die in Richtung einer stärkeren Traditionalisierung der Aufgaben nach der Geburt eines Kindes laufen.

Die Betrachtung spezifischer Haushaltsaufgaben offenbart eine gewisse Unausgewogenheit hinsichtlich einzelner „Tasks“. Als fast „reine Frauensache“ erweist sich das Bügeln – nur zwei Männer der Stichprobe haben diese Aufgabe übernommen; weitere drei teilen sie sich mit ihrer Partnerin. Auffallend häufig wird diese Aufgabe offenbar ausgelagert – 17 Frauen (42,5%) geben an, dass keiner von beiden diese Aufgabe übernimmt. Nur zwei Aufgaben – nämlich Reparaturarbeiten und Gartenarbeit – sind vorwiegend „Männersache“. Die übrigen Aufgaben werden überwiegend entweder von der Frau oder von beiden Partnern gemeinsam erledigt. Dabei ist die Beteiligung der Männer in der Küche (Abendessen zubereiten, Abwaschen) höher als bei anderen Tätigkeiten. Relativ häufig sind die Männer offenbar bereit, das Frühstück zuzubereiten – wenn es vorwiegend eine Person macht, dann ist dies häufiger der Mann als die Frau.

Geht man nun noch der Frage nach, ob bestimmte Tätigkeiten „immer schon“ Sache der Frau bzw. Sache des Mannes gewesen seien, so zeigt sich eine recht hohe Zustimmung: In Bezug auf die Frau ist dies bei 27 Paaren der Fall – dies betrifft sehr häufig das Bügeln oder andere Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Wäsche; in Bezug auf den Mann handelt es sich um 25 Paare – hier wird zumeist das Reparieren genannt.

Insgesamt erscheint die Verteilung spezifischer Aufgaben sich doch recht stark an traditionellen Rollenmustern zu orientieren, obgleich auch eine gemeinsame Erledigung häufig ist. Dass Männer hier eher ihren Beitrag an den „kreativeren“ Tätigkeiten leisten, bei reproduzierenden Aufgaben wie Bügeln, Wäsche waschen, aufräumen und putzen hingegen tendenziell eher zurückhaltend sind, steht im Einklang mit zahlreichen Ergebnissen aus der Literatur. So offenbart etwa eine Auswertung von Zeitverwendungsdaten (Quelle: IMAS 2003) mit einer selektierten Stichprobe von 108 Männern bzw. 162 Frauen mit Kindern unter 15 Jahren beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Präferenz für bestimmte Tätigkeiten. Es geben beispielsweise 63% der Frauen, aber nur 18,5% der Männer an, „sehr gerne“ oder „ganz gerne“ die Wäsche zu waschen. Beim Kochen beträgt das Verhältnis 72,8% (Frauen) zu 41,7% (Männer). Für das Kochen können sich also weitaus mehr Männer erwärmen. Bei allen angeführten Aufgaben (wie Aufräumen, Wäsche

waschen, bügeln, Geschirr reinigen, etc.) geben Frauen bei weitem häufiger an, diese Tätigkeit „sehr gern“ oder „ganz gern“ zu tun, wobei die Unterschiede zwischen rund 12% und fast 50% schwanken.

### 7.1.2 Gründe für die Verteilung der Hausarbeit

Als Hauptgrund für die Verteilung der Hausarbeit werden Vorlieben und Fähigkeiten genannt. 28 Paare nennen dies explizit als „Verteilungskriterium“. Dies sagt jedoch noch wenig über die Quantität der Hausarbeit aus, die jedem Partner zugeordnet ist, sondern betrifft lediglich die Übernahme einzelner Aufgaben. Dies impliziert, dass auch bei einer quantitativ egalitären Verteilung durchaus auch geschlechtsspezifische Muster existieren können.

Interessant ist, dass bei Vorliegen einer (zumindest eher) egalitären Verteilung zumeist nur der persönliche Wunsch nach einer solchen bzw. einer anderen Verteilung als die der eigenen Eltern (PS) wird. Gerechtigkeitswägungen werden explizit kaum angesprochen.

Bei den wenigen Fällen, in denen der Mann sich nach Geburt des Kindes (zumindest phasenweise) mehr im Haushalt beteiligt als vor dem Kind, überwiegen hingegen die situationsbezogenen Gründe ("Die Frau war völlig mit dem Kind beschäftigt" bzw. „Mann verbringt mehr Zeit zu Hause als vor dem Kind“).

Betrachtet man nun jene 27 Fälle, bei denen die Frau nach der Geburt des Kindes (zumindest vorübergehend) den überwiegenden Teil der Hausarbeit übernommen hat (Verteilung „ungleich“ oder „weniger egalitär“), so wird dies zumeist damit begründet, dass die Frau mehr Zeit zur Verfügung hat(te). Das heißt, es wird hier vorwiegend situationsbezogen argumentiert.

In jenen Fällen, in denen sich die Beteiligung des Mannes nach der Geburt des Kindes verringert hatte (18 Paare), wird als Begründung neben dem Zeitargument auch von 8 Paaren angegeben, es sei wichtiger, dass sich der Mann mit den Kindern beschäftige als mit dem Haushalt. Hier findet also eine Verschiebung der Prioritäten statt.

In den Interviews kommen jedoch auch zahlreiche Begründungen dafür, dass die Frau *generell* mehr Hausarbeit übernimmt, zur Sprache. Diese sind ausschließlich auf persönlicher Ebene (PS – psychosocial reasons) angesiedelt. 12 Paare geben etwa an, dass der Mann eine „höhere Schmutztoleranz“ hat. Es wird auch mitunter darauf hingewiesen, dass der Mann niedrigere Ansprüche an den Haushalt stellt als die Frau oder dass der Haushalt einfach nicht wichtig für ihn ist. Eine Rolle spielt zuweilen auch der Umstand, dass der Mann bestimmte Aufgaben einfach verweigert oder dass es der Frau nichts ausmacht, mehr zu tun. Von einigen Frauen wird auch angegeben, sie seien „so erzogen worden“ bzw. es sei „Tradition“, dass die Frau den größeren Anteil des Haushalts übernehme.

### 7.1.3 Interaktion

Die Verteilung der Hausarbeit hat sich beim Großteil der Paare (29 von 40) „so ergeben“, ist also implizit erfolgt. Nur bei einem Viertel der Paare wurde über die grundsätzliche Verteilung (nicht die Verteilung einzelner Aufgaben!) explizit diskutiert.

Bei gut der Hälfte der Paare (d.s. 21) erfolg(t)en Debatten über die Verteilung hauptsächlich anlassbezogen, es fanden jedoch keine Grundsatzdiskussionen statt, bei den restlichen 19 Paaren kann darüber keine Aussage getroffen werden.

Konflikte entzündeten sich zumeist an spezifischen Aufgaben (z.B. Bügeln oder Aufräumen); nur ein geringer Teil der Paare führt(e) konfliktreiche Grundsatzdiskussionen, um zu einer Einigung zu gelangen. Motor der Interaktion ist dabei meist die Frau, während der Mann eher der Reagierende ist bzw. manchmal auch durch Passivität oder Verweigerung indirekt die Verteilung bestimmt.

Die häufig gegebene implizite Hauptverantwortlichkeit der Frau für den Haushalt kommt primär in den Aussagen der Frauen selbst zum Ausdruck. Auch wenn sich beide Partner grundsätzlich über die Wichtigkeit einer egalitären Verteilung der Hausarbeit einig sind, so ist es dennoch überzufällig häufig die Frau, die darüber entscheidet, was, wann, wie und wie oft zu tun ist, während der Mann eher den reaktiven Part einnimmt. Die höhere Kompetenz der Frau wird häufig unausgesprochen als gegeben angenommen. Zwei Zitate aus den Interviews mögen dies illustrieren:

*Frau: „Früher habe ich ihm halt gesagt, was er zu tun hat, nicht, ich habe ihm eine Liste geschrieben und das hat er dann brav gemacht. [...] G. hat immer gesagt, ich sehe das nicht, habe ich gesagt, dann muss ich ihm das eben halt aufschreiben.“* (Interview 4, S.1)

*Frau: „Beim Geschirrabwaschen ist er sehr unlogisch vorgegangen (...) Wäsche-aufhängen ist auch etwas, das so gemacht werden muss, wie ich mir das vorstelle.“* (Interview 11, S. 5/6)

Diese Dominanz der Frau kann auch dazu führen, dass sich der Mann von bestimmten Tätigkeiten zurückzieht.

*Mann: „Die Arbeit zu machen, zu putzen ist nicht das Problem, sondern dass ich so putze wie sie es will, das ist das Problem. Wenn ich irgendwas mache und ich sehe, sie macht es zwei Minuten später auch noch einmal, das ist natürlich, ja, dann mache ich es einfach nicht mehr. Dann sind halt solche Sachen, gewisse Sachen kann ein Mann nicht so machen wie eine Frau“* (Interview 34, S. 2)

In diesem Sinne vermag häufig auch die Interaktion zwischen den Partnern einer ungleichen Verteilung der Hausarbeit Tür und Tor zu öffnen, obgleich vordergründig oft besonderer Wert auf eine egalitäre Beteiligung des Mannes gelegt wird.

## 7.2 Kinderbetreuung

### 7.2.1 Die Verteilung der Kinderbetreuung

Nicht nur bei den Paaren der Stichprobe sondern auch in der österreichischen Gesamtbevölkerung scheint die Entwicklung hinsichtlich der Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung jener hinsichtlich der Beteiligung am Haushalt voranzueilen (vgl. Tabelle 2).

Immerhin 27 Paare praktizieren dauerhaft eine egalitäre oder eher egalitäre Verteilung. Veränderungen werden hier weitaus seltener angegeben – nur drei Paare berichten von zwei oder drei Veränderungen in der Beteiligung.

Kinderbetreuungsaufgaben werden häufig von beiden Partnern wahrgenommen; dies betrifft vor allem Aktivitäten wie „mit Kindern spielen“, „Kinder ins Bett bringen“ oder „Kinder anziehen“. Eine alleinige Verantwortung des Mannes für spezifische Aufgaben ist jedoch noch unwahrscheinlicher als bei der Hausarbeit. Verhältnismäßig häufig (7 Nennungen) wird noch „Kinder baden“ von den Männern als ihre Aufgabe gesehen. „Kleider für die Kinder zu kaufen“ bleibt fast ausschließlich den Frauen überlassen. Ähnlich wie bei der Hausarbeit gilt auch hier: Entweder die Aufgaben werden geteilt (was bei der Kinderbetreuung häufiger der Fall ist als beim Haushalt) oder sie werden vorwiegend bis ausschließlich von der Frau erledigt.

Nahezu alle Frauen (d.s. 37) sind in der Vergangenheit bereits in Karenz gewesen oder befinden sich derzeit in Karenz. Der Anteil der Karenzväter in dieser Stichprobe ist, wie bereits einleitend angemerkt, bewusst hoch gewählt. Im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung geringe 70% (28 von 40 Vätern) waren nie in Karenz und planen dies auch nicht für die Zukunft.

Fragt man jedoch nach der Dauer der Zeit, die die Mutter bzw. der Vater zu Hause bei dem Kind (zumeist in Karenz) verbracht haben, so wird deutlich, dass keiner der Väter länger als 12 Monate zum Zwecke der Kinderbetreuung (zumindest teilweise) aus dem Erwerb ausgestiegen ist. Der Großteil der Männer, die bereits in Karenz waren oder derzeit sind, nahm (bisher) eine Karenzzeit von maximal sechs Monaten in Anspruch, während die meisten Frauen längere Karenzzeiten wählten bzw. zum Teil über die Zeit der Karenz hinaus beim Kind blieben.

### 7.2.2 Gründe für die Verteilung der Kinderbetreuung

Auch wenn eine gewisse Tendenz zur Egalität herrscht – von einer (durchgängigen) völligen Gleichverteilung kann eigentlich nur bei sieben Paaren gesprochen werden. Interessant ist hierbei auch, dass hier offenbar ein höherer Rechtfertigungsdruck herrscht und sich Paare auch bei einer annähernd gleichen Verteilung

offenbar häufiger veranlasst fühlen, auch die geringfügigen Ungleichheiten zu begründen. Neben situativen Gründen (SI) – wiederum wird hier von 15 Paaren das Zeitargument angeführt<sup>5</sup> – sind die Ursachen häufig auf persönlicher, psychosozialer Ebene (PS) zu finden. Bei den situationsbezogenen Gründen wird neben dem Zeitargument auffallend häufig auch das Stillen genannt.

Analysiert wurden weiters die Gründe, die nach Meinung der Paare gegen eine Karenz des Mannes sprachen. Wiederum überwiegen hier die persönlich motivierten Gründe. Hierbei zeigt sich, dass doch in einigen Fällen die Karenz des Mannes von der Frau dezidiert abgelehnt wurde. Finanzielle Gründe und die Überlegungen, dass der/die Besserverdienende nicht die Arbeitszeit reduzieren sollte, spielen natürlich ebenso eine wichtige Rolle.

Eine (hohe) Beteiligung des Mannes wird zumeist mit psychosozialen (PS) aber auch mit „legal-ethical“ (LE) Argumenten begründet. Jene zwölf Paare, die die Väterkarenz in Anspruch genommen haben bzw. dies fix geplant haben, fühlten sich in besonderem Maße aufgefordert, ihre spezifischen Gründe für diese Entscheidung darzulegen. Bei den Begründungen für ein hohes Engagement des Mannes sowie für die Übernahme der Karenz tritt der seltene Fall ein, dass die sogenannten „legal/ethical reasons“ (LE) (überhaupt) anzutreffen sind und sogar den Großteil der Begründungen abdecken. Es wird deutlich, dass hier übergeordnete Wertvorstellungen eine recht große Rolle spielen dürften.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass eine starke Motivation für die Beteiligung des Vaters an der Kinderbetreuung bzw. eine Inanspruchnahme der Karenz durch den Vater auch in einer strikten Ablehnung außerhäuslicher Betreuung wurzeln bzw. zumindest mitbeeinflusst werden kann. Gegenüber der Unterbringung in einer Kinderkrippe (zum Teil definiert als „abschieben“, oder „weggeben“) erscheint die Betreuung durch den Vater in den meisten Fällen zumindest als das geringere Übel...

### 7.2.3 Interaktion

Generell werden hier kaum Konflikte berichtet; die Verteilung erfolgte größtenteils „automatisch“ und im gegenseitigen Einverständnis.

---

<sup>5</sup> In Abschnitt „Begründung für die Verteilung“ wird näher auf das bei der Kinderbetreuung im Gegensatz zur Hausarbeit geringere Gewicht des Zeitarguments eingegangen.

## 7.3 Vergleich Hausarbeit und Kinderbetreuung

### 7.3.1 Verteilung

Nur in zwei Fällen (5%) beteiligt sich der Mann mehr am Haushalt als an der Kinderbetreuung. 40% der Väter widmen der Kinderbetreuung mehr Zeit als dem Haushalt. Bei einem Drittel ist der Anteil von Kinderbetreuung und Haushalt in etwa gleich.

Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang, dass in Bezug auf den Haushalt die Männer ihren Anteil geringer einschätzen als die Frauen tun. Dies zeigt sich etwa im Fragebogen in Bezug auf die Verteilung der einzelnen Aufgaben – hier geben Männer öfter an, dass diese Tätigkeiten die Frau allein ausführt, während die Frauen hier eher meinen, die Aufgabe werden von beiden Partnern gleichermaßen wahrgenommen. Zuweilen wird auch angemerkt, es sei „dem Mann gar nicht so bewusst, was er alles tut“ (Interview 10, S.1). Ein Interview sticht bezüglich dieser Diskrepanzen in der Wahrnehmung besonders hervor: Während die Frau angibt, dass vor dem Kind eine im großen und ganzen egalitäre Verteilung der Hausarbeit geherrscht habe, sagt der Mann an anderer Stelle: *„ja, na ja, also bei der Aufteilung im Sinne vom Haushalt hat sich sicher überhaupt nichts geändert, weil ich ja vorher auch nicht viel gemacht habe“* (Interview 4, S. 6). Es zeigt sich, dass Männer und Frauen hier unterschiedliche Maßstäbe anlegen – während Frauen häufiger das unterschiedliche Zeitbudget der Partner berücksichtigen, schätzen Männer eher ihren absoluten Anteil an der Hausarbeit ein und gelangen so häufig zu einem dementsprechend negativen Resultat.

Das „mildere Urteil“ der Frauen resultiert auch häufig aus Vergleichsprozessen, die die Beteiligung des eigenen Partners in günstigerem Licht erscheinen lassen, als es möglicherweise der Realität angemessen wäre.<sup>6</sup>

Interessanterweise verhält es sich bei der Kinderbetreuung umgekehrt: Während Männer ihren eigenen Anteil hier eher höher einschätzen als die Frauen und z.B. im Fragebogen bei einzelnen Aufgaben öfter angeben *„(wir erledigen diese Aufgabe) beide gleichermaßen“*, sind Frauen hier weniger von der Existenz einer egalitären Verteilung überzeugt und bedauern häufig, dass nicht noch mehr Beteiligung des Vaters gegeben ist. Denkbar ist hier die Interpretation, dass vor allem die nicht-erwerbstätigen Frauen ihren eigenen Anteil an der Kinderbetreuung – und hier vor allem das ständige Verfügbarkeit, verbunden mit einem hohen Grad an Fremdbestimmtheit durch das Kind – subjektiv als sehr hoch empfinden und vor diesem Hintergrund die Beteiligung des Vaters vergleichsweise gering erscheint. Einige Frauen schildern ihre Erleichterung, am Abend, wenn der

---

<sup>6</sup> Wie z.B. eine Studie von Mikula & Freudenthaler (1999) zeigt, spielen soziale Vergleichsprozesse bei der Wahrnehmung von (Un-)Gerechtigkeit bei der Verteilung von Haushalt und Kinderbetreuung eine zentrale Rolle.

Mann nach Hause kommt, das Kind bzw. die Kinder endlich für einige Zeit „abgeben“ zu können und sich in Ruhe Haushaltstätigkeiten widmen zu können, die gleichsam als „Entspannung“ empfunden werden:

*Frau: „[...] also, wenn du daheim warst und es war irgendwas zu tun, hast du eher mit dem M. was gemacht oder gespielt oder aufgepasst und ich habe halt schnell geputzt oder weggeräumt oder so [...], und es war auch für mich okay, weil ich den M. auch den ganzen Tag gehabt habe, und es war eigentlich ganz nett, einmal in Ruhe etwas zusammenzuräumen oder zu putzen, und mir war das ganz recht [...].“* (Interview 35, S. 4)

Dies wiederum trägt naturgemäß zu einer geringeren Beteiligung des Mannes an Haushaltstätigkeiten bei.

### 7.3.2 Begründung für die Verteilung

Grundsätzlich spielen intrapersonelle Gründe (PS) die Hauptrolle bei der Verteilung von Aufgaben. Dies gilt für die Hausarbeit ebenso wie für die Kinderbetreuung.

Während bei der Hausarbeit übergeordnete Wertvorstellungen von gerechter Verteilung und angemessener bzw. notwendiger Beteiligung kaum als solche zum Ausdruck gebracht werden, spielen sie bei der Kinderbetreuung jedoch eine wesentliche Rolle. Begründungen für eine egalitäre Verteilung fallen bei der Kinderbetreuung (bzw. auch bei der Karenz des Vaters) weitaus präziser aus als bei der Hausarbeit, wo oftmals höchstens mit einem „ich wollte das so“ bzw. „es war mir wichtig“ argumentiert wird. Zuweilen besteht dieser konkrete Wunsch (bzgl. der Hausarbeit) auch nur bei der Frau, und der Mann versucht lediglich, sich an diese Vorstellung anzupassen, ohne dass es ihm selbst wirklich ein persönliches Anliegen ist.

Im Gegensatz dazu bringen Männer für ihre Beteiligung an der Kinderbetreuung zahlreiche differenzierte Gründe vor. Dies hat vielleicht auch eine Ursache darin, dass mit der Betreuung des Kindes auch eine Beziehung zu einem anderen Menschen verknüpft ist. Salopp gesprochen: Während es dem Badezimmer mit Sicherheit egal ist, ob es vom Mann oder von der Frau geputzt wird, wirkt sich eine Beteiligung an der Kinderbetreuung direkt auf die Beziehung zum Kind und auf dessen Entwicklung und Persönlichkeit aus. Eine Beteiligung an der Kinderbetreuung wirkt beziehungsstiftend bzw. ist notwendige Voraussetzung, um eine (enge) Beziehung zum Kind aufbauen zu können. Während also eine eingeschränkte Beteiligung an der Hausarbeit für den Mann keineswegs unbedingt weder unmittelbar noch auf lange Sicht gesehen von Nachteil sein muss (im Gegenteil...), muss ein weitgehender Rückzug aus der Kinderbetreuung zumeist mit einer weniger intensiven und engen Beziehung zum Kind bezahlt werden.

In Einklang damit steht auch der Umstand, dass das Zeitargument beim Haushalt viel stärker zum Tragen kommt als bei der Kinderbetreuung. Steht z.B. aufgrund der Erwerbstätigkeit wenig Zeit zur Verfügung, erhält die Kinderbetreuung zumeist Priorität. Zu dieser persönlichen Motivation des Vaters, sich an der Kinderbetreuung zu beteiligen, tritt dann häufig noch der oben genannte Umstand, dass es für die Mutter häufig eine Erleichterung darstellt, das Kind für einige Stunden oder auch nur Minuten „abgeben“ zu können, um sich wenigstens für kurze Zeit uneingeschränkt und ohne ständig auf Abruf bereit zu stehen, einer Tätigkeit widmen zu können. Viele Mütter kleiner Kinder werden der Aussage einer gestressten Mutter zustimmen können, dass sie „in dieser einen Stunde am Abend ohne Kind mehr weiter bringe als den ganzen Tag neben dem Kind“.

Eine Beteiligung des Vaters an der Kinderbetreuung bezieht also aus mehreren Quellen ihre Motivation. Sein Anteil an der Hausarbeit verliert demgegenüber zunehmend an Bedeutung.

### 7.3.3 Interaktion

Bei 26 Paaren können Rückschlüsse gezogen werden, ob eher der Haushalt oder eher die Kinderbetreuung Anlass zu Diskussionen gab. Es zeigt sich, dass der überwiegende Teil dieser Paare mehr über Haushaltsangelegenheiten diskutierten als über Kinderbetreuung.

Generell scheint die Beteiligung des Mannes bei der Kinderbetreuung selbstverständlicher, konfliktfreier und weniger von traditionellen Rollenklischees geprägt zu sein.

Muster, die ein Ungleichgewicht in den Kompetenzzuschreibungen abbilden, sind bei der Kinderbetreuung bei weitem seltener anzutreffen. Männer schreiben sich häufiger ähnliche Kompetenzen zu und ziehen sich weniger auf eine reaktive Helfer-Position zurück, während Frauen bereitwilliger die Position der Hauptverantwortlichen, die die Regeln festlegt, abgeben.

Auf der anderen Seite steht jedoch fast ausnahmslos für beide Partner außer Frage, dass die Frau sich zumindest in den ersten Lebensmonaten des Kindes völlig oder zumindest größtenteils aus dem Erwerb zurückzieht, um sich der Kinderbetreuung zu widmen. Für die meisten Frauen ist es unvorstellbar, ihr Kind bereits in den ersten Lebensmonaten außer Haus zu geben.

Eine Umkehrung der Rollen erscheint speziell in den ersten Lebensmonaten des Kindes bei der Kinderbetreuung weitaus undenkbarer als bei der Hausarbeit. Auch wenn es theoretisch im Bereich des Möglichen liegt, stellt die Variante „Mann nimmt nach dem Mutterschutz der Frau ein bis zwei Jahre Karenz in Anspruch, während die Mutter voll erwerbstätig bleibt“ mit Sicherheit eine krasse Ausnahme dar.

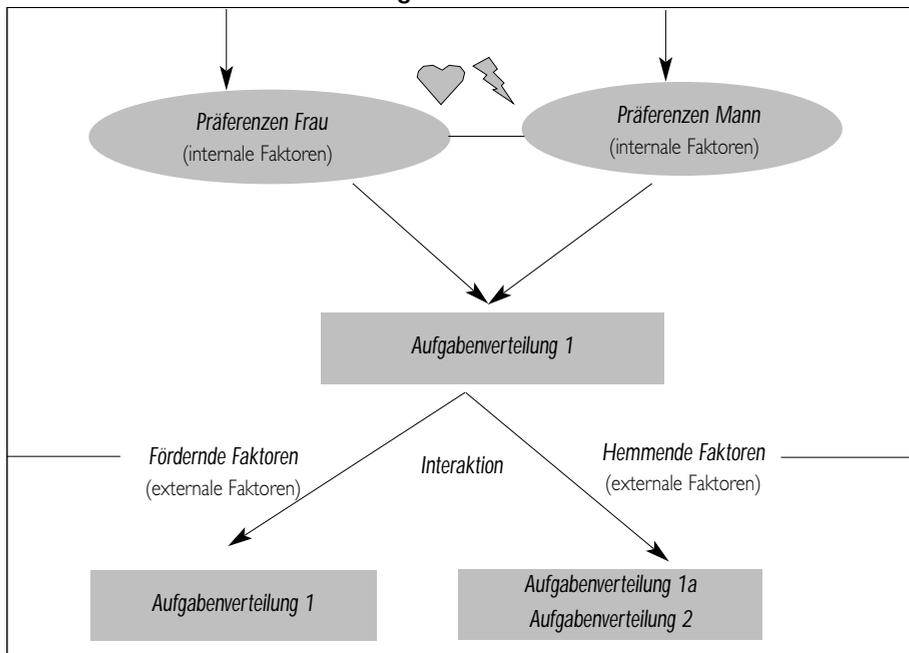
# 8 Entscheidungsprozess und Präferenzstrukturen von Paaren

## 8.1 Modell und Typologie

Im Verlauf der Studie kristallisierte sich ein Entscheidungsprozessmodell heraus, das sich im Grunde auch auf andere Entscheidungen übertragen lässt, insbesondere auf jene, die jederzeit zurückgenommen oder verändert werden können und wo ein Kompromiss möglich ist.

Dieses Modell ist in Abbildung 1 grafisch dargestellt.

**Abbildung 1: Entscheidungsprozessmodell bzgl. der Verteilung von Haushalt und Kinderbetreuung**



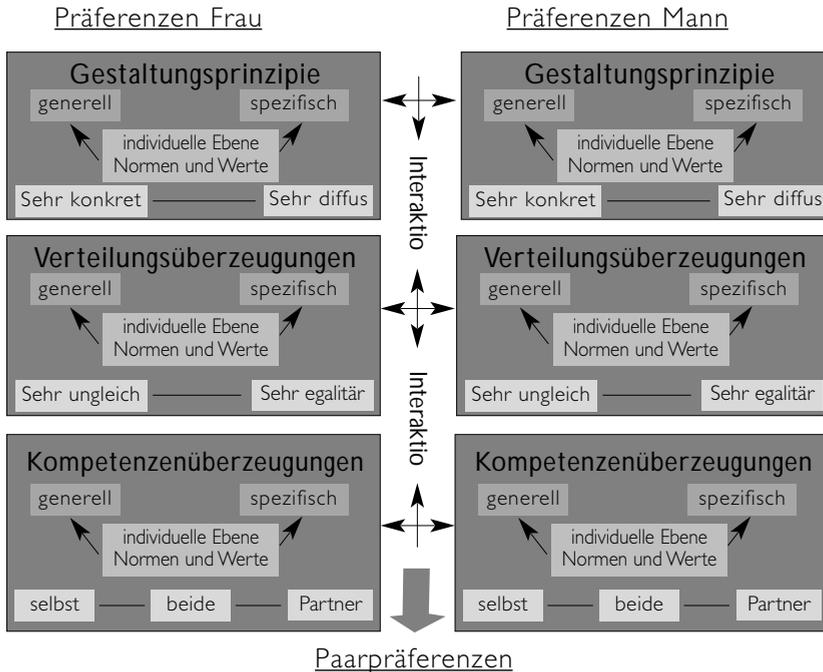
Den Ausgangspunkt des Modells – und gleichzeitig die Basis für die Identifizierung von „Typen“ (siehe weiter unten) – bilden interne Faktoren. Wünsche, Meinungen, Rollenbilder, Kompetenzzuschreibungen, etc. manifestieren sich als individuelle Präferenzen, auf welche Weise die Verteilung sowie die konkrete Durchführung gestaltet sein soll und wer in welchem Ausmaß für welche Aufgaben Verantwortung trägt. Einige dieser Präferenzen werden in den Interviews explizit als PS-Gründe (psychosocial) oder LE-Gründe (legal/ethical) sichtbar.

Da die Verteilung beide Partner betrifft, ist es notwendig, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu gelangen. Die unterschiedlichen Präferenzen der Partner können dabei zueinander in Konflikt stehen oder nicht. So stehen etwa die Präferenzen „Hausarbeit soll völlig gleich zwischen den Partnern aufgeteilt werden“ und „Ich will nicht die Wäsche waschen, das soll die Frau tun“ einen Widerspruch dar, während zum Beispiel die Aussagen „Ich übernehme gerne das Kochen, weil es mir Spaß macht“ und „Aufgaben sollen nach Vorlieben und Fähigkeiten verteilt werden“ nicht konfliktbehaftet sind. Naturgemäß erschweren widersprüchliche Präferenzen den notwendigen Entscheidungsprozess und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Auseinandersetzungen. Bei im Konflikt stehenden Präferenzen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der (die Interaktion) dominierende Partner „gewinnt“, wobei es sich zumeist um den Partner mit den traditionelleren Vorstellungen handelt.

Entscheidungen sind weiters naturgemäß von den Umständen (d.h. von externalen Umständen) reglementiert. In den Interviews werden diese Umstände explizit als SI-Gründe (situational) und ME-Gründe (material/economic) genannt. Die Umstände können die gewünschte Verteilung unterstützen, aber auch behindern. Wenn die behindernden Umstände zu großes Gewicht erlangen, wird eine andere Verteilung als die ursprünglich gewünschte die Folge sein. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass die Umstände auch Einfluss auf die ursprünglichen Präferenzen ausüben können, indem sie z.B. die Prioritäten einzelner Präferenzen verändern. So kann die Präferenz „Es ist sehr wichtig für mich, einen Job zu haben“ aufgrund der Geburt eines Kindes für eine gewisse Zeit in den Hintergrund treten.

Die im Entscheidungsprozessmodell angeführten „Präferenzen“, die den internalen Faktoren bei der Entscheidungsfindung entsprechen, bilden die Grundlage für die Identifizierung bestimmter „Paartypen“ in Bezug auf die Bereiche „Haushalt“ und „Kinderbetreuung“. Wie Abbildung 2 dokumentiert, beziehen sich die Präferenzen auf drei zentrale Bereiche, nämlich **Gestaltungsprinzipien, Verteilungsüberzeugungen** sowie **Kompetenzüberzeugungen**.

**Abbildung 2: Präferenzstruktur hinsichtlich der Bereiche „Haushalt“ und „Kinderbetreuung“**



Jeder dieser drei Bereiche kann einerseits auf den Haushalt (die Kinderbetreuung) **generell** und andererseits auf **spezifische** Einzelaufgaben (Bügeln, Windeln wechseln, etc.) bezogen werden. Zwischen generellen und spezifischen Einstellungen können beträchtliche Unterschiede bestehen – wird zum Beispiel generell bzw. rein quantitativ eine egalitäre Verteilung angestrebt, so können die einzelnen „Tasks“ durchaus sehr geschlechtsspezifisch (d.h. nicht egalitär) verteilt sein.

Bestimmt werden diese (generellen und spezifischen) Überzeugungen vorwiegend durch **Normen und Werte** ("so muss es gemacht werden; das ist Sache der Frau, Männer sind dafür besser geeignet", etc.) sowie **individuelle Faktoren** wie persönliche Vorlieben ("mir ist es wichtig, dass es so gemacht wird; diese Aufgabe mache ich gerne; ich bin im Haushalt kompetenter als mein Mann", etc.).<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Naturgemäß ist eine eindeutige Zuordnung, ob übergeordnete Normen und Werte oder lediglich individuelle Eigenheiten als Kriterium für eine bestimmte Überzeugung ausschlaggebend sind, in vielen Fällen nicht möglich. Es lässt sich aus den Aussagen der interviewten Personen nicht immer ablesen, inwieweit sie ihre eigenen Einstellungen als allgemeingültige Richtlinie oder lediglich als persönliche Vorliebe erachten.

**Gestaltungsprinzipien** bezeichnen konkrete Vorstellungen über Art und Weise der Durchführung. Beispiele wären etwa:

- ich will, dass zwei zusammengehörende Socken nebeneinander aufgehängt werden (spezifisch, individuelle Ebene)
- helle und dunkle Wäsche muss getrennt gewaschen werden, sonst kann es Verfärbungen geben (spezifisch, Normen und Werte)
- ein Haushalt muss ordentlich sein (generell, Normen und Werte)

Unter **Verteilungsüberzeugungen** fallen Meinungen und Einstellungen, wie die Aufteilung gestaltet werden soll und welche Einflussfaktoren (z.B. unterschiedliches Zeitbudget, Krankheit, etc.) als modifizierende Variable akzeptiert werden. Als Beispiele können angeführt werden:

- Männer und Frauen sollen sich im gleichen Ausmaß am Haushalt beteiligen (generell, Normen und Werte)
- Es ist gerecht, dass die Person, die mehr Zeit hat, auch mehr im Haushalt tut (generell, Normen und Werte)
- Reparieren ist Männersache (spezifisch, Normen und Werte)
- Ich büggle, weil ich es besser kann und lieber tue als mein Mann (spezifisch, individuelle Ebene)

**Kompetenzüberzeugungen** bestimmen das Ausmaß der Kompetenz, das man sich selbst bzw. dem/der PartnerIn zuschreibt. Maßgeblich ist vor allem das eingeschätzte Verhältnis von eigener und PartnerIn-Kompetenz. Beispiele für Aussagen, die Kompetenzüberzeugungen offenbaren:

- Frauen können einfach besser einen Haushalt führen (generell, Normen und Werte)
- Ich bin geschickter beim Reparieren (spezifisch, individuelle Ebene)

Auf Individuumsebene ist es nun von besonderem Interesse, in welchem Verhältnis die drei Überzeugungsebenen zueinander stehen. Es lassen sich sowohl auf der Ebene des Individuums (Frau bzw. Mann) als auch auf Paarebene typische Muster und Tendenzen identifizieren.

#### Haushalt:

In Bezug auf den Haushalt zeigt sich zum Beispiel, dass sehr konkrete Gestaltungsprinzipien sehr häufig mit hohen Kompetenzzuschreibungen an die eigene Person einher gehen. Konkret bedeutet dies, dass ein Partner (in der Regel die Frau) sehr präzise Vorstellungen davon hat, wie die Haushaltsführung aussehen soll und diese Vorstellungen als bindende Norm für alle Beteiligten erachtet. Die Ansprüche an die Haushaltsführung sind zumeist sehr hoch, in den meisten Fällen höher als die

des Partners (in den Interviews wird hier gerne der Ausdruck „niedrigere Schmutztoleranz“ gebraucht). Ist darüber hinaus bei der Frau eine traditionelle Verteilungsüberzeugung gegeben, so besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie eine traditionelle Verteilung anstrebt und den Mann eher als Eindringling in ihren Kompetenzbereich erachtet, wenn dieser sich beteiligen will. Typisch ist auch, dass der Einfluss des Zeitbudgets negiert wird, was bedeutet, dass auch bei gleichem Zeitbudget oder sogar bei größerem Zeitbudget des Mannes die Frau den überwiegenden Teil des Haushalts übernehmen will. Diese Konstellation wird häufig bei „Hausfrauenehepaaren“ beschrieben (z.B. Dierks, 1997), tritt jedoch in der vorliegenden Stichprobe nur vereinzelt auf. Ein Paradebeispiel stellt etwa die Frau aus Interview I dar, wie etwa folgende Aussagen belegen:

*Frau: „[...] das würde ich nicht wollen, dass er jetzt, wenn ich da sitz, mit dem Staubsauger herumfährt, das würde mich narrisch machen [...]“.*<sup>8</sup>

Der diesem Frauentyp entsprechende Mann weist demgegenüber eine komplementäre Präferenzstruktur auf, die durch diffuse Gestaltungsprinzipien und hohe Kompetenzzuschreibungen an die Partnerin gekennzeichnet ist. Bezüglich der Verteilungspräferenzen liegt entweder ebenfalls eine traditionelle Sichtweise vor, oder es wird auch hier die Verantwortung an die Frau delegiert, was impliziert, dass sich die betroffenen Männer offenbar wenig Gedanken über die Verteilung gemacht haben und eher eine passive, reagierende Position einnehmen.

Kennzeichnend ist auch die geschlechtsspezifische Aufteilung einzelner „Tasks“ – bei Aufgaben wie Reparaturarbeiten wird dem Mann sehr wohl die (alleinige) Kompetenz zugestanden. Die „klassischen“ Haushaltsaufgaben sind jedoch fast ausschließlich Domäne der Frau.

Es ist anzunehmen, dass mangelnde Übereinstimmung zwischen den Partnern in einem oder mehreren der drei Präferenzbereiche zu Konflikten führen muss. Dies ist etwa der Fall, wenn sich der Mann ebenso kompetent wie die Frau fühlt oder er die höhere Kompetenz der Frau in Frage stellt. Ebenso problematisch erscheinen auch nicht miteinander in Einklang stehende Verteilungsüberzeugungen. Bei den (wenigen) betroffenen Paaren der Stichprobe gehen die (sehr traditionellen) Einstellungen der Partner jedoch weitgehend konform. Dementsprechend gering wird auch das Konfliktpotential eingeschätzt.

Dieser „Paartyp“ entspricht gleichsam dem traditionellen Pol auf einem Kontinuum von „traditionell“ bis „egalitär“ (siehe Tabelle I, „traditionelles Paar“).

Zumindest in der untersuchten Stichprobe weitaus häufiger anzutreffen sind jedoch Paare, die zwar eine traditionelle Orientierung aufweisen, sich jedoch bezüglich der Verteilungsüberzeugung ganz wesentlich von „rein“ traditionellen Paaren unterscheiden, nämlich jene, die auf *genereller* Ebene eine egalitäre

---

<sup>8</sup> Anmerkung: beide Partner sind voll erwerbstätig und die Frau ist auch nahezu alleine für die Kinderbetreuung zuständig.

Verteilung anstreben (vgl. Tabelle 1: „traditionell orientierte Paare“). In diesen Fällen, für die kennzeichnend ist, dass die Beteiligung des Mannes gewünscht oder gar gefordert wird, besteht jedoch seitens der Frau die Tendenz, den Mann vorwiegend als Hilfskraft ohne Eigenverantwortung zu betrachten, der Anweisungen zu befolgen hat. Hier zeigt sich deutlich, dass eine nach außen hin egalitäre Verteilung nicht zwingend auf eine partnerschaftliche Einstellung bei der Aufgabenverteilung verweist. Dieser Frauentyp wurde bereits an früherer Stelle zitiert:

*Frau: „Früher habe ich ihm halt gesagt, was er zu tun hat, nicht, ich habe ihm eine Liste geschrieben und das hat er dann brav gemacht. [...] der G. hat immer gesagt, ich sehe das nicht, habe ich gesagt, dann muss ich ihm das eben halt aufschreiben.“* (Interview 4, S. 1)

Auch hier liegen beim Mann mit komplementärer Präferenzstruktur zumeist diffuse (oder zumindest weniger konkrete) Gestaltungsprinzipien und häufig auch geringere Ansprüche an die Haushaltsführung vor; die generell höhere Kompetenz der Frau wird nicht in Frage gestellt. Häufig ist er ebenfalls hinsichtlich der Verteilungspräferenzen an der Frau orientiert. Ein Beispiel für diesen Männertyp ist etwa der Mann aus Interview 8:

*Mann: „Ich habe einmal gesagt, ja, aber sag mir, was zu tun ist, du hast den Überblick, also wenn ich von der Arbeit heimkomme, sag mir was wichtig ist, weil sonst finde ich mir irgendwas und das ist vielleicht für dich gar nicht so wichtig.“* (Interview 8, S. 6)

Der Anspruch einer egalitären Verteilung besteht jedoch nur auf einer generellen, quantitativen Ebene. Bezüglich spezifischer „Tasks“ ist eine geschlechtsspezifische Aufteilung hingegen wahrscheinlich.

Konflikte sind bei dieser Gruppe dann zu vermuten, wenn beim Mann ebenfalls sehr konkrete Gestaltungsprinzipien vorliegen, die nicht mit denen der Frau übereinstimmen bzw. der Mann nicht willig oder imstande ist, sich an die Gestaltungsvorstellungen der Frau anzupassen. So berichtet etwa Paar 11 von Streitgesprächen aufgrund der „falschen“ Vorgangsweise des Mannes beim Geschirrabwaschen, die er jedoch mit seiner Linkshändigkeit rechtfertigt. Die zuweilen angeführten „anlassbezogenen Diskussionen“ in Hinblick auf den Haushalt sind in sehr vielen Fällen auf Ebene der Gestaltungsprinzipien zu finden. Liegen bei der Frau sehr konkrete Gestaltungsprinzipien in Kombination mit hohen eigenen Kompetenzüberzeugungen vor, fällt es ihr naturgemäß schwer, dem Partner die Freiheit zu geben, die Aufgaben auf seine Weise zu erledigen.

Aber auch bei dieser Paarkonstellation ist die Konflikthäufigkeit relativ gering, was auf das Vorliegen einer ähnlich gelagerten (d.h. komplementären) Präferenzstruktur beider Partner schließen lässt; zumeist wird berichtet, die Verteilung habe sich „so ergeben“.

Auf der anderen Seite des Kontinuums steht das idealtypische „egalitäre Paar“ (vgl. Tabelle 1, das durch egalitäre Kompetenzüberzeugungen („jeder kann alles gleich gut“) und Verteilungsüberzeugungen auf genereller wie auf spezifischer Ebene gekennzeichnet ist. Ein unterschiedliches Zeitbudget spielt für die Verteilung nur eine untergeordnete Rolle. Hier liegen entweder ähnlich konkrete (oder diffuse) Gestaltungsprinzipien vor, oder es besteht zumindest die maximale Bereitschaft, die Gestaltungsprinzipien des Partners/der Partnerin zu akzeptieren.

Im Gegensatz zum traditionellen Pol dürfte das egalitäre Ende des Kontinuums in der Praxis nur höchst selten anzutreffen sein, zumindest, sobald ein Kind geboren wird, das in der Regel eine Veränderung der individuellen Zeitbudgets der Partner auslöst. Eines der wenigen Paare der Stichprobe, das nach der Geburt des ersten Kindes versucht hat, sich an diesem Ideal der „absoluten Egalität“ zu orientieren, ist damit gescheitert:

*Frau: „Also mit dem ersten Kind haben wir ganz viel negiert, das war irgendwie, wir machen alles ganz anders und wir sind hier ganz super, und dabei ist es uns eigentlich nicht gut gegangen“.*

*Mann: „Es ist ja nicht immer so, dass man sagt, man macht alles zur selben Zeit 50:50, sondern es gibt Lebensabschnitte, und das denke ich mir, haben wir gelernt, wo man auch mal mehr übernehmen kann, jetzt bist du da und jetzt übernimmst du auch mehr, und dann dreht es sich vielleicht auch mal wieder um“.* (Interview 40, S. 6 und S. 10)

Der Typus des „egalitär orientierten Paares“ (vgl. Tabelle 1) stellt hingegen ein recht häufig vorkommendes Phänomen dar. Im Unterschied zu den „rein“ egalitären Paaren findet das individuelle Zeitbudget verstärkt Berücksichtigung, was mitunter auch – zumeist vorübergehend – zu einer sehr traditionellen Aufgabenverteilung führen kann (Mann ist erwerbstätig – Frau führt den Haushalt). Bei umgekehrter Verteilung des Zeitbudgets (z.B. Frau ist erwerbstätig und Mann in Karenz) ist jedoch ebenso eine weitgehende Umkehrung der Rollen möglich, die bedingt, dass vorwiegend der Mann für den Haushalt zuständig ist. Egalitär orientierte Paare unterscheiden sich auch dahingehend vom streng egalitären Pol, dass spezifische Tasks durchaus eine Tendenz zu einer geschlechtsspezifischen Aufteilung aufweisen können, die durch eine Aufteilung nach „Vorlieben und Fähigkeiten“ bedingt ist.

Die „ideale“ Paarkonstellation weist identische individuelle Muster beider Partner auf; Mann und Frau fühlen sich gleichermaßen kompetent und verantwortlich, streben beide eine egalitäre Verteilung an und sind sich über den Einfluss auf die praktizierte Verteilung, der dem individuellen Zeitbudget zugestanden wird, einig. Da die Partner einander egalitäre Kompetenzen zubilligen, besteht auch eine vergleichsweise geringe Neigung, die eigenen Gestaltungsprinzipien dem/der PartnerIn aufzwingen zu wollen.

Wiederum besteht bei den Paaren der Stichprobe eine hohe Einigkeit zwischen den Partnern; nur selten werden Konflikte berichtet. Auffällig ist, dass Unzufriedenheit häufig weniger in Hinblick auf das Verhalten des Partners/der Partnerin, sondern vielmehr in Bezug auf die Umstände (unterschiedliches Zeitbudget der Partner!), die eine egalitäre Verteilung behindern, geäußert wird.

**Tabelle 3: Präferenzstrukturen unterschiedlicher Paartypen in Bezug auf die Haushaltsführung**

Kontinuum		<i>Gestaltungsprinzipien</i>	<i>Verteilungsüberzeugungen</i>	<i>Kompetenzüberzeugungen</i>
	<i>Traditionelles Paar</i>	Auf genereller wie spezifischer Ebene zumeist konkretere Gestaltungsprinzipien der Frau; höhere Ansprüche der Frau	Auf genereller wie spezifischer Ebene gemäß den traditionellen Geschlechtersrollen; auf genereller Ebene wenig Berücksichtigung des individuellen Zeitbudgets	Auf genereller Ebene höhere Kompetenz der Frau, hinsichtlich spezifischer Aufgaben gemäß den traditionellen Geschlechtersrollen
	<i>Traditionell orientiertes Paar</i>	Auf genereller wie spezifischer Ebene zumeist konkretere Gestaltungsprinzipien der Frau; höhere Ansprüche der Frau	Auf genereller Ebene egalitäre Verteilungsüberzeugung unter Berücksichtigung des individuellen Zeitbudgets, auf spezifischer Ebene gemäß der traditionellen Geschlechtersrollen	Auf genereller Ebene höhere Kompetenz der Frau, hinsichtlich spezifischer Aufgaben gemäß den traditionellen Geschlechtersrollen
	<i>Egalitär orientiertes Paar</i>	Ähnliche konkrete (oder diffuse) Gestaltungsprinzipien; maximale Bereitschaft, Gestaltungsprinzipien des Partners/der Partnerin zu akzeptieren	Auf genereller Ebene egalitär; aber unter Berücksichtigung des individuellen Zeitbudgets; auf spezifischer Ebene häufig Tendenz zu traditionellen Geschlechtersrollen	Auf genereller Ebene egalitäre Kompetenzüberzeugungen, auf spezifischer Ebene häufig Tendenz zu traditionellen Geschlechtersrollen
	<i>Egalitäres Paar</i>	Ähnliche konkrete (oder diffuse) Gestaltungsprinzipien; maximale Bereitschaft, Gestaltungsprinzipien des Partners/der Partnerin zu akzeptieren	Auf genereller wie spezifischer Ebene egalitär; auf genereller Ebene wenig Berücksichtigung des individuellen Zeitbudgets	Auf genereller wie auf spezifischer Ebene egalitäre Kompetenzüberzeugungen

Kinderbetreuung:

In Bezug auf die Kinderbetreuung kann grundsätzlich von denselben Präferenzbereichen ausgegangen werden.

In der vorliegenden Stichprobe zeigt sich, dass sich die Paare in Bezug auf die Kinderbetreuung im Durchschnitt näher beim Pol „egalitäres Paar“ befinden als in Bezug auf den Haushalt. Auffällig ist vor allem, dass hier im Gegensatz zum Haushalt auf genereller Ebene egalitäre Kompetenzüberzeugungen überwiegen, d.h., Männer fühlen sich in höherem Ausmaß ebenso kompetent wie die Frau bzw. Frauen gestehen den Männern offenbar auch eine höhere Kompetenz zu als in

Bezug auf den Haushalt. Dieses Zugeständnis hat jedoch bei manchen Frauen offenbar Grenzen, wenn sich diese zu sehr aus dem Kompetenzbereich der Kinderbetreuung hinausgedrängt fühlen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es um die Inanspruchnahme der Karenz durch den Vater geht, die ja bis zu einem gewissen Grad einen Rollentausch und eine Verschiebung der Kompetenzen impliziert. Von einigen Paaren wird das Veto der Frau, wie bereits in Kapitel 8.3.2. (Gründe für die Verteilung der Kinderbetreuung) angeführt, als Argument gegen eine Karenz des Mannes genannt.

Was die Verteilungsüberzeugung betrifft, fällt bei der Kinderbetreuung auf, dass der Einfluss des Zeitbudgets bei weitem weniger akzeptiert wird und die betroffenen Paare eher ihre Unzufriedenheit mit dem Umstand ausdrücken, dass der Partner sich aufgrund seines geringeren Zeitbudgets nicht mehr in die Kinderbetreuung einbringen kann. Beim Haushalt hingegen wird eine ungleiche Aufteilung bei ungleichem Zeitbudget zumeist als gerecht und zufriedenstellend empfunden. Dies mag, wie bereits in Abschnitt 5.4.2 angesprochen, mit der beziehungsstiftenden Funktion der Kinderbetreuung (Aufbau einer Beziehung zum Kind) zu tun haben, die beim Haushalt ja nicht gegeben ist.

Gestaltungsprinzipien bzw. diesbezügliche Unterschiede zwischen den Partnern werden in den Interviews nur höchst selten thematisiert. Themen, wie die korrekte Art und Weise, ein Kind zu wickeln oder schlafen zu legen, sind offenbar nur von sehr untergeordneter Bedeutung und geben wenig Anlass zu Konflikten. Hier ist ein Zusammenhang mit der Neigung zu egalitären Kompetenzüberzeugungen zu vermuten, die es den Personen erleichtert, dem Partner die konkrete Gestaltung der Kinderbetreuungsaufgaben selbst zu überlassen. Der grundsätzlichen Beteiligung wird gegenüber dem „wie“ ein weitaus höherer Stellenwert eingeräumt.

Allerdings existieren im Bereich der Kinderbetreuung auf spezifischer Ebene auch sehr traditionelle Kompetenzüberzeugungen – naturgemäß steht hier die Ernährung des Säuglings an erster Stelle, da die natürliche (höhere) Kompetenz der Mutter durch das Stillen außer Frage steht. Wie im Kapitel 5.3. beschrieben, zeigt sich aber auch, dass gewisse Aufgaben von Männern mit höherer Wahrscheinlichkeit wahrgenommen werden als andere. An Aufgaben wie „Mit den Kindern spielen“, „Kinder baden“ und „Kinder ins Bett bringen“ beteiligen sich Männer in höherem Ausmaß als an reinen Versorgungsaufgaben (z.B. Essen für das Kind zubereiten, füttern, wickeln). Hier ist es aber möglich, dass weniger unterschiedliche Kompetenzzuschreibungen als vielmehr der Zeitfaktor eine Rolle spielt – abends sind auch andere Aufgaben relevant als tagsüber.

## 8.2 Die praktizierte Verteilung vor dem Hintergrund der individuellen Präferenzstrukturen

Als maßgebliche Variable für die praktizierte Verteilung können Verteilungsüberzeugungen identifiziert werden, wobei es eine wichtige Rolle spielt, welche Einstellung die Partner in Bezug auf den Einfluss des individuellen Zeitbudgets auf die Verteilung aufweisen.

Interessant ist hier zunächst natürlich die generelle Ebene, die bestimmt, inwieweit eine egalitäre Verteilung der Hausarbeit bzw. der Kinderbetreuung überhaupt grundsätzlich erwünscht ist. Die generelle Ablehnung einer egalitären Verteilung durch einen oder beide Partner macht eine solche höchst unwahrscheinlich.

Auf spezifischer Ebene kann insbesondere im Bereich der Haushaltsführung die Aufteilung nach Vorlieben und Fähigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer (auch zeitlich) höchst ungleichen Verteilung führen, die dennoch nicht unbedingt als ungleich oder gar ungerecht erlebt werden muss.<sup>9</sup> Die „Vorlieben und Fähigkeiten“ der Frauen betreffen häufiger zeitintensive Tätigkeiten, die sehr häufig durchgeführt werden müssen, während die klassische Männerdomäne „Reparaturarbeiten“ im Regelfall keine Dauerbeschäftigung darstellt.

Als modifizierende Variablen treten auf internaler Ebene die beiden anderen Präferenzkomponenten in Erscheinung, nämlich Kompetenzüberzeugungen und Gestaltungsprinzipien. Sind etwa die Ansprüche der Frau an die Gestaltung der Haushaltsaufgaben höher, steigt die Wahrscheinlichkeit für eine eher traditionelle Verteilung, wie die folgenden Aussagen belegen:

*Frau: „Ich brauche einen gewissen Grundlevel an Ordnung, damit ich mich organisieren kann, und ich habe dann das Gefühl gehabt, ich sitze am kürzeren Ast. Nämlich der, der ordentlich ist, oder der, der es ordentlich braucht, der muss immer dafür sorgen, dass es so ist, während der andere schnell einmal alles fallen lässt.“ (Interview 8, S. 2)*

*Frau: „Also ich bin eher ein Mensch, der will bestimmte Sachen einfach erledigt wissen und wenn ich dann sehe, das passiert einfach nicht, anstatt dass ich halt dann hingehe und sage, bitte, kann das nicht passieren, dann mache ich es halt.“ (Interview 24, S. 2)*

Unterschiedliche Gestaltungsprinzipien scheinen, wie weiter oben bereits angeführt, auf die Verteilung von Haushaltsaufgaben einen größeren Einfluss auszuüben als auf die Verteilung der Kinderbetreuung. Rigide Vorstellungen von der „einzig richtigen Vorgangsweise“, die von allen Beteiligten umgesetzt werden müssen, werden bei der Kinderbetreuung kaum berichtet.

In ähnlicher Weise begünstigen Überzeugungen, die der Frau eine grundsätzlich höhere Kompetenz in Haushaltsdingen zubilligen, eine traditionelle Verteilung. Dies drückt sich dann bezüglich des Haushalts in Aussagen von Frauen aus wie

<sup>9</sup> Zu Ungerechtigkeitswahrnehmungen und sozialen Konflikten bezüglich der Verteilung von Haushalt und Kinderbetreuung vgl. auch Mikula & Freudenthaler (1999).

„Ich mache es lieber selber; dann ist es wenigstens ordentlich gemacht“. Auf der anderen Seite kann eine hohe Kompetenzüberzeugung der Frau, die zumeist mit rigiden Gestaltungsprinzipien einhergeht, den Mann auch gleichsam die Bereitschaft zur Beteiligung austreiben, wie es in folgendem Beispiel der Fall ist:

*Mann: „Die Arbeit zu machen, zu putzen ist nicht das Problem, sondern dass ich so putze wie sie es will, das ist das Problem. Wenn ich irgendwas mache und ich sehe, sie macht es zwei Minuten später auch noch einmal, das ist natürlich, ja, dann mache ich es einfach nicht mehr. Dann sind halt solche Sachen, gewisse Sachen kann ein Mann nicht so machen wie eine Frau“ (Interview 34, S. 2)*

In Bezug auf die Kinderbetreuung gehen die meisten Paare, wie bereits diskutiert, nur in spezifischen Bereichen (z.B. Stillen) von einer grundsätzlich höheren Kompetenz der Frau aus, was dazu führt, dass die praktizierte Verteilung der Kinderbetreuung weitaus weniger in Richtung „traditionell“ beeinflusst wird.

Auf externaler Ebene spielen natürlich die spezifischen Lebensumstände – allen voran das individuelle Zeitbudget der Partner, das im Regelfall durch die Erwerbstätigkeit reglementiert wird – eine Rolle.

Dabei zeigt sich jedoch deutlich, dass die Präferenzstruktur auch einen gewissen Einfluss auf das Zeitbudget der Partner ausübt. Salopp ausgedrückt: Die Paare „richten es sich (bis zu einem gewissen Grad) schon so, wie sie es brauchen“.

Bei jenen Paaren (der Stichprobe), die von einer gleichen Kompetenz der Partner in der Haushaltsführung ausgehen, sind die Frauen auch häufiger erwerbstätig und kehren im Durchschnitt auch früher in den Erwerb zurück. Egalitäre Kompetenzüberzeugungen scheinen also umgekehrt auch häufig zu einer egalitären Verteilung des Zeitbudgets zu führen, was impliziert, dass diese Paare auch häufig mehr Wert auf eine möglichst baldige Rückkehr zu einer egalitären Verteilung der Erwerbstätigkeit legen. Hier könnte man schlussfolgern, dass die Frauen aus dieser Gruppe generell erwerbsorientierter sind, es sind aber auch alternative Interpretationen denkbar wie etwa jene, dass bei nicht-egalitärer Verteilung eine größere Diskrepanz zwischen Wertvorstellungen und Realität besteht und daher die Motivation höher ist, diese Diskrepanz zu verringern, indem die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden (z.B. auch Inanspruchnahme von Teilzeit durch den Mann).

Im Bereich der Kinderbetreuung vermögen egalitäre Kompetenz- und Verteilungsüberzeugungen wiederum die Bereitschaft erhöhen, Väterkarenz in Anspruch zu nehmen, was wiederum eine nicht-traditionelle Verteilung des Zeitbudgets nach sich zieht.

Wie bereits dokumentiert, unterliegt die Verteilung von Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung oftmals Veränderungen über die Zeit, d.h. die Paare durchlaufen eine gewisse Anzahl von Phasen, in denen die Aufgabenbereiche jeweils unterschiedlich verteilt sind. Art und Anzahl der Phasen hängt nun von ver-

schiedenen Variablen ab (jene für die Erwerbstätigkeit wurden in Kapitel 8.1. abgehandelt). Dass auch die Verteilung der Hausarbeit und (in geringerem Ausmaß) der Kinderbetreuung Veränderungen unterliegt, hängt, wie bereits festgestellt, eng mit dem jeweiligen Zeitbudget der Partner zusammen, das wiederum durch die Verteilung der Erwerbstätigkeit bestimmt wird. Dass die Verteilung von Haushalt und Kinderbetreuung jedoch nicht völlig synchron mit dem Zeitbudget schwankt, steht wiederum mit dem den drei Präferenzbereichen – Gestaltungsprinzipien, Verteilungsüberzeugungen und Kompetenzüberzeugungen – in Zusammenhang. Schreiben etwa die Partner der Frau eine höhere Kompetenz in Haushaltsangelegenheiten zu, hat dies häufig zur Folge, dass die Frau mehr Aufgaben übernimmt, als es dem individuellen Zeitbudget nach zu erwarten wäre.

Für die konkrete Verteilung von Haushalts- und Kinderbetreuungsaufgaben scheint also zusammenfassend ein Wechselspiel zwischen individuellen bzw. paarbezogenen Präferenzen und externalen Faktoren (allen voran das Zeitbudget) ausschlaggebend zu sein.

### **8.3 Gründe für die praktizierte Verteilung vor dem Hintergrund der individuellen Präferenzstrukturen**

Die Aussagen der befragten Paare lassen den Schluss zu, dass egalitäre Verteilungsüberzeugungen, die fordern, dass sich Männer – vor allem vor dem Hintergrund der weiblichen Erwerbstätigkeit – gleichermaßen an Haushalt und Kinderbetreuung beteiligen, eine gängige, kaum in Frage gestellte Norm darstellen.<sup>10</sup> Viele Paare bleiben aber – vor allem in Hinblick auf den Haushalt – unabhängig davon weitgehend in traditionellen Überzeugungen verhaftet (z.B. bezüglich der Kompetenzüberzeugungen) und haben sich weniger weit vom traditionellen Pol geschlechtsspezifischer Rollenstrukturen entfernt, als es vielleicht auf den ersten Blick den Anschein hat.

Dementsprechend treten die Gründe für eine ungleiche Verteilung weniger als übergeordnete Wertvorstellungen, als Dogmen in Erscheinung – Aussagen wie „das ist Frauensache/Männersache“ weisen die Befragten zumeist weit von sich – sondern werden vielmehr als individuelle Persönlichkeitseigenschaften wahrgenommen, die eben „zufällig“ geschlechtstypisch verteilt sind. Dies weist auf einen hohen Internalisierungsgrad traditioneller „gender role attitudes“ hin, die in gewisser Weise einer offenbar veränderten, weniger traditionellen gesellschaftlichen Norm hinterherzuhinken scheinen.

---

<sup>10</sup> Das mag bei anders strukturierten Personengruppen, wie z.B. bei PensionistInnenpaaren, durchaus anders aussehen!

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die überwiegend präferierte Verteilung nach „Vorlieben und Fähigkeiten“ zu betrachten, die für die Mehrheit der untersuchten Paare ein explizit ausgewiesenes Motiv für die Verteilung spezifischer Aufgaben darstellt und auch bei den übrigen Paaren zumindest eine gewisse Rolle spielen dürfte. Während „Halbe-halbe“ rein quantitativ, jedoch – wichtig! – unter Berücksichtigung des individuellen Zeitbudgets also offenbar eine gesellschaftliche Norm darstellt, scheint für die Verteilung einzelner „Tasks“ eher die Norm „nach Vorlieben und Fähigkeiten“ maßgeblich zu sein, die einem „Halbe-halbe“ zumeist bis zu einem gewissen Grad entgegensteht.

Es fällt auf, dass Männer überzufällig häufig angeben, bestimmte Tätigkeiten „überhaupt nicht leiden“ zu können, und dass sie sich weitaus eher als Frauen die Freiheit nehmen, bestimmte Tätigkeiten zu verweigern. Ein Beispiel dafür ist der Mann aus Interview 4:

*Mann: „Was ich nie gemacht habe war bügeln“. Frau: „Und Klo putzen.“ Mann: „Ja, da stellt es mir von weitem die Haare auf.“* (Interview 4, S. 1)

Kehrt man nochmals zur Norm der generellen egalitären Verteilung zurück, so kann die Vermutung geäußert werden, dass bezüglich des Haushalts und der Kinderbetreuung unterschiedliche Intentionen hinter der „moralischen Verpflichtung“ der Männer zur Beteiligung stehen. Während in Haushaltsangelegenheiten eher das Motiv der Fairness der Frau gegenüber im Vordergrund stehen dürfte, beinhaltet die Aufforderung zur Beteiligung an der Kinderbetreuung nicht nur Pflichten und „Opfer“, sondern auch die Aussicht, daraus persönlichen Profit in Gestalt einer engeren und befriedigenderen Beziehung zum Kind (als sie vielleicht zum eigenen Vater gegeben war), ziehen zu können. Das Wohl des Kindes, das – wiederum eine Norm! – „beide Elternteile braucht“ und der Appell an die Verantwortung als Vater dürften ebenso eine Rolle spielen. Ein Appell an die „Verantwortung als Hausmann“ mutet hingegen eher seltsam an. Während beim Haushalt eine „Übernahme von Pflichten“ ausreichend erscheint, wird bei der Kinderbetreuung stärker zusätzlich eine „Übernahme von Verantwortung“ gefordert. Verantwortung kann jedoch nur dann übernommen werden, wenn auch Kompetenzen zugestanden werden! So ist es naheliegend, dass die herrschenden gesellschaftlichen Normen den Männern (bzw. Vätern) auch hinsichtlich der Kinderbetreuung mehr Kompetenz zugestehen, als dies bei der Haushaltsführung der Fall ist.

Was den Haushalt betrifft, fühlen sich Paare aufgrund der Norm der egalitären Verteilung offenbar weitaus stärker veranlasst, nicht-egalitäre Verteilungen zu rechtfertigen als die Gründe für egalitäre Verteilungen zu explizieren.

Bei der Kinderbetreuung herrscht ein ähnlich hoher Rechtfertigungsdruck, wenn eine geringere Beteiligung des Mannes vorliegt. Wie bereits an früherer Stelle angesprochen, wird das Zeitargument hier weniger als Rechtfertigungsgrund

akzeptiert, und es wird ein weit größeres Bedauern geäußert, dass mangelnde Zeit das Ausmaß der Beteiligung reglementiert. Bei der Übernahme (bzw. vielmehr der Nichtübernahme) der Karenz stehen finanzielle Argumente im Vordergrund; eine Ablehnung der Väterkarenz aus persönlichen Gründen wird von den Vätern selbst weitaus seltener als Argument angeführt als die Ablehnung der Väterkarenz durch die Frau. Eine hohe Beteiligung an der Kinderbetreuung (bzw. auch die Übernahme der Karenz) wird im Gegensatz zum Bereich Haushalt – in erster Linie von den Vätern selbst – sehr eifrig begründet, was darauf hinweist, dass die Beteiligung den Männern in weitaus höherem Ausmaß ein persönliches Anliegen ist, und dass sie sich die Werte und Normen der egalitären Verteilung hier viel stärker zu eigen gemacht haben. Der Schritt von einem „ich soll(te)“ zu einem „ich will“ wurde bei der Kinderbetreuung offenbar schon bis zu einem gewissen Grad vollzogen, was für eine Internalisierung von egalitären Prinzipien spricht, die beim Haushalt noch kaum gegeben zu sein scheint.

## **8.4 Die Interaktion der Paare vor dem Hintergrund der individuellen Präferenzstrukturen**

Über Interaktionsmuster wurden bereits zahlreiche Aussagen getroffen. Zentral erscheint die auffällig oft berichtete geringe Konflikthäufigkeit, was darauf hinweist, dass zumeist Paare mit komplementärer Präferenzstruktur zueinander finden bzw. eine dauerhafte Beziehung eingehen, die die Gründung einer Familie beinhaltet.

Im Haushalt sind Konflikte und Unstimmigkeiten vorwiegend auf eine Differenz hinsichtlich der Gestaltungsprinzipien zurückzuführen. Unterschiedliche Ansprüche an die Haushaltsführung generell (Stichwort „höhere Schmutztoleranz des Mannes“) sowie hinsichtlich der Durchführung einzelner Aufgaben („richtiges“ Wäscheaufhängen, etc.) geben bei den meisten Paaren zumindest gelegentlich Anlass zu Diskussionen. Bei der Kinderbetreuung sind es vielmehr die Umstände (Zeitbudget des Mannes!) und weniger das Verhalten des Partners, die häufig als unzufriedenstellend empfunden werden. Konflikte zwischen den Partnern werden kaum berichtet.

In Bezug auf den Haushalt wird die Interaktion zumeist eher von der Frau bestimmt: Sie fordert den Mann zur Mithilfe auf, drückt ihre Unzufriedenheit mit bestimmten Gegebenheiten aus (mangelnde oder „falsche“ Beteiligung des Mannes, etc.), gibt Gestaltungsprinzipien vor, bringt den Haushalt betreffende Themen aufs Tablett und übernimmt zumeist mehr Verantwortung dafür, dass bestimmte Dinge (von einem der beiden Partner) gemacht werden. Der Mann verhält sich zumeist eher passiv, reagierend. Auch Männer, die eine (egalitäre) Beteiligung am Haushalt als selbstverständlich erachten und durchaus bereit sind, auch Verantwortung zu übernehmen, machen den Haushalt selten zu einem

Thema in der Partnerschaft, das es zu verhandeln gilt. Wenn Männer die Interaktion bestimmen und der Frau den reagierenden Part zuweisen, dann am ehesten durch Verweigerung.

## 9 Ausblick

Die im Rahmen dieser Studie gewonnenen Erkenntnisse regen dazu an, im Rahmen einer quantitativen Untersuchung einen Blick auf die „gesellschaftliche Präferenzstruktur“ zu werfen, d.h. vor allem auf jene Normen und Werte, die hinsichtlich der Verteilung von Haushalt und Kinderbetreuung und der jeweiligen Kompetenzen, die Männern und Frauen in diesen Bereichen zugeschrieben werden, gegeben sind. Es erscheint interessant, der Frage nachzugehen, inwieweit z.B. die Norm der „generellen egalitären Verteilung der Hausarbeit unter Berücksichtigung des Zeitbudgets“ oder die Norm der „Verteilung nach Vorlieben und Fähigkeiten“ als Artefakte zu werten sind, die aus der Zusammensetzung der untersuchten Stichprobe resultieren bzw. inwieweit diese Werte tatsächlich in der Gesellschaft (bzw. in den Köpfen bestimmter Bevölkerungsgruppen) verankert sind.

## Literatur:

- Dierks, S. (1997): Hausfrauen im Ruhestand: Identitätsprobleme in biographischen Übergangsphasen. Spuren der Wirklichkeit, Bd. 11. Hamburg: LIT Verlag.
- Franco, A. & Winquist, K. (2002): Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren. In: Statistik kurz gefasst: Bevölkerung und soziale Bedingungen (Thema 3 – 9/2002). Eurostat.
- Mikula, G. & Freudenthaler, H. H. (1999): Aufteilung von Familienarbeit als Gegenstand von Ungerechtigkeitswahrnehmungen und sozialen Konflikten: Zur Bedeutung sozialer Vergleiche. In: Lutz, W. H. (1999): Kompendium der Familienforschung in Österreich. Wien: ÖIF.
- Statistik Austria (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege: Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. Wien.
- Statistik Austria (2003): Zeitbudgeterhebung: Ergebnisse des Mikrozensus 1992. Wien.
- Zeitverwendungsdaten des IMAS (2003).

# Hausarbeiterin – ein „Beruf“ wie jeder andere? Aus den Perspektiven der ArbeitgeberInnen von bezahlten Hausarbeiterinnen in Privathaushalten

## 1 Einleitung

In der feministischen Diskussion zur Arbeitsteilung und Geschlechtergleichheit spielt die Hausarbeit schon lange eine zentrale Rolle, um die unterschiedlichen Chancen von Frauen und Männern besser zu verstehen. Seit den 70er Jahren gibt es immer wieder Forderungen nach einer verstärkten Wertschätzung der unbezahlten Reproduktionsarbeit, wobei neben den Vorteilen einer Bezahlung (Bock/Duden 1977; Gorz 1990; Werlhof et al. 1983) auch deren Unmöglichkeit und Grenzen (z.B. Bauböck 1991) analysiert wurden. Gegenwärtig steht diese unbezahlte Arbeit oft nur dann im Blickfeld des Interesses, wenn es darum geht, steigende Tendenzen der Auslagerung von Haushaltstätigkeiten bzw. die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu diskutieren. Im Wesentlichen können hier zwei Einflussfaktoren auf die Zunahme des Phänomens bezahlte Hausarbeiterinnen genannt werden: Zum einen zeigt sich international und so auch in Österreich, dass die kontinuierlich steigende Frauenerwerbsbeteiligung die traditionelle Arbeitsteilung im Haushalt kaum verändert. Auch wenn Frauen zunehmend erwerbstätig sind, übernehmen sie meist den Großteil der Hausarbeit. Die von Regina Becker-Schmidt aufgestellte These der 80er Jahre (1984) „eines ist zu wenig – beides ist zu viel“ hat nach wie vor Gültigkeit. Einen Ausweg aus dem Dilemma der sogenannten Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren, bietet der teilweise Zukauf von Dienstleistungen, beispielsweise durch die Beschäftigung einer bezahlten Haushaltshilfe. Zum anderen führt die beobachtbare Zunahme weiblicher Migrantinnen dazu, dass diese als Hausarbeiterinnen ihre Existenz sichern (müssen). Aufgrund bestehender gesetzlicher Bestimmungen im Aufenthalts- und Beschäftigungsgesetz bleibt „ausländischen“ Frauen meist keine andere Alternative zur informellen Beschäftigung im „unsichtbaren“ Privathaushalt. Inwieweit hier die von den regierenden Parteien beabsichtigten Legalisierungsformen mittels Dienstleistungsscheck (BMWA 2004; EP 2004) eine Verbesserung für die MigrantInnen und die ArbeitgeberInnen bringen, bleibt bisher offen und kann aus einer wissenschaftlichen Sicht derzeit noch nicht ausgewogen beurteilt werden.

Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf der Publikation meiner Dissertation im Jahre 2003. Es handelte sich dabei um eine qualitative Analyse des Phänomens anhand von Interviews mit ArbeitgeberInnen. Der Fokus dieses Beitrags liegt nicht so sehr auf der detaillierten Darstellung dieser Ergebnisse, die an anderer Stelle geleistet wurde (Haas 1998; 2001; 2003), sondern auf der Frage nach möglichen Chancen und Risiken der Hausarbeit als Erwerbsarbeit. Gezeigt wird, dass diese Tätigkeit am informellen Arbeitsmarkt mit vielzähligen Risiken und Unsicherheiten in sozial- und arbeitsrechtlicher Hinsicht bereits als Beruf praktiziert wird. Damit verlieren bisherige Abgrenzungen zwischen öffentlich-privat, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit bzw. zwischen der Produktions- und der Reproduktionsarbeit an Trennschärfe. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Individualisierungstendenzen (Beck und Sopp 1997; Friedrichs 1998) offenbaren sich alte und neue Ungleichheiten auf verschiedensten Ebenen. Die bezahlte Hausarbeit verfügt über einen spezifischen Charakter, sodass sie zwar als „Beruf“ angesehen werden kann, aber nicht als ein Beruf wie jeder andere.

Zu Beginn des Beitrags werden kurz die wesentlichsten Charakteristika des Arbeitsverhältnisses sowie die Beziehung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen beschrieben. Das Argument lautet, dass die Wahrnehmung der Migrantinnen aus der Sicht der ArbeitgeberInnen eine Feminisierung und Ethnisierung der Hausarbeit bedeutet. Des Weiteren wird nicht nur das Arbeitsverhältnis beleuchtet, sondern auch die (veränderte) Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Aus diesem Blickwinkel erweist sich die bezahlte Hausarbeit als facettenreiche Tätigkeiten mit wesentlichen Folgewirkungen für das Geschlechterverhältnis, aber auch für generelle Strukturen sozialer Ungleichheit.

## **2 Charakterisierung der Hausarbeit als Erwerbsarbeit Leistung und Vermittlung**

Die Leistungen der Hausarbeiterinnen umfassen ein sehr weites Spektrum und reichen von der Hausarbeit im engeren Sinne (Putzen, Bügeln, Staubwischen, etc.) bis hin zu Pflegeleistungen (für Kinder und ältere Erwachsene). Die Vermittlung erfolgt entweder über Inserate oder über Empfehlungen von FreundInnen, Bekannten oder Verwandten, wobei sich die Annahme bestätigt, dass national geprägte Netzwerke eine Rolle spielen. Vertrauen ist nicht nur für die ArbeitgeberInnen ein sehr wichtiges Kriterium, sondern vor allem auch für die Hausarbeiterinnen. Schließlich ist von beiden Seiten zu Beginn nicht abzuschätzen, was das Eindringen in die Intimsphäre bedeutet und wie sich das Arbeitsverhältnis gestaltet. Von den ArbeitgeberInnen werden in den Interviews jedoch nur das eigene Unbehagen angesprochen, beispielsweise wird die Angst vor Diebstählen und „Missbräuchen“ von Wohnungen geäußert. Dabei gilt es zu bedenken, dass die Unsicherheiten für

die Hausarbeiterinnen mindestens genauso stark vorhanden sind: Können sich die ArbeitgeberInnen bei informellen Vermittlungen über Bekannte noch auf Berichte von anderen stützen, so sind die Unsicherheiten und Abhängigkeiten für die Hausarbeiterin ungleich größer; so kann bei Unzufriedenheit der ArbeitgeberInnen die Nicht-Entgeltung von Leistungen drohen, in manchen Fällen wird auch von sexuellem Missbrauch berichtet (Caxieta und Rappold et al. Forthcoming).

Dass Haushaltsarbeiterinnen meist ebenso über bekannte Personen derselben Nationalität weiter vermittelt werden, ist auch als eine Strategie des Selbstschutzes zu sehen, um vorhandenen Unsicherheitsfaktoren zu begegnen. Strukturen der Netzwerke von Migrantinnen stellen ein interessantes Forschungsfeld für die Zukunft dar: Aus Interviews mit Hausarbeiterinnen ist bekannt, dass teilweise auch Vermittlungsgebühren eingefordert werden.

### 3 Bezahlung und Geschenke

Über die Höhe des üblichen Marktpreises gibt es ein informelles soziales Wissen sowohl bei den ArbeitgeberInnen als auch Hausarbeiterinnen. In der Regel halten sich beide Parteien daran, womit der effektive Stundenlohn durchschnittlich rund 8 Euro beträgt. Der Preis, den die ArbeitgeberInnen höchstens bereit wären zu bezahlen, liegt darüber, bei ungefähr 12 Euro. Diese prinzipielle Bereitschaft zu einem höheren Marktpreis ist ein interessanter Aspekt für zukünftige Bestrebungen einer Legalisierung derartiger Beschäftigungsverhältnisse mittels Dienstleistungsschecks.

In der Regel erfolgt die Bezahlung der Hausarbeiterinnen nach jeder Arbeitseinheit. Die Auszahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird unterschiedlich gehandhabt. Meist handelt es sich dabei um einmalig ausbezahlte Beträge, die keineswegs die Höhe der im Angestelltenvertrag gesetzlich geregelten 13. und 14. Monatsgehälter erreichen.

Dass der Haushalt nicht den Charakter eines formellen Arbeitsplatzes aufweist, zeigt sich auch darin, dass gegenseitige Besenkungen meist zu gewissen Anlässen (Weihnachten) üblich sind. So sind es aber nicht nur die ArbeitgeberInnen, die ihre Arbeiterinnen mit Geschenken „belohnen“, sondern auch die ArbeitgeberInnen selbst und deren Kinder werden von den Hausarbeiterinnen beschenkt. Geschenke dienen einerseits dazu, die Beziehung zur Arbeitnehmerin zu festigen, andererseits können dadurch die Verpflichtungen der Haushaltshilfen gegenüber ihren ArbeitgeberInnen anwachsen. Für die privaten Geschenke wird auf der beruflichen Ebene Dankbarkeit in Form von Arbeitsleistung verlangt. Geschenke abzulehnen, kann daher mit dem Makel der Undankbarkeit behaftet sein. Es dürfte den Hausarbeiterinnen folglich schwerer fallen, Wünsche oder Beschwerden zu äußern.

Dennoch können diese gegenseitigen Beschenkungen als ein Ausdruck der Verbundenheit und Wertschätzung gedeutet werden. Beispielsweise betrachten manche ArbeitgeberInnen ihre Hilfe als einen unentbehrlich gewordenen Bestandteil der Familie („*Teil der Familie*“, als „*Mamatyp*“ oder auch als „*Perle*“). Schließlich können oder wollen sie sich die Organisation des Alltags ohne fremde Unterstützung kaum mehr vorstellen.

## 4 Arbeitsverhältnis zwischen ArbeitgeberInnen und Hausarbeiterinnen

### 4.1 Aktive versus passive ArbeitgeberInnen-Rolle

Beschenkungen sind Ausdruck der gegenseitigen Verbundenheit. Allerdings besteht zwischen ArbeitgeberInnen und den Hausarbeiterinnen generell eher eine lose Beziehungsstruktur. Oftmals wird bewusst die soziale Distanz beiderseits gesucht. So ist es den ArbeitgeberInnen unangenehm, die Haushaltshilfen bei der Arbeit zu beobachten; sie wünschen sich eine selbstständige Erfüllung der Aufgaben und nehmen eher eine passive Rolle als ArbeitgeberInnen wahr. Dies entspricht meist den Vorlieben der Arbeitnehmerinnen, die alleine und ungestört arbeiten wollen.

Davon zu unterscheiden sind jene ArbeitgeberInnen, die eine aktive Rolle einnehmen. Gezielt kontrollieren sie die Leistungen der Hausarbeiterinnen, um so das „*Preis-Leistungs-Verhältnis*“ zu überprüfen. Es wird sowohl getadelt als auch gelobt. Werden Mängel festgestellt, wird dies selten mit dem möglichen Mangel an zur Verfügung stehender Zeit in Zusammenhang gebracht. Lob dient explizit auch dazu, eine gute Beziehung aufzubauen und die Hausarbeiterin weiterhin zu einer zufriedenstellenden Leistung zu motivieren: „*Ich muss sie auch ein bisschen loben dafür, wie toll sie putzt, damit dies auch weiterhin so bleibt.*“

Von Seiten der ArbeitgeberInnen werden die Illegalität dieser Beschäftigungsformen sowie mögliche Arbeitsunfälle und deren Konsequenzen kaum thematisiert. Es gibt selten einen Austausch über gegenseitige Wünsche und Anregungen. Falls dies der Fall ist, können eher ArbeitgeberInnen ihre persönlichen Bedürfnisse äußern, während die Arbeitnehmerinnen eher in Ausnahmefällen Position beziehen. Dies hängt einerseits mit den bestehenden Sprachproblemen zusammen, ist aber andererseits auch ein Ausdruck für das hierarchische Verhältnis. Sicherlich bestehen auf beiden Seiten Abhängigkeiten, dennoch sind die ArbeitgeberInnen in der Position der Mächtigeren. Diese soziale Distanz und das vorherrschende Status- und Machtgefälle wird auch darin deutlich, dass primär die ArbeitgeberInnen ihre Hilfskräfte duzen, während sie selbst in der Höflichkeitsform oder auch als „*Chef/in*“ angesprochen werden. Das Wissen der ArbeitgeberInnen über die persönlichen Verhältnisse ihrer Arbeitnehmerinnen ist sehr begrenzt und beschränkt

sich meist auf Eckdaten wie Vorname, Alter, Herkunft, Familiensituation und vielleicht noch berufliche Erfahrungen und Ausbildung.

## 5 Hausarbeit als Beruf oder Berufung?

Fühlten sich manche ArbeitgeberInnen anfangs in ihrer Rolle als „Chef/in“ unwohl, so verschwindet diese Unsicherheit im Laufe der Zeit, und sie gewöhnen sich an die neue Situation. Zu diesem neuen Verständnis gehört es auch, die Tätigkeit als einen Job anzusehen, der für alle Beteiligten vorteilhaft ist. Die Beschäftigung einer Haushaltshilfe gilt in den Augen der ArbeitgeberInnen nicht länger als gesellschaftlich „verpönt“, sondern gewinnt zusehends an Akzeptanz (eine „Selbstverständlichkeit in einer arbeitsteiligen Gesellschaft“). So beteuern die Befragten größtenteils, „kein schlechtes Gewissen“ mehr zu haben, sondern sehen in der Auslagerung der Hausarbeit eine Notwendigkeit, um ungehindert anderen (beruflichen) Interessen und Vorlieben nachgehen zu können.

Die befragten ArbeitgeberInnen sind mit ihrer eigenen beruflichen Situation im Großen und Ganzen zufrieden. Dies trifft auf die InterviewpartnerInnen insofern zu, als es sich um die akademische Mittelschicht handelt, die meist einer interessanten, abwechslungsreichen Berufstätigkeit nachgehen kann. Im Sinne einer Subjektivierung der Erwerbsarbeit (Baethge 1991) gilt der eigene Beruf als eine Art „Berufung“ dank derer persönliche Interessen verwirklicht werden können (Meschnig 2003). Negative Aspekte der Erwerbstätigkeit wie beruflicher Stress und Belastung werden immer wieder als ein wesentlicher Beweggrund genannt, um die Auslagerung der Hausarbeit zu rechtfertigen.

Die Gegenüberstellung von der Privatsphäre im Haushalt und der Öffentlichkeit im Beruf zeigt, dass die Erwerbsarbeit zunehmend als sinnstiftend und erfüllend erlebt wird, während die Privatarbeit oft als eine monotone, geisttötende Arbeit in sozialer Isolation gesehen wird. Darin wird die von Arlie Hochschild (1997) festgestellte Tendenz der Erwerbszentriertheit unserer Gesellschaften deutlich: Während die Arbeitsstätte immer mehr zum Ort der Erfüllung und des Relaxens wird, wird das Zuhause als jener Ort charakterisiert, wo eine lästige, anstrengende (Haus-)Arbeit wartet: „When work becomes home and home becomes work“ (Hochschild 1997). In diesem Sinne sehen manche ArbeitgeberInnen in der Bezahlung der Hausarbeit auch den Vorteil, dass die Hausarbeit dann auch als eine Erwerbsarbeit wahrgenommen wird und somit für die Hausarbeiterin weniger belastend sei. Negative Aspekte der Hausarbeit wie Monotonie, Unsichtbarkeit, mangelnde Anerkennung, soziale Isolation, etc. würden durch deren Bezahlung wesentlich abgeschwächt („*Sie kommt, macht ihre Arbeit, geht und es ist ihr egal, was dann im Haushalt passiert, während dies nicht der Fall ist, wenn ich die Hausarbeit selbst erledige*“). Somit sehen manche ArbeitgeberInnen in der Tätigkeit

im Haushalt einen „Beruf wie jeden anderen“ an und somit eine geeignete Alternative zur Erwerbslosigkeit.

## 6 Feminisierung und Ethnisierung der Hausarbeit

Jene ArbeitgeberInnen, die sich selbst mit ihrer Berufsrolle oder auch mit ihrer Rolle als „guter Hausfrau und Mutter“ identifizieren, erwarten teils auch von der Hausarbeiterin eine ähnliche Identifikation mit ihrem Beruf. Diese von Seiten der ArbeitgeberInnen erwartete Identifikation wird teils auch hochstilisiert, was im folgenden Interviewzitat ausgedrückt wird: „[...] man braucht auch eine gewisse Liebe zum Putzen.“ Nur wenn diese „richtige Beziehung zur Hausarbeit“ vorhanden sei, handelt es sich tatsächlich um „gute Putzfrauen“. Unreflektiert bleibt meist, dass es sich dennoch um eine wenig attraktive Tätigkeit handelt, die gesellschaftlich unsichtbar bleibt und auch gering geschätzt wird. Zudem bleibt manchen Migrantinnen keine Alternative, und im Vergleich zur Ausbildung und Berufserfahrung nehmen sie oft Dequalifizierungen in Kauf. Von manchen ArbeitgeberInnen werden die Hilfskräfte also nicht nur als Beschäftigte in einem Arbeitsverhältnis wahrgenommen, sondern es werden ihnen darüber hinaus persönliche Befähigungen für die Hausarbeit zugeschrieben, die mit dem Geschlecht und der Ethnie in Beziehung gebracht werden. Dabei wird deutlich, dass die Haushaltstätigkeit häufig nicht nur als ein Beruf wie jeder andere wahrgenommen wird. Vielmehr wird sie als eine Art „Berufung“ aufgrund des Geschlechts oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie konstruiert. Hausarbeiterinnen seien bestens für die Hausarbeit geeignet, weil sie Frauen sind und weil sie „Ausländerinnen“ sind. Während diese Arbeit aus der eigenen Perspektive als mühsam und wenig erfüllend erlebt wird, stellt sie für die bezahlte Hilfskraft nicht nur eine gute Erwerbsquelle dar, sondern auch eine sinnstiftende Tätigkeit. Eine derartige Zuschreibung an die Hausarbeiterinnen bedeutet primär eine soziale Konstruktion des weiblichen Geschlechts. Neben diesem Prozess der Feminisierung der Hausarbeit als eine historisch gewachsene Hauptverantwortung und Hauptbegebung von Frauen erfolgt auch eine Ethnisierung. Das heißt, Frauen aus bestimmten Herkunftsländern wird nicht nur aufgrund ihres „Frauseins“, sondern vor allem aufgrund ihrer „kulturellen Mentalität“ eine persönliche Befähigung zur monotonen Hausarbeit sowie zur Unterordnung zugeschrieben. Diese Ethnisierungen implizieren eine Abwertung des Fremden gegenüber dem Eigenen und vergrößern die soziale und persönliche Distanz zwischen ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmerinnen. Dadurch wird indirekt deutlich, dass es für die ArbeitgeberInnen selbst immer unmöglicher wird, sich der Hausarbeit als einer niedrig eingestuften Arbeit zu widmen. Somit erfährt nicht nur die bisher „männliche“ Erwerbskultur gegenüber der bisher als „weiblich“ gedachten Privatsphäre eine Aufwertung für Frauen,

sondern auch die eigene als homogen und statisch gedachte Kultur gegenüber der fremden (Caxieta und Rappold et al. Forthcoming).

## **7 Bezahlte Hausarbeit als existenzsichernde Übergangslösung, als Zusatzverdienst oder als Beruf?**

Aus der Perspektive der Hausarbeiterinnen wird die Tätigkeit bisher kaum als „Ausübung einer Berufsrolle“ wahrgenommen.<sup>1</sup> Die meisten befragten Migrantinnen sehen darin eine Übergangslösung, um ihre finanzielle Situation zu verbessern oder überhaupt ihren Lebensunterhalt mangels Alternativen sichern zu können.

Der Haushalt als Arbeitsmarkt ist einer der am stärksten flexibilisierten Arbeitsmärkte, dem bisher jegliche externe Kontrollinstanzen fehlen. Das individualisierte Arbeitsverhältnis wird zwischen den „Vertragsparteien“ ausgehandelt, wobei von vornherein ein vertragsloser Zustand besteht, dessen Ende von beiden Seiten nicht vorhersagbar ist. Auf der Seite der ArbeitgeberInnen gibt es keinerlei festgesetzte Regeln und Vorschriften hinsichtlich der Bezahlung, der Arbeitsbedingungen, der Konsequenzen bei Unfällen, Krankheit, etc. Migrantinnen bleiben wenig oder keinerlei Möglichkeiten, Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Urlaubszeit, Pausen) selbst zu kontrollieren. Es fehlt sowohl ein Anforderungsprofil an den Beruf als Hausarbeiterin im Privathaushalt als auch eine Einflussnahme durch eine gewerkschaftliche Vertretung. Es besteht bisher keinerlei Arbeitnehmerinnenschutz oder soziale Absicherung. Die Hausarbeiterin hat den Vorgaben und Regeln der ArbeitgeberInnen zu entsprechen. Bei Problemen kann das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung von Kündigungsfristen jederzeit gelöst werden. Dabei droht die Gefahr der Nichtentlohnung für bereits erbrachte Leistungen und die existentielle Not.

Hausarbeiterinnen stehen also im Spannungsfeld von Beruf und Privatheit. Schließlich ist der Privathaushalt weder so organisiert wie ein Betrieb, noch agieren Arbeitnehmerinnen und ArbeitgeberInnen so wie auf dem formellen Arbeitsmarkt (Höglinger/Berka 1994). Dies alles kommt einerseits durch die enge Verbindung von Arbeitsplatz und Privatsphäre zustande. Arbeitsweltlich bedingte Konflikte können vielfach nicht von der privaten Beziehungsebene getrennt werden. Haushaltshilfen sind somit schnell von der Kündigung bedroht, da die ArbeitgeberInnen privat nicht mit Konflikten konfrontiert werden wollen, die aus einem Arbeitsverhältnis resultieren. Insgesamt gilt die Streit- und Konfliktkultur am Arbeitsplatz Haushalt als wenig ausgeprägt, beispielsweise werden Haushaltshilfen wegen Kleinigkei-

---

<sup>1</sup> Folgende Ausführungen beziehen sich nicht auf eigene Interviews mit MigrantInnen, sondern auf die Untersuchung von Höglinger/Berka 1994 sowie „Homework and caretaking: Strategies of reconciliation and conditions of employment in different family units. Gender, class and ethnics inequalities“ (a comparison between Austria, Germany, the United Kingdom and Spain; financed by the EU in the framework of „General Employment and Social Affairs“ 2004).

ten beschimpft. Zudem fühlen sich die Haushaltshilfen häufig kontrolliert und von fremden Wünschen gesteuert. Fraglich bleibt, inwieweit die oben genannten Arbeitsbedingungen mit der Illegalisierung zusammenhängen. Anders ausgedrückt, welche Chancen birgt die Sichtbarmachung des unsichtbaren Arbeitsmarktes im Haushalt mit Hilfe der in Österreich geplanten Dienstleistungsschecks? Dies sind spannende offene Fragen. Beispiele aus Ländern mit jahrelangen Erfahrungen in der Legalisierung der informellen Hausarbeit mittels Schecks oder Gutscheinen können für die Implementierung in Österreich lehrreich sein.

## 8 Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Frauen und Männern

Allerdings ist das Phänomen bezahlte Hausarbeit nicht nur aus dem Blickwinkel des Erwerbscharakters interessant, sondern auch hinsichtlich der Frage, wie sich Frauen und Männer dann die verbleibende Arbeit aufteilen. Die einseitigen Belastung von (berufstätigen) Frauen mit der Hausarbeit und Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Beweggrund für den Zukauf von Dienstleistungen (Gregson/Lowe 1995). Schließlich hat die vor allem in den Mittelschichten vorherrschende Rhetorik von der Gleichberechtigung und der Notwendigkeit einer Gleichverteilung der unbezahlten Arbeiten die ungleiche Praxis kaum verändert. Vielmehr wird durch die verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen der Druck größer, eine andere Lösung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu finden. Im Folgenden soll primär anhand der Interviews mit ArbeitgeberInnen gezeigt werden, welche Optionen der Arbeitsteilung bestehen. Diese Ergebnisse beziehen sich auf Deutungsmuster von Frauen und Männern, die in einer heterosexuellen Partnerschaft leben und bereits eine Hausarbeiterin beschäftigen.

Detaillierte Einzelfallanalysen eines Paares bilden die Basis für eine weiterführende, abstrahierende Typenbildung.<sup>2</sup> Die zwei zentralen Dimensionen der Typenbildung sind erstens die *Rollenideale* zur Arbeitsteilung im Privathaushalt und zweitens die *Darstellung der tatsächlichen Arbeitsteilung* zwischen den Geschlechtern. Bei der Verknüpfung dieser beiden Dimensionen kristallisierten sich drei sehr verschiedene Typen heraus, nämlich der traditionelle, der pragmatische und der egalitäre Typus. Der Begriff „traditionell“ meint, dass die Frau den Großteil der ver-

---

<sup>2</sup> Die Typenbildung beruht auf intensiven Einzelfallanalysen (=Interviews mit Frau und Mann eines Paares). Diese wurden anschließend in einem Minimal- und Maximalvergleich gegenüber gestellt, um Typen herauszubilden. Das heißt, es handelt sich nur bei maximalen, großen Kontrasten um verschiedene Typen. Minimale, kleine Unterschiede innerhalb der jeweiligen Typen sind Ausdruck dafür, dass sich die befragten Personen nur auf einer abstrakten Ebene gleichen, aber bei konkreten Fragen durchaus Unterschiede bestehen bleiben.

bleibenden Hausarbeit<sup>3</sup> übernimmt bzw. übernehmen soll. Tägliche, routinemäßige Tätigkeiten im Haushalt (Putzen, Kochen, etc.) fallen primär in den Verantwortungsbereich der Frau, auch wenn der Mann dabei mitarbeitet. Selten anfallende Arbeiten wie Reparaturen oder Instandhaltungsarbeiten sind in einer traditionellen Rollenverteilung und Rollenerwartung Aufgabenbereiche des Mannes. Eine Arbeitsteilung wird im Folgenden als „traditionell“ kategorisiert, sobald diese Merkmale zutreffen oder die Befragten angeben, dass die Frau wesentlich mehr im Haushalt engagiert ist als der Mann. Ob die Arbeitsteilung als „symmetrisch“ bzw. „gleichberechtigt“ bezeichnet werden kann, hängt ebenso von den Auffassungen der Interviewten ab. Als „symmetrisch“ gilt sie dann, wenn die Befragten sagen, dass sie die Arbeit „zu gleichen Teilen“ verrichten, dass die Aufteilung „50 zu 50“ oder „halbe-halbe“ bzw. „partnerschaftlich“ sei. Auf diesem Kontinuum lassen sich verschiedene Typen abbilden.

**Tabelle 1: Typenbildung**

	Rollenideal →	
<b>Rollenhandeln ↓</b>		
<b>traditionell</b>	<b>traditionell</b> <i>traditioneller Typ</i> (2 Fälle)	<b>symmetrisch</b> <i>pragmatischer Typ</i> (5 Fälle)
<b>symmetrisch</b>	-- <sup>4</sup>	<i>egalitärer Typ</i> (3 Fälle)

Es stellt sich nun die Frage nach den Konsequenzen aus einer Geschlechterperspektive: Wie verändert sich die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, wenn die Hausarbeit nicht länger privat erledigt wird, sondern eine fremde Hilfe bezahlt wird? Bedeutet dies mehr Gleichheit oder mehr Ungleichheit zwischen Männern und Frauen sowie innerhalb der jeweiligen Geschlechter?

Kennzeichnend für ein traditionelles Rollenverständnis der Paare des traditionellen Typs ist es, dass die Frauen keine stärkere Beteiligung des Mannes an der Hausarbeit einfordern. Vielmehr identifizieren sie sich mit der Rolle als Hausfrau und Mutter; auch wenn sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die Frauen- und Männerwelt werden als zwei getrennte Sphären mit je unterschiedlichen Aufgaben und Pflichten wahrgenommen, sodass die einseitige Arbeitsteilung durch das starke berufliche Engagement des Mannes gerechtfertigt erscheint. Dieses traditionelle

<sup>3</sup> Durch die Beschäftigung einer Haushaltshilfe fallen Tätigkeiten wie Putzen, Bügeln, etc. weg, es kommen aber neue organisatorische, kommunikative Aufgaben hinzu (Haas 2003).

<sup>4</sup> Es wird praktisch kaum der Fall sein, dass jemand eine „traditionelle“ Rolleneinstellung hat und sich dennoch „gleichberechtigt“ verhält. Da in der Gesellschaft eher die Gleichberechtigung positiv besetzt ist (Beck-Gernsheim 1992, Hochschild 1990), ist die Befürwortung einer „gleichberechtigten“ Rollenverteilung zu erwarten.

Rollenbild spiegelt sich in einem traditionellen Handeln wider. Die Hausarbeit ist zwischen der Frau (Arbeitgeberin) und der Haushaltshilfe aufgeteilt. Zudem fällt die gesamte Organisationsarbeit rund um die Haushaltshilfe in den Verantwortungsbereich der Dienstgeberin. Da Männer dieses Typs fast ausschließlich für „traditionelle Männertätigkeiten“ wie Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten zuständig sind, bedeutet die Haushaltshilfe vor allem für die Frauen einen quantitativen und qualitativen Zeitgewinn sowie eine Entlastung von der alltäglichen Dreifachbelastung: (Teilzeit-)Job – Hausarbeit – Kinderbetreuung. Frauen dieses Typs können als „Teilzeit-Hausfrau“ charakterisiert werden, da sie den überwiegenden Teil der erwerbsarbeitsfreien Zeit mit Hausarbeit und Kinderbetreuung zubringen und sich relativ wenig persönliche Freizeit einräumen.

Ähnlich wie beim traditionellen Typ bleibt die Arbeitsteilung auch bei Paaren des pragmatischen Typs traditionell: Auch wenn das Ideal einer „gleichberechtigten bzw. gerechten“ Arbeitsteilung vorherrscht, fördert die teilweise Auslagerung von Haushaltstätigkeiten die Festschreibung traditioneller Rollenmuster. Die Frauen übernehmen vielfach die verbleibenden alltäglichen Hausarbeiten sowie die Organisationsarbeit rund um die Haushaltshilfe, auch wenn sie sich eine „gerechtere“ Verteilung der Aufgaben wünschen. Strategien, wie mit dem Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit umgegangen wird, unterscheiden sich innerhalb des Typs. Einerseits wird das eher traditionelle Rollenhandeln von der Frau und dem Mann als solches akzeptiert. Andererseits kann es weiterhin Diskussionen oder Konflikte geben, welche jedoch seit der Beschäftigung der Haushaltshilfe seltener und weniger intensiv sind. Eine für Männer des pragmatischen Typs charakteristische Strategie ist es, ihr Verhalten mit dem Vorhandensein einer Hilfe sowie mit der Zuständigkeit für „typisch männliche“ Aufgabenbereiche (Reparaturen, Belange rund um die Wohnung, etc.) zu rechtfertigen. Obwohl sich die Befragten des pragmatischen Typs vielfach der Widersprüchlichkeit zwischen ihren Ansprüchen und ihrem tatsächlichen Handeln bewusst sind, gibt es wenig Anstrengungen, dies zu ändern. Schließlich fühlen sich sowohl Frauen als auch Männer durch die teilweise Auslagerung der Hausarbeit entlastet (zeitlicher Gewinn, Gewinn an Lebensqualität). Zudem verliert das Thema Hausarbeit im Vergleich zu der Zeit ohne Haushaltshilfe an Konfliktpotential.

Diskussionen und Konflikte über die Hausarbeit gehören bei Paaren des egalitären Typs – seit der Beschäftigung einer Haushaltshilfe – mehr oder weniger der Vergangenheit an. Frauen wie auch Männer setzen viel daran, das Ideal einer gleichen Verteilung der Hausarbeit in die Praxis umzusetzen, was ihnen im Unterschied zu den Befragten des pragmatischen Typs auch gelingt. Zurückzuführen ist dies einerseits auf das Vorhandensein der Haushaltshilfe sowie andererseits auf spezielle Strategien zur besseren Verteilung von Zuständigkeiten. So existieren manchmal genaue Wochenpläne, um die Hausarbeit und Kinderbetreuung zu

koordinieren, und auch am Wochenende wird berechnet, verhandelt und zugeteilt. Diese aufwendige Strategie der „Hausarbeitsarithmetik“ hat jedoch meist den Vorteil, wesentlich zur Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung beizutragen.

Bei allen drei Typen bietet die teilweise Auslagerung von Haushaltstätigkeiten eine Lösungsstrategie zur arbeitszeitlichen Entlastung von (berufstätigen) Frauen und teils auch Männern (mit Kindern), und es werden wenige Alternativen in Betracht gezogen. Die damit verbundenen Konsequenzen sind typspezifisch: Beim traditionellen und pragmatischen Typ verfestigt sich dadurch die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf einer anderen Ebene. Die restliche, von der Haushaltshilfe nicht erledigte Hausarbeit verbleibt fast ausschließlich im Verantwortungsbereich der Frau. Dazu kommen neue Aspekte der Haushaltsführung (die Organisations-, Kommunikations- und Koordinationsarbeit rund um die Haushaltshilfe), wobei dieses Management der Hausarbeit gegenüber der Ausführung der Tätigkeit insgesamt als Erleichterung und Entlastung wahrgenommen wird. Aus der Perspektive der Personen des egalitären Typs trägt die Haushaltshilfe wesentlich dazu bei, eine im Sinne ihrer Einstellungen und Werthaltungen ideale Verteilung der Hausarbeit zu erreichen. Inwieweit dies auch ohne fremde Unterstützung der Fall wäre, bleibt fraglich.

## 9 Resümee

Abschließend zeigt sich, dass die Ausgangsfrage, ob es sich bei der Tätigkeit von Hausarbeiterinnen um einen „Beruf wie jeden anderen“ handelt, nicht eindeutig zu beantworten ist. Zum einen wird diese Tätigkeit von Migrantinnen als ein Beruf wie jeder andere praktiziert, wobei es sich um den informellen Arbeitsmarkt handelt. Ihre Lage ist sicherlich vergleichbar mit männlichen Migranten, die illegal auf Baustellen oder in Reinigungsunternehmen arbeiten. Männer wie auch Frauen in der ungeschützten Schattenwirtschaft agieren ohne soziale Absicherung, ohne Aussicht auf einen angemessenen Rechtsschutz bei außergewöhnlichen Ereignissen (Unfälle, Krankheit, Kündigung, fehlende Entgeltleistungen, Pensionssicherung). Die „unsichtbare“ Arbeit im Privathaushalt bietet zwar einen relativ hohen Schutz vor behördlichen Kontrollen, allerdings birgt gerade diese Unsichtbarkeit und fehlende Kontrolle von Außen vielfache Gefahren wie Fremdbestimmtheit, Rechtlosigkeit und Ausbeutung. Bisher fehlt dem Haushalt als privater Raum der formelle Charakter eines Arbeitsplatzes, was sich auch auf den Charakter der Beziehung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen auswirkt. Mangels klarer Richtlinien und Vorgaben ist auf beiden Seiten offen, welche gegenseitigen Erwartungen, Wünsche und Anforderungen gestellt werden könnten.

Aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen wird die Hausarbeit selten als „ganz normale Erwerbstätigkeit“ wahrgenommen. Inwieweit hier gesetzliche Regelungen mittels Dienstleistungsscheck Änderungen bringen, bleibt offen. Zielführend können derartige Regelungen vor allem dann sein, wenn zusätzlich zum vollständigen Sozialversicherungsschutz der Arbeitnehmerinnen Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden. Eine Bezahlung mittels Scheck und folglich Sozialversicherung kann nur attraktiv sein, wenn keine Gefahr der Ausweisung droht. Würde die Hausarbeit tatsächlich zur Erwerbsarbeit wie jede andere, stellt sich außerdem die Frage, inwieweit hier ein „deadend-job“ im Billiglohnssektor mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten bzw. Übergangsmärkten vorliegt.

Abschließend wird argumentiert, dass die teilweise Auslagerung der Hausarbeit alte und neue soziale Ungleichheitsverhältnisse auf drei verschiedenen Ebenen beinhaltet:

*Erstens ist die vertikale soziale Ungleichheit in der Gesellschaft* zwischen Frauen unterschiedlicher Ethnien und sozialer Milieus Voraussetzung und Folge der Beschäftigung von Hausarbeiterinnen. Unterschiedliche Teilhabechancen an materiellen Ressourcen sind Voraussetzung dafür, dass überhaupt jemand bereit ist, in diesem Bereich zu arbeiten. Die daraus folgende Verfestigung vertikaler sozialer Ungleichheiten hängt auch wesentlich damit zusammen, dass die Professionalisierung der Hausarbeit bisher keine Wertsteigerung der Hausarbeit bedeutet. Die Geringschätzung der (ausgelagerten) Hausarbeit korrespondiert wie gesagt mit dem niedrigen Status (hinsichtlich des Einkommens oder der sozialen Sicherheit), den vor allem „ausländische“ Haushaltshilfen innehaben. So erweist sich die Beschäftigung einer Hilfskraft primär für die Arbeitgeberinnen als vorteilhaft, während sie für die Haushaltshilfen trotz möglicher Chancen einer selbstständigen Existenzsicherung mit einer Vielzahl von bereits genannten Risiken verbunden ist. Auf einer abstrakten Ebene kann die Bezahlung der Hausarbeit auch als ein Prozess der Feminisierung und Ethnisierung interpretiert werden. So wird die Hausarbeit unabhängig von ihrem verstärkt formellen Charakter im Vergleich zur formellen Erwerbsarbeit zur niedrig eingestuften Arbeit. Dies kann vor allem auch damit zusammenhängen, dass nun Migrantinnen in sozial schwachen Positionen diese Arbeit erledigen. Gesamtgesellschaftlich macht die Beschäftigung einer Haushaltshilfe die Hausarbeit nach wie vor zur typischen, wenn auch bezahlten Frauenarbeit. So verstärken sich aber auch Unterschiede zwischen jenen Frauen, die sich eine Hausarbeiterin leisten können und jenen, die nach wie vor selbst den Großteil der Arbeit – oft zusätzlich zur Erwerbsarbeit – leisten.

*Zweitens zeigt sich eine horizontale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern*, die einem sozialen Milieu, nämlich den oberen Gesellschaftsschichten mit ausreichenden finanziellen Mitteln, zuzurechnen sind. Frauen und Männer haben unterschiedliche Chancen, sich von der Hausarbeit zu entledigen. Der Großteil der verbleiben-

den Hausarbeiten obliegt nach wie vor primär den Frauen. Eine Verfestigung traditioneller Rollenmuster beim traditionellen und pragmatischen Typ bedeutet eine ungleiche Position der Geschlechter innerhalb der Partnerschaft. Beim traditionellen Typ wird die ausschließliche Verantwortung der Frau für den Haushaltsbereich als gerechtfertigt angesehen und daher nicht problematisiert. Bei den Paaren des pragmatischen Typs ändert die Überzeugung von einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung nichts an der Traditionalität der Rollen im Haushalt, auch wenn sich die Berufsrollen stärker angeglichen haben. Zwischen der Kommerzialisierung und der Technisierung der Hausarbeit (Dörr 1996; Wagner 1991) bestehen Parallelen. In beiden Fällen erfolgt eine Erleichterung der Hausarbeit und somit fehlt den Forderungen nach einer „gerechteren“ Verteilung der Hausarbeit die Grundlage.

Letztlich zeigt sich *eine horizontale Ungleichheit zwischen Frauen innerhalb eines sozialen Milieus*. Beim egalitären Typ ist zwar eine Angleichung der Geschlechterrollen innerhalb der Partnerschaft zu beobachten: Sowohl der Mann als auch die Frau sind erwerbs- und hausarbeitsorientiert: Beide gehen einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit nach und teilen sich die im Haushalt verbleibenden Arbeiten „partnerschaftlich“ auf. Allerdings beschränkt sich diese „Gleichberechtigung“ und Chancengleichheit auf eine Paarbeziehung und ändert nichts an gesellschaftlich strukturellen Ungleichheiten. Die einseitige Arbeitsteilung zu Lasten der Frauen beim traditionellen und pragmatischen Typ spricht gegen eine Generalisierung der Situation von Frauen, die sich jeweils mit individuellen Strategien in den Arbeitsmarkt integrieren. Die befragten Frauen, die über ähnliche materielle und soziale Ressourcen verfügen, unterscheiden sich in den Werthaltungen sowie den Chancen, ihre Interessen an einer „partnerschaftlichen“ Arbeitsteilung (falls diese gewünscht wird) durchzusetzen.

Die Kommerzialisierung der Hausarbeit bietet neben den genannten Risiken neuer Ungleichheitsverhältnisse vielzählige Chancen für ArbeitgeberInnen: Erleichterung der Frauenerwerbstätigkeit, Entlastung von Frauen, Zugewinn an Zeit und Zeitwohlstand.

Eine mögliche Konsequenz davon ist, dass vielfach die Grundlage für eine öffentliche, politische Diskussion sowie für eine gesellschaftliche Lösung scheinbar individueller Probleme fehlt. Jene, die über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen, lösen das Problem der einseitigen Belastung von Frauen durch die Beschäftigung einer Hausarbeiterin. Wie vielen eine Gleichverteilung der verbleibenden Hausarbeit im Sinne des egalitären Typs gelingen wird, bleibt offen. Andere Frauen wiederum werden nie in den Genuss kommen, sich eine derartige Hilfskraft leisten zu können, bzw. müssen sie selbst – zumeist mangels Alternativen – den Job einer Hausarbeiterin annehmen. Die Ausübung der Hausarbeit bleibt daher mehr denn je Frauensache und eine Sache für die „anderen Frauen“.

# Literatur:

- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität: Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Soziale Welt 1/91, 6-19.
- Bauböck, R. (1991): Wertlose Arbeit: Zur Kritik der häuslichen Ausbeutung, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien.
- Beck, U. und Sopp, P. (Hrsg.) (1997): Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus? Opladen: Leske & Budrich.
- Becker-Schmidt, R. et al. (1984): Eines ist zu wenig, beides ist zu viel: Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik. Bonn.
- Beck-Gernsheim, E. (1992): Arbeitsteilung, Selbstbild und Lebensentwurf: Neue Konfliktlagen in der Familie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 44, Heft 2, 273-291.
- BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) (2004): Dienstleistungsscheck (DLS) für Arbeiten in privaten Haushalten. Wien.
- Bock, G. und Duden, B. (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.), Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976. Berlin, Courage, 118-199.
- Caxieta, L. und Rappold, S. et al. (2004 forthcoming): „Hausarbeit und Betreuungsarbeit in Österreich: Eine qualitative Untersuchung unter ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen.“ (Arbeitstitel) Österreichbericht im Rahmen der Studie: „Housework and caretaking: Strategies of reconciliation and conditions of employment in different family units. Gender, class and ethnics inequalities“ (a comparison between Austria, Germany, the United Kingdom and Spain; financed by the EU in the framework of „General Employment and Social Affairs“ 2004).
- Dörr, G. (1996): Der technisierte Rückzug ins Private: Zum Wandel der Hausarbeit. Campus-Verlag, Frankfurt am Main.
- EP (Europäisches Parlament) (2004): Entwurf eines Berichts über die Normalisierung der Hausarbeit in der Schattenwirtschaft: Anschluss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit. Miet Smet Berichterstatteerin.
- Friedrichs, J. (Hrsg.) (1998): Die Individualisierungsthese. Leske & Budrich, Opladen.
- Gorz, A. (1990): Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Rotbuch Verlag, Berlin.
- Gregson, N. and Lowe, M. (1995): „Too much work?“ Class, gender and the reconstitution of middle-class domestic Labour. In: Butler, T. and Savage, M.: Social change and the middle classes. University College London Press, 148-169.

- Haas, B. (1998): Waged domestic help? Chances and risks for whom? In: Equal opportunities international, vol. 17, No. 7. Barmarick Publications, East Yorkshire.
- Haas, B. (2001): Bezahlte Haushaltshilfen als Chance zur Neuverteilung der Hausarbeit. In: SWS Rundschau, Heft 2, 41. Jahrgang, 263-281.
- Haas, B. (2003): Chancen und Risiken bezahlter Haushaltshilfen? Alte und neue Ungleichheitsstrukturen. Peter Lang Verlag, Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Hochschild, A. R. (1990): The second shift. Avon Books, New York.
- Hochschild, A. R. (1997): The time bind: When work becomes home and home becomes work. New York.
- Höglinger, A. und Berka, G. (1994). Arbeit in Privathaushalten: Alte Probleme in neuer Zeit. Kammer für Arbeit und Angestellte f. Wien.
- Meschig, A. und Stuhr, M. (2003): Arbeit als Lebensstil. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Wagner, E. (1991): Technik für Frauen: Arbeitszusammenhang, Alltagserfahrungen und Perspektiven der Hausfrauen im Umgang mit technischen Artefakten. Profil-Verlag, München.
- Werlhof, von, C. (1983): Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau? In: Werlhof, von et al.: Frauen, die letzte Kolonie: Technologie und Politik. Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg, 113-137.



# Die neue Mehrgenerationenfamilie

## 1 Zur Notwendigkeit einer lebenslauforientierten Mehrgenerationenpolitik

Die europäische Gesellschaft durchläuft in den letzten Jahrzehnten einen umfassenden sozialstrukturellen Wandel. In der Sozialwissenschaft wird dies als Zusammenbruch von Kontinuität, als neue Unübersichtlichkeit, als Aufbruch in die Postmoderne, als Prozess der Individualisierung, als Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen und vorhersagbarem Lebenslauf diskutiert.

Dieser Umbruch hat auch die Institution der Familie erfasst. Unter dem Gesichtspunkt der Pluralisierung wird die Vielfältigkeit partnerschaftlichen Zusammenlebens mit Kindern oder ohne diskutiert.<sup>1</sup> Diese Vielfältigkeit erscheint vor der Folie der sogenannten „Goldenen Zeiten“ der Kernfamilie in den 60er Jahren. Blickt man weiter zurück und erfasst einen größeren Zeitraum, so gerät die Pluralisierungsthese ins Wanken.<sup>2</sup> Vor 100 Jahren waren anteilmäßig wesentlich weniger Personen verheiratet als heute, das Heiratsalter lag bei 30 Jahren, also etwa so wie heute, viele blieben unverheiratet. Heute ist neben der Kernfamilie Kohabitation verbreitet, die Geburtenrate sinkt, die Zahl der außerehelichen Geburten steigt, hohe Scheidungsziffern führen zu einer steigenden Anzahl von Alleinerziehenden und Stieffamilien.

Die neuen Formen der Familie betreffen aber vor allem den urbanen Raum und Personen unter 30 Jahren. Die Kernfamilie (Eltern mit ihren biologischen Kindern) bleibt das am weitesten verbreitete Modell, vor allem dann, wenn man die Ehe nicht als konstitutiv für Familie ansieht. In Österreich leben heute 85% der Kinder unter 20 Jahren mit beiden leiblichen Elternteilen unter einem Dach, 97% mit zumindest einem.<sup>3</sup> Dies stimmt mit der Tendenz in ganz Europa überein, in den skandinavischen Ländern mögen es etwas weniger sein, in den südeuropäischen Ländern etwas mehr. Das Zusammenleben der Kinder mit ihren leiblichen Eltern ist trotz hoher Scheidungsziffern die übliche Form der Familie.

<sup>1</sup> Es gibt schon eine Unzahl von Veröffentlichungen, die darauf Bezug nehmen. Nur einige Beispiele: Brake 2003; Buba, Schneider 1996; Burkart 1997; Busch, Nauck, Nave-Herz 1999; Familienbericht 1999; Gerhard, Hradil, Lucke, Nauck 1995; Hettlage 1998; Nauck, Onnenlsemann 1995; Nave-Herz 1994; Richter 2000; Schneider, Rosenkranz, Limmer 1998; Vaskovics 1997. Dort findet man auch grundlegende und weiterführende Literatur.

<sup>2</sup> Vgl. dazu zusammenfassend und im Überblick Nave-Herz 1994. Eher die Veränderungen betonend: Beck-Gernsheim 1998. Die Entwicklung in Deutschland wird nachgezeichnet von Bien 1996.

<sup>3</sup> Siehe dazu und zu den meisten österreichischen Daten in diesem Artikel den Bericht über den Mikrozensus 2001: Kytir, Stefou, Wiedenhofer-Galik 2002.

Die Diskussion über die Pluralisierung hat aber einen anderen Prozess verdeckt, der viel wesentlicher zu einer Veränderung in familiären Beziehungen beitragen wird und auf den die Politik reagieren wird müssen. Teilweise tut sie es bereits, indem zum Beispiel in Österreich auch Pflegeurlaub für pflegebedürftige ältere Personen genommen werden kann. Der Stellenwert der Familie im Lebenslauf eines Menschen ist wesentlich komplexer als es der Fokus auf die Kernfamilie sichtbar macht. Wenn wir heute von Familie sprechen, so tun wir dies am besten unter dem Stichwort der Mehrgenerationenfamilie.<sup>4</sup> Die Kernfamilie, in der Kinder mit ihren Eltern leben, macht derzeit bei einer Lebenserwartung von etwa 80 Jahren und der Tendenz zu Einkindfamilien nur mehr ein Viertel bis zu einem Drittel des Lebens aus. Gleichzeitig werden die vertikalen Familienbeziehungen, jene nämlich zwischen den Generationen, häufiger: Eine Dreigenerationenfamilie ist heute der Regelfall, Viergenerationenfamilien sind schon durchaus verbreitet. Das schafft neue, vielfältige Familienbeziehungen und Beziehungsprobleme. Damit will ich mich im Folgenden beschäftigen.

## 2 Deinstitutionalisierung des Lebenslaufs

In der Familiensoziologie wurde schon vor Jahrzehnten der Ansatz der Lebenslaufperspektive<sup>5</sup> aufgegriffen. Hat man in den 50er Jahren vor allem in der deutschen Familiensoziologie noch von der Familie als Kerninstitution der Gesellschaft gesprochen, sie als eine kohärente soziale Gruppe gesehen, die stabilisierend auf die Gesellschaft wirkt<sup>6</sup>, so erweist sich dieser Ansatz in der Folge als unzureichend. Familie als soziale Gruppe fokussierte zu stark auf die Kernfamilie. Geht man davon aus, ist es nicht verwunderlich, andere Formen als solche zu sehen, die die Position der Kernfamilie schwächen. Scheidung, Kohabitation, Singleleben werden als Faktoren der Deinstitutionalisierung interpretiert.

Der Lebenslaufansatz nimmt eine andere Perspektive ein. Er stellt das Individuum und seine Biografie in den Mittelpunkt. Die Phase der Kernfamilie ist nur ein Teil des Lebenslaufs.

Auch dieser Ansatz geht von einer idealtypischen Vorstellung aus, nämlich der Vorstellung eines „Normallebenslaufes“. Dieser besteht in einer kontinuierlichen, erwartbaren und daher auch planbaren Abfolge von verschiedenen Lebensphasen. Nach der behüteten Kindheit erfolgt in der Jugendzeit im Wesentlichen die Ausbildung. Dann steigt man ins Berufsleben ein, heiratet und bekommt Kinder. Für

---

<sup>4</sup> Darauf hat zusammenfassend auch hingewiesen: Nave-Herz 2001 und 2002. Vgl. dazu auch das Schwerpunktheft der *Current Sociology* 2002. Weiters auch Kaufmann 1993. Dazu gehört auch eine eher neue Beschäftigung mit der Frage des Erbens: Lettke 2003.

<sup>5</sup> Cooper 1999.

<sup>6</sup> So zum Beispiel König 1969.

die Geschlechter hat dies unterschiedliche Konsequenzen. Während der Mann im Berufsleben bleibt und seine berufliche Karriere von der Familiengründung praktisch nicht betroffen wird, scheiden Frauen in Mitteleuropa aus dem Berufsleben aus und widmen sich zumindest in den ersten Jahren dem Haushalt und den Kindern. Nach dem Auszug der Kinder gibt es eine Phase des „*empty nest*“, des leeren Nests, übergehend zum Eintritt ins Pensionsalter und damit den Altersruhestand.

Dieser idealtypische Lebenslauf hat sich wesentlich verändert. Dabei geht es nicht darum zu fragen, ob es jemals so eine kontinuierliche Abfolge der Lebensphasen gab, als vielmehr zu beobachten, ob diese idealtypische Vorstellung heute überhaupt noch Relevanz besitzt. Die Lebenslaufforschung bestreitet dies. Die Normalbiografie, die sich an diesem Lebenslauf orientiert, kann nicht gelebt werden.<sup>7</sup>

Auflösungserscheinungen erfolgen vor allem an den Rändern des Erwerbslebens.

Das Bildungsmoratorium gilt für ganz Europa – die Menschen bleiben länger in den Ausbildungsinstitutionen. Nach einer Mittelschule, die möglicherweise mit 18 beendet wird, absolvieren viele eine tertiäre Ausbildung, nicht nur Männer. An den Universitäten in Europa machen die Frauen heute mehr als die Hälfte der Studienanfänger aus. Die Ausbildungszeiten dauern bis Mitte zwanzig und sind von Berufstätigkeit neben dem Studium durchsetzt. In der Wissenschaft bezeichnet man diese Phase als Postadoleszenz.<sup>8</sup> Kennzeichnend für sie ist ökonomische Abhängigkeit von den Eltern, unklare Berufssituation, abwechselnde Phasen von Berufstätigkeit und Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen liegt im Schnitt der EU-15<sup>9</sup> mit rund 15% doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote), Annahme von minderwertigen Beschäftigungsverhältnissen, unklare Wohnsituation entweder innerhalb oder außerhalb des elterlichen Haushalts, oder abwechselnd Auszug und wieder Rückkehr dorthin. Im privaten Bereich überwiegt Kohabitation, wobei beide Partner durchaus bei den Eltern gemeldet bleiben können und als Paar in der Haushaltsstatistik gar nicht erfasst werden. Diese Phase wird oft mit der Geburt des Kindes abgeschlossen, nicht unbedingt mit einer Heirat. Die Hochzeit hat als *Passageritus*<sup>10</sup> an Gestaltungskraft für den Lebenslauf verloren. Vielmehr markiert die Geburt des ersten Kindes den Eintritt in eine andere Lebensphase.

Auch auf der anderen Seite des Erwerbslebens treten Brüche auf. Frühpensionen sind ein Charakteristikum. Sie sind in allen Ländern ein Problem, besonders aber in

---

<sup>7</sup> Dazu Kohli 1985.

<sup>8</sup> Dazu Arbeiten in Vaskovics, Buba, Früchtel 1992.

<sup>9</sup> Daten aus der EU beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf den Bericht zur sozialen Lage, der von der Europäischen Kommission herausgegeben wird. Europäische Kommission 2003.

<sup>10</sup> Der Begriff wurde geprägt von van Gennep 1994 (Orig.: 1909).

Österreich. Einige Daten verdeutlichen dies. Während im EU-15-Durchschnitt 51,9% der 50- bis 55-Jährigen erwerbstätig sind, sind es in Österreich nur 42,4%. Belgien ist mit 37,9% das Land mit der niedrigsten Beschäftigungsquote in dieser Alterskategorie. In Schweden arbeiten noch 78,6% in diesem Alter. Sind es nicht Frühpensionen, dann unterbricht oft Altersarbeitslosigkeit das Erwerbsleben. Widersprüchliche Entwicklungen treten auf. Auf Weiterbildungsmöglichkeiten auch noch nach 50 wird hingewiesen, die Erfahrung älterer Arbeitskräfte hervorgehoben, andererseits suchen Firmen nach jungen, angeblich leistungsfähigeren, vor allem aber billigeren Arbeitskräften. In dieser Phase sind auch die Kinder zumeist außer Haus. Für eine Ehe bedeutet das eine erneute Herausforderung. Die Partner mögen sich in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten stark auf die Kinder konzentriert haben, sie müssen nun lernen, wieder zu zweit zu sein. Dies schafft persönlichen Stress, der manchmal nicht bewältigt wird. Auch kann plötzlich das Bedürfnis auftreten, Versäumtes nachzuholen. Und das ohne den Partner: Das führt heute zu einer vermehrten Scheidung auch lang dauernder Ehen.

Aber auch die Phase der Erwerbstätigkeit verläuft nicht mehr kontinuierlich. Sogenannte „Normalerwerbstätigkeitsverhältnisse“ sind nicht mehr der Regelfall. Darunter versteht man volle Erwerbstätigkeit im Rahmen einer 40-Stunden-Woche, in der Regel über das ganze Erwerbsleben im gleichen Betrieb. Heute ist in dieser Spanne verstärkt mit Arbeitslosigkeit zu rechnen. Kontinuierliche Weiterbildung wird notwendig (obwohl die statistische Zahlen zeigen, dass nicht viele diese wahrnehmen: Im Frühjahr 2001 gaben im Schnitt der EU-15 8% der Arbeitskräfte im Alter zwischen 25 und 64 Jahren an, an Weiterbildung teilgenommen zu haben; United Kingdom führt dabei mit 21,7%, Schlusslicht ist Griechenland mit 1,4%; die Schwankungsbreiten sind also enorm hoch). Zeiten der Vollerwerbstätigkeit mögen Zeiten der teilweisen Erwerbstätigkeit ablösen. Dies gilt vor allem für Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren wollen. Im Schnitt der EU-15 beträgt der Anteil an Teilzeitarbeit 17,7%, wobei 6,2% Männer, aber 33% Frauen teilzeiterwerbstätig sind. Den höchsten Anteil an Teilzeitarbeit der Frauen haben die Niederlande mit 70%, den geringsten Anteil Spanien mit 8% (alle Daten aus Europäische Kommission 2003).

In den letzten Jahren wird das Augenmerk auch vermehrt auf katastrophische Ereignisse gelegt, die Familien und den Lebenslauf beeinflussen. Dazu zählen zunächst kriegerische Auseinandersetzung, Terroranschläge, aber auch Umweltkatastrophen. Hochwasserkatastrophen in Deutschland 2002 oder die Hitzewelle in Frankreich 2003 mit zahlreichen Todesfällen veränderten den Lebenslauf vieler Familien. Dazu kommen private Katastrophen, tödliche Unfälle, schwere Krankheiten, die den Lebenslauf unterbrechen und umformen. Dabei ist entscheidend, zu welchem Zeitpunkt die Ereignisse (biologisch, familial, biografisch oder makrogesellschaftlich) auftreten.

---

<sup>11</sup> Siehe dazu Bericht Grausgruber, u.a. 2000, Bonß 2000.

Der Lebenslauf eines heute lebenden Menschen ist lang, diskontinuierlich und durch Brüche gekennzeichnet. Die Phase der Kernfamilie ist nur mehr eine unter anderen wichtigen.

### 3 Familie im Lebenslauf

Es ist nicht mehr ausreichend, von Familienzyklen zu sprechen, von einer zyklischen Abfolge von Heirat, Geburt des ersten Kindes, Verlassen des Elternhauses des letzten Kindes und danach von der Phase des leeren Nests. So wie der Lebenslauf brüchig geworden ist, verhält es sich auch mit der Abfolge verschiedener Familienphasen.

Die Vorstellung eines Familienzyklus legt eine klare Aufeinanderfolge einzelner Phasen nahe und erweckt den Eindruck, dass diese Phasen in sich wohl definiert sind. Wie ich aber bereits erläutert habe, ist dies nicht der Fall. Von Familie spricht man in der Soziologie dann, wenn zumindest zwei Generationen vorhanden sind. Es ist also ein Kind notwendig, um Familie zu konstituieren. Früher war die Heirat kennzeichnendes Kriterium. Heute kennzeichnet, wie erwähnt, die Geburt des Kindes den Eintritt in die Familienphase. So klar biologisch der Vorgang ist und so exakt man die Geburtszeit feststellen kann, so diffus ist der Übergang sozial. Die Geburt eines Kindes führt nicht mehr grundsätzlich zur Heirat. In Skandinavien werden über 50% der Kinder außerehelich geboren, in Österreich sind es an die 40%. Zwar dürfte in der Folge geheiratet werden, sicher ist das aber nicht mehr. Auch ist unklar, wann die Hochzeit erfolgt. Das kann bald nach der Geburt oder auch einige Jahre später, nach den Zeiten für Kleinkindbetreuung, geschehen. In den meisten Fällen ziehen die Partner gemeinsam die Kinder auf, aber auch Alleinerziehung wird häufiger.

Die Familienphase mit Schulkindern kann durch Umbrüche gekennzeichnet sein. Scheidungen unterbrechen diese Phase, wenn sie ebenfalls hier wesentlich weniger häufig sind, als es die öffentliche Diskussion erscheinen lässt. Auch in Ländern mit hohen Scheidungsziffern leben über 80% der Kinder mit ihren leiblichen Eltern in einem Haushalt. Ebenso ist das Familienleben durch die Brüche in der Erwerbstätigkeit, wie wir sie oben geschildert haben, betroffen. Schließlich wird die Familienphase nicht eindeutig beendet. Der Auszug der Kinder zieht sich über eine Spanne von zehn Jahren, mit wechselnd intensiver Beziehung zu den Eltern.

Auch die Phase des leeren Nests verläuft nicht ungestört von Veränderungen. Sie umfasst heute eine Spanne von 30 Jahren, das ist länger als die eigentliche Familienphase. Es ist nicht eine Phase, in der die Partner auf sich allein gestellt nun ein neues, unabhängiges Leben beginnen können. Die Betreuungssituation hört keineswegs auf, wenn die Kinder das Haus verlassen. Einerseits kommen Enkel hinzu, andererseits leben die Großeltern und kommen in die Phase, in der sie Betreuung

benötigen. In den USA hat man dafür den Begriff der Sandwichgeneration geprägt. Wenn auch keineswegs klar ist, wie viele Menschen gleichzeitig Kinder oder Enkel und Großeltern betreuen müssen, so ist die beidseitige Belastung doch ein neues Charakteristikum des modernen Lebenslaufs. Zu diesen Fakten kommen weitere Erkenntnisse aus der Forschung. Entwicklung und Altern werden als lebenslange Prozesse gesehen, sie sind nicht auf bestimmte Phasen des Lebens beschränkt. So stellen sich in jeder Phase neue Anforderungen.

Lebenslanges Lernen auch im Alter, körperliche Betätigung und gesunde Lebensweise für ein längeres Leben sind neue Herausforderungen für die ältere Generation. Ebenso wird klar, dass Menschen nicht Einzelwesen sind, sie brauchen und suchen soziale Kontakte den ganzen Lebenslauf hindurch. Die Phase des leeren Nests ist nicht ein Rückzug aus dem sozialen Leben, sie beinhaltet Aktivität und Weiterentwicklung.

Unter dem Lebenslaufaspekt stellt sich Familie dynamisch als eine Abfolge von Ereignissen dar; die keineswegs immer geplant und erwartbar verlaufen. Sie zeigt Veränderungen, Brüche, ungewisse Übergangssituationen. Die Fokussierung auf Kernfamilie kann nicht mehr die familiären Aspekte eines individuellen Lebenslaufs vollständig charakterisieren. Heute ist eine Generationenperspektive notwendig, auf die ich im Folgenden eingehen will.

## 4 Mehrgenerationenfamilie heute

### 4.1 Demografischer Wandel

Der signifikanteste Wandel, der zum Entstehen der Mehrgenerationenfamilie beigetragen hat, ist sicherlich die längere Lebensdauer: Die Lebenserwartung hat sich in Europa kontinuierlich erhöht. Sie beträgt derzeit im Schnitt (ohne die neuen Beitrittsländer) für Frauen 81 Jahre für Männer 75 Jahre. Die Differenz zwischen Frauen und Männern ist trotz des noch bestehenden deutlichen Unterschieds etwas geringer geworden. Am geringsten ist die Lebenserwartung in Portugal mit 79,7 Jahren für Frauen und 72 Jahren für Männer: Dies ist die Lebenserwartung bei der Geburt. Wer heute fünfzig ist, kann, auch wenn er ein Mann ist, noch gut dreißig Jahre Lebenszeit erwarten. In den Beitrittsländern liegt die Lebenserwartung deutlich unter dem EU-Durchschnitt, etwa so wie in Portugal. Langfristig wird sich auch hier mit steigendem Wohlstand eine Annäherung ergeben.<sup>12</sup>

Der zweite signifikante Trend in Europa sind die geringen Geburtenziffern.<sup>13</sup> Die Fertilitätsraten liegen deutlich unter dem Faktor 2,08. Dieser wäre für eine Repro-

---

<sup>12</sup> Siehe Anmerkung 8. Der Bericht 2003 umfasst auch Daten zu den neuen Beitrittsländern.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Bagavos, Martin 2001.

duktion der Bevölkerung notwendig. Mit Einschränkungen ist ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Hohe Gesamtfruchtbarkeitsraten (das ist die auf Grundlage der Fruchtbarkeitsziffern errechnete durchschnittliche Anzahl der Kinder, die eine Frau zur Welt bringen würde) finden wir im Jahr 2000 in den skandinavischen Ländern in Finnland mit 1,73 und Dänemark mit 1,76. Die höchsten weisen allerdings Frankreich und Irland mit je 1,89 auf, die niedrigsten Spanien mit 1,22, gefolgt von Italien mit 1,25 und Griechenland mit 1,30. Obwohl keineswegs geklärt ist, ob dies eine vorübergehende Erscheinung ist, die durch spätere Heirat und höheres Alter bei der Erstgeburt begründet liegt, sodass wir nur einen Verzögerungseffekt beobachten, bleibt trotzdem die allgemeine Tendenz zu einer Gesellschaft mit einem hohen Anteil an Personen über 50 Jahren erhalten. Die ältere Generation bildet die Mehrheit. Dies hat Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Generationen.

## 5 Mehrgenerationenfamilien

Neue Daten aus Österreich zeigen die demografischen Entwicklungen recht deutlich. Es ist zu vermuten, dass sich dieser Trend in allen Ländern Europas zeigt, die eine ähnliche Lebenserwartung haben.

Der österreichische Mikrozensus aus 2001<sup>14</sup> zeigte, dass Drei- und Mehrgenerationenfamilien an die 80% ausmachen. Im Detail sagen 58%, dass noch weitere zwei Generationen abgesehen von ihnen selbst in der Familie leben, 20% geben an, dass es noch weitere drei Generationen (Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, Kinder, Enkelkinder und Urenkelkinder) gibt, also leben 58% in Drei- und weitere 20% in Viergenerationenfamilien. Fünf Generationen umfassen deutlich weniger als ein Prozent. Anders gesehen kann man also sagen, dass nur ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung in Zusammenhängen lebt, die zwei Generationen oder weniger umfassen. Da, wie gesagt, dies vor allem durch die hohe Lebenserwartung bedingt wird, ist zu erwarten, dass sich ein ähnliches Ergebnis in den anderen Ländern Europas zeigt.

Gleichzeitig nimmt in der jüngeren Generation die Anzahl der Geschwister ab. Am meisten Geschwister haben die Angehörigen der Baby-Boom-Generation, die heute 40- bis 44-Jährigen. Von diesen haben noch 27% vier- oder mehr Geschwister. Betrachtet man die jüngste Altersgruppe, so gibt es zwar wenige Einzelkinder (jedes achte Kind). Etwa die Hälfte der Gruppe hat noch einen Bruder oder eine Schwester, allerdings gibt es kaum mehr Mehrkindfamilien.

Das bedeutet, dass in der Relation die Familien in der direkten vertikalen Verwandtschaftsbeziehung von den Großeltern zu den Enkeln bedeutender werden, während die horizontalen quantitativ abnehmen. Es gibt damit weniger Onkel, Tanten, Nichten, Neffen, Cousinen und Cousins. Wir können von einer „Bohnenstangenfamilie“ sprechen.

---

14 Siehe Anm. 2.

Verbleibt man bei einer quantitativen Betrachtungsweise, so kann man leicht erkennen, dass dies große Auswirkungen für die Generationenbeziehungen hat.

Während Eltern vor 70 oder 80 Jahren vier Kinder groß zogen, so sind es heute im Schnitt zwei, in Österreich mit der Tendenz zu einem. Das bedeutet, dass sich früher mehr Kinder die Eltern teilen mussten, im gedanklichen Fall der Vier-Kinder-Familie war das sozusagen ein halber Elternteil pro Kind. In der Zwei-Kinder-Familie ist es ein ganzer, also doppelt so viel und in einer Ein-Kind-Familie wären es beide Elternteile, also ein Vierfaches.

Natürlich handelt es sich hier um ein Gedankenexperiment<sup>15</sup> und um die Betrachtung eines Durchschnitts. Es ist durchaus möglich, dass es in Zukunft Spezialisierungen gibt: Familien, die drei und mehr Kinder zur Welt bringen und kinderlose Paare. Allerdings ändert sich auch dann nichts im Querschnitt – und dieser besagt: Kinder haben viel häufiger Kontakte zu älteren Personen als umgekehrt.

Dies trifft nicht nur auf die Familie zu, sondern auf die gesamte Gesellschaft. Nimmt man grob gesprochen ein Verhältnis der Erwachsenen-Generation über 30 zu solchen unter 30 mit etwa 80 zu 20 an, so ist auch hier leicht zu sehen, dass die Chance für Jüngere, mit Älteren Kontakt aufzunehmen, wesentlich größer ist als umgekehrt.

Dies hat für unsere Diskussion zweierlei Konsequenzen. Die Jugend weiß viel mehr über die ältere Generation als umgekehrt und sie gerät in eine Minderheitensituation.

Peter M. Blau hat in seinem Buch „Inequality and heterogeneity“<sup>16</sup> sehr deutlich die Konsequenzen solcher Verhältnisse beschrieben. Wenn ungleiche Mehrheitsverhältnisse bestehen, dann ist die kleinere Gruppe immer stärker in die Beziehungen eingebunden als die große. Die Minderheit hat als Orientierungspunkt die Mehrheit, nie umgekehrt. Zwar kann sie versuchen, eine eigenständige Kultur zu bewahren, aber wenn sie in Beziehungen tritt, so wird sie sich an der Mehrheitskultur orientieren müssen. In unserem Fall erklärt dies einerseits die Herausbildung der Jugendkultur; andererseits auch das weitgehende Fehlen eines nur in den Zeitungen postulierten Generationenkonflikts.

## 6 Generationen im Wandel

Der soziale Kontext von Generationen sowohl für junge und ältere hat sich im letzten halben Jahrhundert gewandelt. Sie stehen in anderen Mehrheitsver-

---

<sup>15</sup> Eindringlich schildert dieses Verhältnis Hondrich 1999.

<sup>16</sup> Blau 1977. Das Buch trägt den bezeichnenden Untertitel: A primitive theory of social structure. Mit Hilfe von einfachen Größenverhältnissen kann man bereits Strukturen der Gesellschaft aufzeigen.

hältnissen zueinander; die Häufigkeit der Kontakte zwischen den Generationen hat sich geändert.

Hier lohnt sich wieder ein Blick auf den Mikrozensus 2001 aus Österreich.<sup>17</sup>

## 6.1 Räumliche Nähe und soziale Kontakte

In Österreich wohnen 97% der Kinder unter 20 Jahren mit zumindest einem Elternteil unter einem Dach, 85% mit beiden. Zu der Kategorie „unter einem Dach“ ist eine Anmerkung zu machen. Üblicherweise wird nach Haushalten gemessen. Es können aber zwei Haushalte in einem Haus gezählt werden, wobei in dem einen die Kinder, in dem anderen die Eltern wohnen. Das ist im ländlichen Bereich und bei Kindern, die über zwanzig sind, häufig der Fall; so z.B. im landwirtschaftlichen Bereich bei dem sogenannten Ausgedinge, das als eigener Haushalt mit getrenntem Eingang – aber im Verbund des bäuerlichen Hofes – gesehen werden kann. Dies wirkt sich bei der Betrachtung der Älteren stärker aus als bei den Jüngeren.

Von den 30- bis 44-jährigen leben rund 15% mit dem eigenen leiblichen Vater oder der Mutter im selben Haus, 20% in 15 Minuten Gehentfernung. Bei weiteren 27% wohnen die Eltern oder ein Elternteil mehr als 15 Gehminuten, aber weniger als 30 Autominuten entfernt.

Auch in einer mobilen Gesellschaft ist die räumliche Distanz zwischen den Generationen nicht sehr groß. Sie steigt, wenn man den Bildungsgrad heranzieht, aber die Mehrheit der Generationen wohnt unter einer halben, an die 80% unter einer Stunde entfernt.

Dementsprechend sind auch die sozialen Kontakte häufig. 30% sehen ihren Vater und/oder ihre Mutter fast täglich, ebenso viele zumindest einmal pro Woche. Nimmt man die Elternperspektive ein, so wird die Dichte des Netzwerks noch deutlicher: Österreich hat rund 8 Millionen Einwohner. Davon haben rund 1,4 Millionen Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren zumindest ein lebendes leibliches Kind, wobei bei 39% dieses Kind unter einem Dach mit ihnen wohnt, bei weiteren 22% in unmittelbarer Umgebung.

Gleiche Verhältnisse zeigen sich beim Kontakt mit den Großeltern: 19% der Kinder unter 20 Jahren leben mit zumindest einem Großelternanteil unter einem Dach, weitere 28% in unmittelbarer Umgebung. Ebenso sind die Kontakte mit den Großeltern häufig. 40% der unter 20-jährigen treffen ihre Großeltern oder Großelternanteile täglich, 30% mindestens einmal in der Woche. Dabei ist der Kontakt mit den unter 15-jährigen Enkelkindern besonders hoch, er sinkt im frühen Erwachsenenalter auf ein Minimum. Der Kontakt zwischen Eltern- und Großeltern-Generation und

---

<sup>17</sup> Aus Deutschland zeigen die Daten des SOEP (Sozio-ökonomisches Panel) gleiche Ergebnisse. Vgl. Lauterbach 1998.

Großelterngeneration steigt wieder an, wenn die Kinder aus dem Haus sind und die Elterngeneration über 50 ist. Ältere Kinder (über 61) wohnen wieder näher bei ihren Eltern.<sup>18</sup> Das hat auch mit Betreuungsnotwendigkeiten zu tun.

## 6.2 Gegenseitige Hilfe

Die Hilfeleistungen zwischen den Generationen sind zahlreich. Die österreichische Generationenstudie 1998 hat gezeigt<sup>19</sup>, dass 99% der Familienmitglieder von der Familie Hilfe bei kleineren Notfällen erwarten könne, 98% bei größeren und 95% bei großen (etwa finanziellen) Problemen<sup>20</sup>.

Auch hier lohnt sich eine repräsentative Perspektive über die einzelnen Altersgruppen. Es zeigt sich nämlich, dass nicht nur alte Menschen Hilfeleistungen benötigen. Befragt man die österreichische Bevölkerung, ob sie konkrete Hilfe in den letzten zwei Jahren benötigten, so bejahen das 90% der unter 30-Jährigen, 80% der 31- bis 45-Jährigen, 70% der 46- bis 60-Jährigen und 75% der über 60-Jährigen. Daraus ist zu entnehmen, dass junge Menschen am meisten Hilfe benötigen, gefolgt von Familien mit kleinen Kindern. Junge ältere Menschen brauchen demgegenüber weniger Hilfe. Allerdings dürfte der Hilfsbedarf in der Altersgruppe von 75 oder 80 Jahren aufwärts wieder deutlich ansteigen. In einer Befragung ist diese Gruppe schwer zu erfassen. Bei der benötigten Hilfe ist also eine U-Kurve zu erkennen: Hohe Notwendigkeit für Hilfe in jungen Jahren und im höheren Alter.

Weiters zeigt sich, dass Hilfe nicht auf Notfälle beschränkt ist. Zwar wird Hilfe beim Einkaufen, bei Behördengängen, bei der Betreuung von Kindern benötigt. An erster Stelle wird aber im Querschnitt der Bevölkerung emotionale Zuwendung als notwendig angesehen. Dies kommt häufiger vor als materielle Unterstützung.

Insgesamt kann man sagen, dass finanzielle Unterstützung von der älteren zur jüngeren Generation fließt, instrumentelle Unterstützung von der jüngeren zur älteren Generation.

In allen Fällen zeigt sich, dass die Mutter die Hilfe leistet, sowohl ihren Kindern als auch den Großeltern gegenüber, auch den Eltern des Mannes.

Aus dieser Sicht ergibt sich eindeutig, dass Frauen durch Hilfeleistungen besonders beansprucht sind. Besonders belastend ist es, wenn Frauen zwischen den Generationen stehen, das heißt, einerseits noch ihre Kinder unterstützen müssen, andererseits auch ihre Eltern. Dies ist vor allem derzeit in dem Jahrzehnt zwischen 50 und 60 der Fall. Ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Berufsleben ist dann keine unerwartete Folge.

---

<sup>18</sup> Über die Bedeutung zu den Beziehungen zwischen der älteren Generationen und ihren erwachsenen Kindern siehe Logan, Spitze 1996. Zu unilokalen Familien Fuchs 2003.

<sup>19</sup> Vgl. Majce 2000.

<sup>20</sup> Für Deutschland vgl. Motel, Szydlik 1999.

## 6.3 Beziehungen der Ambivalenz

Untersuchungen zeigen generell eine hohe Übereinstimmung in den Einstellungen der Generationen. Konflikte werden anscheinend entweder nicht ausgetragen oder sie sind nicht vorhanden. Religiöse und politische Einstellungen scheinen kein Grund für tiefgehende Auseinandersetzungen zu sein. Trotzdem können die Beziehungen zwischen Nähe und Ferne, zwischen gegenseitiger Achtung und gewisser Distanz schwanken. Dies ist oft ein strukturelles Merkmal der Beziehungen und wird in Befragungen weniger artikuliert. Lüscher<sup>21</sup> hat dafür den Begriff der Ambivalenz eingeführt.

Die Personen sind gleichsam von widersprüchlichen Intentionen getrieben. Einerseits müssen Mütter für ihre Familie sorgen, andererseits fühlen sie sich auch ihren eigenen Eltern verpflichtet. In der Phase der Postadoleszenz kann dies besonders deutlich werden, vor allem dann, wenn generell gute und einvernehmliche Beziehungen bestehen. Einerseits wird es von den Eltern oft als Belastung empfunden, dass die Kinder auch noch Ende 20 zu Hause leben und ihr Jugendzimmer aufrecht erhalten, andererseits freuen sie sich auch über die Verbundenheit. Kaufmann hat auch auf das Kriterium der „schmutzigen Wäsche“ aufmerksam gemacht.<sup>22</sup> Wenn Kinder ihre Wäsche zum Waschen nach Hause bringen, so bedeutet dies zumeist eine Belastung für die Mutter; andererseits mag das in ihr das Gefühl wecken, weiterhin gebraucht zu werden und nützlich zu sein. Der wöchentliche Besuch mag zwar die Bewegungsfreiheit der Eltern einschränken, andererseits zeigt er den Zusammenhalt der Familie.

Solche Ambivalenzen sind konstitutiv für das menschliche Leben, und es ist Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung, wie Menschen damit umgehen.

Lüscher<sup>23</sup> unterscheidet vier prinzipielle Arten der Ambivalenzbeziehungen.

- **Solidarität:** darunter ist der Wille zu gegenseitiger Hilfeleistung zu verstehen. Empathie ist Bestandteil solidarischer Beziehungen. Generationenbeziehungen, wie sie oben charakterisiert wurden, sind zu einem großen Ausmaß von Solidarität geprägt.
- **Emanzipation:** Darunter ist ein Beziehungstyp zu verstehen, der einerseits emotionale Bindung, andererseits aber auch die Fähigkeit zur Veränderung, zur innovativen Gestaltung der Beziehung zeigt. Emanzipatorische Beziehungen zwischen den Generationen gestehen den Partnern Eigenständigkeit zu, Konflikte und Meinungsverschiedenheiten können ausdiskutiert werden, die gegenseitige Wertschätzung bleibt erhalten.
- **Atomisierung:** Unter diesem Konzept wird die Auflösung der Familie als Einheit verstanden. Es ist die Konsequenz radikaler Individualisierung. Die insti-

<sup>21</sup> Lüscher, Pajung 1998. Lüscher, Liegle 2003.

<sup>22</sup> Jean Claude Kaufmann 1994.

<sup>23</sup> Siehe Anm. 16.

tutionellen Verbundenheiten lösen sich auf, die Familie zerfällt in ihre Teile, nämlich in die einzelnen Individuen. Außer dem verwandtschaftlichen Titel, dass die Personen Familienmitglieder, Mutter und Vater, Tochter und Sohn sind, haben sie nichts mehr gemein. Der Prozess der Atomisierung in konkreten Familien verläuft zumeist konfliktreich.

- Kaptivation: Dies bedeutet Vereinnahmung der Schwächeren durch die Stärkeren. Beziehung bedeutet hier Unterordnung und Beherrschung. Im Alltagsverhalten der Familie kommt dies dann zum Vorschein, wenn die Älteren gleichsam den Kindern ständig zeigen, dass sie moralisch verpflichtet sind, für sie zu sorgen und sich um sie zu kümmern. Die Familienmitglieder versuchen einander zu instrumentalisieren. Kaptivation kann so als Gegensatz zur Emanzipation gesehen werden.
- Unter diesem Gesichtspunkt der Ambivalenz können Generationenbeziehungen differenzierter gesehen werden. Die Solidarität und gegenseitige Hilfe, die hohe Übereinstimmung, die sich in allgemeinen Umfragen zeigt, können mit Hilfe der Begriffe der Solidarität, der Emanzipation, der Atomisierung und der Kaptivation näher beschrieben werden. Gegenseitige Hilfe kann aber auf durchaus unterschiedlichen Ursachen beruhen, empathischen und emanzipatorischen ebenso wie auf dem zwingenden moralischen Druck, dem anderen verpflichtet zu sein. Soziale Verantwortung kann eben aus verschiedenen Perspektiven übernommen werden. Beziehungen werden sich danach in ihrer Struktur unterscheiden, ob sie sich kreativ und mit gegenseitiger persönlicher Achtung entwickeln können oder durch äußeren Druck zusammengehalten werden.

Die Art dieser Beziehungen ist aber nicht nur von den Beteiligten selbst abhängig. Es hängt sehr viel von der gesellschaftlichen Situation ab, in der sich die Beziehungen zwischen den Generationen entwickeln können. Materielle Verhältnisse, der Werthorizont der Gesellschaft, geschichtliche Erfahrungen und Traditionen sind oft maßgebender als persönliche Befindlichkeiten.

## 7 Verhalten und öffentliche Diskussion

Der Verweis auf die Einbettung der Familienbeziehungen in überindividuelle Zusammenhänge führt zu einem Blick auf die makrogesellschaftliche Ebene. Es ist sinnvoll, hier zwischen Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen zu unterscheiden.<sup>24</sup> Studien zeigen übereinstimmend, dass die konkreten, tatsächlich gelebten Beziehungen zwischen den Generationen besser eingeschätzt wer-

---

<sup>24</sup> Zum Beispiel Kaufmann Franz Xaver, 1993.

den, als wenn man die Jugendlichen abstrakt zur Einschätzung der älteren Generationen befragt. Ebenso geben Erwachsene an, dass die Beziehungen zu ihren Kindern besser sind, als sie generell die Beziehungen zwischen alt und jung sehen. Während sich auf individueller Ebene, den Generationenbeziehungen, große Übereinstimmung zeigt, werden Konflikte in den Generationenverhältnissen generell durchaus artikuliert. Die österreichische Generationenstudie zeigte, dass vor allem Medien für die Diskussion verantwortlich gemacht werden. 57% der Befragten meinten, dass die Medien viel oder ziemlich viel zur Zerstörung der Generationenbeziehungen beitragen, 12% empfinden den Einfluss der Medien eher schädigend als aufbauend.<sup>25</sup>

Sollten die Beziehungen schlecht sein, so wird keine Schuldzuweisung an nur eine Generation getroffen. 80% meinen, alle Generationen sind gleich schuld daran, wobei die Älteren eher dazu tendieren, den Jüngeren die Schuld zu geben als umgekehrt.

Die Diskussion über den sogenannten „Generationenvertrag“, der innerhalb einer sozialpolitischen Debatte um die Finanzierung von Pensionen geführt wird, mag dazu beigetragen haben, dass die Entwicklung der intergenerationalen Beziehungen durchaus als skeptisch angesehen werden kann. 38% meinen, dass diese sich verschlechtern werden, 45%, dass es kaum Veränderungen geben wird. Die Altersgruppe zwischen 46 und 60 Jahren, die bald das Pensionsalter erreichen wird, beurteilt die Zukunftsaussichten besonders negativ. Die Hälfte der Gesamtbevölkerung Österreichs denkt, dass der derzeitige Interessensausgleich fair ist.

Generell ist festzuhalten, dass ein deutlicher Abstand zwischen gelebten familiären Generationenbeziehungen und öffentlicher Diskussion besteht. Diese Kluft sollte in Zukunft ernster genommen werden. Medien tendieren prinzipiell dazu, schlechte Nachrichten zu verbreiten. Es ist also zu erwarten, dass Diskurse, die einen Konflikt oder gar Kampf der Generationen thematisieren, größere Chancen haben, sich durchzusetzen, als Diskurse, die auf eine solidarische, wenn auch ambivalente, Beziehung zwischen den Generationen hinweisen. Die öffentliche Diskussion ist jedenfalls plakativ und weniger differenziert, als es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Die Solidarität zwischen den Generationen könnte so gesehen weniger durch demografische Entwicklungen gefährdet sein als durch eine einseitige sozialpolitische Diskussion.

## 8 Gedanken zu einer Mehrgenerationenpolitik

Die typische Form der Familie ist heute die Mehrgenerationenfamilie. Das europäische Modell des Wohlfahrtsstaates, wie es in der sozialen Agenda der Europä-

---

<sup>25</sup> Diese und folgende Zahlen aus: Majce 2000.

ischen Union formuliert wird<sup>26</sup>, bedarf einer umfangreichen generationsspezifischen aber auch generationsübergreifenden Politik. Die Mehrgenerationenfamilie steht vor spezifischen Problemen, die sich aus der Veränderung der Lebensdauer und den unterschiedlichen Familienphasen ergeben. Weiterhin sind Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Betreuung von Kindern, aber auch von alten, pflegebedürftigen Menschen, zentrale Probleme. Ein Blick auf unterschiedliche Generationenlagen soll zeigen, dass sich heute noch weitere Probleme stellen.

Zunächst entstand in den letzten Jahren eine neue Phase der Postadoleszenz. Während vor etwa drei Jahrzehnten die Töchter und Söhne Anfang 20 den Haushalt verließen und auch sich selbst versorgen konnten, ist das heute weniger der Fall. Allerdings gibt es auch hier in Europa große Unterschiede. In Dänemark etwa haben 75% der 21- bis 25-Jährigen die elterliche Wohnung verlassen, in Italien sind es hingegen nur 7%. Der Durchschnitt in der EU-15 liegt bei 39%.<sup>27</sup>

Der Mikrozensus 2001 in Österreich gibt differenzierte Daten.<sup>28</sup> Nach dem 19. Jahrhundert zeigt sich in den letzten Jahrzehnten eine U-förmige Verteilung. Am frühesten sind die heute 45- bis 49-Jährigen ausgezogen, also die in der ersten Hälfte der 70er Jahre den elterlichen Haushalt verließen. In den nachfolgenden Kohorten steigt das Auszugsalter an. Vor einem Alter von 20 Jahren ausgezogen sind heutige 20- bis 24-jährige Frauen zu 22%, in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen waren es 42%, also fast doppelt so viele. In Österreich leben mehr als drei Viertel der Männer zwischen 20 und 24 Jahren im elterlichen Haushalt, im Alter von 25 bis 29 noch 44%; bei Frauen nur 61% und 20%.

Der Hauptgrund für den Auszug liegt in einer Partnerschaft, an zweiter Stelle folgen berufliche Gründe.

Wenn es auch große Unterschiede in Europa gibt, so ist der Trend doch ersichtlich. Wesentlich ist auch, dass eine fortlaufende Alimentierung auch bei früherem Auszug notwendig ist. Vor allem finanzielle Transfers fließen von der älteren zur jüngeren Generation.

Dieses Verhalten hat Auswirkungen, zum Beispiel auf den Wohnungsmarkt und auf die Wohnungsgröße. Das lange Verweilen im elterlichen Haushalt dürfte auch damit zusammenhängen, dass adäquate Wohnungsangebote fehlen. Ein Auszug bringt für die jungen Erwachsenen zumeist eine schlechtere Wohnsituation mit sich. Ist die Diskrepanz besonders hoch, wird sich der Auszug verzögern. Möglicherweise ist auch eine persönliche, soziale Komponente damit verbunden. Giovanni Sgritta<sup>29</sup>, italienischer Experte im EU-Observatorium zur sozialen Situation, Demografie und Familie, vermutet, dass junge Erwachsene heute weniger bereit sind, Verantwor-

---

<sup>26</sup> Soziale Agenda EU.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Chisholm, de Lillo, Lecardi, Richter 2003.

<sup>28</sup> Wiederum Kytir und andere 2002.

<sup>29</sup> Sgritta 2001.

tung und damit auch weniger öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf Fragen der Sozialisation und der Erziehung. Hier wird Bildungspolitik angesprochen.

Die infrastrukturellen wirtschaftlichen Vorgaben, die prekären Beschäftigungsverhältnisse und hohen Arbeitslosenraten unter jungen Menschen belasten die Gesellschaft. Derzeit übernehmen in Notsituationen vor allem Familien die Last. Auch dies wäre bei politischen Maßnahmen zu bedenken.

Junge Erwachsene kehren wiederholt in den elterlichen Haushalt zurück. Ceridwen Roberts spricht in ihrem allgemeinen Beobachtungsbericht 2002 an die Beobachtungsstelle der EU zur sozialen Situation, Demografie und Familie von „Boomerang-Children“, Kinder, die immer wieder, bis zu viermal, die elterliche Wohnung verlassen, aber wieder zurückkommen.<sup>30</sup>

Diese Situation bringt große finanzielle, soziale und emotionale Belastungen mit sich und wirkt sich auf Wohn- und Lebensbedingungen aus. Sowohl der Arbeitsmarkt als auch das Erziehungssystem hätten die Aufgabe, Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und klare Ausbildungsstränge anzubieten.

Am anderen Rand der Erwerbstätigkeit finden sich ebenso spezifische Probleme. Frühe Pensionierungszeiten und lang dauernde Arbeitslosigkeit schaffen emotionale und persönliche, natürlich auch finanzielle Probleme. Die Frage ist, ob nicht auch die hohen Beschäftigungsraten in den nördlichen Ländern für Menschen über 50 Probleme schaffen. Im ersten Fall haben sie keine Arbeit, im zweiten Fall vielleicht nicht die geeignete Arbeit. Der moderne hohe Leistungsdruck und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche kann ein zusätzlicher Stressfaktor sein. Auch hier wären politische Maßnahmen nötig.

Verschärft treten durch die Pflegebedürftigkeit Probleme im höheren Alter auf. Dieser Umstand ist wohlbekannt, und Hilfeleistungen werden zum Großteil von der Familie übernommen. Das führt zum dritten Bereich einer Mehrgenerationenpolitik, zu der Generation „dazwischen“, der „Sandwichgeneration“.

Die Stellung der mittleren Generation in einer Drei-Generationen-Familie bedarf besonderer Beachtung. Manche mögen den Ausdruck „Sandwich-Generation“ zu amerikanisch und zu negativ empfinden. Er bezeichnet aber das grundlegende Problem, nämlich Verpflichtungen der jüngeren wie auch der älteren Generation gegenüber. Ein gedankliches Beispiel mag dies veranschaulichen.

Eine Mutter zwischen 50 und 55 hat heute wahrscheinlich ein oder zwei Kinder in der Phase der Postadoleszenz. Gleichzeitig sind ihre Eltern über 75 Jahre alt, ein Zeitpunkt, ab dem Krankheitserscheinungen und physische Beeinträchtigungen immer deutlicher sichtbar werden. Das müssen bei weitem noch nicht Pflegefälle sein, aber eine gewisse Einschränkung in der Mobilität wird bemerkbar, die körper-

---

<sup>30</sup> Siehe Homepage des EU-Observatoriums, [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/eoss/](http://europa.eu.int/comm/employment_social/eoss/)

liche und geistige Fitness mag sinken. Das bedeutet wahrscheinlich eine häufigere Notwendigkeit von Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen. Das kann in der Folge auch Hilfe bei einem Umzug in ein Seniorenheim nötig machen. Diese Hilfe wird vorwiegend instrumenteller Art sein, aber eine finanzielle Unterstützung kann ebenso notwendig werden. Gleichzeitig ist finanzielle Alimentierung der jungen Erwachsenen notwendig, Emotionale Unterstützung brauchen beide Seiten: die junge Generation als Ermutigung zum Einstieg in das Berufsleben, die ältere Generation als Ersatz für immer geringer werdende soziale Kontakte zu Freunden. Die beidseitige Zuwendung und instrumentelle Hilfe zu den Generationen schafft eine Mehrfachbelastung, vor allem für Frauen, denn diese übernehmen in der Regel die Hilfeleistung. Für den elterlichen Haushalt schafft dies aber auch eine finanzielle Belastung. Man kann das Gedankenexperiment auf die Spitze treiben. In dieser Altersphase der 50- bis 60-jährigen steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko wieder an. Frauen mögen auf Grund der Betreuungsnotwendigkeit vorzeitig aus dem Berufsleben aussteigen. Das Armutsrisiko wird plötzlich besonders hoch. Dies ist sicherlich ein Sonderfall. Die Statistik zeigt, dass Zwei-Personen-Haushalte, deren Bewohner im Alter zwischen 50 und 60 sind, die höchsten Nettoeinkommen haben. Nichtsdestotrotz sind sie permanenten Risiken durch die mittlere Position zwischen den Generationen ausgesetzt.

Auch hier müsste ein europäisches Wohlfahrtsmodell Absicherung schaffen. Dabei geht es in einer Mehrgenerationenpolitik darum, die Zusammenhänge zu verstehen. Maßnahmen für junge Erwachsene dienen ebenso der Sandwichgeneration wie der jungen Generation selbst. Der Begriff Mehrgenerationenpolitik will darauf hinweisen, dass Familienpolitik wie Sozialpolitik den Zusammenhang zwischen den Generationen und deren Beziehungen in Betracht ziehen muss. Damit ist auch die Frage nach dem Lebenslauf verbunden, nach den Situationen, mit denen sich die Mitglieder einzelner Generationen in ihrem Lebenslauf konfrontiert sehen.

Das führt zu einer letzten Verkomplizierung. Wie angemerkt, ist der Lebenslauf nicht mehr kontinuierlich, sondern durch Umbrüche gekennzeichnet. Eine Person aus einer Geburtskohorte kann verschiedenen Generationen angehören. Generationen sind durch gemeinsame Erfahrung gekennzeichnet. Ein Kind kann gleichzeitig der Elterngeneration angehören. Dieser Aspekt, dass man sein Leben lang Kind der Eltern bleibt, ist keineswegs banal. Denn die Eltern leben wesentlich länger als früher. Die Mitglieder der mittleren Generation erleben diese Bipolarität der Zugehörigkeit zu zwei Generationen, als Kinder der Großeltern und als Eltern ihrer Kinder; heute nicht immer neu, aber doch wesentlich länger als vor einigen Jahrzehnten.

Scheidungen tragen ebenso zu Brüchen bei. Ein 40-jähriger Single kann ein ähnliches Verhalten zeigen wie ein 28-jähriger, obwohl beide unterschiedlichen Kohorten angehören. Sie teilen die gemeinsame Erfahrung des Singledaseins, den

Wunsch, einen Partner zu finden, wie ihn die meisten Singles hegen. Künstliche Befruchtung, die Möglichkeit, auch im höheren Alter noch Kinder zu bekommen, erweitert Multigenerationenzugehörigkeit (gleichzeitig als Großvater, Vater und Kind zu leben). Ebenso trägt der rasche Umbruch im Berufsleben und die Diversifizierung von Berufs- und Privatleben zur potentiellen Multigenerationenzugehörigkeit bei. Ein Dreißigjähriger, noch bei der Mutter lebender Mann, kann im Beruf in einer oberen leitenden Funktion sein. Eine Mehrgenerationenpolitik muss die unterschiedlichen Generationenlagen, die im Lebenslauf einer Person auftreten, mitberücksichtigen.

## 9 Zusammenfassung

Die Mehrgenerationenfamilie ist heute der charakteristische familiäre Lebenszusammenhang. Nicht die Verbreitung der Kernfamilie als Lebensform ist so deutlich zurückgegangen, dass man von einem Bedeutungsverlust sprechen kann, wohl aber ihr Stellenwert im Lebenslauf des Einzelnen. Bei einer sich immer weiter ausdehnenden Lebenserwartung und einer geringer werdenden Kinderzahl wird relational die Kernfamilienphase kürzer: Lebenszeiten außerhalb des Familienhaushalts mit Kindern werden größer. Dazu kommen steigende Scheidungsziffern, die die Wahrscheinlichkeit von Abschnitten eines Singledaseins im mittleren Lebensalter erhöhen, andererseits auch Patchworkfamilien häufiger entstehen lassen. Zwar spielen diese Formen quantitativ keine besondere Rolle (in Österreich geben drei Prozent im Alter von 15 und mehr Jahren an, ein Stiefkind zu haben), doch ist die „Risikowahrscheinlichkeit“ einer Veränderung durch den langen Lebenslauf größer. Das ist ein Wechsel, dem auch das Konzept eines Familienzyklus mit einer kontinuierlichen Phasenabfolge nicht mehr gerecht wird.

Gegenüber der Kernfamilie treten die Generationenbeziehungen stärker in den Vordergrund. Beziehungen zwischen den Generationen werden häufiger, zumal die Dreigenerationenfamilie heute der Regelfall ist. In fast 80% der Fälle in Österreich leben zumindest drei Generationen gleichzeitig. Das schafft neue soziale Beziehungen, erweitert die Kontakte einerseits und führt aber auch zu neuen Belastungen, oft der mittleren Generation.

Für diese Generationenbeziehungen ist aber kennzeichnend, dass die älteren Generationen überwiegen. Die geringe Fertilitätsrate lässt die Jungen in eine Minderheitenposition geraten. Das hat Konsequenzen für die Makrostruktur der Gesellschaft. Die Jungen wissen von den Alten viel mehr als umgekehrt. Dadurch wird das Verständnis größer und ein Generationenkonflikt erscheint nicht auf der Bildfläche. Andererseits bedeutet dies auch, dass die Älteren viel mehr Chancen haben, ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu vermitteln als früher. Die Frage ist, ob dies nicht bremsend auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirkt. Die Industrie-

gesellschaft hat sich hin zu einer Wissensgesellschaft gewandelt. In einer Wissensgesellschaft wäre aber Zukunftswissen verlangt, aber immer mehr Altenwissen ist vorhanden.

Diese stabilisierenden Aspekte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Lebenslauf einer Person sich weiter als dynamisch und diskontinuierlich darstellt. Die Individualisierung der Gesellschaft schafft individuell spezifische Situationen. Setzt man diese in Zusammenhang mit generationellen Beziehungen, so erhält man die notwendige komplexe gesellschaftliche Situation, vor die sich Familien- wie Sozialpolitik gestellt sieht.

## Weiterführende Literatur:

- Bagavos, Christos; Martin, Claude (2001). The European Observatory on Family Matters discusses low fertility in Europe at its annual seminar held in Seville from 15 to 16 September 2000. Family Observer: Frankfurt am Main.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1998). Was kommt nach der Familie?: Einblicke in neue Lebensformen. München, Beck.
- Bien, Walter, Ed. (1996). Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend: Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen. Opladen, Leske & Budrich.
- Blau, Peter M. (1977). Inequality and heterogeneity: A primitive theory of social structure. New York, Free Press.
- Bonß, Walter (2000). Was wird aus der Erwerbsgesellschaft? In: Ulrich Beck (Hg.). Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp. S. 327-415.
- Brake, Anna (2003). Familie – Arbeit – Freizeit: Was zählt? Opladen, Leske & Budrich.
- Buba, Hans Peter; Norbert F. Schneider, Ed. (1996). Familie: Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Burkart, Günter (1997). Lebensphasen – Liebesphasen: Vom Paar zur Ehe, zum Single und zurück? Opladen, Leske & Budrich.
- Busch, Friedrich W; Nauck Bernhard; Nave-Herz, Rosemarie, Ed. (1999). Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Würzburg, Ergon.
- Chisholm, Lynne, Antonio de Lillo, Carmen Lecardi, Rudolf Richter. Family forms and the young generation in Europe. Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien.
- Cooper, Shiela Mclsaac (1999). Historical analysis of the family. In: Sussman, Marvin B.; Steinmetz, Suzanne K.; u.a. (Hrsg.) (1999): Handbook of marriage and the family. 2nd edition. New York, Plenum Press.
- Current Sociology (2002). „Filiation and identity: Towards a sociology of intergenerational relations.“ Volume 50, Number 2, Monograph 1, March 2002.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales. Hrsg. (2003). Die soziale Lage in der Europäischen Union 2003. Europäische Gemeinschaften, Brüssel.
- Familienbericht, Österreichischer (1999). Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Wien, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.
- Fuchs, Marek (2003). Hausfamilien: Nähe und Distanz in unilokalen Mehrgenerationenkontexten. Opladen, Leske & Budrich.
- Genep, van Arnold (1994, Orig. 1909). Les rites de passage. Paris.

- Gerhard, Ute; Hradil Stefan; Lucke Doris; Nauck Bernhard (1995). Familie der Zukunft: Lebensbedingungen und Lebensformen. Opladen, Leske & Budrich.
- Grausgruber, Alfred, Holley, Heinz, Kern, Rudolf, Richter, Rudolf, (2000). Zur Debatte über die Zukunft der Arbeit. Beauftragt und gefördert von der Österreichischen UNESCO-Kommission, Wien, Forschungsbericht Linz. 116 Seiten.
- Hettlage, Robert (1998). Familienreport: Eine Lebensform im Umbruch. München, Beck.
- Hondrich, Karl O. (1999). Generationenkonflikt? Soziologiekolumne. In: Merkur, Heft 5, 53. Jg.. Klett Cotta, Stuttgart. S. 454-461.
- Kaufmann, Franz Xaver (1993). Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse im Wohlfahrtsstaat: Generationenbeziehungen in „postmodernen“ Gesellschaften. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Kaufmann, Jean Claude (1994). Schmutzige Wäsche: Zur ehelichen Konstruktion von Alltag. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Kohli, Martin (1985). Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 37, S. 1-29.
- König, Rene (1969). Familiensoziologie. In: Rene König, Hg., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd II. Stuttgart, Enke.
- Kytir, Josef, Stefou, Peter & Wiedenhofer-Galik, Beatrix (2002). Familiäre Strukturen und Familienbildungsprozesse. Mikrozensus September 2001. In: Statistische Nachrichten, 57, Neue Folge (11). S. 824-840.
- Lauterbach, Wolfgang (1998). Die Multilokalität später Familienphasen: Zur räumlichen Nähe und Ferne der Generationen. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, Heft 2, April 1998, S. 113-132.
- Lettke, Frank (2003). Erben und Vererben: Gestaltung und Regulation von Generationenbeziehungen. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Logan, John R.; Spitze Glenna D. (1996). Family ties: Enduring relations between parents and their grown children. Philadelphia, Temple University Press.
- Lüscher, Kurt; Ludwig Liegle (2003). Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Lüscher, Kurt; Pajung, Brigitte (1998). Forcierte Ambivalenzen: Ehescheidung als Herausforderung an die Generationenbeziehungen unter Erwachsenen. Konstanz, Universitätsverlag Konstanz.
- Majce, Gerhard (2000). Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse. In: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen: Ältere Menschen – Neue Perspektiven. Seniorenbericht 2000, S.106-163.
- Motel, A; Szydlik, M. (1999). Private Transfers zwischen den Generationen. Zeitschrift für Soziologie Jg. 28, Heft 1. S. 3-22.

- Nauck, Bernhard; Onnen-Isemann, Corinna, Ed. (1995). Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Berlin, Luchterhand.
- Nave-Herz, Rosemarie (1994). Familie heute: Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Nave-Herz, Rosemarie, Ed. (2002). Family change and intergenerational relations in different cultures. Würzburg, Ergon.
- Nave-Herz, Rosemarie (2001). Die Mehrgenerationen-Familie: Eine soziologische Analyse. In: Sabine Walper; Reinhard Pekrun, Familie und Entwicklung. Göttingen, Hogrefe. S. 21-35.
- Richter, Rudolf (2000). Familiensoziologie: Forschungsthemen, Forschungsaufgaben. Soziologische Revue, Sonderheft 5: 61-70.
- Schneider, Norbert F.; Rosenkranz, Doris; Limmer, Ruth (1998). Nichtkonventionelle Lebensformen: Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen. Opladen, Leske & Budrich.
- Sgritta, Giovanni B. (2001). Family and welfare systems in the transition to adulthood. In: Chisholm, Lynne, Antonio de Lillo, Carmen Lecardi, Rudolf Richter, Family forms and the young generation in Europe. Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien. S. 59-86.
- Vaskovics, Laszlo A., Ed. (1997). Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen, Leske & Budrich.
- Vaskovics, Laszlo A.; Buba, Hans Peter; Früchtel Frank (1992). Postadoleszenz und intergenerative Beziehungen in der Familie. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend '92: Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Bd. 2. Opladen, Leske & Budrich. S. 395-408.



# **Das Konzept Kinderbetreuungsscheck: Eine familienpolitische Innovation im Rahmen des Leistungsausgleiches für Kinder – eine Notwendigkeit zur Ver- wirklichung von Generationen- und Geschlechtersolidarität**

## **1 Einleitung**

Ein Beitrag über ein am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) entwickeltes Projekt in der Festschrift zum 10. Jahrestag der Gründung soll wohl auch einen Bezug zu den Motiven der Gründung und den vorgestellten Aufgaben herstellen. Darauf wird gleich zu Beginn der Einleitung explizit eingegangen: Ein wesentlicher Grund für die Errichtung des ÖIF lag im Bedarf nach wissenschaftlicher Politikberatung auch im Bereich der Familienpolitik – für die Wirtschaftspolitik schon damals längst eine Selbstverständlichkeit, z.B. WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut). Eine sich daraus ergebende Aufgabe für das ÖIF bestand und besteht darin, Grundlagen für (familien)politische Entscheidungen kontinuierlich zu bearbeiten und aufzubereiten. Damit sollte die Treffsicherheit, aber auch die Durchsetzbarkeit von Familienpolitik verbessert werden.

Das Konzept Kinderbetreuungsscheck (KBS) eignet sich exemplarisch dafür, wie sehr das ÖIF einer zentralen Aufgabe gerecht werden konnte. Der KBS blieb nicht nur ein theoretisch fundiertes Konzept, sondern wurde in wesentlichen Punkten im 2001 beschlossenen Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) verwirklicht. Dabei vergingen zwischen der ersten öffentlichen Präsentation der Idee bis zum Gesetzesbeschluss im Parlament rund 6 Jahre, ein für eine soziale Innovation (sehr) kurzer Zeitraum. Darüber hinaus konnte erreicht werden, dass eine begleitende Evaluation beauftragt worden ist, die noch andauert. Solche Evaluationen sind immer wieder gefordert und beim KBGG (wahrscheinlich) das erste Mal für ein österreichisches Gesetz verwirklicht worden.

Über die beispielhafte Bedeutung für gelungene Politikberatung von der Idee bis zum Gesetzesbeschluss und der begleitenden Evaluation hinaus macht ein Beitrag über das Konzept KBS auch nach dem KBGG Sinn. Drei Gründe seien aus der Vielzahl möglicher Argumente hier genannt:

- Die (Teilzeit-)Betreuung ihrer Kinder im Vorschulalter stellt für viele junge Eltern weiterhin eine große Herausforderung dar.
- Trotz einer verbreiteten öffentlichen Diskussion auch in den meisten Medien und einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen scheint das Konzept noch nicht voll verdeutlicht, verstanden und aufgenommen. Eine kompakte Darstellung mit Betonung der innovativen Elemente soll beitragen, dieses Defizit abzubauen.
- Mit dem KBGG ist ein erster, wesentlicher Schritt getan worden. Allerdings ist damit das Konzept KBS noch nicht voll umgesetzt, insbesondere im Schnittpunkt der Zuständigkeiten einzelner Gebietskörperschaften. Ein eigenen Abschnitt, Ausblicke, über weiterführende Maßnahmen wird darauf eingehen.

Der Beitrag wird nach den Entwicklungsschritten gegliedert, die zum Konzept und der teilweisen gesetzlichen Umsetzung geführt haben, nämlich Teilzeitbetreuung, Machbarkeitsstudie und Kinderbetreuungsgesetz. Der letzte Abschnitt befasst sich mit einem Ausblick auf weitere Maßnahmen, die für die in sich stimmige Umsetzung des Konzeptes KBS noch erforderlich sind.

Da zu einzelnen Schritten der Entwicklung eigene Publikationen vorliegen, wird die Darstellung in diesem Beitrag auf ausgewählte, insbesondere innovative Aspekte beschränkt. Wer Details wissen möchte, ist eingeladen, in der jeweiligen Publikation nachzulesen.

## 2 Teilzeitbetreuung von Kindern in Österreich<sup>1</sup>

Im Sommer 1994, also wenige Monate nach der offiziellen Gründung des ÖIF am 17. Mai 1994, hat das damalige Bundesministerium für Jugend und Familie eine Pilotstudie und danach eine weiterführende Studie zu „Kinderbetreuung in Österreich“ beim ÖIF in Auftrag gegeben.

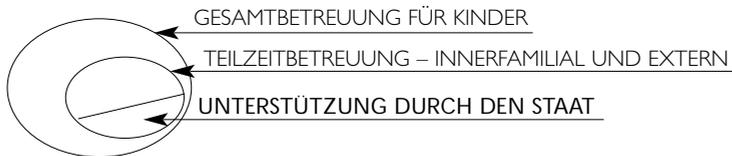
Gegenüber der üblichen Annäherung an die Frage der Kinderbetreuung im Vorschulalter hat der Auftrag eine ganzheitliche Betrachtung festgelegt. Das bedeutete, die Untersuchung nicht nur auf externe Betreuung zu reduzieren, sondern auch die Betreuung in der Familie bzw. im familialen Netzwerk mit einzubeziehen. Implizit war darin die Berücksichtigung des Wunsches der Eltern bezüglich Betreuung enthalten. Auch das überschritt die damals forcierte Bedarfsermittlung auf Basis von politisch vorgegebenen Besuchsquoten, so z.B. sind für 30%, 50%, etc. der unter 3-jährigen Kinder externe Betreuungsplätze vorzusehen. Eine solche Bedarfsermittlung förderte in der Öffentlichkeit den Eindruck einer marginalen Vorsorge für die Betreuung der Vorschulkinder, insbesondere der bis 3-jährigen.

<sup>1</sup> Denk / Schattovits 1995.

Wenn daraus politischer Druck entsteht, kann das zu erheblichen Fehlinvestitionen im Sachangebot führen.

Diese Aufgabenstellung machte es zuerst einmal erforderlich, den zu untersuchenden Betreuungsumfang abzugrenzen. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „Teilzeitbetreuung“ eingeführt. Damit soll die Betreuung der Kinder für etwa 8 Stunden am Tag bezeichnet werden, die auf die Normalarbeitszeit im außerhäuslichen Erwerb abstellt. Mit dieser Festlegung wird auch der spezifische Aspekt der Eltern-Kind-Beziehungen von jenem der zeitweiligen Fremdbetreuung, die auch von Dritten erfüllt werden kann, abgegrenzt. Die folgende Grafik dient der Veranschaulichung.

### Abbildung 1: Schematische Darstellung zum Begriff Teilzeitbetreuung



*Die Größenverhältnisse sind zufällig.  
Quelle: Eigene Darstellung – HS (ÖIF).*

Insbesondere zwei der Studienergebnisse waren für die Idee eines Betreuungsschecks von grundlegender Bedeutung und werden daher für diesen Beitrag herausgegriffen:

Die empirisch erfasste Betreuungssituation und die erhobenen Wünsche der Eltern bezüglich Gestaltung der Betreuung ergibt ein buntes Bild, das der Vielfalt der Lebenssituationen von Eltern mit Vorschulkindern entspricht. Trotz aller Unterschiede zeigen die Untersuchungsergebnisse aber auch, dass bei den Eltern der ausgeprägte Wunsch besteht, die Betreuung ihrer Kinder im Vorschulalter möglichst weitgehend selbst zu gestalten, was sich einerseits auf die persönliche Betreuung des Kindes in den ersten Lebensjahren und andererseits auf die Wahl einer persönlich und sachlich zufriedenstellenden anderen Betreuungsform bezieht.<sup>2</sup>

Ein anderes Ergebnis zeigt das folgende Muster auf. Demzufolge wendete damals die öffentliche Hand auf, und zwar für:

<sup>2</sup> Zwei Untersuchungen des Jahres 1995 standen zum Zeitpunkt obiger Studien nicht zur Verfügung: der Mikrozensus 1995 zur Kinderbetreuung der Statistik Austria, vormals ÖSTAT, und der Familien- und Fertilitäts-Survey (FFS 95), ÖIF. Beide bestätigen u.a. diese differenzierten Bedürfnisse der Eltern für sich und ihre Kinder, aber auch die beachtliche Überschätzung des Bedarfs an externer, institutioneller Betreuung.

- 0 bis < 2-jährige Kinder rd. ATS 13,4 Mrd. ( 974 Mio.) überwiegend in Form von Geldleistungen durch Bundesmittel,
- 2 bis < 4-jährige rd. ATS 3,5 Mrd. ( 254 Mio.) teils durch Geldleistungen und teils durch Betreuungsangebote, finanziert von Bund, Ländern und Gemeinden,
- 4 bis < 6-jährige etwa ATS 12 Mrd. ( 872 Mio.) überwiegend in Form direkter Betreuungsangebote, finanziert durch Länder und Gemeinden.

Erst diese Dreiteilung der Altersgruppen lässt das Defizit von rd. ATS 9 Mrd. ( 654 Mio.) gegenüber der jüngsten Altersgruppe deutlich erkennen. Die übliche Unterteilung in zwei Altersgruppen, nämlich bis < 3 und 3 bis 6 verdeckt das Problem und lässt eine allgemein geringe Unterstützung vermuten.

Das Defizit bei den 2 bis < 4-jährigen Kindern liegt im Überschneidungsbereich von Geld- und Sachleistungen sowie von Bundes-, Landes- und Gemeindekompetenz. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass dieses „Unterstützungsloch“ politisch gewollt wäre. Es dürfte u.a. aus obigen Gründen einfach passiert sein. Sachlich kann es wohl nicht gerechtfertigt werden.

Die Beseitigung des festgestellten Defizits sowie die Bedachtnahme auf die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern bezüglich Form und Ausmaß der externen Teilzeitbetreuung hat in der Folge zur Idee des Betreuungsschecks geführt und diese im Projektbericht zur Diskussion gestellt. Konkret heißt es in der Publikation:

- *„ ... Wenn Lösungen insbesondere*
- *den vielfältigen Bedürfnislagen der Kinder und Eltern Rechnung tragen,*
- *Wahlfreiheit praktisch und finanziell ermöglichen,*
- *die Entscheidungsposition der Eltern stärken,*
- *die Betreuungsarbeit auch in der Familie entgelten und*
- *den unterschiedlichen soziokulturellen Lebensräumen entsprechen sollen,*

dann müssen vor allem Maßnahmen gewählt werden, die von möglichst allgemeiner Anwendbarkeit, also unspezifisch, sind. Zweifellos besitzt Geld diese Eigenschaft. Daher wird abschließend als eine Lösungsidee die Anregung auf Einführung eines ‘Betreuungsschecks’ zur Diskussion gestellt“ (Denk / Schattovits, 1995, S. 157).

Ein solcher Weg ist wohl aus ähnlichen Gründen beim sogenannten Bundespflegegeld schon 1993 beschritten worden: Nicht einfach mehr Heimplätze sollten gebaut, sondern Geld für die Wahl der Betreuung der einzelnen Person zur Verfügung gestellt werden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Das Bundespflegegeld wurde 1993 Gesetz, BGBl. 1993/866. Es lag nahe, auch im Bereich der Kinderbetreuung Lösungen eher in Richtung Subjektförderung zu suchen.

<sup>4</sup> Es wird hier von Ausgaben gesprochen, da sich herausgestellt hat, dass es keine Kostenrechnungen in diesem Bereich gab und daher der Begriff Kosten missverständlich sein könnte.

Für die Quantifizierung des festgestellten zusätzlichen Finanzbedarfs an Unterstützung wurden Schätzungen für die Ausgaben<sup>4</sup> im laufenden Betrieb sowie die Errichtung bzw. Instandhaltung ermittelt. So lagen die laufenden Ausgaben je ganztägig betreutem Kind im Monat (12mal) z.B.

- in Kindergärten in öffentlich-rechtlich Trägerschaft bei durchschnittlich rd. ATS 4000,- (Eur 291,-) und in privater bei rd. ATS 3300,- (Eur 240,-);
- in Krippen ATS 9900,- (Eur 720,-) in städtischer und ATS 7800,- (Eur 569) in privater Trägerschaft.

In der Folge hat die Idee vom Betreuungsscheck ein unerwartet großes Echo in der Öffentlichkeit gefunden und wurde auch sehr kontrovers diskutiert. Im Inhalt fand eine dynamischen Entwicklung statt. So wurde und wird dieses Konzept nicht nur im Zusammenhang mit der Teilzeitbetreuung diskutiert, sondern z.B. auch als Teil

- des Generationenvertrages
- der Bekämpfung von Familienarmut
- der Grundsicherung bzw. des Grundeinkommens
- der notwendigen Investition in die Sicherung der Zukunft des Humanvermögens
- u.ä.

### 3 Machbarkeitsstudie Kinderbetreuungsscheck<sup>5</sup>

Auch als eine Folge der öffentlichen Diskussion stand das Thema KBS am 6. November 1996 auf der Tagesordnung des Familienpolitischen Beirates beim damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Als Ergebnis der Präsentation wurde nach Diskussion dem Bundesminister einstimmig empfohlen, eine Machbarkeitsstudie beim ÖIF in Auftrag zu geben. Am 7. Mai 1997 wurde dann tatsächlich ein Werkvertrag mit dem ÖIF abgeschlossen.

Zu seiner Unterstützung hat das Bundesministerium ein Berater/innenteam berufen, das die Arbeitsberichte des Projektteams begutachtet und mit diesem beraten hat.<sup>6</sup> Der Familienpolitische Beirat hat einen Ausschuss eingerichtet, dem

---

<sup>5</sup> Schattovits (Hg.) 2000.

<sup>6</sup> Diesem Berater/innenteam gehörten an: Univ.-Doz. Dr. Gudrun Biffl, Mag. Alois Guger und Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal.

<sup>7</sup> Diesem Ausschuss gehörten je ein/e Vertreter/in der folgenden Organisationen an: Österreichischer Familienbund, Katholischer Familienverband Österreichs, Österreichische Kinderfreunde, Freiheitlicher Familienverband, Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichischer Landarbeiterkammertag, Österreichischer Städtebund und Österreichischer Gemeindebund; die Bundeswirtschaftskammer hat eine Vertretung nicht entsandt.

auf dessen Wunsch oder auf Initiative des ÖIF berichtet wurde und mit dem der jeweilige Projektstand beraten wurde.<sup>7</sup>

Das ÖIF selbst hat zur sachlichen Abwicklung des Werkvertrags ein Projektteam aus externen und eigenen Experten bestellt.<sup>8</sup>

Vorsorglich sei darauf hingewiesen, dass die folgenden Ausführungen das entwickelte Konzept betreffen und nicht die erreichte Realität. Letztere wird im nächsten Abschnitt, Kinderbetreuungsgeld, aufgezeigt.

## **3.1 Familienpolitisch relevanter Kontext**

Spätestens im Zuge der Machbarkeitsstudie war es notwendig, von der Idee KBS zu einem Konzept KBS zu kommen. Ansätze dazu haben sich schon im Zuge des geführten Diskurses entwickelt.

### **3.1.1 Wandel – eine Herausforderung auch an die Familienpolitik**

Die gesellschaftliche Entwicklung, die mit Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche und Individualisierung der Lebensgestaltung beschrieben werden kann, hat nachhaltige Auswirkungen auf Familie. So ist strukturell aus Familie als Gruppe in einem Großhaushalt mit Personen- und Rollenvielfalt ein familiales Netzwerk von Klein- und Einpersonenhaushalten, die räumlich mehr oder weniger weit von einander entfernt sind, entstanden. Das eröffnet mehr Intimität und Gestaltungsfreiheit, aber auch die Notwendigkeit zur individuellen Sinnfindung und Existenzsicherung. Die demografische Entwicklung hat zur sogenannten Bohnenstangenfamilie geführt: lang und dünn. Weniger Kinder je Familie, dafür aber meist vier Generationen zur gleichen Zeit lebend. Hinzu kommt, dass geschätzte 25-40% der Frauen und Männer nie Kinder haben werden, der überwiegende Teil gewollt.<sup>9</sup> Das führt zur Situation, dass für einen beachtlichen Teil der Gesellschaft keine eigenen Kinder existieren, die für die (alten) Eltern direkt und indirekt Leistungen erbringen.

---

<sup>8</sup> Dem Projektteam gehörten an: Prof. DI Dr. Helmut Schattovits (Koordinator), Mag. Vera Nowak, Mag. Christiane Pfeiffer, Dr. Martin Oppitz, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Lutz (IIASA), alle ÖIF; Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schulz (Institut für Soziologie der Universität Wien); Univ.-Prof. Dr. Wilfried Schönböck, DI Stefan Ohmacht, Mag. Dr. Martin Schneidere (alle Institut für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der TU Wien).

<sup>9</sup> Es dürfte sich folgendes Muster einstellen: Kinderlosigkeit wird gesellschaftlich akzeptiert und die oben genannten Prozentsätze erreichen. Andererseits wünscht sich durchschnittlich jede zweite Familie ein Kind mehr als realisiert sind. Das bedeutet, ein beachtlicher Teil hätte jedenfalls gerne zwei und mehr Kinder. Die Umstände erschweren jedoch die Umsetzung dieser Kinderwünsche.

Aus Makroperspektive haben einerseits diese Entwicklung und andererseits gesellschaftspolitische Gestaltungsvorstellungen zur Folge, dass der Staat in geeigneter Weise Maßnahmen ergreifen muss, die z.B. den Ausgleich von Kosten und Nutzen zwischen den Generationen und Geschlechtern gewährleisten. Die dadurch zu Stande kommenden Rahmenbedingungen haben eine wirkmächtige Bedeutung für die individuelle Lebensgestaltung. Denn im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung hat sich auch das Verständnis von Familie für das eigene Leben gewandelt: Von einer anzustrebenden Selbstverständlichkeit zu einer von mehreren Optionen, was eine Auswahlentscheidung ermöglicht, ja notwendig macht.

### 3.1.2 Generationen- und Geschlechtersolidarität

Primär geht es hier um die Funktion des KBS aus Makroperspektive als Ausdruck der Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen und Geschlechtern. Natürlich hat eine solche Maßnahme auch Bedeutung für die Mikroperspektive.<sup>10</sup>

- **Drei-Generationenvertrag:** Der sogenannte Generationenvertrag wird in der Öffentlichkeit so diskutiert, als wäre es ein „Vertrag“ zwischen zwei Generationen, nämlich der Erwerbsgeneration und den Senioren. Tatsächlich handelt es sich immer zumindest um drei Generationen, die einzu beziehen sind, ansonsten kann ein solcher Vertrag nicht funktionieren. Es geht demnach z.B. um den Kosten-Nutzen-Ausgleich zwischen den nicht mehr, den noch nicht und den aktuell erwerbstätigen Generationen. Der gesellschaftliche Wandel erfordert die Einbeziehung des Staates zur solidarischen Sicherung dieses Ausgleiches, da dieser im bestehenden familialen Netzwerk nicht mehr generell erfolgen kann. Hinzu kommen Gründe wie Chancengerechtigkeit, Risikoverteilung, u.ä.

Bezüglich der Seniorengeneration hat der Staat diese Aufgabe durch das umlagefinanzierte Pensionssystem weitgehend erfüllt und institutionell abgesichert.<sup>11</sup> Zweifellos hat das Pensionssystem bezüglich ökonomischer Vorsorge wesentlich zur Entspannung in den Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und alten Eltern beigetragen. Bezüglich der Kindergeneration gibt es lediglich einen zweckgebundenen Fonds im Bundesbudget.

Ein quantitativer Vergleich zeigt, dass für die Pensionen (ASVG) 22,8 % der Bruttolohnsumme aufgewendet werden und ein Zuschuss in Milliarden-

---

<sup>10</sup> Makroperspektive meint z.B. die Ebene des Staates; diesbezüglich wird auch von Verhältnissen gesprochen. Die Mikroperspektive wäre dann die Ebene der Einzelpersonen, der Familie, was auch mit Beziehungen bezeichnet wird.

<sup>11</sup> Umlagenfinanziert bedeutet, dass niemand seine Pension selber bezahlt, sondern immer die Nachfolgeneration.

höhe aus dem Bundesbudget erfolgt. Für die Kinder werden 4,5 % der Lohnsumme und Zuschüsse aus dem Bundesbudget aufgewendet, wobei diese Summe für Kinder insgesamt deutlich geringer ist als allein der Bundeszuschuss zu den Pensionen.

In den Industriegesellschaften besteht eine Schieflage zu Lasten der Kindergeneration, die ohne nachhaltige Maßnahmen tendenziell zunimmt. Der KBS wirkt der Schieflage entgegen, da er die Transfers an die Kindergeneration erhöht.

- **Individuelles Entgelt und Soziale Absicherung:** Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde die gesellschaftlich relevante Leistung der Betreuung von Kindern primär durch Unterhaltsansprüche und abgeleitete Pensionsrechte berücksichtigt. Wie schon oben erwähnt, hat der gesellschaftliche Wandel eine Weiterentwicklung gebracht: Auch für Personen, die gesellschaftlich relevante Leistungen erbringen, wird primär ein individuelles Entgelt und eigene Pensionsansprüche angestrebt. Das hat insbesondere für Frauen, die Mütter sind, große Bedeutung. Der KBS stellt eine konkrete und sehr wirksame Maßnahme in diese Richtung dar, ohne dabei zu verlangen, wie dies beim aktuellen Karenzgeld (KG) geschieht, dass die eigene Erwerbstätigkeit der Mütter (Väter) auf die Geringfügigkeit reduziert wird. Auch kann erwartet werden, dass Väter – insbesondere bei entsprechender Höhe des KBS – strukturell günstigere Voraussetzung durch den KBS erhalten, sich mehr an der Betreuung ihrer Kinder zu beteiligen.

### 3.1.3 Leistungsausgleichs-, Versicherungs- und Fürsorgeprinzip<sup>12</sup>

In einer demografisch homogenen Gesellschaft gibt es wenig Vielfalt: Um die 90% der Frauen und Männer heiraten im Laufe ihres Lebens und haben überwiegend zumindest zwei Kinder. Ein differenzierter Ansatz im Wohlfahrtskonzept ist kaum erforderlich. Mit dem gesellschaftlichen Wandel hat sich dieses Bild deutlich verändert: Heirat, aber auch Kinder werden zu einer von mehreren möglichen Optionen. Seit 1960 haben sich in den Ländern der EU die Eheschließungen von 8 je 1000 Einwohner auf etwa 5,1 im Jahre 2000 verringert, die Ehescheidungen von 0,5 auf 1,8 erhöht, die Gesamtfruchtbarkeitsrate ist von 2,59 auf 1,53 Kinder je Frau gesunken und der Anteil der unehelich geborenen Kinder ist von 5,1% auf 28,4% angestiegen.<sup>13</sup>

Diese gesellschaftliche Situation vielfältiger Lebensformen und -verläufe verlangt unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Solidarität und der sozialen

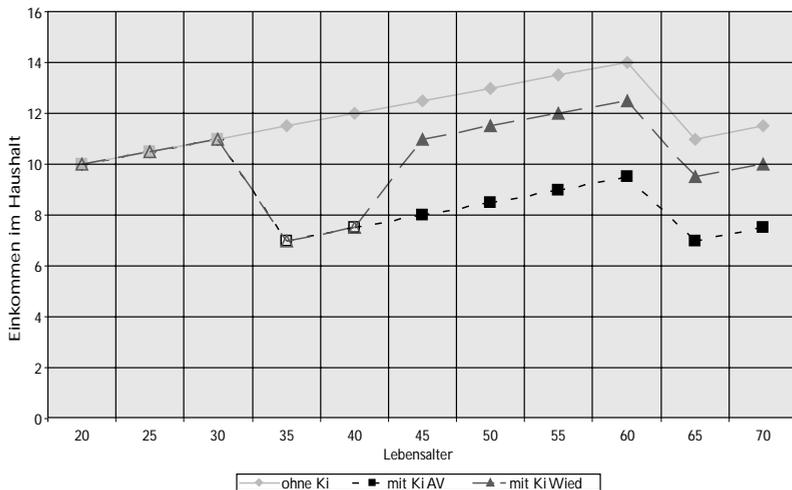
---

<sup>12</sup> Schattovits 2003a.

<sup>13</sup> Schipfer, R., (2003), Familie in Zahlen, Aktualisierung 2002, www.oif.ac.at, ÖIF, S. 13 bis 15.

Gerechtigkeit nach zusätzlichen Wegen in der individuellen Existenzsicherung. Eine Längsschnittbetrachtung verdeutlicht, dass grundlegende staatliche Maßnahmen im Sinne einer sekundären Einkommensverteilung erforderlich sind (Abb. 2).

**Abbildung 2: Schematische Darstellung der Entwicklung der verfügbaren Kaufkraft eines Haushalts mit und ohne Kinder im Lebensverlauf**



Quelle: Eigene Darstellung – hs/öif.

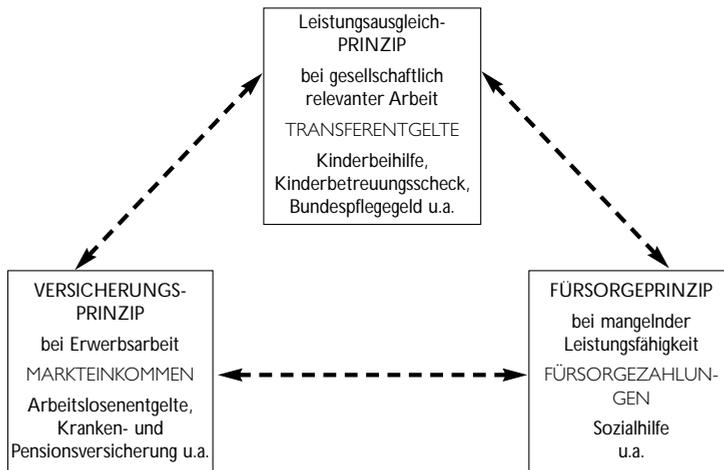
**LEGENDE:** Ohne Ki (hell) = Haushalte ohne Kinder; mit KiAV (dunkel) = Haushalte mit Kindern, nach Geburt des ersten Kindes Alleinverdienersituation; mit Ki Wied (schwarz) = Haushalt mit Kindern, Wiedereinstieg beider Eltern in den Erwerb.

**HINWEIS:** Die Darstellung zeigt die Einkommensminderung zufolge Ausscheidens bzw. Reduzierens der Erwerbstätigkeit. Bleiben beide Elternteile voll erwerbstätig, entstehen externe Betreuungskosten, die auf die verfügbare Kaufkraft den gleichen Effekt haben.

Während ein überhaupt kinderloser Haushalt – ihre Zahl erreicht bereits eine relevante Größe – im Wesentlichen bis zur Pension kontinuierlich ansteigende, verfügbare Kaufkraft zu verzeichnen hat (blaue Linie), sinkt diese nachhaltig, sobald ein Kind im Haushalt persönlich versorgt wird (rote Linie) oder Ausgaben für die externe Betreuung das verfügbare Einkommen verringern. Die grün punktierte Linie zeigt den Verlauf bei Wiedereinstieg, also Erwerbstätigkeit beider Eltern, nach einem (Teil-)Ausstieg eines Elternteils aus dem Erwerb. Dieser „Verlust“ setzt sich in der Pension fort.

Über die Tatsache des Problems besteht auch politisch kaum eine Differenz, sehr wohl jedoch über die Lösungsansätze und Maßnahmen. In den meisten Wohlstandskonzepten wird soziale Sicherheit über den Markt (Versicherungsprinzip) und über Sozialhilfe (Fürsorgeprinzip) zu gewährleisten versucht, so, als gäbe es noch die homogene Gesellschaft (Abb. 3).

### Abbildung 3: Drei mögliche Ansätze für politische Maßnahmen im Wohlfahrtssystem



Quelle: Eigene Darstellung – hs/öif.

Diese beiden Prinzipien reichen in einer differenzierten und hoch individualisierten Gesellschaft nicht aus, um Gerechtigkeit und Solidarität zu gewährleisten. Es gilt, ein drittes Prinzip, nämlich jenes des Leistungsausgleichs, explizit und gleichwertig einzubeziehen: Die Teilnahme an der Erfüllung von z.B. Betreuungsarbeit vermittelt gewisse Ansprüche auf Entgelt und soziale Sicherheit. Es entsteht ein sogenanntes participation income (Atkinson), das sich vom citizen's income (Grundeinkommen

<sup>14</sup> Die Änderung in der Agrarförderung greift dieses Prinzip auf, indem zu Lasten der Produktion die Leistung der Umweltpflege (Landschaftsgärtner) neuerdings anerkannt und ansatzweise finanziell abgegolten wird.

<sup>15</sup> Mit diesem dritten Ansatz wird der Vorrat an möglichen Lösungen qualitativ und quantitativ erweitert: Lösungen finden sich nicht nur jeweils in bzw. zwischen zwei Polen, sondern auch in der Fläche des Modelldreiecks. Genau diese Erweiterung stellt eine Voraussetzung dar, um der Vielfalt von (familialen) Lebenssituationen besser gerecht werden zu können. Damit braucht individuelle Sinnggebung und soziale Sicherheit nicht in jeder Lebenssituation primär über den Arbeitsmarkt gefunden zu werden, sondern auch im konkreten Leben sozialer Beziehungen.

nach dem Fürsorgeprinzip) eben durch Anerkennung einer gesellschaftlich relevanten Leistung unterscheidet.<sup>14,15</sup> (siehe Seite 10)

In Österreich hat das Konzept Lastungsausgleich eine relativ lange Tradition und wurde 1954 als Familienlastenausgleich gesetzlich verankert. Allerdings blieb die Ausformung rudimentär: Vom KBS können Impulse für die bewusste Weiterentwicklung in Richtung Leistungsausgleich ausgehen.

## 4 Modelle

Es gehört zum Elternrecht, zu entscheiden, in welchem Ausmaß die Eltern die Betreuung selbst wahrnehmen oder diese teilweise und zeitweilig anderen Personen übertragen. Diese Wahlfreiheit muss durch generelle Maßnahmen allgemein abgesichert und durch Einzelmaßnahmen für spezifische Situationen ergänzt werden.

Das Konzept KBS geht in wesentlichen Punkten über das damals geltende Karenzgeld (KG) hinaus, nämlich:

- den Anspruch auf den KBS vermittelt das Kind und nicht (berufsständische) Merkmale der Eltern – es kommt daher allen Kindern zu Gute,
- kein Erwerbsverbot ab Geringfügigkeitsgrenze bei Bezug des KBS, Eltern können dieses Transferentgelt nutzen, um externe Betreuung anzukaufen oder ihre Opportunitätskosten zu senken,
- Ansprüche auf Arbeitslosengeld werden nicht verbraucht, verlängert den möglichen Zeitraum ganz oder teilweise bei den Kindern zu bleiben,
- stellt in gewissen Konstellationen auch auf die Kinderzahl ab und nicht nur auf das jeweils jüngste Kind.

Nach dem in der Machbarkeitstudie entwickelten Konzept KBS besteht dieser aus drei Teilinstrumenten, nämlich Geldleistung, Sozialversicherung und Gutschein. Diese drei Instrumente wurden mittels Höhe des Geldbetrags und Dauer des Anspruchs zu fünf Modellen kombiniert.

Auf sonstige Merkmale der KBS-Modelle wird hier nicht eingegangen. Sie wären in der Machbarkeitsstudie nachzulesen.

### 4.1 Geldleistung

Den Anspruch vermittelt das jeweils jüngste Kind, für das Familienbeihilfe bezogen wird bis zum x. Lebensjahr. Ausbezahlt wird der Betrag an die primäre Betreuungsperson (netto, zwölfmal im Jahr). Die fünf untersuchten Modelle unterschieden sich bezüglich Geldleistung wie folgt:

- Modelle „Karenzgeld“: In Anlehnung an die Höhe des damals aktuellen KG wurden ATS 6000,- (Eur 436,-) vorgesehen. In der einen Variante sollte der Anspruch bis zum vollendeten vierten Lebensjahr bestehen; in der zweiten Variante bis zum Abschluss der 1. Klasse Volksschule, nach dem 4. Lebensjahr allerdings nur in halber Höhe der Variante 1, also ATS 3000,- (Eur 218,-).
- Modelle „Existenzminimum“: Diese Modelle unterscheiden sich von den oberen lediglich in der Höhe des Geldbetrags, der jenem des Existenzminimums nach dem ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatz entspricht, der damals ATS 7958,- (Eur 578,-) als Jahreszwölfstel betrug. Die Bindung an die Entwicklung des Richtsatzes ist vorzusehen.
- Das fünfte Modell „Kinderbetreuungsgeld“ wurde nach dem Rohbericht in die Studie einbezogen. Dieses sieht einen Geldbetrag bis zum vollendeten 3. Lebensjahr in Höhe von ATS 6000,- (Eur 436,-) vor.

Seitens des Projektteams wurde im Ergebnisbericht unter Bedachtnahme auf die Finanzierbarkeit eine Präferenz für ATS 7958,- (Eur 578,-) bis zum vollendeten 4. Lebensjahr und danach ATS 3000,- (Eur 218,-) zum Ausdruck gebracht (Mischvariante).

## 4.2 Eigenständige Sozialversicherung

Der Anspruch gilt für die jeweilige primäre Betreuungsperson – in der Regel die Mutter (der Vater) – zusätzlich zum gewährten Geldbetrag. Der Versicherungsschutz beinhaltet volle Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung. Die Beitragsgrundlage bildet der jeweilige Geldbetrag. Arbeitslosenversicherungsansprüche werden nicht verbraucht. Die Versicherung besteht während des Anspruchs auf den Geldbetrag.

## 4.3 Gutschein

Der Anspruch auf einen Gutschein besteht für jedes Kind ab dem vollendeten 4. Lebensjahr bis zum Eintritt in die 1. Klasse der Volksschule. Der Gutschein dient als Zahlungsmittel bei anerkannten Betreuungseinrichtungen. Er kann nicht in Geld abgelöst werden. Die Effekte des Gutscheins liegen einerseits im Anreiz zur Inanspruchnahme externer Betreuung, andererseits in der Optimierung des Einsatzes öffentlicher Gelder sowie der Förderung des Kostenbewusstseins. Die Entscheidung der Realisierung liegt bei den einzelnen Bundesländern bzw. Gemeinden.

## 4.4 Auswirkungen

Schon im Abschnitt über die Studie zur Teilzeitbetreuung von Kindern wurden als Begründung für einen KBS u.a. die folgenden intendierten Auswirkungen genannt: Wahlfreiheit praktisch und finanziell ermöglichen, die Entscheidungsposition der Eltern stärken, die Betreuungsarbeit auch in der Familie finanziell anzuerkennen, auf die lebensräumlichen Gegebenheiten Bedacht nehmen.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde darüber hinaus auf Basis empirischer Datensätze, inklusive einer eigens dafür durchgeführten sozialwissenschaftlichen Befragung, versucht, Auswirkungen abzuschätzen. Einige Ergebnisse werden hier referiert. Zusätzlich wird darauf in einem eigenen Punkt, Einwände, über mögliche Auswirkungen diskutiert. Darüber hinaus ergeben erste Ergebnisse der Evaluation des KBG diesbezügliche Anhaltspunkte aus der Praxis.

- *Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung:* Generell begrüßen 71% der Befragten den KBS als Verbesserung (positive Nutzendifferenz).  
Bei den drei Teilinstrumenten des KBS gibt es die höchste Zustimmung zur vorgeschlagenen Ausweitung der sozialrechtlichen Absicherung (Befürwortung von 89%).
- *Wiedereintritt in den Erwerb erleichtern:* Da der KBS keine Erwerbsbeschränkung vorsieht, kann eine Vielfalt an Kontakthalmöglichkeiten mit dem Betrieb entwickelt werden, was sich positiv auf ein gewünschtes Eintrittsverhalten auswirken sollte
- *Armut von Kindern verringern:* Insgesamt ist eine wirksame Verminderung von Armut zufolge von Kindern zu erwarten. Dies gilt insbesondere für jene, die bisher keinen Anspruch auf KG hatten, bei alleinerziehenden Familien und jenen mit mehreren Kindern.
- *Teilzeiterwerb als Präferenz realisierbar:* Nur weniger als 10% der Mütter mit Kindern unter sieben Jahren betrachten eine Vollzeitbeschäftigung als wünschenswert. Andererseits möchten Mütter mit KG mehr als geringfügig erwerbstätig sein. Der KBS kann in beiden Fällen helfen, die Wünsche praktisch zu verwirklichen.
- *Folgen für externe Kinderbetreuung:* Insbesondere durch das Instrument des Gutscheins kann erwartet werden, dass nahezu alle Kinder in den Genuss auch externer Betreuung kommen und die Anbieter mit entsprechender Nachfrage rechnen können, da der Gutschein nicht anders verwendet werden kann.  
Durch die Stärkung der Position der Eltern zufolge Erhöhung der Kaufkraft für Betreuung kann eine Verbesserung des Angebotes erwartet werden. Im Rahmen einer Vielfalt von qualitativen Angeboten werden kostengerechte Preise entstehen. Dabei hat die öffentliche Hand bei spezifischen Lebens- und Familiensituationen entsprechend vorzusorgen und die Qualität der Angebote an Teilzeitbetreuung abzusichern.

## 4.5 Finanzierung

Als Ergebnis der finanzwissenschaftlichen Analysen und Berechnungen ergeben sich für die Geldleistung und die Versicherung im Jahr 2005 (Planungsnullfall) folgende zusätzliche Kosten auf Bundesebene:

- Für das Kinderbetreuungsgeld 3 Jahre ist eine Finanzierung aus den Mitteln des FLAF möglich.
- Beim Modell „Karenzgeld“ bis zum 4. Lebensjahr ist eine Finanzierung aus dem sich positiv entwickelnden FLAF möglich. Die entsprechenden Mehrkosten für die Variante bis zum 7. Lebensjahr würden etwa an die ATS 8,3 Mrd. (Eur 603 Mio.) – davon ATS 4,2 Mrd. (Eur 305 Mio.) für die Sozialversicherung – betragen.
- Für das Modell „Existenzminimum“ 4 Jahre würde sich der zusätzliche Finanzierungsbedarf auf ca. ATS 4,7 Mrd. (Eur 342 Mio.) – davon ATS 0,6 Mrd. (Eur 44 Mio.) für die Sozialversicherung – und für das 7-jährige Modell auf rund ATS 17 Mrd. (Eur 1,2 Mrd.) – davon ATS 4,2 Mrd. (Eur 305 Mio.) für Sozialversicherung – belaufen.
- Für die Mischvariante 4 Jahre „Existenzminimum“ und danach „Karenzgeld“ entstehen Zusatzkosten von rd. ATS 15 Mrd. (Eur 1,1 Mrd.) – davon rd. ATS 4,3 Mrd. (Eur 312 Mio.) für die Sozialversicherung.

Ceteris paribus wird im Jahr 2005 (Planungsnullfall) der FLAF einen nominellen Überschuss von rd. ATS 10,6 Mrd. (Eur 770 Mio.) ausweisen, rd. ATS 2 Mrd. (Eur 145 Mio.) an Zinsen einnehmen und im Reservefonds ein Barvermögen von ATS 48,5 Mrd. (Eur 3,5 Mrd.) angesammelt haben.

Ab dem 4. Geburtstag wird ein Teil der Geldleistung durch einen Gutschein (Subjektförderung) für eine anerkannte Kinderbetreuung ersetzt werden. Dieser Gutschein ist Länder- bzw. Gemeindekompetenz. Rein rechnerisch wenden Länder und Gemeinden zusammen derzeit mehr für außerfamiliale Kinderbetreuung auf als zur Finanzierung des Gutscheins nach beiden Varianten erforderlich wäre.

Die bisherigen Leistungen des Lastenausgleichs – wie Familienbeihilfe, Schulbücher, Schulfahrt, Unterhaltsvorschuss, Härteausgleich u.ä. sowie der Familien- bzw. Erziehungszuschüsse der Länder – bleiben weiterhin erhalten.

Die Schlussfolgerungen aus finanzwissenschaftlicher Sicht besagen: Der KBS dürfte nicht an der Finanzierung scheitern. Voraussetzung für die Verwirklichung dieser innovativen Maßnahme ist allerdings der politische Wille dazu. Dieser beinhaltet dann auch die Bereitschaft zur Defizit- und Zwischenfinanzierung, die sich allerdings rechnet.

## 4.6 Einwände gegen den Kinderbetreuungsscheck

Im Zug der engagierten Diskussion um den KBS und im Rahmen von Stellungnahmen nach der Präsentation des Rohberichts wurden gegen dieses Konzept auch Einwände geäußert. Diese werden in fünf Punkten zusammengefasst und kurz abgehandelt.

- *Mangelnde Finanzierbarkeit:* Der am häufigsten vorgebrachte Einwand bezieht sich auf die Finanzierbarkeit des KBS und auf die Befürchtung, dass dafür bestehende Leistungen gekürzt werden müssen. Dies kann allerdings aus dem Konzept für den KBS nicht begründet werden. Die Studie geht von der Prämisse zusätzlich zur Verfügung stehender Geldmittel – insbesondere aus den zweckgebundenen Mehreinnahmen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) – aus.
- *Professionalitätsdefizite:* Ferner wurde eingewendet, dass neben der primären Betreuung der Kinder durch die Eltern die professionelle, externe Kinderbetreuung eine wichtige Ergänzung zum Familienleben in der Erziehungs- und Bildungsarbeit darstellt. Dies sei besonders für die zunehmende Zahl von Einzelkindern wichtig. Diese Position stellt allerdings eine wesentliche Vorannahme im Konzept des KBS dar. Daher sehen Modelle des KBS z.B. einen Gutschein etwa ab dem vierten Lebensjahr vor, was einen starken Anreiz zur Inanspruchnahme externer Betreuung darstellt. Noch grundsätzlicher ist der ebenfalls geäußerte Einwand, dass Kindererziehung durch die Eltern keine Berufstätigkeit darstelle und damit auch nicht in Verbindung gebracht werden solle. Das Konzept KBS beachtet diese Position allerdings auch z.B. dadurch, dass nicht von einem Gehalt, sondern von einem Transferentgelt auf Basis von Mindeststandards ausgegangen wird, oder dadurch, dass es auf die erwartete Teilzeitbetreuung und nicht auf die erforderliche Gesamtbetreuung des Kindes abstellt.
- *Schlechterstellung der Mütter:* Ein dritter Komplex bezog sich auf mögliche negative Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter und auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung. Vom theoretischen Ansatz her bedingt die in den Modellen des KBS vorgesehene Aufhebung jeder Erwerbsbeschränkung für Mütter/Väter jedoch keine Erschwernis, sondern eine Erleichterung bei der Vereinbarkeit von Erwerb und Familie. Die empirischen Studien im Vorfeld der und zur Machbarkeitsstudie geben mehrere Anhaltspunkte dafür, dass diese Erleichterung genutzt werden wird. Dem wurde entgegengehalten, dass sich der Druck des Partners und der Umgebung auf die Mütter erhöhen werde, mit dem Kind doch länger zu Hause zu bleiben. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, spricht das nicht gegen den KBS, sondern für die Notwendigkeit entsprechender Bewusstseinsbildung. Dieses Problem geht weit über den KBS hinaus und berührt u.a. die Fragen der

Eigenverantwortlichkeit und der zugemuteten Mündigkeit, von denen alle Sozialleistungen betroffen sind.

Hinsichtlich der innerfamiliären Aufgabenteilung besteht empirische Evidenz für einen deutlichen Kohorteneffekt: Jüngere Frauen sind viel stärker auf eine Berufslaufbahn hin orientiert, und jüngere Männer beteiligen sich deutlich stärker an der Hausarbeit und Kindererziehung als ältere Kohorten (FFS 96). Der KBS betrifft künftige Mütter und damit Kohorten von jungen Frauen.

- *Negative Signalwirkung:* Es wurde auch die Befürchtung geäußert, dass unabhängig von den konkreten Regelungen des KBS und den dadurch entstehenden Gestaltungsmöglichkeiten ein 'falsches' gesellschaftspolitisches Signal gesetzt würde. Dieser Einwand bezieht sich im Wesentlichen auf die befürchtete Förderung des Erwerbsausstiegs von Frauen und auf eine Ablehnung von mehr Markt im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen. Problematisch an dieser Befürchtung ist, dass die Signalwirkung des Wegfalls jedweder Erwerbsbeschränkung beim KBS keineswegs gewürdigt wird. Welche Signalwirkung vom KBS tatsächlich ausgeht, wird stark von den Rahmenbedingungen und den zusätzlichen Maßnahmen abhängen, die gleichzeitig mit seiner Einführung gesetzt werden. Dabei wird es unbestritten wichtig sein, die emanzipatorischen Beweggründe und Inhalte des KBS entsprechend zu kommunizieren sowie die bestehenden Aktivitäten für bessere Arbeitsbedingungen (z.B. 'Audit Familie und Beruf', Wettbewerb 'Frauen- und familienfreundlichster Betrieb') weiterzuverfolgen.
- *Negative Auswirkung auf außerhäusliche Kinderbetreuung:* Ein letzter Bereich von Einwänden betrifft befürchtete negative Auswirkungen auf das Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung und deren Kosten. Hier muss erneut darauf hingewiesen werden, dass beachtliche zusätzliche Mittel zur Unterstützung (absolut und je Kind) vorgesehen sind, was die Angebote verbessern wird. Die insgesamt sinkenden Kinderzahlen, die steigende Konkurrenz zwischen Betreuungsformen, Anbietern und Betreuungsberufen (einschließlich der Volksschule bzw. Lehrpersonen) sowie der laufende Ausbau von Betreuungsplätzen im Zuge der 'Kindergarten-Milliarde' vergrößern in Österreich tendenziell bundesweit das Angebot (Anzahl der Plätze bezogen auf die Zahl der Kinder). Angesichts dieser Situation ist eher ein Sinken als ein Steigen der Kosten zu erwarten. Zweifellos muss der Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung, wie das durch den Gutschein im Konzept des KBS vorgesehen ist, sorgsam vorbereitet und eingeführt werden.

## 5 Kinderbetreuungsgeld

### 5.1 Gesetz<sup>16</sup>

Mit dem seit 1.1.2002 geltenden Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) hat die Familienpolitik die Herausforderung des Wandels im Sinne des KBS konstruktiv aufgegriffen. So wurde mit dem KBG das Kind mit seinem Betreuungsbedarf und -bedürfnis in den Mittelpunkt gestellt und die gesellschaftliche relevante Leistung der Kinderbetreuung auch konkret generell anerkannt und ansatzweise abgegolten. Die pensionsbegründende Wirkung wird für 18 Monate vorgesehen, darüber hinaus gilt die Ersatzzeitregelung bis vier Jahre. Damit wird auf die Vielfalt der Lebenssituation von Familien angemessen reagiert und Wahlfreiheit bezüglich Betreuung vom Ansatz her ermöglicht.

Die Dauer wurde bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des jüngsten Kindes festgelegt. Der Gedanke, keine Erwerbsbeschränkung vorzunehmen, wurde nur teilweise aufgegriffen. Es wurde zwar die Geringfügigkeitsgrenze abgeschafft und eine Zuverdienstgrenze eingeführt, die ein Vielfaches der bisherigen Einkommensgrenze beträgt und eben nicht auf das Einkommen, sondern den Zuverdienst abstellt. Neben budgetären Gründen schien den politischen Verantwortungsträgern der totale Wegfall von Erwerbsbeschränkungen ein zu großer Schritt, dessen Auswirkungen schwer abschätzbar erschienen. So wurde eben ein Mittelweg beschritten. Ebenso wurde eine Splitting-Regel zwischen Mutter und Vater eingeführt, da ein Elternteil das KBG nur für 30 Monate in Anspruch nehmen kann. Neben dem Versuch, die Väter mehr in das Betreuungsgeschehen einzubeziehen, waren wohl auch budgetäre Überlegungen dafür maßgebend. Letzteres dürfte wohl auch für die nicht erfolgte Ausweitung bis zum vollendeten 4. Lebensjahr maßgeblich gewesen sein. Um Wiederholungen möglichst gering zu halten, sei auch auf den nächsten Abschnitt, Ausblick, verwiesen, worin weiterführende Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Zweifellos war mit dem KBGG eine komplexe Materie zu bewältigen, was auch im eingangs zitierten Kommentar zum Ausdruck kommt, der den Gesetzestext, Erläuterungen zur Regierungsvorlage, weiterführende Hinweise und den Ministerratsvortrag beinhaltet.

### 5.2 Evaluierung<sup>17</sup>

Das ÖIF hat nach 1 1/2 Jahren Laufzeit des KBG eine erste Zwischenbilanz der Evaluation vorgelegt. Daraus exemplarische Auszüge:

---

<sup>16</sup> Rosenmayr / Rosenmayr 2001.

<sup>17</sup> Pfeiffer et al. 2004.

- KBG legt in der Akzeptanz zu  
Wurde das KBG schon vor seiner Implementierung als Verbesserung im Vergleich zum KG gesehen, so hat sich diese positive Beurteilung in den letzten 1 1/2 Jahren noch verstärkt. Rund zwei Drittel der befragten BezieherInnen sehen im KBG die bessere Maßnahme. Die Maßnahme unterstützt die jeweiligen Lebenskonzepte der BezieherInnen besser als das KG.
- Neue BezieherInnen  
Anfang Juni 2003 bezogen insgesamt 90076 Personen das KBG. Mit dessen Einführung profitieren nun jene Eltern, die zuvor keinen Anspruch auf eine ähnliche Leistung hatten. Die neuen BezieherInnen, das sind v.a. Hausfrauen und StudentInnen, machten rund ein Viertel aller BezieherInnen aus.
- Die Beurteilung der wichtigsten Neuerungen  
Von den Neuerungen des KBG werden die Anrechnung von pensionsbe-gründenden Zeiten und der längere Geldbezug am positivsten bewertet.
- Impulse für das Erwerbsleben  
Von Jänner bis Dezember 2002 hat sich die Zahl derjenigen BezieherInnen verdoppelt, die über der Geringfügigkeitsgrenze erwerbstätig sind. Insgesamt war rund ein Viertel der BezieherInnen zu Jahresende 2002 im Erwerb. Die erweiterten Möglichkeiten in punkto Erwerb wurden jedoch nur teilweise genutzt. Komplexe Bestimmungen hinsichtlich der Zuverdienstgrenze bzw. der arbeitsrechtlichen Regelungen stellten diesbezüglich Barrieren dar.
- Beitrag zur Armutsvermeidung  
Die Evaluierung hat deutlich gemacht, dass gerade Familien mit niedrigem Familieneinkommen vom KBG profitieren. Insgesamt zeigt sich, dass durch das KBG 21% der armutsgefährdeten Familien, deren jüngstes Kind zwischen 1 1/2 und 2 1/2 Jahren alt ist, über den ASVG-Ausgleichzulagenrichtsatz gehoben werden.
- Väterbeteiligung  
Grundsätzlich beinhaltet die Maßnahme KBG auf struktureller Ebene einige Hemmnisse für eine Erhöhung der Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung. Auf individueller Ebene hat die Evaluierung gezeigt, dass die Möglichkeit des KBG-Bezugs für unterschiedliche Gruppen von Männern unterschiedlich attraktiv ist. Tendenziell nehmen Männer mit im Vergleich zu ihren Partnerinnen gleich hohem oder niedrigerem Einkommen das KBG eher in Anspruch.
- Voller Einstieg am liebsten über Teilzeit  
Als attraktivste Form, wieder in den Beruf zurückzukehren, schätzen Frauen mit Kind die Teilzeitarbeit. Beinahe zwei Drittel der Frauen, die einen Anspruch auf das KBG haben, möchten auch nach der Karenz weiter einer Teilzeitarbeit nachgehen. Dies zeigt sich auch im steigenden Informationsbedarf rund um die

Zuverdienstgrenze. Es besteht offensichtlich großes Interesse, zum KBG dazu verdienen zu können. Mit dem Wunsch nach mehr Teilzeitarbeit geht auch das Bedürfnis nach weniger starren Arbeitszeitregelungen einher.

## 6 Ausblicke Kinderbetreuungsgeld zu einem Kinderbetreuungsscheck weiterentwickeln

### 6.1 Reform konsequent fortführen

Die Einführung des KBG stellt nicht einen Abschluss dar, sondern wäre als Anfang einer Neuorientierung zu sehen. In diesem Sinn könnte das in der Machbarkeitsstudie entwickelte Konzept KBS schrittweise verwirklicht und in einem Reformwerk FLEF eingebunden werden.

Der KBS sieht über das KBG hinaus eine finanzielle Unterstützung bis Ende der 1. Klasse Volksschule vor:

- Dabei wird bis zum vollendeten 4. Lebensjahr der volle Geldbetrag ausbezahlt. In der anschließenden „Kindergartenphase“ wird die Unterstützung gesplittet – ein Gutschein (GS) im Wert einer halbtägigen externen Betreuung und ein Geldbetrag. Hier sind die Bundesländer in besonderer Weise einzubinden und auch gefordert. Mit dem GS wird nämlich die bisherige Förderpraxis geändert: Nicht extreme Objektförderung, sondern moderate Subjektförderung wird als Gestaltungsprinzip wirksam. Das bedeutet: Bei den Eltern wird Kaufkraft für Kinderbetreuung geschaffen und es werden nicht Träger subventioniert. Das ändert die Position der Eltern: Sie können als Kunden und nicht als Bittsteller auftreten.
- Im ersten Volksschuljahr wird der halbe Geldbetrag zur Verfügung gestellt. Das fördert die Wahlfreiheit der Eltern in dieser kritischen Phase des Umstiegs vom Kindergarten in die Volksschule.

### 6.2 Notwendige Verbesserungen

- Zuverdienstgrenze entbehrlich  
War in der Einführungsphase die Zuverdienstgrenze als Vorsichtsmaßnahme noch einsichtig, verliert diese nach den bisherigen Erfahrungen ihre Sinnhaftigkeit. Ein Wegfall steht ganz im Einklang mit dem Konzept, erspart unnötigen Verwaltungsaufwand, schafft Rechtssicherheit und löst das Problem der Teilzeitkarenz für beruflich hoch qualifizierte Mütter und Väter:
- Das KBG schrittweise erhöhen  
Jedenfalls ist als Betrag jener des ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatzes für die Einzelperson bis zum 4. Lebensjahr anzustreben und an diesen zu binden; derzeit rd. Eur 653,- gegenüber Eur 436,- KBG.
- Pensionsbegründung 4 Jahre und weitere 3 Jahre Ersatzzeiten  
Die pensionsbegründenden Jahre wären von 1,5 auf 4 Jahre auszuweiten und

weitere 3 Jahre als Ersatzzeiten vorzusehen.<sup>18</sup> Damit wäre in diesem Punkt ein stimmiges Konzept verwirklicht.

- Pensionsbegründung für alle „Elternpensionisten“ ab 1.1.2002 berücksichtigen. Da der FLAF seit 1.1.2002 an die PVA Beiträge abführt, ist es in einer Umlagefinanzierung gerecht, wenn alle Mütter/Väter, die ab diesem Tag in Pension gehen, die 1,5 Jahre pensionsbegründend nutzen können.

## 6.3 Wirkmöglichkeit des Fonds sichern

Zur Finanzierung eines solidarischen und sozial gerechten Leistungsausgleichs für die Kindergeneration werden die ursprünglichen Finanzmittel des FLAF wieder hergestellt, ja neue Finanzierungsquellen erschlossen werden müssen.

### 6.3.1 Ursprüngliche Wirkmöglichkeit des Familienfonds wiederherstellen

- Wieder 6% der Lohnsumme als Einnahmen festlegen. Die 1978 und 1981 erfolgte Senkung der Einnahmen auf 4,5% der Lohnsumme, also um 25%, zu Gunsten der Pensionskassen, muss rückgängig gemacht werden. Es ist nicht möglich, die Pensionen zu Lasten der Kinder zu sichern.
- Kein Wegfall der FLAF-Beiträge bei älteren Arbeitnehmern. Es mag richtig sein, Lohnnebenkosten zu senken, um einen Anreiz für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu schaffen. Es macht Sinn, dabei die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu senken, da kein Arbeitslosengeld bezahlt werden muss. Wenn das nicht ausreicht, wären die Pensionsbeiträge zu senken, da keine Pension anfällt. Die FLAF-Beiträge zu senken, wie das derzeit geschieht, kann nicht sachlich gerechtfertigt werden.
- Finanzierung der Beiträge für die Krankenkassa und Pension aus dem Budget. Die Bundeszuschüsse zur Pension wären als Beiträge für die Pension und Krankenkassa der Mütter und Väter, die KBG bekommen, zu widmen. Finanziert nämlich der FLAF weiterhin, stellt das praktisch den Ausschluss dieser Mütter und Väter aus der Solidargemeinschaft der Versicherten dar.

---

<sup>18</sup> Die jüngst beschlossene Teilzeitregelung stellt auch auf das 7. Lebensjahr des Kindes ab.

### 6.3.2 Wirkmöglichkeit des Familienfonds erweitern

- Wegfall der sogenannten Selbstträgerschaft.  
Bund, Länder, Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften zahlen für Ihre Arbeitnehmer/innen keinen Beitrag in den FLAF, obwohl deren Kinder alle Leistungen aus dem FLAF bekommen. Das ist fern jeder Gerechtigkeit und Solidarität.
- Pensionssicherungsbeitrag von kinderlosen Pensionisten/innen an den FLAF. Da niemand seine eigene Pension bezahlt, sondern diese von der früheren Kindergeneration erhält, wie übrigens auch Pflege und Betreuung, sollte auch ein Beitrag in der Pension erbracht werde.
- Die MWSt in die Finanzierung einbeziehen.  
Die Kopfsteuerwirkung der MWSt legt es nahe, Erträge aus der MWSt im Sinne von Ausgleichsmaßnahmen für den Familienfonds zur Verfügung zu stellen.

Der geführte Diskurs über die Neufinanzierung von Transferzahlungen für Pensionen, Kinder, u.ä. sollte auf EU-Ebene fortgesetzt werden. Dabei sollte die Basis der Finanzierung auf alle Bereiche der Wertschöpfung ausgedehnt werden und so auch Kapital mit einbezogen werden.

### 6.4 Exkurs: Konzept eines Familienleistungsausgleichsfonds<sup>19</sup>

Das geltende Familienleistungsausgleichsgesetz besteht seit nun 36 Jahren und wurde mehrfach novelliert. Unter Bedachtnahme auf die eingetretenen Entwicklungen reichen Novellierungen einfach nicht mehr aus. Eine grundlegende Reform zu einem Familienleistungsausgleichsgesetz (FLEG), der auch das Leistungsausgleichsprinzip umsetzt, ist erforderlich. Diese hätte sich an dem unten dargelegten Konzept zu orientieren und die einzelnen Maßnahmen zu operationalisieren und in ihrer Quantität festzulegen. Dabei wäre die Familienbeihilfe, der Kinderbetreuungsscheck und die Pensionsansprüche zumindest am ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatz zu orientieren.

Die Finanzierung über einen Fonds wäre beizubehalten, allerdings in einer verbesserten Institutionalisierung als derzeit der FLAF, der lediglich einen zweckgebundenen Budgetposten im Bundesbudget darstellt.

Was dessen Aufgaben betrifft, ist es aus funktionalen Aspekten naheliegend, zwischen generell präventiven und individuell helfenden Aufgaben des FLEF sowie unterstützenden Dienstleistungen zu unterscheiden.

---

<sup>19</sup> Schattovits 2003b.

## 6.4.1 Generell präventive Maßnahme

Diese Maßnahmen dienen dem sozialen Ziel des Ausgleichs zwischen jenen, die aktuell Kosten für Unterhalt, Pflege und Erziehung von Kindern zu tragen haben und jenen, für die das aktuell nicht zutrifft. Generell sind diese Maßnahmen, weil sie allen Kindern in gleicher Weise zu Gute kommen, und präventiv, weil sie sozialer Ungerechtigkeit vorausschauend vorbeugen. Dazu gehören:

- Familienbeihilfe  
Die Familienbeihilfe dient dem primären Ziel, Unterhaltskosten für Kinder zwischen jenen, die aktuell solche zu tragen haben und jenen, für die das nicht zutrifft, ansatzweise auszugleichen.
- Kinderbetreuungsscheck – aktuelle Vorstufe ist das Kinderbetreuungsgeld  
Der KBS dient dem primären Ziel, Kosten der Betreuungsleistungen für Kinder zwischen jenen, die solche aktuell sicherzustellen haben und jenen, für die das nicht zutrifft, auszugleichen.
- Pensionsanrechnung und Krankenversicherung  
Mit der Pensionsanrechnung wird relevante Betreuungsarbeit auch als Beitrag zum System der sozialen Sicherheit anerkannt.

## 6.4.2 Spezifische Maßnahmen – individuell helfend

Diese Maßnahmen dienen der Unterstützung über den generell präventiven Ausgleich hinaus, wenn zufolge persönlicher Umstände eine Unterstützung der Familie notwendig wird. Dabei handelt es sich um ergänzende Maßnahmen, die auch in die Kompetenz von Regionen und Bundesländern fällt. Es wäre zu prüfen, ob in einer Vereinbarung der Bund sich auf generell präventive Maßnahmen konzentriert und die Länder individuell helfende weitgehend übernehmen – dies dient auch der Bürgernähe.

- Direkte Armutsbekämpfung im Einzelfall  
Die Familienzuschüsse mit einer Einkommensgrenze nach dem Pro-Kopf-Einkommen mit dem direkten Ziel der Minderung von – trotz der generellen Maßnahmen – noch bestehender Familienarmut im konkreten Einzelfall. Die Einkommensgrenzen sind grundsätzlich auf das Pro-Kopf-Einkommen abzustellen und nicht auf das Haushaltseinkommen.
- Akute Krisenintervention  
Dieser dient dem Härteausgleich mit dem primären Ziel der Verminderung der Folgen von aktuellen Krisensituationen.
- Vorschusszahlungen – Kreditgewährung  
Diese dienen der Entlastung der anspruchsberechtigten Person von der Einbringung der zustehenden Mittel (Unterhaltsvorschuss). Eine ähnliche Funktion erfüllt der Zuschlag zum Karenzgeld/Betreuungsgeld (wenn z.B. der

Kindesvater seiner Unterhaltsverpflichtung wegen zu geringen Einkommens nicht nachkommen kann).

### **6.4.3 Strukturell abstützende Dienstleistungen**

Neben den direkten sind auch indirekte Maßnahmen erforderlich, die als strukturell abstützende Dienstleistungen angesehen werden können. Sie liegen im Bereich der Bildung, Beratung, Forschung und Interessensvertretung.

- Beratung  
Familienberatungsförderung
- Elternbildung  
Aus- und Aufbau der vorbereitenden und begleitenden Elternbildung
- Evaluierung und Familienforschung  
Aus- und Aufbau der Generationen- und Geschlechterforschung sowie der Evaluierung von Maßnahmen der Familienpolitik
- Familienorganisationen, Interessensvertretung  
Förderung der Basisarbeit und Selbstorganisation

## Literaturhinweise

- Atkinson, A.B. (1996): The case for a participation income. In: The Political Quarterly, Vol. 67, Iss. 1, pp. 67-70.
- Pfeiffer, C., et al. (2003): Evaluation Kinderbetreuungsgeld: Eine Zwischenbilanz nach 1\_ Jahren. ÖIF (Pressekonferenzunterlage).
- Rosenmayr, R., Rosenmayr, M. (2001): Kinderbetreuungsgeld. Orac, Wien.
- Denk, G., Schattovits, H. (1995): Teilzeitbetreuung von Kindern in Österreich. Schriftenreihe des ÖIF, Band 1, Wien.
- Schattovits, H. (Hg.) (2000): Kinderbetreuungsscheck: Modellentwicklung und Analysen. Schriftenreihe des ÖIF, Band 9, Wien.
- Schattovits, H. (2003a): Leistungsausgleich für gesellschaftlich relevante Arbeit: Konzept und Umsetzung. In: Leipert, C. (Hg.) (2003): Demographie und Wohlstand: Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Leske & Budrich, Opladen.
- Schattovits, H. (2003b): Leistungsausgleich als neuer Ansatz in Wohlfahrtskonzepten: Eine Herausforderung an die Politik. In: Pracher, C., Strunz, H. (Hg.): Wissenschaft um der Menschen willen. Duncker & Humblot, Berlin.



# Elternurlaub im Vergleich – eine Gegenüberstellung der Regelungen in Frankreich, Norwegen, Österreich und Schweden

## 1 Einleitung

In diesem Beitrag wird ein Überblick über die Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft in Frankreich, Norwegen, Österreich und Schweden angestellt. Der Fokus liegt dabei auf Regelungen anlässlich der Geburt eines Kindes.

Dabei soll in einem ersten Abschnitt auf den Hintergrund der familienpolitischen Situation und Entwicklung sowie auf familienpolitische Leitmotive in den einzelnen Ländern eingegangen werden.

In einem zweiten Abschnitt werden die grundlegenden arbeitsrechtlichen sowie monetären Aspekte der Beurlaubungsregelungen vergleichend dargestellt und in einen tabellarischen Überblick gefasst. Dazu zählen Leistungen wie der Mutterschaftsurlaub, Leistungen zur Vaterschaft und der Elternurlaub, der in Österreich als Karenz bezeichnet wird.

Im dritten Abschnitt werden schließlich zwei ausgewählte schwedische Maßnahmen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft in ihrer Ausgestaltung und Wirkungsweise analysiert.

Abschließend erfolgt eine kurze Zusammenfassung der Situation rund um die Regelungen zur Beurlaubung von Eltern in den verschiedenen Vergleichsländern.

## 2 Familienpolitischer Hintergrund

### 2.1 Österreich

Das österreichische familienpolitische System ist als Familienlasten- und Leistungsausgleich konzipiert. Auf der Basis sozialer Gerechtigkeit soll ein Ausgleich zwischen unterhaltspflichtigen Eltern und Personen ohne Unterhaltspflichten sichergestellt werden, da die aus der Kindererziehung und -betreuung erwachsenden Kosten unmittelbare Ursache für eine feststellbare wirtschaftliche Benachteiligung

sind. Die wichtigsten und konstantesten Leitmotive der österreichischen Familienpolitik sind insgesamt orientiert am Wohl des Kindes und am Erhalt der traditionellen Familie.

Familienpolitik stellt eine typische Querschnittsmaterie dar, die zahlreiche Lebensbereiche berührt. Anfänge einer Entwicklung der Familienpolitik zu einem eigenständigen Politikbereich finden sich erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts (1948), als eine Umstellung der bis zu diesem Zeitpunkt aus dem allgemeinen Budget finanzierten Ernährungsbeihilfe in eine Kinderbeihilfe erfolgte. Zur Finanzierung dieser Leistung wurde eigens ein an die Lohnsumme gebundener Fonds geschaffen, der fast 50 Jahre später (1994) zum allgemeinen Ausgleichsfond für Familienbeihilfen weiterentwickelt wurde.

In den 60er Jahren wurden in den einzelnen Bundesländern erstmals FamilienreferentInnen bestellt. 1967 wurde das Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) reformiert, das – in der Zwischenzeit mit zahlreichen Novellen versehen – noch heute in Kraft ist. Im selben Jahr wurde im Bundeskanzleramt, das damals für Familienangelegenheiten zuständig war, der Familienpolitische Beirat eingerichtet. 1971 wurde dem Bundeskanzler eine Staatssekretärin für den Bereich der Familienpolitik beigegeben. Die Errichtung eines eigenen Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz erfolgte im Jahr 1983. Damit war in Österreich definitiv ein eigener Politikbereich für Familien etabliert und durch ein Mitglied in der Bundesregierung vertreten (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie 1999).

Monetäre Leistungen werden in Österreich sowohl vom Bund als auch von den Ländern gewährt. Zu den vom Bund finanzierten Beihilfen zählen z.B. die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld. Die Länder haben daraus zahlreiche weitere Möglichkeiten, die in ihrem Bundesland lebenden Familien finanziell zu unterstützen.

Steuerliche Leistungen und Vergünstigungen sind Bundessache – zu erwähnen sind hier beispielsweise der Alleinverdiener – sowie der Alleinerzieherabsetzbetrag.

Zu den wichtigsten Infrastruktur- und Sachleistungen, die der Bund erbringt, zählen kostenlose Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes, die Freifahrt für SchülerInnen zu und von der Schule oder die Schulbuchaktion. Auf Landesebene werden in den Bundesländern unterschiedliche Maßnahmen gesetzt. Darüber hinaus existieren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene noch zahlreiche weitere Leistungen und Maßnahmen, die Familien zugute kommen: Mediation oder die „Sonderrichtlinien Familienkultur“ auf Bundesebene, Familienberatungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt auf Landesebene oder Elternbildungsangebote auf beiden Ebenen.

Ausschließlich Landessache sind Gesetzgebung und Vollziehung im Bereich Kindergarten- und Hortwesen (Art. 14 (4) lit b B-VG).

Gemeinden dürfen im Bereich der Familien(politik) keine behördlichen Akte setzen (z.B. Zwangsmaßnahmen u.ä.), ihnen steht aber die Durchführung von privatrechtlichen Aktivitäten frei (z.B. Förderungsvergabe, Informationsarbeit, etc.).

## 2.2 Frankreich

Frankreich besitzt eine lange Tradition, was die Unterstützung und Förderung von Familien anbelangt. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden bedürftige, kinderreiche Familien finanziell unterstützt. In den 30er Jahren folgte die Einführung des Kindergeldes (in Österreich: Familienbeihilfe), das durch Beiträge von Unternehmen an eine Kindergeld-Ausgleichskasse finanziert wurde. Zur Förderung der Geburten wurde bei der Geburt des ersten Kindes ein Beitrag entrichtet.

Aktuell ist die französische Familienpolitik durch Umverteilung zwischen kinderlosen Familien und Familien mit Kindern geprägt. Familienleistungen werden in Form von Versicherungsleistungen durch die Familienleistungskasse (caisse nationale d'allocations familiales, CNAF) und ihre Filialen (caisses d'allocations familiales, CAF) ausbezahlt und auch organisiert. Die Finanzierung erfolgt zu zwei Dritteln über Arbeitgeberbeiträge und zu einem Drittel aus Steuern. Ein geringer Teil wird auch von landwirtschaftlichen Sozialversicherungskassen (caisses de mutualité sociale agricole) sowie von staatlichen Verwaltungen übernommen. Der Staat verpflichtet sich, die Defizite auszugleichen. Zur Deckung der Finanzierung wurde eine Sondersteuer von 0,5% eingeführt.

Mit Hilfe von Steuererleichterungen bei der Einkommenssteuer (Berechnung über einen Familienquotienten) werden die durch Kinder entstehenden Mehrkosten von Familien ausgeglichen. Das Ausgleichssystem fängt aber erst ab dem zweiten Kind richtig zu greifen an, wie in dem nachfolgenden Abschnitt noch verdeutlicht wird.

Familienleistungen sind in Frankreich zentralistisch organisiert und zum Teil an die Höhe des Familieneinkommens gebunden. Das Geld wird vorwiegend in Form von Beihilfen für Eltern gezahlt. Das Kindergeld, das von vier Millionen Familien bezogen wird, macht mit 40% den größten Anteil der Auszahlungen aus (Eurostat 2003). Erst vor kurzem wurde der Anspruch bis zum vollendeten 20. Lebensjahr verlängert, um dem längeren Verweilen der Kinder im Elternhaus zu entsprechen. Weitere Beihilfen sind das Erziehungsgeld ab dem zweiten Kind, Zulagen für bedürftige Familien, eine Beihilfe für Alleinerziehende, die Unterstützung für eine häusliche Hilfskraft, Wohngeld, eine Beihilfe zum Schulbeginn, etc. Eine französische Besonderheit ist die Beihilfe zur Beschäftigung einer anerkannten Tagesmutter; die im Jahr 1990 eingeführt worden ist.

Abgesehen von den Familienleistungen ist auch die Kinderbetreuung ein familienpolitisches Anliegen. Neben institutionellen Betreuungsmöglichkeiten wird auch die

häusliche Kinderbetreuung durch öffentliche Beihilfen gefördert. Krippen, Horte, Kindergärten und die Vorschule werden meist über kommunale Trägerschaften organisiert. Die Finanzierung erfolgt sowohl aus öffentlichen als auch aus privaten Geldern.

Das gut ausgebaute Netz an Kinderbetreuungsmöglichkeiten fördert einerseits die Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter, aber andererseits führt die stärkere geschlechtsbezogene Differenzierung am Arbeitsmarkt zu hohen Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Frankreich zählt damit zu den Beispielen des „Modified male breadwinner“-Modells (Pfarr und Vogelheim, 2002). Grundlage des konservativen, französischen Modells sind Normalarbeitsverhältnisse und die traditionelle Familie, die auch politisch stabilisiert werden. Dementsprechend hat sich auch die weibliche Integration am Arbeitsmarkt vor allem über Vollzeitarbeit vollzogen. Darin unterscheidet sich Frankreich von den skandinavischen Staaten, die ebenfalls relativ hohe Geburtenraten zu verzeichnen haben, die jedoch mit hohen Frauenteilzeitquoten einhergehen.

Insgesamt wird die französische Familienpolitik seit jeher von offen pro-natalistischen Motiven sowie von der Motivation, die traditionelle Familie zu erhalten, geleitet.

## 2.3 Norwegen

Norwegen hat seit 1837 einen lokalen Führungsapparat eingerichtet und somit einen entscheidenden Schritt weg vom zentralisierten Staat gesetzt. Demokratisch gewählte Organe leiten diesen lokalen Führungsapparat.

Gegenwärtig ist Norwegen in 435 autonome Kommunen und 19 autonome Fylker (ähnlich den österreichischen Bundesländern) eingeteilt. Kommunen und Fylker sind gleichgestellte Verwaltungsniveaus. Aufgaben der Kommunen betreffen in der Hauptsache die Bürger und Bürgerinnen der einzelnen Kommunen. Die Fylker kümmern sich um Aufgaben, die in einer größeren geografischen Einheit mit einer höheren Bevölkerungszahl gelöst werden sollen (z.B. Krankenhäuser).

Norwegen richtete 1991 das Ministerium für Kinder- und Familienangelegenheiten ein. Aufgabe des Ministeriums ist es, für gute Entwicklungs- und Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche zu sorgen, für gesicherte finanzielle und soziale Bedingungen für Familien mit Kindern sowie für die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Ziel der Gleichstellungspolitik ist es, die Erreichung gleicher Möglichkeiten, Rechte und Pflichten für Frauen und Männer auf allen gesellschaftlichen Gebieten zu ermöglichen. Frauen und Männer sollen dabei frei von sexualisierter Gewalt sein und Macht und Einfluss sollen gleich verteilt sein. Norwegen führte bereits

1979 einen Gleichstellungsbeauftragten ein. Aufgabe war die Durchführung des Gleichstellungsgesetzes.

Die vielfältigen Aufgaben zur Unterstützung von Familien teilen sich die verschiedenen Verwaltungsebenen in Norwegen.

So besteht die Aufgabe der Kommunen z.B. in:

- der Verantwortung für Kindergärten
- Kinder- und Jugendschutz
- der Pflichtschulausbildung von Kindern und Jugendlichen

Aufgabe der Fylker ist die Verantwortung z.B. für:

- die weiterführenden Schulen
- Institutionen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes

Der Staat übernimmt folgende Aufgaben:

- höhere Bildung (einschließlich Universitäten)
- Sozialversicherung
- Steuern und Finanzen

## 2.4 Schweden

Die schwedische Familienpolitik basiert auf den Grundsätzen der Kinderwohlfahrt und der Gleichheit der Geschlechter. Diese beiden Säulen prägen die gesamten familienpolitischen Maßnahmen in Schweden. Wie in anderen skandinavischen Ländern auch hat der schwedische Staat wesentliche Funktionen übernommen, die früher von Familien geleistet wurden. Altenbetreuung sowie die Betreuung und Erziehung von Kindern werden als Aufgabe des Staates betrachtet und sind entsprechend häufig aus der Familie ausgelagert.

Bezahlten Karenzurlaub gibt es hier schon seit 1955, und das schwedische Karenzsystem zeichnet sich durch hohe Flexibilität und hohe Bezahlung aus, was wiederum die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen stärken soll. Schweden investiert den Großteil der Familienleistungen in den Bereich Schule und Kinder- bzw. Altenbetreuung. Folgen dieser Politik sind weit mehr Betreuungseinrichtungen als in vielen anderen EU-Staaten – vor allem für 0-3jährige und schulpflichtige Kinder. Zudem ist der Anteil an Frauen, die nach der Babypause wieder in den Beruf zurückkehren, sehr hoch; dadurch hat Schweden einen vergleichsweise hohen Anteil an berufstätigen Müttern von Kindern im Vorschulalter.

Die schwedische Familienpolitik setzt sich aus folgenden drei Teilen zusammen:

- Leistungen für Kinder und Familien: auf Bundesebene geregelt
- Elternversicherung: auf Bundesebene geregelt
- Kinder- und Altenbetreuung: Sache der Länder und der Gemeinden

Die meisten schwedischen Familien mit Kindern leben von zwei Einkommen. Auch Alleinerziehende sind in Schweden normalerweise erwerbstätig. Daher sind Leistungen, die eine Berufstätigkeit fördern und ermöglichen, im Vergleich zu den Ländern, in denen nur ein Einkommen pro Familie üblich ist, von größerer Bedeutung als die eigentliche Höhe der monetären Leistungen. Monetäre Familienleistungen haben in Schweden vor allem folgende Ziele:

- Schaffung von gleichartigen Lebensbedingungen für Haushalte mit und ohne Kinder
- Unterstützung beider Elternteile zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben
- Besondere Hilfestellung für Familien in einer schwierigen Lage

Weiters ist in Schweden die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung ein zentrales Anliegen. Dafür führte die staatliche Versicherungsanstalt in den vergangenen Jahren zahlreiche Werbe- und Informationskampagnen mit dem Ziel durch, Eltern auf die Bedeutung eines paritätisch genutzten Erziehungsurlaubs aufmerksam zu machen. Alle Väter erhalten Informationsmaterial, in dem auf die Wichtigkeit einer frühen und engen Beziehung von Vater und Kind hingewiesen wird, und vor der Geburt ihres Kindes werden alle Eltern zu einem Informationstreffen über die Elternversicherung eingeladen. In all diesen verschiedenen bewusstseinsbildenden Kampagnen wird weniger der Gerechtigkeitsaspekt einer paritätischen Aufteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern hervorgehoben, als der große Gewinn, der sich den Vätern durch eine stärkere Beschäftigung und Bindung zum Kind eröffnet. Im Zusammenhang mit Väterkarenz haben in Schweden auch Familienkompetenzen von Vätern in der Arbeitswelt einen anerkannten Stellenwert.

### **3 Vergleich der Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft**

In diesem Abschnitt erfolgt ein Vergleich einiger wesentlicher familienpolitischer Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft. Dabei wird der Mutterschaftsurlaub (in Österreich: Mutterschutz), das Mutterschaftsgeld (in Österreich: Wochengeld), der Vaterschaftsurlaub und seine entsprechende finanzielle Abgeltung, der Elternurlaub (in Österreich: Karenz) und die Geldleistung zum Elternurlaub (in Österreich: Kinderbetreuungsgeld) in den vier Ländern Schweden, Norwegen, Frankreich und Österreich vergleichend analysiert.

### 3.1. Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub

Mutterschaftsurlaub zum Schutz der schwangeren Frau und zum Schutz der Frau nach Geburt ist mittlerweile in jedem der EU-15-Mitgliedsstaaten für unselbständig Erwerbstätige verpflichtend vorgesehen. Lediglich die Dauer variiert von Land zu Land.

Vaterschaftsurlaub anlässlich der Geburt eines Kindes existiert heute in einigen europäischen Ländern. In der Regel ist dieser Urlaub nicht verpflichtend; er soll Vätern allerdings wahlweise in der ersten Zeit nach der Geburt des Kindes die Begrüßung des Kindes, Unterstützung der Mutter sowie die Betreuung älterer Geschwister ermöglichen. In drei der vier Vergleichsländer existiert eine Regelung zum Vaterschaftsurlaub; lediglich in Österreich gibt es keine entsprechende Maßnahme.

**Tabelle 1: Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub im Ländervergleich (Stand 2003)**

	Mutterschafts- urlaub in Wochen	Mutterschafts- Urlaubsgeld - Ein- kommensersatz in %	Vaterschafts- urlaub in Tagen	Vaterschafts- urlaubsgeld - Ein- kommensersatz in %
Österreich	16	100	0	0
Frankreich	16-26*	100	11	100
Norwegen	18	wahlweise 80 oder 100	10	0
Schweden	14	80	10	80

Quelle: siehe Einleitung dieses Kapitels, eigene Darstellung ÖIF

\* 26 Wochen ab dem dritten Kind

Die Dauer des Mutterschaftsurlaubs variiert zwischen 14 Wochen in Schweden, 16 Wochen in Österreich und Frankreich (für das erste und zweite Kind) und 18 Wochen in Norwegen. Ab dem dritten Kind können Mütter in Frankreich 26 Wochen des Urlaubs beanspruchen. Während des Mutterschaftsurlaubs wird für Mütter, die bestimmte Vorerwerbszeiten aufweisen können, in allen vier Vergleichsländern ein Einkommensersatz ausbezahlt, der in Frankreich, Österreich und Schweden 100% des zuvor bezogenen Einkommens beträgt. In Norwegen kann die Mutter zwischen 80% und 100% wählen, je nachdem, für welches Karenzmodell sie sich entscheidet. Somit zieht die Wahl der längeren Karenzzeit den niedrigeren monatlichen Geldbetrag mit sich und umgekehrt.

Wie schon oben erwähnt, gibt es Vaterschaftsurlaub mittlerweile in einer Reihe von europäischen Staaten. Die Motive für die Implementierung eines Vaterschaftsurlaubs sind in den drei Vergleichsländern Frankreich, Norwegen und Schweden ähnlich: So soll der Vaterschaftsurlaub Vätern die Möglichkeit einräumen,

während der Zeit unmittelbar nach der Geburt – üblicherweise während der Phase des Mutterschaftsurlaubs – gemeinsam mit der Mutter das neugeborene Kind zu „begrüßen“, einen engeren Kontakt zum Kind aufzubauen, die Partnerin zu entlasten und Kompetenzen im Umgang mit dem Kind zu erwerben, was letztendlich auch die Beteiligung der Väter an der weiteren Kinderbetreuung fördern soll.

Die Dauer des Urlaubs ist mit 11 Tagen in Frankreich am längsten, in Norwegen und Schweden können jeweils 10 Tage Urlaub anlässlich der Geburt eines Kindes beansprucht werden. Dabei können Väter die Tage auch einzeln konsumieren.

In Frankreich können die Tage innerhalb der ersten 4 Monate nach der Geburt aufgebraucht werden. In Norwegen hingegen kann der Vaterschaftsurlaub schon kurz vor der Geburt des Kindes bis spätestens zwei Wochen nach Rückkehr der Mutter aus dem Krankenhaus aufgebraucht werden. In Norwegen ist somit der Aspekt der Unterstützung der Partnerin jenem der verbesserten Vater-Kind-Beziehung durchaus gleichwertig.

In Schweden kann die **Beurlaubung im Rahmen der „Vatertage“ innerhalb der ersten zwei Monate nach der Geburt eines Kindes beansprucht werden. Bei der schwedischen Maßnahme steht die Begrüßung des Kindes und die Einbindung des Vaters in die Betreuungsaufgaben besonders stark im Vordergrund.**

Die Bezahlung während des Vaterschaftsurlaubs variiert zwischen 80% (in Schweden) und 100% (in Frankreich) des regelmäßigen Einkommens. Lediglich in Norwegen ist kein Einkommensersatz für den speziellen Urlaub für Väter vorgesehen. Er ist damit unbezahlt.

## 3.2 Elternurlaub

Dieser Abschnitt befasst sich mit den arbeitsrechtlichen Regelungen und der monetären Ausgestaltung des Elternurlaubs. In vielen europäischen Ländern existieren heute Regelungen zur Beurlaubung von Eltern, die über den obligatorischen Mutterschaftsurlaub hinausgehen. Allerdings gibt es beachtliche Variationen bezüglich der Dauer, der monetären Unterstützung, der Aufteilung zwischen den beiden Elternteilen und der Flexibilität der Regelung.

**Tabelle 2: Arbeitsrechtliche und monetäre Aspekte des Geldleistungsbezugs im Ländervergleich (Stand 2003)<sup>1</sup>**

	Vollkarenz-dauer in	Teilzeitarbeit möglich	Möglichkeit der Väterkarenz (Karenz für den Vater reserviert)	Höhe der entsprechenden Geldleistung monatlich	Dauer des vollen Geldleistungsbezugs in Monaten	Bezahlte Karenz bis z. maximalen Alter des Kd. (in Monaten)
Österreich	24	Ja	Ja (Nein)	Eur 436	30 bzw. 36	24
Frankreich	36	Ja	Ja (Nein)	erst ab dem 2. Kind: Eur 470	36 (ab dem 2. Kind)	36 (ab dem 2. Kd.)
Norwegen	23 bzw. 25	Ja	Ja (1 Monat)	wahlweise 80% oder 100%iger Einkommensersatz	11 bzw. 13	24
Schweden	52	Ja	Ja (20 Monate; davon 2 bez. u. 18 unbez.)	13 Monate: 80%iger Einkommensersatz; 3 Monate: monatlicher Fixbetrag von Eur 174	16	192

Quelle: Recherchen (siehe Literaturverzeichnis), eigene Darstellung ÖIF

Die Angaben zur **Dauer der arbeitsrechtlichen Karenz** beziehen sich auf die maximale Dauer bei Inanspruchnahme voller Karenz (ohne Teilzeitkarenz), unabhängig davon, ob die Karenz bezahlt ist oder nicht. Betrachtet man nun den Aspekt der Dauer der Karenz, so zeigt sich, dass in Schweden mit 52 Monaten die umfassendste Möglichkeit zur arbeitsrechtlichen Karenz besteht. Dabei sind allerdings lediglich 16 Monate bezahlt; jeweils 18 Monate kann jeder Elternteil unbezahlt in Anspruch nehmen. Frankreich liegt mit 36 Monaten an zweiter Stelle bei der Dauer der arbeitsrechtlichen Karenz. Hier gibt es allerdings durch eine Mindestbetriebszugehörigkeitsdauer Einschränkungen hinsichtlich der Anspruchsberechtigung. Insgesamt die kürzeste Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit gänzlich zu unterbrechen, besteht in Österreich und Norwegen mit 24 und 23-25 Monaten. In Norwegen können Eltern, wie schon oben erwähnt, wahlweise 23 oder 25 Monate volle Karenz beanspruchen, wobei sich auch die monatliche Geldleistung dementsprechend erhöht bzw. verringert.

**Teilzeitarbeit** während der Karenzphase ist in jedem der vier Vergleichsländer – wenn auch mit unterschiedlicher Ausgestaltung – möglich. So kann in Österreich nur innerhalb einer Einkommensgrenze von rund Eur 14.600 brutto jährlich dazuverdient werden, wobei das Arbeitszeitausmaß gleichzeitig unerheblich ist. In Schweden und Norwegen hingegen existiert ein Karenzgeldkonto, das es den

<sup>1</sup> Die Höhe der entsprechenden Geldleistung ist für Österreich invers kaufkraftbereinigt.

BezieherInnen ermöglicht, Arbeitszeit zu reduzieren und aliquot eine niedrigere Geldleistung über einen längeren Zeitraum zu beziehen. In Frankreich kann in der Karenz eine Teilzeitbeschäftigung bis zu 80% der wöchentlichen Regelarbeitszeit ausgeübt werden. Es ist in Frankreich auch eine gleichzeitige Inanspruchnahme der Karenzzeit sowie der Teilzeitkarenz von beiden Elternteilen möglich. Allerdings verlängert sich bei Teilzeitarbeit das Ausmaß der Karenz nicht. Es kann maximal bis zum 3. Geburtstag des Kindes (Teilzeit-)Karenz beansprucht werden.

Die Möglichkeit der *Väterkarenz* besteht in allen vier Vergleichsländern. Allerdings mit unterschiedlichen Zugängen: So sind in den beiden skandinavischen Ländern Teile der arbeitsrechtlichen Karenz ausschließlich für jeweils einen Elternteil reserviert – in Norwegen einen Monat und in Schweden 20 Monate, wobei davon 2 Monate bezahlte und die übrigen 18 Monate unbezahlte Karenz für jeweils einen Elternteil reserviert sind. Dies bedeutet, dass ohne die Beteiligung des Vaters an der Karenz ein Monat in Norwegen bzw. 20 Monate in Schweden verfallen würden. In Frankreich und Österreich gibt es eine derartige Zweckbindung des Elternurlaubs nicht. In Österreich sind allerdings 6 Monate des Bezugs der Geldleistung an die Beteiligung des Vaters geknüpft. Diese Art der Zweckbindung scheint daher eher finanzpolitischen Überlegungen entsprungen zu sein als der Zielsetzung, die Beteiligung der Väter an der Kleinkindbetreuung zu erhöhen.

Bezüglich der *Höhe der Geldleistung*, die während der arbeitsrechtlichen Karenz bezogen werden kann, bilden sich die schon bei den vorangegangenen Aspekten vorgefundenen Gruppen: Wieder findet sich in den beiden skandinavischen Ländern ein ähnliches System. In Norwegen und Schweden stellt die Geldleistung während der Karenz einen Einkommensersatz von 80% in Schweden und wahlweise 80% bzw. 100% in Norwegen<sup>2</sup> dar. In Österreich und Frankreich besteht hingegen ein völlig anderes System der Ausgestaltung der monetären Leistungen: Hier wird jeweils ein monatlicher Fixbetrag ausbezahlt, der in Österreich rund Eur436 und in Frankreich rund Eur 470 beträgt. Allerdings gibt es diesbezüglich einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Ländern: Die Geldleistung wird in Frankreich erst ab dem zweiten Kind ausbezahlt. Für das erste Kind wird keine der Karenzphase entsprechende Geldleistung gewährt.

Bei der Ausgestaltung der *Dauer des Geldleistungsbezugs* weisen wieder Schweden und Norwegen Parallelen auf. In beiden Ländern ist der entsprechende Geldleistungsbezug relativ kurz (Schweden: 16 Monate; Norwegen: 11 bzw. 13 Monate) und liegt unter der Dauer der arbeitsrechtlichen Karenz, womit ein Teil des zur Verfügung stehenden Elternurlaubs unbezahlt ist.

---

<sup>2</sup> Wählen die Eltern eine Bezugsdauer von 24 Monaten, so erhalten sie 100% des Einkommens, wählen sie eine Bezugsdauer von 25 Monaten, so erhalten sie 80% des Einkommens ersetzt.

In Frankreich entspricht der Geldleistungsbezug, der erst ab dem zweiten Kind bezogen werden kann, der Dauer der arbeitsrechtlichen Karenz und ist mit 36 Monaten vergleichsweise lang. Auch in Österreich besteht eine längere Geldleistungsbezugsdauer: Dort besteht ein *über* die Dauer der arbeitsrechtlichen Karenz hinausgehender Geldleistungsanspruch von 30 bzw. 36 Monaten.<sup>3</sup>

*Wie flexibel der bezahlte Elternurlaub* in den Vergleichsländern in Anspruch genommen werden kann, darüber gibt die letzte Spalte in Tabelle 2 Auskunft: In Österreich kann die bezahlte Karenz durch Vereinbarung von Teilzeitarbeit bis maximal zum 30. bzw. bei Beteiligung des zweiten Elternteils bis zum 36. Lebensmonat ausgedehnt werden; allerdings muss der Arbeitgeber der Teilzeitbeschäftigung zustimmen. 3 Monate Beurlaubung können unbezahlt bis zum 7. Geburtstag des Kindes konsumiert werden. Die Bezahlung des Elternurlaubs ist allerdings stets unabhängig von der Inanspruchnahme von Teilzeitkarenz an das Lebensalter des Kindes gebunden. In Frankreich kann ebenfalls bei Teilzeitbeschäftigung unverändert bis zum 3. Geburtstag des Kindes Elternurlaub beansprucht werden.

Damit ist in diesen beiden Ländern vergleichsweise wenig Flexibilität des Elternurlaubs gegeben: Die Zeitspanne der bezahlten Beurlaubung geht über die Dauer des Geldleistungsbezugs in Monaten nicht hinaus.

In Norwegen kann die bezahlte arbeitsrechtliche Karenz mittels Teilzeitarbeit immerhin auf 2 Jahre verdoppelt werden.

In Schweden kann die bezahlte arbeitsrechtliche Karenz am flexibelsten und längsten ausgedehnt werden: Durch Teilzeitkarenz oder Unterbrechungen der Karenz können sich Eltern bis zum 8. Geburtstag des Kindes beurlauben lassen.

## 4 Best-Practice-Beispiele

In diesem Abschnitt werden zwei ausgewählte Best-Practice-Beispiele aus dem Bereich der Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft differenziert dargestellt. Dabei soll auch auf die Wirkungsweisen der Maßnahmen eingegangen werden. Bei den beiden Maßnahmen handelt es sich um Beispiele aus der schwedischen Familienpolitik, denn Schweden hat eine lange Tradition und eine einzigartige Vorreiterrolle bei der Konzeption und Implementierung von Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft.

---

<sup>3</sup> Auf 36 Monate kann der Geldleistungsbezug ausgedehnt werden, sofern sich der zweite Elternteil mindestens 3 Monate am Geldleistungsbezug beteiligt, d.h. er muss in dieser Zeit entweder nicht oder unterhalb der vorgegebenen Einkommensgrenze von Eur 14.600 brutto jährlich erwerbstätig sein.

## 4.1 Vaterschaftsurlaub in Schweden (Pappadagar)

Der Vaterschaftsurlaub ist ein Teil der schwedischen Karenzregelung und wurde geschaffen, um Vätern die Möglichkeit zu geben, die Mutter nach der Geburt zu unterstützen und mit dem neugeborenen Kind gleich von Anfang an eine tiefe Bindung aufzubauen. Diese Maßnahme geht bereits auf das Jahr 1974 zurück, als Schweden als erstes Land der Welt explizite karenzrechtliche Regelungen für Väter zur Betreuung ihrer Kinder schuf. Generelles Ziel der Regelungen zur Väterkarenz war es, von staatlicher Seite die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zu forcieren. Mit der Möglichkeit des Vaterschaftsurlaubs sollte darüber hinaus auch die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Familien gefördert werden. Zwar gab es verschiedene Meinungen über Prioritäten in der Gesetzgebung, über die Kernziele der Regelungen konnte aber überparteiliche Einigkeit erzielt werden. Parteiübergreifend war man dafür, dass ein engeres Verhältnis zwischen Vätern und Kinder von staatlicher Seite entsprechend unterstützt werden sollte.

Die derzeit gültige Regelung sieht vor, dass unselbständig und selbständig erwerbstätige Väter 10 Tage innerhalb eines Zeitrahmens von 2 Monaten nach der Geburt des Kindes Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen können und dafür entsprechend den Regelungen zum Krankengeld eine Gehaltsfortzahlung in der Höhe von 80% erhalten. Analog zum Elternschaftsgeld sind sowohl ein Mindest- als auch ein Höchstbetrag vorgesehen. Seit 1. Juli 2001 kann dieser Vaterschaftsurlaub in besonderen Fällen auch von einer anderen Person als dem Vater in Anspruch genommen werden.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 13 Jahre, so zeigt sich, dass, ausgehend von einem Höchststand an Geburten im Jahr 1990, in dem gleichzeitig auch ein Höchststand an Vätern, die diese Leistung in Anspruch nahmen, erzielt wurde, bis zum Jahr 2000 ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen ist. Seither lässt sich wieder ein leichter Anstieg feststellen

Im Jahr 1990 machten etwa 86% aller Väter Gebrauch von dieser Regelung. Während der 90er Jahre sank die Geburtenrate in Schweden, dementsprechend ging auch die Zahl der Väter zurück, die diese Leistung beanspruchten. Allerdings ging auch gleichzeitig der Anteil der Väter zurück, die diese Leistung für sich beanspruchten. Im Jahr 2000 waren es rund 73%, im Jahr 2001 mit knapp 75% wieder ein etwas höherer Anteil. Durchschnittlich wurden im Jahr 2000 9,5 Tage im Jahr 2001 9,6 Tage von den Vätern als Vaterschaftsurlaub in Anspruch genommen. Das zur Verfügung stehende Kontingent wurde somit vom überwiegenden Teil der Väter zur Gänze genutzt.

## 4.2 Elternurlaubsregelung in Schweden

Das schwedische Elternurlaubsmodell (in Österreich: Karenz) ist bekannt für seine hohe Flexibilität und seine vielfältigen Möglichkeiten für eine partnerschaftliche Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit. Schon 1974 wurde dieses Modell im Rahmen der Elternversicherung eingeführt, wobei es schon zuvor Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind gab. Die Dauer des Erziehungsurlaubs wurde von 6 Monaten ab 1974 kontinuierlich auf derzeit 18 Monate ausgedehnt.

Davon werden aktuell 13 Monate lang 80% des Einkommens über die Elternversicherung bezahlt; zusätzlich drei Monate ein Fixbetrag von Eur 7 pro Tag; weitere 18 Monate der arbeitsrechtlichen Karenz stehen jeweils jedem Elternteil unbezahlt zur Verfügung (vgl. Abbildung 2).

Die Finanzierung des Elternschaftsgelds (in Österreich: Karenzgeld) erfolgt zu 85% aus lohnsummenbezogenen Arbeitgeberbeiträgen und zu 15% aus einem Zuschuss durch die allgemeine Sozialversicherung, also aus den allgemeinen Budgetmitteln.

### Abbildung 1: Zusammensetzung der arbeitsrechtlichen Vollkarenz in Schweden



Das Elternschaftsgeld ist in Schweden eine einkommensbezogene Leistung, wobei auch eine garantierte Mindestleistung existiert. Für den Anspruch auf diese garantierte Mindestleistung (Eur 18 pro Tag) des Elternschaftsgeldes muss der betreffende Elternteil vor Antragstellung mindestens 180 Tage ununterbrochen versichert gewesen sein. Um eine über diesen Betrag hinausgehende Leistung zu erhalten, muss eine Versicherung für ein über dem garantierten Mindestbetrag liegendes Krankengeld für mindestens 240 Tage vor der Entbindung bestanden haben. Diese Bedingung gilt allerdings nur für die ersten 180 Tage des Leistungsbezugs, jedoch nicht für die verbleibenden Tage. Es gibt allerdings bezüglich der 80% Einkommensersatzleistung auch eine Höchstgrenze von Eur 2.139 monatlich.

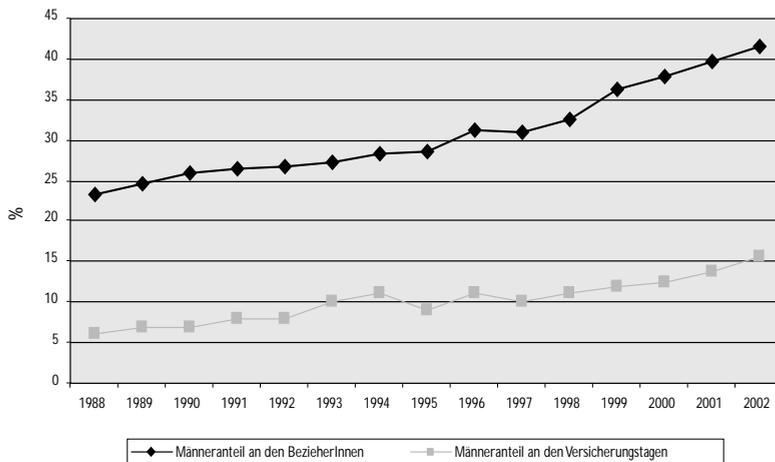
Zur Aufteilung zwischen den Elternteilen: Die bezahlten Tage sind prinzipiell zwischen den beiden Elternteilen zu je 240 Tagen gleichermaßen aufgeteilt. Es können allerdings davon je 180 Tage an den anderen Elternteil transferiert werden. Damit sind je 60 Tage für Vater und Mutter ausschließlich vorgesehen, d.h. sie verfallen, wenn sie nicht von je einem Elternteil in Anspruch genommen werden.

Die insgesamt 16 Monate bezahlter arbeitsrechtlicher Karenz für Eltern in Schweden können entweder durchgehend oder in Abschnitten bis zum 8. Geburtstag des Kindes konsumiert werden. Dabei können die Eltern den Elternurlaub auch kombiniert mit Teilzeitarbeit im Teilzeitausmaß von 25%, 50% oder 75% eines Vollzeitausmaßes konsumieren. Je nach Ausmaß der Arbeitszeit wird das Ausmaß der konsumierbaren Karenztage verlängert und die monatliche Geldleistung aliquot verringert, dafür aber auch aliquot länger ausbezahlt. Damit bleibt die Karenzzeit und die entsprechende Geldleistung in Summe konstant und kann äußerst flexibel konsumiert werden (Karenzkontosystem).

Bei Inanspruchnahme von Teilzeitkarenz haben die Eltern danach zudem wieder das Recht auf die Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung. Sie können die (Teil-)Karenz auch gleichzeitig in Anspruch nehmen, dabei kann jeder Elternteil die Hälfte der Tage beanspruchen.

In Abbildung 2 ist der Anteil der Männer an den jährlichen BezieherInnen und der jährliche Anteil an Versicherungstagen, die von 1988 bis 2002 im Rahmen der Elternversicherung von Männern konsumiert wurden, dargestellt.

**Abbildung 2: Inanspruchnahme der Elternversicherung in Schweden von 1988 bis 2002**



Quelle: RFV-Statistics, [www.rfv.se](http://www.rfv.se), Darstellung ÖIF

Der Anteil an Männern bei der Inanspruchnahme weist einen stetigen Anstieg im angeführten Zeitraum auf: Waren 1988 erst 23% der BezieherInnen männlich, so hatte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2002 mit 42% fast verdoppelt. Eine etwas differenziertere Betrachtungsweise liefert der Anteil an Versicherungstagen, die von Männern jährlich konsumiert wurden: Dieser stieg von 6% im Jahr 1988 auf 16% im Jahr 2002 an. Die Differenz der beiden Männeranteile kann darauf zurückge-

führt werden, dass in Schweden Männer für einen vergleichsweise kürzeren Zeitraum Karenz in Anspruch nehmen als Frauen.

Die insgesamt im internationalen Vergleich sehr hohe Beteiligung der schwedischen Männer an der Karenz<sup>4</sup> ist mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die einkommensbezogene Ersatzrate und ihre haushaltsökonomische Weichenstellung zur Inanspruchnahme von Männern mitverursacht.

Weiters wurden 7% aller Elternversicherungstage im Jahr 2002 in Form einer Teilzeitvariante beansprucht. Der Großteil der Tage wurde somit in der Vollkarenzform genutzt, wenn auch der Anteil der Teilzeitbeanspruchung kontinuierlich im Steigen begriffen ist. Auch in Schweden sind Männer stärker erwerbsorientiert als Frauen: wenn sie Karenz beanspruchen, nutzen sie die Teilzeitvariante weit häufiger als die weiblichen BezieherInnen.

## 5 Zusammenfassung

Ausgehend von den familienpolitischen Leitmotiven der vier unterschiedlichen Länder zeigt sich anhand der Regelungen zur Beurlaubung anlässlich der Elternschaft in Frankreich deutlich die offen pro-natalistische Haltung in der Ausgestaltung der beschriebenen Maßnahmen. So wird das französische Elternurlaubsgeld erst ab dem zweiten Kind gewährt, weiters verlängert sich der Mutterschaftsurlaub ab dem dritten Kind. Für das erste Kind müssen Eltern weitgehend ohne monetäre staatliche Leistungen auskommen. Allerdings gibt es in Frankreich ein ausgezeichnetes Netz an außerfamiliärer Kinderbetreuung, das weitgehend kostenlos genutzt werden kann. Dies spiegelt den neueren Schwerpunkt der französischen Familienpolitik auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf wider.

In den beiden skandinavischen Vergleichsländern Norwegen und Schweden wird neben dem Kindeswohl auch ein starker Fokus auf die Gleichstellung der Geschlechter gelegt, was sich deutlich in der Struktur der familienpolitischen Maßnahmen abzeichnet. So gibt es hier starke finanzielle Anreize, wie ein einkommensabhängiges Karenzgeld und bewusstseinsbildende Maßnahmen, um die Beteiligung der Väter an der Karenz zu fördern. Zudem sind in beiden Ländern Teile der Beurlaubung für jeweils einen Elternteil vorgesehen, d.h. beteiligt sich der Vater nicht an der Karenz, so verfallen Abschnitte der arbeitsrechtlichen Karenz. Die vergleichsweise hohe Beteiligung der Väter am Elternurlaub wurde am Beispiel Schweden aufgezeigt, wo aktuell 16% der Karenzierten männlich sind. Die ausbezahlten Leistungen sind zwar hoch, verglichen mit jenen in Österreich und Frankreich ist die Geldbezugsdauer allerdings eher kurz. Dies fördert kurze

---

<sup>4</sup> In Österreich lag der Männeranteil an den KBG-BezieherInnen im März 2004 bei 2,3% (KBG- Antragsdaten NÖGKK).

Erwerbsunterbrechungen und ermöglicht aufgrund der Flexibilität der Leistungen zudem die Ausübung von Teilzeitbeschäftigung ohne allzu große finanzielle Verluste.

Zudem ist in den skandinavischen Ländern der Ausbau von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen in den letzten Jahrzehnten stark vorangetrieben worden, was den frühen Erwerbseinstieg zusätzlich unterstützt.

In Frankreich sowie in Österreich ist die mit dem Elternurlaub verbundene Geldleistung ein Fixbetrag, der deutlich unter einem durchschnittlichen Erwerbseinkommensersatz liegt, was einen Anstieg der Beteiligung der Väter an der Karenz kaum entgegen kommt. Der vergleichsweise geringe Geldbetrag wird in beiden Ländern allerdings über einen weit längeren Zeitraum ausbezahlt als in den skandinavischen Ländern. Diese Kombination von einer eher niedrigen Geldleistung mit einer langen Bezugsdauer zementiert tendenziell die traditionelle Geschlechterrollenaufteilung und führt zu längerer Erwerbsunterbrechung. In Österreich existiert zudem ein – im Gegensatz zu Frankreich – vergleichbar geringes Angebot an Kleinkindbetreuung, was die oben genannten Tendenzen noch verstärken dürfte. Weiteres Kennzeichen für eine stark an einer traditionellen Geschlechterrollenaufteilung orientierten Familienpolitik in Österreich ist das völlige Fehlen einer eigens für Väter vorgesehenen Beurlaubung. Einzigartig in den hier angeführten Vergleichsländern existiert weder im Rahmen der Karenz noch als Vaterschaftsurlaub ein solcher Anspruch. In Frankreich gibt es zwar keinen eigenen Teil für Väter im Rahmen der Karenz, jedoch existiert hier – ähnlich wie in Schweden und Norwegen – ein bezahlter, freiwilliger Urlaub für Väter analog zum Mutterschaftsurlaub.

Der in Österreich im Rahmen der Geldleistung zum Elternurlaub (Kinderbetreuungsgeld) an die Beteiligung des Vaters geknüpfte Teil von 6 Monaten fordert nicht zwingend dessen Beurlaubung von der Erwerbstätigkeit und kann damit nicht direkt als Maßnahme zur Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung angesehen werden. Vielmehr scheint diese Regelung – angesichts der mit der Geldleistung verbundenen Zuverdienstgrenze – auf finanzpolitischen Überlegungen zu basieren.

*An der Recherche waren folgende weitere MitarbeiterInnen des ÖIF beteiligt: Mag. Sabine Buchebner-Ferstl, Dipl.-Soz.-Päd. FH Olaf Kapella, Mag. Christine Luef und Mag. Johannes Pflegerl.*

## Literatur:

- Brossé-Verbiest, Stéphanie & Wagner, Norbert (2003): Familienpolitik in Frankreich. Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 114/2003. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998): Übersicht über die gesetzlichen Maßnahmen in den EU-Ländern bei der Erziehung von Kleinkindern. Bonn: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) (1999): Österreichischer Familienbericht 1999: Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Wien.
- Corman, Diane (2000): Family policy, working life and the third birth in contemporary France and Sweden. Stockholm: University of Stockholm.
- Dörfler, Sonja (2002): Familienpolitische Maßnahmen zum Leistungsausgleich für Kinderbetreuung – ein Europavergleich. Working Paper Nr. 22/2002. Wien.
- EIRO (2002): Reconciliation of work and family life and collective bargaining: An analysis of EIRO articles. Dublin.
- EUROSTAT (2003): Sozialschutz. Barleistungen für Familien in Europa. In: Statistik kurz gefasst, Thema 3-19/2003. Europäische Gemeinschaften.
- Französische Botschaft, Presse- und Informationsabteilung (Hrsg.) (2002): Die Betreuung von Kleinkindern. In: Frankreich-Info 19/07/02. Wien.
- Fthenakis, Wassilios E. & Textor, Martin R. (1998): Qualität von Kinderbetreuung: Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich. Weinheim und Basel: Beltz.
- Gauthier, Anne Helene (1996): The state and the family: A comparative analysis of family politics in industrialized countries. Oxford: Clarendon Press.
- Le Corre, Valérie (2001): Les assistantes maternelles. In: DREES Études et Résultats Heft 127, S. 1-12. Paris.
- MA 57 – Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten (Hrsg.) (2000): Kinderbetreuung: Geld- versus Dienstleistungen. In: Schriftenreihe 8 des Frauenbüros. Wien.
- Ministry of Health and Social Affairs (2003): Swedish family policy. Stockholm.
- Moss, Peter & Deven, Fred (1999): Parental leave: Progress or pitfall? Research and policy issues in Europe. Leuven: NIDI/CBGS Publications.
- Neyer, Gerda (2003): Family policies and low fertility in Western Europe. Working paper 21. Rostock.
- OECD (2001): Employment outlook. Chapter 4: balancing work and family life. Paris.

- Pfarr, Heide & Vogelheim, Elisabeth (2002): Zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Edition Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 80, Düsseldorf.
- Riksförsäkrings Verket (2002): Social insurance in figures. Stockolm.
- Rostgaard, Tine & Torben, Fridberg (1998): Caring children and older people: A comparison of European policies and practices. In Social Security in Europe 6. Copenhagen: Danish National Institute of Social Research.
- Veil, Mechthild (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland. In: Politik und Zeitgeschichte, 44. S. 12-22.

## Sonstige verwendete Quellen:

Telefonische und schriftliche Auskünfte der Ministerien für Familie, Arbeit und Soziales in Norwegen und Schweden; telefonische und schriftliche Auskünfte der Schwedischen Steuerbehörde.

<http://www.eiro.eurofound.ie/1998/01/Study/TN9801201S.html> The EU parental leave agreement and directive: implications for national law and practice.

MISSOC 2002

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/missoc/2002/index\\_f\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/employment_social/missoc/2002/index_f_de.htm)

CAF

<http://www.caf.fr>

Service-Public.fr

<http://vosdroits.service-public.fr/ARBO/1006-NXFAM600.html>

Birgit Fix: Kindertagesbetreuung in Frankreich, Finnland und Schweden.

<http://www.kindergartenpaedagogik.de/913.html>

Uni Bremen

<http://www.zes.uni-bremen.de/~sreuter/soziologentag02.doc>

ILO – parental leave act – Sweden:

[http://www.ilo.org/public/english/employment/gems/eeo/law/sweden/l\\_plas.htm](http://www.ilo.org/public/english/employment/gems/eeo/law/sweden/l_plas.htm)

Schwedische Karenzdaten

<http://www.rfv.se>

# The Means of the Middle: Potential of Austrian Family Policy

## 1 Introduction

It is a well-known fact that one fool can ask *more* questions than ten wise men (or women) may be able to answer. The same seems to hold true for editors of Anniversary Books. Asking someone to 'describe Austrian family policy in a European perspective' is a legitimate question but also equally impossible to answer. Interestingly enough, however, the explanation of *why* it is so difficult to answer this question, may be a good starting point for comparing a few interesting macro-level issues with respect to families in Austria and some other European countries.

In fact, the approach to this issue is quite simple: if we look at the three words "family", "policy" and "Europe", we will get a 100% score for terms that everybody uses in an everyday context but that have no fixed definition. *Family* may be used to describe a certain type of household or a certain number of personal relationships. *Policy* has a range that goes from deciding on the number of chickens that may be contained per square metre, to the intent of state leaders to join forces to combat terrorism. And *Europe*, as we know it, is not even sure what its geographical borders may be in a couple of years.

Of course, this kind of vagueness has not prevented a number of scientists from trying to unravel the above (In fact, it should be their main task to make vague things clear, instead of the opposite!) Hence, numerous studies have been conducted, studies in which the undersigned was involved rather often.<sup>1</sup> All of these studies inevitably sought what is called a 'typology' of family policies, a way to group the activities of governments in such a way that a couple of strategies could be shown to exist. One of the key researchers in one of the largest enterprises<sup>2</sup> in which I once participated told me during a conference, 'To be honest, I am rather convinced at the moment that all countries have family policies that depend most-

---

<sup>1</sup> At the national level, as staff member of The Netherlands Family Council; at the international level, as an affiliated member of the European Observatory on the Social Situation, Demography and Family.

<sup>2</sup> Thomas Bahle of the Mannheim Institut für Sozialforschung, involved a project headed by Flora, Kamermann and Kahn, describing 20 modern Western countries in a seven-volume series (Oxford University Press, forthcoming).

ly on historical origins and coincidence, and that any attempt at grouping them will be futile or even counterproductive’.

Again, though, it is the *why* that may help us here. One of the important issues in this respect is the often-neglected fact that *families tend to function rather independently of government policies*. Or to put it the other way around, governments that really want to influence families will have to use draconian measures: e.g. what the Chinese government does in making life almost impossible for families with more than one child. Looking at the sober facts and figures, we see, for instance, that in most countries the costs of children are covered 80% or more by a person’s private income. In Austria, for example, government contributions—or rather; redistribution effects—account for somewhat less than 40% of the income of low-income families. The same holds true for childcare: of the hours during which children are cared for by someone other than their own mother and father, the vast majority is covered in an informal way by family, relatives, friends, etc. A final example of the independence of families is of course the internal distribution of tasks inside and outside the home, the so-called ‘division of labour and care’. In the past decades, almost all European governments have had active ‘equality policies’ advocating, promoting and facilitating the participation of mothers in the labour force ... and the other way round, promoting caring by fathers. In fact, however, the most important factor determining the amount of hours mothers work for money still is the inability of the male partner in a family to operate as a breadwinner. With the exemption of the rather small number of highly educated career women, most mothers still seek less rather than more working hours; and middle-class women still tend to reduce working hours after family formation. To illustrate this, in almost all EU countries (EU-15, 2003) the majority of the population—both men and women—are still of the opinion that it is more natural for a mother to raise children than for a father. Of course, countries differ in the percentage: Sweden is the only country in which a (large) minority thought so (48.5%), while most countries scored over 70% (Austria, 71.8%).

Of course, most governments would strongly deny that they even think of influencing the choices their citizens make with respect to family life. All in all, this makes for an interesting paradox in the field of family policy. In general, conservative political forces or parties tend to stress the importance of families but are restrained in their measures because they also see family as a very private matter. Progressive parties have less hesitation in active influencing policy, since after all they are usually in favour of change; but they also tend to focus policies on individuals rather than families (preferring such labels as ‘emancipation’ or ‘youth policy’ to ‘family policy’). In fact, Austria is—together with Germany and Luxembourg—the only country that consistently nominated a Minister/Secretary of State to handle Family Affairs.

The one part of family policy that seems both broadly accepted and quite easy to measure, and therefore compare, seems to be the financial support system for families. In The Netherlands, for instance, the tax system discouraged labour participation of married women<sup>3</sup> for a long time by taxing as much as their earnings as possible. At present, all EU countries have financial support systems for parents in general and often for poor parents in particular. Nevertheless, these *transfers* are often rather complex and therefore hard to measure, let alone compare. This is because cash transfers (such as child allowances) are only part of a much larger system. Schooling, for instance, is financed very differently in different countries. And within countries, support systems for primary, secondary and further education levels may differ considerably. Almost everywhere, higher education, for example, is to a great extent funded by tax money ... but also is almost everywhere used by families in the higher social strata, thus, constituting a hidden transfer from lower to higher income levels. (In Austria, this also seems to apply, since FLAF allowances for students are paid for by all employees by means of wage shares.)

As for primary education, in some countries this is both free and equal; in other countries, there are huge differences between free public schools and their expensive private counterparts. The same holds true for a number of other hidden transfers or benefits in such highly unlikely sectors as 'energy': the way tariffs are charged may be of considerable influence. If families, for instance, are charged as 'one household', they will pay less than when they have to pay for the number of individuals in their household. In sum, even in such a seemingly clear-cut area as monetary transfers to families or parents, it is almost impossible to figure out where families are supported the most. For national family researchers, this of course should be no surprise, since they already have a heck of a job figuring it out at the national level, where not only national and local governments but often communities as well all tend to have their special tasks and interests.<sup>4</sup> One example of this can be taken in the overview of the Austrian Institute for Family Policy, where there is a rich variety of activities at the 'Bundes' (federal) level, at the level of the 'Länder' (provinces), and of various organisations: in sum, it takes over 60 pages just to inventory just what these governments and organisations contributed by way of their own reports on what they do for families.

In sum, trying to start from a description of existing policies in order to get at a comparative level has turned out to be a rather ineffective way to get meaning-

---

<sup>3</sup> In this period the Dutch government discouraged female labour participation in a number of ways. For instance by simply sacking all female employees at the moment they married.

<sup>4</sup> In fact, all EU-countries differ considerably in the division of tasks between national, regional and local government. In Denmark for instance almost 80 percent of the taxes people pay are collected and redistributed at the level of local communities, in the Netherlands this is less than 15 %.

ful results; but at least we can get an idea of the broadness of the theme. As the United Nations put it in 1994, the International Year of the Family, families are really 'at the heart of society': they build a sort of microcosmos in which almost all other parts and aspects of society come together. This then brings us to a rather different approach for the comparison required. In the next few paragraphs, we will take a 'cosmological' approach: whoever wants to understand the position of a planet like Earth in outer space, has to take a position outside the Milky Way in order to see it as one element among the many other elements in its galaxy. Therefore, we shall first 'take off' from Austria and describe the overall pattern of family development in modern Western countries as a 'galaxy' of which at least all 15 EU countries were a part at the beginning of 2004<sup>5</sup>.

## 2 To have or not to have children? That is the question!

There is hardly any debate between scientists about the most fundamental characteristic of family development in so-called modern Western society: *nuclearisation*. In societies we call now 'traditional', it is seen as absolutely natural and logical for family members—not just fathers and mothers but also aunts and uncles—to be involved in marriage selection, education of children, etc. In the present 15 countries that make up the EU, the social system, laws and convictions of the vast majority of the population are centred around the core idea of private decision making by individuals when forming a partnership and raising children in accordance with their own convictions and beliefs.

Of course, there still is a lot of debate between experts on how this difference has come about. In popular literature, the reference to 'the sixties' has been rather dominant, linking the freedom-of-choice issue to the *cultural* clash of opinions in this era.

Family historians, of course, can only smile at this attempt of the baby-boomer generation to locate the major revolution in their own lifetime. In fact, the necessary societal conditions for the nuclearisation of the family had been created in a more natural and gradual process lasting centuries, in which the most essential factor was probably the change from an agricultural society to one based on (indu-

<sup>5</sup> The draft of this article was completed before 1 May 2004.

strial) production. After all, nuclear families do have to eat, so there has to be a way to earn an income without depending on such a thing as land inheritance<sup>6</sup>. Other essential characteristics of the *present* modern-day family, such as the equality of male and female partners, also have a long history: they were, for example, one of the core issues of the French Revolution, despite the failure to resolve them at that time.<sup>7</sup>

At present, it is another issue linked to modernization that is still in a developmental phase but which exerts a huge societal influence: the *freedom to form a family*: that is, the choice to have children or not.

The unprecedented decline of European birth rates over the past few decades seems to support this prediction ... but for one small illogical issue: birth rates are lowest in the least modernised countries of the European Union, such as Greece, Spain and Italy. In these countries, approximately 1.3 children per woman are born, compared to 1.9 in the Scandinavian countries, for instance (Austria is in the middle, with just about the EU-average of 1.5). On the other hand, the Northern countries do indeed show increasingly higher percentages of childless women: in The Netherlands, for instance, it is already 20%. Also in the Northern countries, the number of single people and single-parent families reaches unprecedented heights, as marriage is replaced by consensual unions. In summary, family life seems to be declining.

Once again, however, it seems illogical that the countries with the most apparent family decline still have the highest birth rates. Indeed, the reality is a bit more complicated. In order to understand these data, we will have to take a closer look at something called the *modern life course*.

Essentially, the modernisation of the life course entails a shift from a three-phase-model to a five-phase-model—and also from a model almost entirely dominated by parenthood to one having a couple of relatively 'carefree' phases.

Basically, the main impetus behind this increase in the number of phases is quite simple: wealth. The modern lifespan has increased over just a couple of decades: the vast majority of the future population will on average enjoy good health

---

<sup>6</sup> Of course, family history is far too complex to describe in a couple of sentences. Nuclear families already existed before industrialization and extended family structures do not disappear automatically when the economy changes. (In a lot of modern Western countries, for instance, children are supported by their parents when they buy a home and when they use family networks for childcare thereby forcing them to accept a good deal of informal social control). It is clear, however, that dominance has shifted.

<sup>7</sup> In popular literature, it is often said that the French Revolution advocated an early sexual revolution, because 'free love' was one of its slogans. In fact, however, the freedom to have sex with everyone they liked was no problem at all for those who could afford to have mistresses (or entertain a number of men); there was no strong cultural prohibition in this field. 'Free love', to the contrary, basically meant the right for people to marry partners of their own choice, irrespective of social stratification and income.

until age 70. Also, this vast majority will have spent the longest number of years in history getting an education. The average European—and also Austrian—citizen will live with his or her parents until just past age 20, meanwhile finishing her/his education, looking for a job and often already having one while still living at home. When leaving the parental home, quite a few of them will still do this 'by means of marriage', though increasing numbers will follow a different path and go live as a single person or cohabit with a partner. The classical '*iron bond*' between social independence and social responsibilities is thus weakened: marriage used to be the gateway to adulthood, linking financial potential to the ability to support one's own family and permission from society to have sex. Furthermore, since marriages resulted in children without much delay (or at least, was meant to), there was little time or space between living with one's parents and being a parent oneself. In the modern life course, however, financial independence and sexual freedom happen at a far earlier age; and parenthood, at an increasingly later age. In The Netherlands, for instance, a person's age at becoming a parent for the first time is currently almost 30 for women; and in Austria, just over 28.

Nevertheless, it should be stressed that the vast majority of the population at one time or another will marry and have children. Marriage (and divorce) rates tend to show strong variation among different countries, but this is a result of the different 'status' of marriage in the countries involved. In Northern countries, for instance, such as Sweden and The Netherlands, the social—and legal—differences between marriage and consensual unions hardly exist any longer.

<sup>8</sup> In these countries, marriage typically will be the result of a successful cohabitation ... which is also apparent in the 'separation rates': 50% of all consensual unions are dissolved, compared to 25% of marriages. Interestingly enough—and fortunately—couples having children show an even lower divorce/separation rate, of less than 15%. Another characteristic of modernisation is the number of children born out of wedlock. In Austria, currently almost 1 out of every 3. At present, however, this no longer means that all these children lack fathers, but that these children are born at a time when their parents are living together and, in all likelihood, will marry later on.

In fact, we see in these countries the rather positive effects of individual freedom in the long run: parenthood is a decision made after due consideration and only if the quality of the partnership seems capable of supporting it. In The Netherlands, for instance, 1 out of every 3 marriages takes place *after* the birth of the first child, marriage being seen as a symbolic confirmation of a tried and true

---

<sup>8</sup> In the Netherlands for instance it is possible to 'register' as partners instead of marrying, having the same legal effect as marriage. But marriage and registration are open for partners of the same sex. In fact however 98 % of the couples still choose for marriage, mainly for symbolical reasons.

relationship where the parties involved make a conscious commitment to stay together for the rest of their life and feel convinced that they can manage to do so. The *effect*, of course, is an increasingly growing period between the time when people leave the parental home and when they become a parent themselves. The simple fact that 50% of all consensual unions split up before having children leads to a delay, because new partners have to be found. This adds up to other factors, such as the increased time spent getting a formal education. Of course, all EU-countries have specific differences due to different conditions<sup>9</sup>. In the Southern countries, for instance, the lack of housing, low incomes, etc., often lead to postponing parenthood<sup>10</sup>. However, in all EU countries, the vast majority (over 80%) of women and men will have children and thus end up experiencing the 'family stage' during their life course. Often, though, it is not Phase 2 (Phase 1 being child-in-family), but Phase 3.

Phase 4 of the modern life course also is relatively new—though not that new, because it already has a name in popular debate, the 'goldies'. 'Golden Oldies' refers to senior citizens (stemming from the 'golden years') with rather good health and enough money to spend ... especially since their children are independent and require no further support from them. Thus, in this phase, they are in effect childless. This phase also has another name, DINKY (Double Income, No Kids), and further on we will again discuss the consequences of this situation. Parents and adult children can thus both be in a relatively carefree phase at the same moment in their respective life courses.

Finally, Phase 5 is, of course, (real) old age, nowadays starting sometime after the average retirement age (between 60 and 65). Indeed, living longer also means that dependency comes at a later age—especially for women, because of their longer life expectancy. In fact, the increase of singles in modern Western countries is in large part a consequence of the increasing number of widowed women.

### The five stages of the modern life cycle

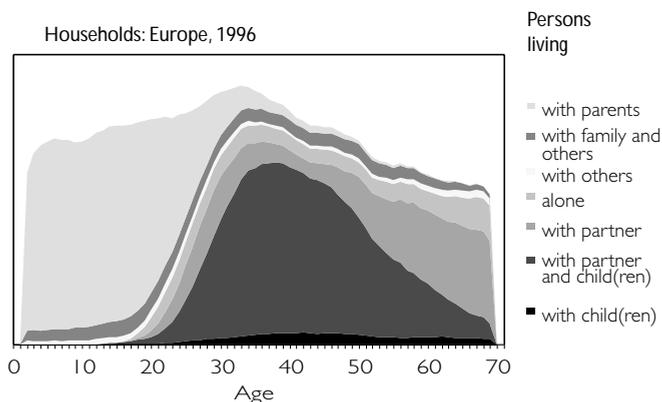
<i>Stage#</i>	<i>Stage name</i>	<i>Average age bracket</i>	<i>Dominant household type</i>
Stage 1	Child in Family	0–20	Two-parent family
Stage 2	Young adult	20–30	Single and couple
Stage 3	Parent	30–55	Two-parent family
Stage 4	Senior	55–70	Couple
Stage 5	Aged	70+	Couple and single

<sup>9</sup> In countries with special provisions for the combination of education (higher) and parenthood, there is less delay in birth of the first child and less childlessness for higher educated women.

<sup>10</sup> Cuyvers & Kalle 2001, Rand 2004

The scheme above gives an overview of the five stages of the *modern Western life cycle*. In a recent study funded by the EU<sup>11</sup>, we were able to document the situation in the 15 present EU countries from this perspective, so as to enable us to compare Austria with other countries. First, in Figure 2, we have an overview of the population in all EU countries. The data were drawn from the European Community *Household Panel 1996*, which of course is not very recent. However, since these data involve household positions for all age groups, the general pattern will be consistent over a longer period.

**Figure 1: Household composition for age in Europe (1996)**



*Note: if the printing is in black and white the reference to colours will have to be adapted.*

The general pattern in Figure 1 is quite clear: Until their mid-twenties, the vast majority of the population lives as a child with his or her parents. Then a period of diversity follows: next to a number of extended households, we see a lot of young people live as single or in a couple. At age 30, parenthood is taking over; until the age brackets between 50 and 60 when children leave home and gradually couples and singles become dominant.

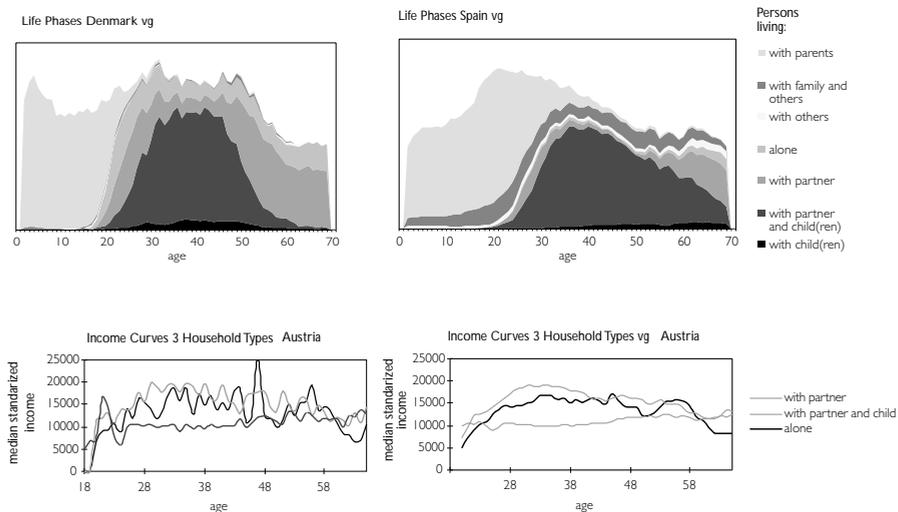
It is also interesting to look at the size of the 'low belt' at the bottom of the 'family area, representing single-parent families. With a view to the high divorce rates, this area is surprisingly small: in public debate, the figure of one out of three divorces for each marriage is often used, thereby making it logical to also have one out of three single-parent families. Nonetheless, over the life cycle, the single-parent families 'score' a far lower percentage, first because in many divorces no children are involved, and second because single parents frequently form a new family.

<sup>11</sup> P. Cuyvers & P. Kalle: *Caring for the next generation*, Netherlands Family Council 2001. The study was conducted in cooperation with the OIF.

Finally, there is a small area, representing people living in households with others who are not family members. This is a very diverse group, composed of e.g. orphans, children and adults who live in special homes due to special care needs, as well as students in dormitories or with roommates, etc.

The interesting question, of course, is the extent to which this pattern of modernisation can be seen in different countries. In fact, in the study mentioned before, it was shown to be very strong in Northern countries and merely developing in Southern countries. This indeed puts Austria in the middle, as can be seen in a comparison with Denmark and Spain:

**Figure 2: Household composition by age in Denmark, Austria and Spain**



The pattern for Denmark clearly shows a rather brisk end of family life for most people at around age 20, followed by almost a decade of living in a single-generation household. The parenthood phase still dominates between ages 30 and 50, but is rather short; and there is a huge group of couples dominating the age bracket between 50 and 70. Compared to this, Spain still shows huge numbers of children who stay on with their parents until age 30, many of them in extended families. Singles are almost absent at all ages, and couples quite scarce; the family dominates almost till age 70. Austria holds a clear middle or transitional position between the two. Between the ages of 20 and 30, the modern household types made up of singles and couple roughly equal the traditional extended family. By age 50, couples already are in the lead, though families remain an important group.

Summing it up, family life is increasingly *age-related*. Between the age brackets 0–20 and 30–55, the chances of living in a two- (or even three-) generation household are about 80% or more. Between the age brackets 20–30 and 55+, it is about 50–50; but in the Northern countries, there is a greater probability that a person will live in a one-generation household. Or to put it in another way, in the modern life cycle the average citizen lives one third of his or her life, or about 25 years, in a household without children (or parents). To avoid misunderstanding, it should be stressed that this is factual data that does not hold true at the 'psychological' level. After all, the involvement between parents and children does not stop at the boundaries of the home: young people are constantly aware of the fact that they will have or at least want to have a family someday<sup>12</sup>. In addition, the involvement of grandparents (or grandparents-to-be) with their adult children does not cease when they leave the parental home, either: It is merely true that there are more transitions between phases of the life cycle, and that these transitions involve material consequences that may influence people's decisions *vis-à-vis* these transitions. Thus, the *conditions* in which these decisions are made will have more and more of an impact.

### **3 The impact of changes in the life course and other external conditions on decisions regarding family formation**

The same study that describes the emerging modern life cycle also contains in-depth interviews with a number of couples in eight EU-countries (including Austria). In these interviews, the object was the way partners had 'negotiated' the decision to have or to not have children. In fact, the issue of 'negotiating children' in and of itself was one of the main items in this study. After all, modernization entails family formation based on a joint decision by the partners rather than an automatic consequence of marriage (a marriage that itself is also an automatic consequence of a relationship.) In fact, the need to agree on marriage and fertility issues seems in itself to contribute to the increasing postponement of parenthood as an independent factor: In all the countries studied, partners consistently reported that children should never be born into a situation where one of the partners was against having them. Since in most countries women reported being 'both more in favour and sooner in favour', the family-formation process involved getting to a stage of (at least) 'male consent'. To avoid misunderstanding, the vast majority of male partners was also in favour of having children and showed more concern

---

<sup>12</sup> Testa (2000) gives a figure of over 90% for the EU-15 population both wanting and planning to have children.

over timing. Especially for the first child, negotiations between partners focussed mostly on material issues, such as the availability of adequate housing and the total (family) income. Most families (to-be) were very well aware of the fact that having children would mean a serious decrease in their purchasing power<sup>13</sup>—or inversely, that it would be very difficult to maintain a situation in which both partners had paid work. Of course, depending on their personal situation and preferences, parents varied enormously in their positions and interactions. There is, on the one hand, still a very large group with a ‘pro-family’<sup>14</sup> orientation, for whom external circumstances—favourable or not— will not influence their decisions. On the other hand, there is also an increasing group with a very ‘egalitarian’ attitude, for whom family formation open to a great deal of dispute and depends on women’s chances to keep up their career. In between is a very mixed group, for whom external circumstances may or may not tip the balance in deciding to have a(nether) child or not. In Spain, for instance, it was clear that the lack of adequate housing for families was a real impediment for a many couples. In Sweden, on the other hand, many couples reported that the new arrangements for parental leave (allowing for extended leave if the second child was born within a certain period after the first, with the right to keep your job) had been a real stimulus. As for the Austrians interviewed, the couples living in cities reported a serious lack of help from a family network in childcare issues.

### 3.1 Negotiations on family formation?

In the study ‘Caring for the next generation’, the Austrians and Germans interviewed shared one interesting characteristic: both consisted of rather highly educated couples living in large cities and demonstrated the inverse of the negotiation-interaction pattern reported by respondents from other countries.

---

<sup>13</sup> These debates, however, did not focus on whatever would happen with the purchasing power of the parents-to-be, but rather on the conditions they could offer a child. This ‘altruistic’ angle was especially clear in the decision to have or to not have a second child. In fact, there was hardly any negotiation on this issue, because almost all fathers and mothers (-to-be) were of the opinion that a second child was important ‘for the sake of the first one’: children should have siblings. Since most parents in the EU consider two children to be the ‘ideal family size’ the negotiation procedures again became important when wanting to have a third child.

<sup>14</sup> A pro-family orientation can be described as the firm belief that having children is the most important thing in life. People with such an outlook usually argue on that ‘if there is enough to go around for three, there’s enough for four, too (or five, etc.). They usually also prefer for mothers to stay at home instead of going to work and increasing the family income. There are, however, also examples of ‘an updated family orientation’ involving couples who share work and family life as much as possible, instead of choosing for a career.

The overall European pattern showed women leading the interaction, because they usually were more keen on having children and also wanted to have them sooner. Men tended to postpone parenthood, wanting material stability in such areas as income or housing facilities before starting a family. Women therefore often described the interaction as a subtle way of 'convincing' their partners, not in overt or explicit communication but rather with more subtle techniques ('hoping they will take the bait').

The Austrian and German samples, on the contrary, were characterised more by an overt and explicit communication on the issue and were the only samples in which a number of men clearly wanted to have children sooner than their partner. Female reluctance in these cases was mostly connected to the question of whether fathers would share household responsibilities and enable them to pursue their careers.

Notwithstanding the huge differences between countries, we could perceive a process taking place all over Europe that we call '*choosing among three evils*<sup>15</sup>. Young couples go through a process of growing consensus with respect to family formation and its timing, facing either

- traditional situation with a substantial decrease in income and career chances for one of them, usually the woman;
- modern situation with a high income and good career chances, but a lack of time to spend with their children;
- mixed situation in which they have to constantly balance work and family, thus facing extra stress in matching timetables for work and childcare, etc.

It is important to note that the modernisation of the life cycle tends to make the transition more difficult, since it brings about strong long-lasting fluctuations in purchasing power.

---

<sup>15</sup> See P. Cuyvers, A. Klink & E. van Asselt: Modern life course Support Systems. The Hague, Wetenschappelijk Instituut voor het CDA.

**Figure 3: Purchasing power for three household types in Austria, France and The Netherlands**

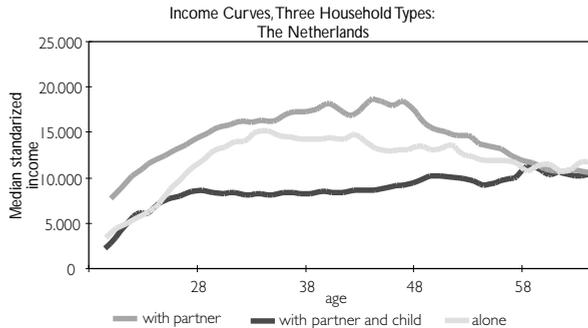


Figure 3 shows the net purchasing power<sup>16</sup> in the EU as a whole and in three EU countries for two-parent families with children, for couples and for singles. France has the least of the EU-15, and The Netherlands is the most different difference. Austria is rather close to The Netherlands and, as such, a country with a relatively high difference between household types at all ages. Of course, since these figures are also from 1996, new policies such as new child benefits may have meanwhile affected these differences. (One of the serious difficulties regarding the comparative data available for international comparisons is always the time lag: though right now it would be possible to update it to 2001, this still would not account for measures taken after that. Of course, other countries also will have taken a number of family-directed measures in the meantime.)

Thus, it stands to reason that couples without children have a relatively high level of purchasing power. After all, children have a *dual effect* on economic standards: they increase living costs and, at the same time, decrease the time available to earn money. Taxes may take something off the top of 'dual incomes', but certainly not all of it—especially since in many countries taxes tend to be raised based on individual and not on aggregate income. Additionally, family support systems may put a small ceiling on childcare costs; but even in the case of the lowest incomes, this is far from the total (see paragraph 1). It is a fact that in many countries, families—or to put it more aptly, women—face a kind of 'prisoner's

<sup>16</sup> The comparison is between three types of household—single, couple and family—and concerns the standardised purchasing power: that is, the net household income of all members after taxes, including social benefits and corrected for the number of household members.

This correction is done according to international Eurostat standards. For one example, in order to have the same purchasing power as a single, a family of two parents and two young children needs roughly 1.8 times the income of the single (the correction takes advantages of scale, etc., into account: a couple, for instance, does not need twice but 1.4 times the income of a single to have the same purchasing power).

dilemma', in that increasing their income by way of paid work also increases the costs of childcare, so that the 'marginal profit' of extra hours remains quite low. Furthermore, it may come as a surprise that the purchasing power of singles is higher than that of families; but it should be taken into account that the graph does not include single-parent families (who would no doubt be at the bottom of the figure). Moreover, the graph for singles is low for both the youngest and oldest age groups (students and pensioners); but in between these two phases, most singles are 'temporarily single adults' with their own income.

The most important drawback to this representation, however, is that it is biased towards the number of households in each age group. Between ages 30 and 55, for instance, the majority of households in all countries is a family household; though after age 55, couples do dominate in some countries, etc.

**Figure 4: Income for the majority of households in each age group for The Netherlands, Austria and Italy 1996.**

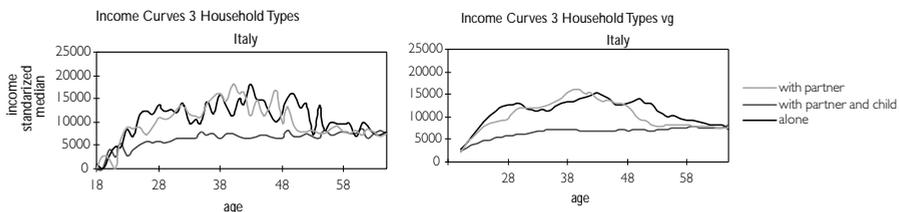


Figure 4 allows for this distinction, since for each age group the 'majority household group' is represented. First, these figures demonstrate the difference between the vanguard of the modern life course and a more transitional situation. In The Netherlands, couples dominate both in the second and fourth phases; or to put it differently, the two new 'child-free' phases clearly affect the distribution of income over the life course: since the graph represents the majority groups, it indeed stands to reason that individuals will first have a relatively low purchasing power in their family of origin, then experience a 'boom' as couples, proceed to a 'dip' after family formation and finally go back up again after the children have left the parental home. In Austria, there is a rise in average family income as children still live as adults in the parental home but with their own income, and most of these children have not (yet)<sup>17</sup> experienced the phase of a one-generation-household. However, in Austria the switch at age 55 can already be seen; whereas in Italy, this occurs only after age 60 and with no apparent difference in purchasing power. In sum, the parental phase seems to be both shorter and affected by lower purchasing power. Nevertheless, this is a *relative* issue: the life span is longer, so

<sup>17</sup> It should be noted that these figures represent the average income. It seems very plausible that differences exist between rural and urban regions, the latter being more modernized.

new phases have been able to develop without shortening the family phases. Moreover, the difference in purchasing power is also relative: couples' income reaches unprecedented heights, since they consist of two incomes that were once meant to support an entire family. The issue at stake for the long term, however, is that the increased purchasing power of junior and senior couples tends to increase the prices of all important goods, e.g. housing, thus making the *transition to parenthood* more difficult.

**Table 1: Female employment rate and the presence of children, 2000 (persons aged 25-54)**

Country	Total		No children		One child		Two or more children	
	Employment rate	Gender gap <sup>1</sup>	Employment rate	Gender gap	Employment rate	Gender gap	Employment rate	Gender gap
Australia	66.8	20.0	68.4	16.1	55.3	33.3	43.2	47.5
Austria	73.5	16.2	76.0	10.5	75.6	18.5	65.7	29.0
Belgium	67.8	20.1	65.6	17.4	71.8	23.5	69.3	24.7
Canada	74.0	11.8	76.5	6.0	74.9	14.9	68.2	23.6
Czech Republic	73.7	15.6	80.8	5.4	72.3	21.2	59.4	33.5
Denmark (1998)	80.5	7.7	78.5	7.7	88.1	3.5	77.2	12.9
Finland (1997)	77.6	7.0	79.2	0.1	78.5	11.8	73.5	19.7
France	69.6	17.7	73.5	9.6	74.1	18.7	58.8	32.9
Germany	71.1	16.3	77.3	7.2	70.4	21.2	56.3	35.6
Greece	52.6	35.9	53.1	31.1	53.9	40.3	50.3	45.4
Hungary	61.7	16.0						
Ireland	53.1	29.0	65.8	14.1	51.0	33.2	40.8	43.2
Italy	50.7	33.9	52.8	26.2	52.1	40.9	42.4	49.9
Japan (1999)	62.7	31.6						
Luxembourg	63.0	29.8	68.7	21.3	65.8	30.4	50.1	46.1
Netherlands	70.9	21.4	75.3	15.6	69.9	24.3	63.3	30.8
New Zealand (2001)	70.6	17.0	80.7	5.7	66.9	20.2	58.9	30.9
Poland	72.0	9.6						
Portugal	73.9	16.4	72.6	13.4	78.5	16.6	70.3	24.8
Slovak Republic	64.8	13.7						
Spain	50.6	34.8	54.6	26.0	47.6	44.7	43.3	48.6
Sweden	81.7	4.1	81.9	-0.4	80.6	9.8	81.8	9.4
Turkey								
United Kingdom	73.1	14.4	79.9	5.4	72.9	17.1	62.3	28.2
United States (1999)	74.1	14.8	78.6	7.2	75.6	17.4	64.7	29.0
Unweighted average	69.0	18.6	73.7	11.8	70.6	22.9	61.9	32.3

<sup>1</sup> Gender gap: percentage-point difference between the employment rates for men and women. Source: OECD, *Employment Outlook 2002*, Table 2.4, p. 77.

Table I compares a number of countries with respect to the 'gender gap', and it is quite clear that the increase in the number of children accompanies a decrease in the percentage of labour participation among women (and not men). In Austria, the gender gap increases from 10% for childless women to almost 30% for woman with two children, which in fact is also the most desired and most common family size. (It should be further taken into account that, in the end, the number of families with just one child remains small. The next most common family size is three, at which size the gender gap will not be lower.)

Once again, it should be noted that there is a multitude of factor responsible for this situation, and these factors vary considerably among countries. In Austria, for instance, there is a strong *psychological* factor in that Austrians, together with Germans and Belgians, have the most traditional view in the EU on the division of labour and care between men and women. In a recent *Eurobarometer*<sup>18</sup>, all EU countries were ranked based on opinions regarding equality. Out of 11 questions, Austria was the most conservative country for 9 of them (and the second most conservative for the other 2).

### 3.2 Where Austria stands on the division of labour between fathers and mothers

In *Eurobarometer*, 59.0 respondents were asked to provide information on each of a number of tasks: e.g. whether they thought these should be carried out mainly by the father, mainly by the mother or by both. The percentage of Austrians who answered 'by both' is reported below. Almost all of the other respondents answered 'mainly by the mother'; hardly anyone chose the father for any of these tasks. The difference between men and women was small.

The following table shows the results for the 15 EU countries in a comparative table.

Task	%
Answering questions	80
Punishing	78
Buying toys	71
Bringing to activities	69
Reading	68
Sport	67
Bringing to school	66
Bringing to bed	66
Going to doctor	61
Changing nappies	52
Dressing	46
Average male	67
Average female	71

The ranking for each task depends on the percentage in favour of equality. In Sweden, for instance, the highest percentage chose the answer 'by both' to all questions. It is quite clear that Austria, scoring the lowest in 9 out of 11, is one of the most conservative countries of the European Union with respect to the division of tasks.

<sup>18</sup> P. Cuyvers et al.: Eurobarometer 59.0, Partners on fertility and division of housework and childcare in the EU, in press.

## Ranking on equality scores

Country	Task											%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
S	1	1	1	1	1	1	1	1	2	1	1	12
DK	2	2	2	2	2	2	2	2	1	2	2	23
FIN	4	3	3	3	4	3	4	4	4	4	4	40
UK	5	4	6	8	10	4	3	6	5	5	3	59
E	8	6	7	4	5	7	6	3	2	8	7	63
N	3	7	4	10	9	5	5	8	3	3	6	63
GR	7	5	13	7	3	6	10	5	6	14	5	81
L	6	8	5	6	8	9	11	11	9	6	12	91
P	12	9	9	5	6	11	8	7	10	13	14	104
F	11	11	8	9	11	10	12	9	11	9	10	111
I	13	10	12	13	7	14	9	10	7	12	9	116
IRL	9	12	10	11	12	8	7	13	12	7	8	119
G-E	10	13	15	14	14	12	13	12	13	11	11	140
B	14	14	11	12	13	13	15	15	14	15	15	151
G-W	15	15	14	16	16	15	14	14	15	10	13	157
A	16	16	16	15	15	16	16	16	16	16	16	174

Table 2—though already rather outdated—shows conservative attitudes, such as a vast majority agreeing with the statement that young children suffer if their mother works.

**Table 2: Preferences on gender role models, 1994**

Country	A man's job is to earn money; a woman's job is to look after the home and family			Country	A pre-school child is likely to suffer if his/her mother works		
	Strongly agree or agree	Neither agree or disagree	Disagree or strongly disagree		Strongly agree or agree	Neither agree or disagree	Disagree or strongly disagree
Australia	27.3	17.6	55.0	Australia	50.2	14.1	35.6
Austria	48.1	15.6	36.3	Austria	73.3	9.0	17.8
Canada	10.5	12.1	77.4	Canada	31.3	16.4	52.3
Czech Republic	n.a.	n.a.	n.a.	Czech Republic	49.7	18.1	32.2
Germany - East	11.2	10.2	78.6	Germany - East	33.7	15.6	50.7
- West	37.2	15.1	47.7	- West	71.1	10.8	18.2
Hungary	56.3	25.1	18.6	Hungary	73.7	14.8	11.4
Ireland	34.5	12.3	53.2	Ireland	49.1	8.5	42.3
Italy	32.5	17.9	49.5	Italy	68.1	14.0	18.0
Japan	39.8	20.3	39.9	Japan	38.9	20.7	40.4
Netherlands	19.0	17.2	63.8	Netherlands	45.1	20.3	34.6
New Zealand	23.5	17.0	59.5	New Zealand	51.1	16.1	32.9
Poland	67.0	13.0	20.0	Poland	69.7	7.2	23.1
Spain	37.4	9.1	53.6	Spain	54.2	9.5	36.3
Sweden	11.4	19.0	69.6	Sweden	28.5	23.1	48.3
Turkey				Turkey			
United Kingdom	25.6	17.4	57.0	United Kingdom	39.2	18.3	42.5
United States	21.5	19.2	59.4	United States	41.5	12.4	46.2

*n.a.* = not available

Source: Jaumotte, F., 2003, 'Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries', OECD Economics Department Working Paper, No. 376, Paris.

With a view to these data, it even comes as a surprise that Austria does relatively well in international comparisons of female labour participation. Table 3 shows an above-average position above.

**Table 3: Female employment rates by educational attainment, 2001 (persons ages 25-64)**

(Note: Austria is just above the EU average)

Country	Less than upper secondary education	Upper secondary education	Tertiary Education
Australia	51.2	64.6	78.3
Austria	46.7	66.4	82.2
Belgium	34.7	63.8	80.0
Canada	43.3	68.3	78.1
Czech Republic	41.8	66.8	81.0
Denmark	53.5	76.1	85.3
Finland	53.3	71.3	82.9
France	48.6	68.6	79.8
Germany	43.9	64.3	78.3
Greece	35.2	48.0	74.0
Hungary	32.1	64.5	77.7
Ireland	38.4	62.3	77.0
Italy	29.0	61.2	75.6
Japan	53.5	59.8	64.4
Luxembourg	43.8	60.9	77.1
Netherlands	45.0	71.7	81.4
New Zealand	52.8	71.6	76.7
Poland	34.3	57.6	80.9
Portugal	62.8	80.8	90.0
Slovak Republic	28.4	64.6	84.4
Spain	34.0	57.7	73.5
Sweden	61.5	79.8	86.3
Turkey	20.8	27.7	67.0
United Kingdom	48.1	73.9	85.1
United States	47.1	70.6	79.1

Source: OECD, *Employment Outlook 2002, Statistical Annex, Table D, pp. 316-319.*

In the next paragraph, we will go into the (apparent) *political strategy* of Austria as compared to other countries, in order to deal with the issue of the modernisation of families and the life course. Looking back at the first paragraph, we have been able to situate Austrian family development in broader perspective of the changing life course. It falls somewhere in the middle of the transition from the three- to the five-phase-model. Also, the key data for fertility and female labour participation also seem to be in the middle range, somewhere between the Northern and

Southern countries—despite the fact that Austria at the psychological level is one of the countries that least appreciates the concept of family modernisation. *Does this mean that Austrian family policy may have or had in the past some unexpected elements favouring modernization?*

## 4 National strategies to cope with family modernization<sup>19</sup>

Table 4 presents summary indicators of work/family reconciliation policies in a number of countries. These indicators are normalised at mean zero with a standard deviation of unity. The composite index is the sum of the indicators in the first, third, fifth, and sixth columns, and half of the fourth column.<sup>20</sup>

The correlation with the employment rate for women ages 30—34 from the composite index exceeds the corresponding correlation of the individual summary indicators, suggesting the existence of mutual reinforcement of the measures. The direction of causality, however, is not clear. So once again, the available data suggest that a range of policies does affect the participation of women in the labour force, and also that countries can pursue different strategies for accomplishing this objective.

In order to explore this further, based on the classical typology of Esping-Anderson (1990), we shall try to distinguish between various work-family reconciliation policies in various groups of countries.

---

<sup>19</sup> This paragraph is based on the work of Prof Dr L. Bovenberg of the University of Tilburg, with thanks for his permission to make use of his draft article.

<sup>20</sup> The second column is left out because the formal educational system also provides childcare for children over three.

**Table 4: Composite indicators of work/family reconciliation policies, 1995-1999<sup>1</sup>**

Country	Childcare coverage for under 3 years (1)	Childcare coverage for over 3 years (2)	Maternity leave entitlement <sup>2</sup> (3)	Voluntary family leave in firms (4)	Flexitime work (5)	Voluntary part-time work (6)	Composite index <sup>3</sup> (7)	Employment rate, women 30-34 (8)
Australia	-0.5	-0.7	-1.4	-0.1	2.6	1.3	1.9	64.2
Austria	-1.1	-0.2	0.0	1.5	-0.6	0.3	-0.6	72.6
Belgium	0.3	1.3	-0.4	0.4	-0.1	0.2	0.2	70.8
Canada	1.1	-1.2	-0.7	n.a.	-0.5	0.2	0.2	71.8
Denmark	2.1	1.0	1.3	-0.4	-0.3	-0.1	2.9	78.8
Finland	-0.1	-0.3	1.9	-0.6	-0.6	-1.2	-0.3	70.7
France	0.3	1.4	0.0	0.2	-0.2	-0.3	-0.1	65.6
Germany	-0.8	0.3	-0.1	1.5	0.7	0.8	1.3	68.6
Greece	-1.1	-1.4	-0.7	1.1	-0.5	-1.6	-3.4	57.1
Ireland	0.7	-0.9	-0.5	-0.5	-0.9	-0.2	-1.1	69.1
Italy	-1.0	1.2	0.2	1.2	-0.9	-0.7	-1.9	52.6
Japan	-0.6	-2.1	-0.7	-2.1	-0.9	0.3	-2.9	52.6
Netherlands	-1.0	1.3	0.0	0.3	1.0	2.5	2.7	71.5
Portugal	-0.7	0.1	0.8	-0.1	-0.9	-1.3	-2.2	75.7
Spain	-1.0	0.6	0.0	0.6	-0.8	-1.0	-2.5	49.3
Sweden	1.3	0.4	2.3	-1.9	0.6	0.2	3.3	76.7
Turkey								
UK	0.5	-0.7	-0.7	-0.2	0.5	1.1	1.3	69.4
USA	1.6	-0.1	-1.4	-0.8	2.0	-0.5	1.2	72.0
Correlation with the employment rate for women ages 30-34								
	0.59	0.20	0.36	-0.18	0.26	0.25	0.68	

<sup>1</sup> All indicators are scaled so as to have mean zero and standard deviation unity across the countries included, in order to put the indicators onto a common scale. A value of zero implies that the country concerned is at the average value for the countries in the table.

<sup>2</sup> Calculated as the product of the duration of maternity leave and the earnings replacement rate.

<sup>3</sup> Calculated as the sum of columns (1), (3), (5) and (6), plus half of that in column (4).

Source: OECD, *Employment Outlook 2001, Paris, Table 4.9, p. 152.*

## 4.1 Nordic model

Most Nordic countries (especially Sweden and Denmark)—and to some extent, France as well—rely heavily on the public sector. Hence, in Table 4, only Denmark, Sweden and France feature positive summary indicators for public childcare and paid maternity leave in the first three columns. In these countries, many female workers are employed in the public sector, which provides public services (childcare, education and health care) to families and the elderly. At the same time, the public sector offers its employees generous maternity benefits with job security and good job prospects after childbirth. In this way, a high level of female participation is reconciled with fertility rates close to replacement. Young women are encouraged to be employed before bearing children, in order to qualify for generous maternity benefits and to guarantee employment after childbirth. On the other hand, these same governments are reluctant to offer long-term (part-time) leave (of several years duration) for childrearing and elderly care. This would reduce the labour supply, thereby depreciating highly taxed female human capital and thus eroding the tax base, while high tax revenues are needed to finance public services to families and older adults. Leave is thus limited to critical life events. Active labour-market policies based on the principle of mutual obligation help also to utilize the reserves of unskilled labour and thus prevent social exclusion.

## 4.2 Anglo-Saxon or liberal model

Countries with highly flexible labour markets (the United Kingdom, the United States, Australia) typically feature only small public sectors. These countries rely on flexible labour markets. Hence, women can temporarily leave the labour market to rear children, after which they can easily re-enter it. Table 4 shows that the United Kingdom scores above average in the composite index, mainly because of flexible working arrangements in the private sector (i.e. flexitime work and voluntary part-time work).

In addition, these countries typically feature a low-wage household service sector, which allows highly skilled women to contract household services out to low-skilled women. Moreover, many firms offer family-friendly policies to highly skilled women in order to commit scarce skilled labour to their enterprise. Nevertheless, these economies risk the marginalisation of unskilled workers and single mothers who, in the absence of publicly funded facilities for child development, transfer disadvantages to their children, who in turn fail to develop the sufficient skills to form stable labour-market and personal relationships.

### 4.3 Corporatist or conservative model

Corporatist countries rely on social partners to negotiate work-family reconciliation policies. In this conservative model, social insurance is closely tied to the employment of the traditional male breadwinner, whose stable career and insider status are well protected through employment legislation. These countries typically feature high wage floors that hold down unskilled employment and crowd out a low-wage service sector. Moreover, a rigid labour market protecting insiders (male breadwinners) excludes outsiders (secondary—often female—workers). This kind of labour market is the result of a general policy to stimulate collective arrangements by the 'social partners', labour unions and employers. In general changes in these systems proceed slowly, with each of the partners any blocking changes that might have a negative impact on their own side. Flexibility, for instance, is usually mistrusted by labour unions, just as leave arrangements are by employers.

Nevertheless, in these countries limited leave arrangements and (especially) part-time work allow parents to spend considerable time with their children and carry out household services themselves, given that the low-wage household service sector in the formal economy is quite small. Parents in corporatist countries thus contract out less childcare than do Nordic and Anglo-Saxon countries, as well as less household, cleaning and repair services than do Anglo-Saxon countries. Governments in these countries emphasise the freedom of individual households to choose their own preferred combination of employment and family responsibilities. At the same time, however, the view that children should be reared at home in the family still predominates; and mothers thus face cultural pressure to opt for their family rather than their career. As a result, especially among unskilled women, substantial labour reserves are 'not used', thus causing shortages on the labour market that have to be filled by migrants and/or an informal service circuit.

### 4.4 Mediterranean model

In some corporatist countries (especially in southern Europe), the social partners have not accepted the need for more flexible and inclusive work patterns and workplace cultures, preferring to view these as a threat to the protected position of the male breadwinner. These countries (e.g. Greece, Italy, Portugal and Spain) score low in Table 4, not only on public childcare facilities (as the other corporatist countries do) but also on flexible work practices. In the Mediterranean countries, the public sector is not large enough to offer female workers stable job prospects and childcare. At the same time, a rigid labour market based on protecting insiders, coupled with workplace cultures based on a full-time male breadwinner, fail to offer young mothers flexible entry into the labour force (possibly through part-time work). Indeed, these countries face large gender gaps in unemployment.

## 4.5 Central and Eastern European countries

The Central and Eastern European countries have traditionally featured high rates of female labour-force participation, given that women have enjoyed easy access to basic education, readily available health care and guaranteed employment. In fact, women have usually held full-time jobs throughout their working life, since planned economies required a large workforce. To ensure a strong future workforce, the government provided generous family-related support; state enterprises protected fertility.

Under the communist reign, these countries somewhat resembled the Nordic countries in terms of the large public responsibility for work-family reconciliation programs. At present, however, they are moving more in the direction of the Mediterranean countries. In the face of fiscal problems and a shrinking public sector, governments and enterprises have given up their responsibility for providing social services (including childcare) and human-resource programs to workers. A new partnership of individual, corporate and public responsibility has yet to emerge; and as a result, both female participation and fertility are declining, while people are delaying family formation.

## 4.6 Austria

Before entering into Austria, let us summarise the above, with a look at particular and shared features:

- The Nordic countries emphasise the role of government as a key actor.
- The corporatist countries focus on the role of the social partners to shape work and leave practices through collective agreements.
- In the Anglo-Saxon countries, the individual firms and employees agree on a wide variety of arrangements.
- Mediterranean and Eastern European countries typically show either a lack of arrangements or a decline in the number of arrangements.
- Across the board, however, any typology tends to exaggerate differences across countries. In practice, a number of actors (government, social partners, individual households and firms) play a role in all countries, but in a different mix.

As for Austria, it seems to be a clear-cut example of the corporatist model. In 2002, the number of people eligible for child benefits (*Kinderbetreuungsgeld*) was expanded in order to 'give parents a real choice' between caring for their children themselves or making use of professional caregiver. This policy, however, is almost identical to the German strategy, i.e. overtly conservative with respect to the participation of mothers in the labour market. The increase in the financial allowance

for mothers is linked to the previous employment; as such, it almost constitutes an incentive or reward for ending labour participation. Contrary to this is The Netherlands, a typical example of a corporatist state with a liberal attitude. There, financial support of parenthood has been 'ostracised' by the liberal and social-democratic governments in the past decades because of its negative consequences on the emancipation of women.

Also typical of a corporatist policy is the inclusion of part-time workers in the social security regime. In 1994, the Austrian government reinforced this kind of policy with large-scale collective agreements between employers and labour unions. Furthermore, the government has been concerned with promoting family-friendly work policies by way of audits and best practices.

On the other hand, the government has also made a massive investments in professional childcare over the past decade, in a clear-cut example of direct state support for contracted-out family services that fits far better into the Nordic model. Of course, several background factors have influenced this, such as the structural underdevelopment of the childcare sector that is a common feature of corporatist countries. At one time or another, provision will lag so far behind that economical development really slows down, for instance because highly educated women opt out. That is why in almost all EU countries, investments in childcare have increased over the past decades. In fact, the new *Kinderbetreuungsgeld* may represent once again taking up the corporatist tradition.

There is, however, one single aspect of Austrian family policy that stands out in Europe, both by virtue of its seniority and its uniqueness: the FLAF. Originating in 1949, the FLAF provides not only the 'ideological backbone' for family policies but also the practical instrument. Ideologically, the idea that parental efforts must be seen as an investment in society, and therefore must be *compensated*, is a crucial difference from the liberal concept of children as 'consumer goods'. In both the Anglo-Saxon and Nordic models, investments in families tend to be directed at the child, not at the parent. The new scheme that Prime Minister Blair introduced in England, for instance, involves a savings fund that children can use after age 18 to invest in their own education<sup>21</sup>.

Interestingly enough, the FLAF concept of 'family compensation' has been renewed in German policy over the past decade: the *Familienbericht* (Family Report) written every five years calculates the 'monetary contribution' of family care to society. The results of this report showed that the GNP would have to

---

<sup>21</sup> Though it will be hard to prove there seems to be a crucial difference between liberal and corporate states with respect to the fundamental trusting or lack of trust of parents. In England parents seem to be 'mistrusted' for their inclination to use money for their own good instead of for the future of their children.

double if all family effort were to be compensated at the minimum wage level<sup>22</sup>. In addition, the German Supreme Court ruled that people with children were entitled to paying lower premiums into their future pension, because they are contributing to future costs by bearing the costs of raising the future labour force.

In fact, state efforts in the family field have been increasing all over Europe. In France, new 'family-investments' were recently announced by government, mainly with a view to low birth rates (and a progressively ageing society). These investments will focus on raising child allowances for the first child. In the Nordic countries, public focus on family support schemes has increased in an interesting way, with the main focus on freedom of choice. The conservative Norwegian government, similar to its Austrian counterpart, decided to shift funding from public hands to private: parents taking care of their own children should be entitled to the same allowance as parents who pay others to care for their children. In Sweden, parental leave was extended, thus enabling parents—usually mothers—to lengthen their parental leave (thus remaining out of the workplace) between the birth of successive children. One interesting aspect common to all these policies seems to be their *convergence*. Especially in Sweden, it seems to pay off when state investments in public childcare (or other care) provisions (available to all parents) are combined with direct support to the families themselves giving them freedom of choice. Swedish birth rates boomed and eventually exceeded replacement rate without affecting the labour participation of women.

The interesting question, of course, is whether this will happen in Austria too, given the rather large investments in *both* childcare and financial family support schemes. This combination would seem to bode well for dealing with the double burden of young families, by leaving it to them to choose the best way for suits *them*. To be sure, if we look at the indicators in Table 4 that seem to make the difference, it seems there is still a long way to go. In Austria, both on the availability of childcare and support for maternity leave have scored on the lower end of the EU scale for a long time, while Sweden is constantly at the top. On the other hand, for Austria, the essential issue does not seem to be a 'maximising' women's participation but rather 'optimising' it: as was stated before, a country's most essential features are the historical ones; and in Austria, there will hardly be any enthusiasm for a family structure in which all families are essentially dual-earner. After all, one of the reasons behind Sweden's great enthusiasm for new leave schemes seems to lie in the fact that, in the past, there was not enough time for parents and children to develop any real contact. Furthermore, the final part of this contribution will

---

<sup>22</sup> This kind of calculations were made also during the first waves of emancipation, when the financial contribution of housewives to the economy were used as an argument to respect their efforts. (Later on, feminists focussed more on the participation in the labour market)

present some arguments for yet another political course that may be of interest for Austria, adding a FLACH on top of FLAF ...

## 5 FamilienLastenausgleich as a life course issue

Operationally, the FLAF shows an impressive combination of both horizontal and vertical redistribution of income. Starting with vertical redistribution, almost half of all family income in the lowest quartile comes from means provided by FLAF. As for horizontal redistribution, there is no other instrument in Europe that has imparted such a direct and explicit message that people with children should be supported by people without children. In fact, this latter statement is one of the major political issues in a lot of Western countries, where the past focus on the individual has resulted in political attacks on classical family support instruments, such as child allowances. The most interesting aspect of FLAF seems to be that, despite its 'age', it is perfectly able to cope with the challenges of the modern life course as described above. This is essentially because in the modern life course, the differences between people with and without children increase but still remain largely *differences between the same people at different stages of their lifecycle*. Or to put it even more simply, the today's 'dinky' is tomorrow's parent, just as today's 'goldie' was a parent yesterday and will be a dependent senior tomorrow. Redistribution of resources is therefore essentially a system of equalizing one's own resources over the lifecycle. FLAF makes the financial roller-coaster of life more FLACH (which aptly and precisely means "flat" in German).

With a view to the three different national styles described above (state, corporatist or individual), the question may finally be asked of whether the present FLAF, as a 'state system', would have anything to gain if it were combined with corporatist and private schemes. One of the potential drawbacks of all state systems is, for instance, that they are rather crude and work with broad categories of recipients, therefore making them ill suited in an increasingly complex society. Life courses, for example, are tending towards more and more variation. Of course, it has been demonstrated above that at the *aggregate* level, it is still possible to see a general pattern of certain life stages that most people experience. At the level of individuals and their families, however, it is impossible to predict what a person's experiences will be. On the one hand, somebody may live as a single for his or her entire life. On the other, somebody else might experience divorce as a child, followed by life in a stepfamily, followed by yet another parental divorce, then by a period of living as a single her/himself, living together with a partner, breaking up and becoming single again, getting married, divorcing, remarrying, having children

from of the two marriages, and finally ending up in a communal living arrangement with other seniors. And all these are 'just' the family transitions! Individuals also experience a number of other transitions involving education and work that have a major impact on their life. In addition, most of these transitions involve financial consequences.

With a view to this diversity, The Netherlands devised a system of so-called *life course insurance*. In 2002, the government adopted it as the basis for renewing the entire social-security system based on 'three pillars':

- The first pillar consists of the system providing minimum coverage against transitional risks, encompassing such measures as child allowances (by way of tax credits).
- The second pillar is the one developed and sustained by both employers and employees, on the basis of collective agreements tailored to meet the needs both sectors on the labour market. It is clear, for instance, that the life course of health-sector employees, who are primarily young women, need other support systems different from those designed according to the life course of employees in the financial or construction sectors. Such support systems comprise essentially different characteristics—such as physical burden, need for structural education, etc.—that are best dealt with at the level of negotiations that take place between corporations and unions. Finally, the third pillar would take care of the 'fine tuning' at the individual level.
- This third pillar is in the form of an *individual life-course redistribution scheme*, starting as soon as a person earns their first pay check. At this moment—as we have seen in modern life-course phasing—almost everybody is in a relatively good financial situation, either still as child in the parental home, living as single or living with a partner. By taking out a contribution of, for instance, 5%–10% of their gross earnings, a substantial amount of financial resources could accumulate in a private life-course fund in just a couple of years, to become available when needed later on. Government and employers could contribute through taxes, with the option of putting overtime pay, etc., into this personal fund. At crucial moments in a person's life course—not only

---

<sup>23</sup> For example, a male construction worker typically would already by working by age 18 or even younger; having his first child close to age 30. By saving 10% of his income over a period of ten years, he could easily reduce his working hours to part-time for a couple of years. If he marries to a woman who has made the same kind of investment into her life-course savings fund—though probably somewhat less because women usually have children at an age three years younger than their husband—the couple would have ample means for parental leave between the two of them. In the middle classes the period between employment and parenthood will be somewhat shorter. But university degrees often take until late in someone's twenties. Moreover, university degrees give far steeper wage development, so the money needed to take time off at a later stage cannot easily be saved.

family formation but also additional time spent in education or retraining, changing career paths, or other vocational choices involving financial input—individuals would be able to use the assets they have accumulated in this private fund.

Parenthood, of course, would be one of these moments. State provisions and employee benefits do exist, but for a number of couples these may not be enough. Or couples could encounter special circumstances, such as children needing more personal attention. At such a moment, it would be ideal if they were able to make these choices financially, while government and employers might, for instance, have come to an agreement on legal rights that could be exercised in their favour (in fact, in a lot of countries, legal rights already exist for taking unpaid leave). Of course, this kind of saving scheme is possible for everyone on a purely private basis; but making it a general fund would increase its potential in two ways.

- First it would allow for much higher revenues on the capital provided.
- Second, it would also allow a person to use the fund as a 'life-course bank', with the chance of a temporary deficit in times when needs are great. For more highly educated individuals, for instance, the period between the end of their studies and the beginning of family formation is relatively short<sup>23</sup>. In this situation, it might be a good idea to be able to use a 'social advance' that could be paid back later on when their income is higher. Once again, this kind of arrangement would be impossible on a private basis but easy to provide through a fund capable of covering the 'social losses' of people who would be unable to pay back such a debt through the mechanisms provided in present insurance schemes.

In sum, the latter might be a scheme that could easily be introduced in Austria: with FLAF, there *already* is a structural fund designed for redistribution over a person's life course. All it would take is a national campaign designed to stimulate individuals to build up their own FLACH fund.

In sum, compared to other countries in Europe, Austria can be described as *in the middle* of the continent, for several reasons:

- First, it adopts a middle-of-the-road position with respect to the evolution of the life course from a three- to a five-phase model.
- Second, it also takes a middle-of-the-road position with respect to the modernisation of the family itself, with female fertility and employment rates at the EU average.
- Third, it is clearly part of the Central European political system, focussing on corporatist solutions to problems arising from the modernization of family life. Consistent with most other countries, Austria has increased its effort in the

family-policy field by making huge investments into childcare and parenthood and by enabling young parents to make their own choices.

This exactly is the issue that at the moment seems to be at stake throughout the entire European Union. It is a well-known fact that worries about our ageing society are increasing. Part of this problem, of course, is the decline in birth rates: in Austria, it stands at 1.4, well below replacement level. A number of studies conducted for the European Union by The Netherlands Family Council (in cooperation with the ÖIF) described the present situation as a 'choice between three evils' for young women: either career; or parenthood, or struggling to juggle the conflicting needs of job and family—with nothing in between. These young women seem to be the victims of classical controversies at both the ideological and political levels.

At the political level, the controversy lies between the economic and care sectors. Support systems are not seen as an investment in labour participation and therefore are perceived as both presently and potentially unprofitable; as such, governments rarely fund them—unless, of course, they are supported for ideological reasons, such as a specific view on how children should be raised (by their mothers at home). Once these kinds of motives come into play, the opposite occurs: support systems enabling women to participate in the labour market will be curtailed.

The result in most countries is that support systems for young parents are at best rather one-sided—which of course, in the end, will result in backlash if the choices that these parents would like to make are made too difficult for them. In the Northern countries, for example, female labour participation is high but redistribution of tasks within families still lags far behind. Moreover, these countries suffer from the high costs of professional care systems, since full-time working parents require not only child care but also extended school hours. In countries where private households (mothers) provide child care at a very low cost rate for the state, thereby incurring opportunity costs by reducing the (female) providers' labour-market participation, the result will be labour shortages, which in turn lead to higher wages, the need for migrant labour at the lower wage levels and a progressive narrowing of the base on which the welfare state is built (i.e. too many people in dependent positions who do not contribute to the gross national product).

All the available information on the young parents *themselves*, however, portrays them as being right in the middle of all these controversies. The vast majority of mothers and fathers really prefer to take care of their children themselves in the early years. However, that same majority really deplores the fact that having children can hamper their occupation/career development *afterwards*. Last but not

least, each parent knows that the life course of their family will contain a multitude of rather unpredictable elements: e.g. twins, children in poor health, the need to move or migrate to keep their job, etc. In sum, the dual option that young parents need calls for governments *really* treat the way in which children are brought up as a freedom-of-choice issue, and that they not try to keep mothers at home, nor try to hasten their going back to work. It further requires that governments (and private companies) understand that parenting *always* has to be treated as an investment in their society's future human capital.

At present, the Swedish example indeed seems to show the merit of this approach, as a classic example of a government strategy based on professionally 'outsourcing' childcare. In the past decade, the Swedish government both recognized and respected the fact that mothers hate to leave their young children. As a result, the parental leave system was extended, thus enabling young mothers to combine their leave for the first and the second child if they were born within a three-year period. Of course, it did not do much to promote the redistribution of tasks within the family, despite the fact that birth rates have soared to over 2 at present.

Austria has invested in both child care and child benefits. It would seem logical, then, on empirical grounds, that any additional investment in parental leave that builds on the on present *Karenz* system may serve as a catalyst. As a country 'in the middle' with respect to demographic developments and its social system, a number of options are in principle already operational and can easily be extended (see, for instance, the child benefits provided in 2002). Furthermore, some features of Austria are rather 'extreme', and interestingly so: these with the broad existing basis in its systems of child allowances, child care and parental leave, a base for the future already exists. First, Austria has succeeded in scoring well on modernisation, notwithstanding the fact that it is clearly the most conservative EU country at present. Second, with FLAF, Austria possesses an instrument capable of life-course redistribution at the very moment when family developments really need such an instrument. As stated in the first paragraph, family structure and national family policies as a rule are very much influenced by their history; and the potential for policies to influence such developments must not be overestimated. Nevertheless, it seems that the similarities in the modernisation of the family life course and in internal family relations all over Europe are gradually resulting in countries using a broader range of family policies than they were before. Austria did so by opting for the active stimulation of childcare, even though shortly afterwards it also revived its traditional style of directly supporting parents. It may find that it is a good idea to explore a bit further in the realm of 'policies directed at the individual' as it continues to build its system—a system in which FLAF may once again serve as both foundation and example to share with other countries.



# Autorinnen und Autoren

**Mag. Sabine Buchebner-Ferstl**

Psychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Familienforschung

**Mag. Dr. Brigitte Cizek**

Geschäftsführerin des Österreichischen Instituts für Familienforschung, klinische und Gesundheitspsychologin

**Drs. Peter Cuyvers**

Pädagoge und Sozialwissenschaftler, Den Haag (NL)

**Mag. Sonja Dörfler**

Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Familienforschung

**Christine Geserick M.A.**

Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Familienforschung

**Mag. Dr. Barbara Haas**

Assistentin am Institut für Allgemeine Soziologie und Wirtschaftssoziologie der WU Wien

**Mag. Doris Klepp**

Psychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Familienforschung

**Univ.-Prof. Dr. Kurt Loewit**

Professor i.R. für medizinische Psychologie und Psychotherapie an der Universität Innsbruck, Präsident des Österreichischen Instituts für Familienforschung 1996 bis 1999

**Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter**

Professor für Soziologie an der Universität Wien, Präsident des Österreichischen Instituts für Familienforschung 1999 bis 2002

**Prof. Dipl.-Ing. Dr. Helmuth Schattovits**

Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Familienforschung 1994 bis 2001

**Mag. Dr. Irene M. Tazi-Preve**

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften







Publikationen des Österreichischen Institutes  
für Familienforschung (ÖIF)

Im Rahmen der **Schriftenreihe** sind bisher erschienen:

- Günter Denk, Helmuth Schattovits: Teilzeitbetreuung von Kindern in Österreich. Wien 1995. Bd. 1. ISBN 3-901668-00-4 (vergriffen)
- Johannes Pflegerl: Familienverhältnisse und Familienkonflikte von Zuwanderern. Wien 1996. Bd. 2. ISBN 3-901668-02-0
- Max Haller: Kinder und getrennte Eltern. Wien 1996. Bd. 3. ISBN 3-901668-03-9 (vergriffen)
- Christoph Badelt et al.: Beziehungen zwischen Generationen. Wien 1997. Bd. 4. ISBN 3-901668-04-7 (vergriffen)
- Wolfgang Lutz (editor): FAMSIM-Austria. Wien 1997. Bd. 5. ISBN 3-901668-12-8 (vergriffen)
- Christoph Badelt (editor): Familienbarometer. Wien 1997. Bd. 6. ISBN 3-901668-13-6
- Wolfgang Lutz (editor): Kompendium der Familienforschung in Österreich. Wien 1998. Bd. 7. ISBN 3-901668-17-9
- Reiner Buchegger: Migranten und Flüchtlinge: eine familienwissenschaftliche Annäherung. Wien 1999. Bd. 8. ISBN 3-901668-18-7
- Helmuth Schattovits: Kinderbetreuungsscheck: Modellentwicklung und Analysen (Machbarkeitsstudie Kinderbetreuungsscheck). Wien 2000. Bd. 9. ISBN 3-901668-19-5
- Paloma Fernández de la Hoz: Migrantenfamilien und Integration in den EU-Mitgliedstaaten. Bericht der europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie. Wien 2002, Bd. 10, ISBN 3-901668-30-6
- Martin Spielauer, Franz Schwarz, Karin Städtner, Kurt Schmid: Family and Education Intergenerational educational transmission within families and the influence of education on partner choice and fertility. Analysis and microsimulation projection for Austria Wien 2003, Bd. 11, ISBN 3-901668-33-1

Zu beziehen bei: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF),  
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien,  
Tel.: +43-1-535 14 54-19,  
Fax: +43-1-535 14 55  
e-mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Mit diesem Sammelband, der anlässlich des zehnjährigen Bestehens des ÖIF erscheint, soll die thematische Vielfalt der Familienforschung in Österreich dargestellt werden. Nicht nur die Beiträge zeigen die inhaltliche Breite der Familienwissenschaft in Österreich, sondern auch bei den Autorinnen und Autoren und den von ihnen vertretenen Disziplinen und Institutionen wird die Weite des Themas Familie sichtbar.